

DER BÜRGER IM STAAT

3/4-2009



Indien

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Indien ist ein Land der Widersprüche, geprägt durch die Gleichzeitigkeit von altem und neuem Denken und durch die wechselseitige Überlagerung traditioneller und moderner Strukturen.

picture alliance/dpa

DER BÜRGER IM STAAT

INHALT

Gita Dharampal-Frick/Manju Ludwig Die Kolonialisierung Indiens und der Weg in die Unabhängigkeit	148
Dietmar Rothermund Das politische System Indiens	157
Siegfried O. Wolf / René Schultens Hindu-Nationalismus – (k)ein Ende in Sicht?	164
Michael von Hauff Indiens ökonomische Entwicklung	174
Wolfgang-Peter Zingel Wirtschaft und Umwelt	180
Siegfried O. Wolf Indien und Pakistan – verfeindete Brüder?	189
Christian Wagner Indiens Außenpolitik	200
Clemens Jürgenmeyer / Jakob Rösel Hierarchie und Differenz – Die indische Kastengesellschaft	206
Gabriele Alex Genderequality in Indien – Erfolge und Probleme	215
Christiane Brosius Die Vorstellung vom „Neuen Indien“. Anmerkungen zur unfassbaren Mittelklasse	220
Bernard Imhasly Ein reiches Land mit armen Menschen	228
Michael Holländer / Ralf Tepel Entwicklungszusammenarbeit: Plädoyer für ein substanzielles deutsches Engagement	233
Franziska Plümmer Indien im Überblick	244
Aus unserer Arbeit	249
Buchbesprechungen	252

HEFT 3/4–2009
59. JAHRGANG
ISSN 0007–3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL

Britta Kömen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

THEMA IM FOLGEHEFT

Autoritäre Systeme

Indien

Auf dem indischen Subkontinent ist ein politisches Schwergewicht herangewachsen, das ökonomisch, politisch und als Atommacht zukünftig auch sicherheitspolitisch das Weltgeschehen mitbestimmen wird. Indiens ökonomischer und politischer Aufbruch verwundert auch deshalb, weil das Land lange Zeit als eine Hochburg der Dritten Welt galt. Inzwischen ist aus dem ehemaligen Armenhaus der Welt ein Kräftezentrum der globalisierten Ökonomie geworden.

Der ökonomische Erfolg ist jedoch nur eine der vielen Wirklichkeiten Indiens. Der Boom, mit Wachstumsraten von über acht Prozent in den letzten Jahren, hat eine Kehrseite. Im Verhältnis betrachtet, profitieren nur wenige von der ökonomischen Aufschwung. Indien ist zweifellos eine angehende Welt- und ökonomische Großmacht, im Ganzen gesehen aber dennoch ein Subkontinent der Widersprüche, geprägt durch die Gleichzeitigkeit von altem und neuem Denken und durch die wechselseitige Überlagerung traditioneller und moderner Strukturen.

Die Unabhängigkeit Indiens 1947 war ein Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts und der Anfang vom Ende der europäischen Kolonialreiche. Die Kolonialisierung Indiens brach mit der historischen Eigenentwicklung des Subkontinents und zog eine radikale Umwälzung politischer und gesellschaftlicher Strukturen nach sich. Das British Raj umfasste das heutige Indien, Pakistan sowie Bangladesch und wurde 1857 direkt der britischen Krone unterstellt. Der Subkontinent wurde mithilfe des Rechts- und Verwaltungsapparats systematisch „reformiert“ und presste das Kastenwesen in ein noch rigideres Schema. Der 1885 gegründete Indische Nationalkongress gilt als Ursprung der indischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich anfangs noch im Rahmen der kolonialen Ordnung bewegten. Erst Mahatma Gandhi vermochte mit seiner Widerstandsbewegung gegen die Kolonialherrschaft die Legitimation der Briten in Frage stellen. Am 15. August 1947 erhielt Indien schließlich seine Unabhängigkeit. Die gleichzeitige Gründung des Staates Pakistan wurde als traumatische Teilung des Subkontinents erlebt und sorgte in der Folge für andauernde Konflikte. Das koloniale Vermächtnis – so das Fazit von Gita Dharampal-Frick und Manju Ludwig – wirft seine langen Schatten auf viele Bereiche der indischen Gesellschaft, die auch heute noch von kolonialen Konstrukten geprägt ist.

Nach der im Jahr 1947 erlangten Unabhängigkeit dominierte die Kongresspartei unter der Führung der Nehru-Gandhi-Familie die politische Arena für eine lan-

ge Zeit. Diese durch freie Wahlen legitimierte Einparteienherrschaft wurde in den 1970er Jahren von einer Ära nationaler Koalitionen abgelöst. Die Regierungskonstellationen waren jedoch häufig instabil. Trotz eines seit 1990 existierenden Mehrparteiensystems – so Dietmar Rothermund – stehen sich im Grunde zwei Blöcke, bestehend aus Kongresspartei und hindu-nationalistischer Bharatiya Janata Party (BJP), gegenüber. Der überraschende Sieg der Kongresspartei im Frühjahr 2009 könnte ein Schub für weitere Reformen sein. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass die indische Demokratie krisenfest ist. Ein weiterer ausschlaggebender Faktor für die politische Stabilität ist die Tatsache, dass Indien – ungeachtet aller Spannungen zwischen Zentralregierung und Unionsstaaten – eine funktionierende Föderation darstellt.

René Schultens und Siegfried O. Wolf erörtern die in die koloniale Vergangenheit zurück reichenden Wurzeln, die organisatorische und personelle Verflechtung sowie die ideologischen Fundamente der hindu-nationalistischen Bewegung. Eine ausgeprägte Symbolik, Mobilisierungsstrategien und Proteste, die zu blutigen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen führten, trugen wesentlich zur Kohäsion der Gruppenidentität und zum politischen Erstarken des Hindu-Nationalismus bei. Mit dem Aufstieg der hindu-nationalistischen Partei BJP offenbarte sich jedoch das Dilemma der Bewegung, die nunmehr mit dem Spannungsverhältnis zwischen moderaten und radikalen Polen ihrer Politik konfrontiert wird. Zudem haben die Bundeswahlen des Jahres 2009 gezeigt, dass der Hindu-Nationalismus ungewollt zur Konsolidierung der indischen Demokratie beigetragen hat. Die indischen Wähler waren mehr an sozialer Harmonie, an Recht und Ordnung – letztlich am Erhalt des indischen Modells der Konsensdemokratie – interessiert.

Indiens Wirtschaft wächst seit den 1990er Jahren rasant. Die wirtschaftliche Dynamik des Landes hat sowohl auf nationaler als auch auf außenwirtschaftlicher Ebene stark zugenommen. Indien wird als eine der zukünftigen Wirtschaftsmächte gepriesen. Der alleinige Blick auf die jährlichen Wachstumsraten verkennt allerdings die Heterogenität der indischen Wirtschaft und die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftssektoren. Michael von Hauff skizziert zunächst die aktuellen Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung und analysiert die einzelnen Wirtschaftssektoren und Schlüsselbranchen. Danach werden die aktuelle und zukünftige ökonomische Be-

deutung Indiens in der Region und die Integration des Landes in die internationale Arbeitsteilung eingehender betrachtet. Obwohl im Gesamten noch keine umfassende und homogene Wirtschaftsentwicklung konstatiert werden kann, wird Indien in den zukunftssträchtigen Wachstumsbranchen den Weg einer sich modernisierenden Wirtschaftsnation gehen und sich zu einem wichtigen Handelspartner – aber auch zu einer Wettbewerbsnation – weiterentwickeln. Im gleichen Zuge, in dem sich China und Indien zu dominierenden Wirtschaftsmächten entwickeln, wird sich die Belastung des Ökosystems drastisch verschärfen. So rechnet die Internationale Energieagentur (IEA) damit, dass Indien bis 2015 weltweit der drittgrößte Emittent klimaschädlicher Gase sein könnte. Wie in allen aufstrebenden Volkswirtschaften ist auch in Indien der Raubbau an der Umwelt auf dem Vormarsch. Die Liste der Umweltprobleme ist lang: Wasserknappheit, Erosion, Überweidung, Desertifikation, Bodenversalzung sowie das Problem des Pestizideinsatzes. Luftverschmutzung, Lärm, Verseuchung des Grundwassers und Schadstoffbelastungen der Flüsse in den Städten sind massive Gesundheitsrisiken. Wolfgang-Peter Zingel erläutert anhand zweier Beispiele die räumliche Dimension der Umweltproblematik und die daraus resultierenden innen- und außen- sowie sicherheitspolitischen Implikationen. Die Wirkung klassischer Instrumente der Umweltpolitik sowie zivilgesellschaftliche Anstrengungen zum Schutze der Umwelt werden ebenso dargestellt wie die religiösen und sozialen Aspekte der Umweltproblematik.

Der Teilung des britischen Kolonialreichs in die neuen postkolonialen Staaten Pakistan und Indien 1947 folgte ein anhaltender Konflikt. Besonders die Auseinandersetzungen um die Grenzregion Kaschmir strapazierten die Beziehungen der beiden Nationen. Kaschmir ist bis heute von beiden Armeen besetzt und wird nur durch die Line of Control getrennt. Diese Waffenstillstandslinie ist weiterhin umstritten und konnte die Kriege, die Indien und Pakistan austrugen, nicht verhindern. Ein weiteres Problem ist der von Pakistan unterstützte Terrorismus, der ein strategischer Bestandteil der Kaschmirpolitik Pakistans ist und eine der größten Herausforderungen an Indiens Sicherheit darstellt. Mit dem 11. September 2001 änderte sich die Situation, weil sich Pakistan nunmehr am Kampf gegen den Terror beteiligt. Gleichwohl ist Pakistans Engagement – so Siegfried O. Wolf – im Kampf gegen den Terrorismus skeptisch zu betrachten. Die Politik der kleinen

Schritte, die beide Länder u. a. in den Feldern Frieden und Sicherheit, in territorialen Fragen und auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den letzten Jahren betreiben, scheint sich zunehmend als erfolgreich zu erweisen. Wenn Pakistan auf internationaler Ebene ernst genommen werden will, muss es die machtpolitische Triangel zwischen China, Indien und den USA im südlichen Asien akzeptieren und erkennen, dass die eigentliche Gefahr nicht von Indien, sondern vom militanten Extremismus, der Armut und dem niedrigen sozialen Entwicklungsstand im eigenen Land ausgeht.

Wie kaum ein anderes Land hat die Indische Union von den internationalen Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 profitiert. Veränderte internationale Konstellationen und die Liberalisierung nach 1991 haben dem Land eine internationale Aufwertung beschert, die Indiens Eliten seit der Unabhängigkeit 1947 immer angestrebt hatten. Die Indische Union zählt auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu den Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft. Die Behandlung globaler Zukunftsthemen in Bereichen wie Abrüstung, Energie, Klima und Umwelt ist ohne eine Einbeziehung Indiens nicht mehr vorstellbar. Indien wird inzwischen als strategischer Partner gesehen und findet durch Kooptation Zugang zu exklusiven internationalen Organisationen. Christian Wagner geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie die indische Außenpolitik den veränderten nationalen und internationalen Herausforderungen begegnet.

Das Kastensystem bildet seit alters her eines jener Merkmale der indischen Kultur und Gesellschaft, die sie für Außenstehende einzigartig und schwer bestimmbar machen. Die ohnehin schwierige Beschreibung dieser fremdartigen Sozialordnung wird mit einer Betrachtung jener religiösen, dörflichen und politischen Ordnungssysteme Indiens verknüpft, die gleichermaßen das Erstaunen der Europäer hervorgerufen haben. Da diese drei Ordnungssysteme das Kastensystem religiös legitimiert, praktisch vorausgesetzt und politisch instrumentalisiert haben, muss eine Erörterung dieser Sozialordnungen diese drei zusätzlichen Ordnungsmodelle mit einbeziehen. Unter Berücksichtigung dieser wechselseitigen Bedingtheit und Entwicklung der Ordnungen betrachten Clemens Jürgenmeyer und Jakob Rösel zunächst den Hinduismus, anschließend das in dem Funktionszusammenhang des Dorfes vorrangig wirksame Kastensystem, danach seine

soziale Dynamik, rituelle Differenzierung und religiöse Begründung. Abschließend erörtern sie den Stellenwert innerhalb der traditionellen und aktuellen Herrschafts- und Wirtschaftssysteme.

Das Bild der indischen Frau ist in den westlichen Medien nach wie vor geprägt von Bildern der Unterdrückung und Ausbeutung: Arrangierte Heiraten, die Abtreibung weiblicher Föten, Mitgiftzahlungen und Mitgiftmorde. Berichterstattungen, die auf diese Themen fokussieren, tragen dazu bei, das Bild der unterdrückten, unemanzipierten indischen Frau zu verfestigen. Bei genauerer Betrachtung jedoch differenziert sich das Bild. Je abhängig von Klasse, Religion, Region, Kaste und Bildung gibt es erhebliche Unterschiede. Vermehrter Zugang zu Bildung und Ausbildung, neue Wirtschafts- und Arbeitsmärkte und nicht zuletzt staatliche Gesetze und Reformanstrengungen haben die gesellschaftliche Stellung von Frauen maßgeblich verändert. Allerdings existiert ein deutliches Nord-Süd-Gefälle im Hinblick auf die gesellschaftliche Positionierung und die daran gebundenen Rechte und Pflichten von Frauen. Die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen und die Macht der indischen Sozialstruktur spiegeln sich in der Vielfalt konkreter Lebenswelten wider. Der Beitrag von Gabriele Alex vermittelt ein Bild von den vielen Facetten des Lebens indischer Frauen zwischen Tradition und Moderne.

2009 bekam der Film „Slumdog Millionär“ überraschend acht Oscars. Die kontrovers diskutierte Oscarverleihung offenbarte, dass in den Medien ein neues Bild von Indien weltweit präsent geworden ist – nämlich das Bild des „aufholenden“ Indiens. So sind es gerade die Angehörigen der indischen Mittelschicht, die als Repräsentanten einer aufstrebenden, modernen und selbstbewussten Nation gesehen werden möchten. Im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung entwickelten sich – trotz der wirkmächtigen „klassischen“ indischen Gesellschaftsstruktur – neue Lebensstile und moderne Inszenierungsstrategien. Die „Modernität“ der neuen Mittelklasse kommt in ihrem Konsumverhalten zum Ausdruck, in der Vorliebe für neue Moden und für neue Orte des Konsums, der Freizeit und Selbstdarstellung. Christiane Brosius setzt sich in ihrer ethnographischen Bestandsaufnahme mit den imaginierten und räumlichen Lebenswelten sowie Perspektiven dieser urbanen Mittelklasse auseinander. Der Aufstieg der neuen Mittelklasse darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei um ein begrenztes, in der Regel auf Großstädte konzentriertes Phänomen handelt.

Jawaharlal Nehru versprach 1947, Indien weitgehend von der Armut zu befreien. Doch wie steht es heute um die Einlösung dieses Versprechens? Es ist unbestreitbar, dass die Dynamisierung der Wirtschaft viel zur Armutsbekämpfung beigetragen hat. Trotzdem besitzen Armut und extreme Armut in Indien immer noch Massencharakter. Die ungleiche Verteilung des Volkseinkommens zieht unterschiedliche materielle Teilhabechancen nach sich. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich seit der wirtschaftlichen Kehrtwende des Landes geweitet. Die Politik misst der Armutsbekämpfung zwar eine hohe Bedeutung zu, jedoch ist die konkrete Umsetzung oftmals defizitär und ineffizient. Der indische Aufstieg wird – so das Fazit von Bernhard Imhasly – nur von dauerhaftem Wert sein, wenn das Land seine Armen „mit an Bord“ nimmt und am ökonomischen Wachstum beteiligt.

Die ökonomische und politische Erfolgsbilanz Indiens wirft die Frage auf, ob das Land überhaupt noch in den Genuss von Entwicklungszusammenarbeit kommen soll. Wirtschaftliches Wachstum ist jedoch nicht identisch mit sozialem Fortschritt. Indikatoren, welche die Unterentwicklung Indiens kennzeichnen, zeigen, dass der ökonomische Aufstieg von Ambivalenzen und sozialen Konfliktlinien begleitet ist. Indien hat bis heute mit allen Problemen eines typischen Entwicklungslandes zu kämpfen und benötigt weiterhin finanzielle und technische Unterstützung im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen. Michael Holländer und Ralf Teipel skizzieren zehn „gute Gründe“ für eine substanzielle und strategische Entwicklungszusammenarbeit mit Indien. Die Argumente reichen hierbei vom moralischen Aspekt der globalen Solidarität bis hin zu sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitischen Notwendigkeiten. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sind vermehrte Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit unverzichtbar.

Allen Autorinnen und Autoren sowie Herrn René Schultens, der mit fachkundigem Rat wesentlich zum Entstehen des Heftes beigetragen hat, sei an dieser Stelle gedankt. Ebenso hat mein werter Kollege Konrad Pflug mit seinen Ratschlägen das Themenspektrum des Heftes bereichert. Nicht zuletzt geht ein herzlicher Dank an Franziska Plümmer, die während ihres Praktikums in der LpB mit der notwendigen wissenschaftlichen Genauigkeit und mit großer Umsicht die Manuskripte redigiert und druckreif gemacht hat.

Siegfried Frech

Die Kolonialisierung Indiens und der Weg in die Unabhängigkeit

Gita Dharampal-Frick / Manju Ludwig

Die Unabhängigkeit Indiens 1947 war ein Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts und der Anfang vom Ende der europäischen Kolonialreiche. Die Kolonialisierung Indiens vollzog sich in mehreren Schritten. Sie nahm ihren Anfang im 17. Jahrhundert durch die von der Ostindiengesellschaft errichteten Stützpunkte, die England das Handelsmonopol in Südasien sicherten. Der Wandel von der Stützpunkt- zur Herrschaftskolonie brach mit der historischen Eigenentwicklung des Subkontinents und zog eine radikale Umwälzung politischer und gesellschaftlicher Strukturen nach sich. Die Briten legitimierten ihre Fremdherrschaft mit der „indischen Andersartigkeit“. Die indische Bevölkerung wurde zum bloßen Objekt der Kolonialpolitik, die angeblich einer mildtätigen Reformpolitik folgte. Das British Raj umfasste das heutige Indien, Pakistan sowie Bangladesch und wurde 1857 schließlich direkt der britischen Krone unterstellt. Der Subkontinent wurde mithilfe des Rechts- und Verwaltungsapparats systematisch „reformiert“ und presste das Kastenwesen in ein noch rigideres Schema. Die Kollaboration mit indischen Eliten – getreu der Herrschaftsstrategie des *divide et impera* – trug zur Marginalisierung anderer Gruppierungen bei. Der 1885 gegründete Indische Nationalkongress (INC) gilt als Ursprung der indischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Anfänglich vollzogen sich die politischen Anstrengungen des Nationalkongresses noch im Rahmen der kolonialen Ordnung. Erst Mahatma Gandhi konnte mit seiner Widerstandsbewegung gegen die Fremdherrschaft die breite Bevölkerung mobilisieren und die Legitimation der Briten in Frage stellen. Am 15. August 1947 wurde Indiens Unabhängigkeit erklärt. Die gleichzeitige Gründung des muslimischen Staates Pakistan wurde als traumatische Teilung des Subkontinents erlebt und sorgte in der Folge für andauernde Konflikte. Das koloniale Vermächtnis – so das Fazit von Gita Dharampal-Frick und Manju Ludwig – wirft seine langen Schatten auf viele Bereiche der indischen Gesellschaft, die auch heute noch von den kolonialen Konstrukten geprägt ist. |

Indiens Unabhängigkeit als historisches Schlüsselereignis

Indien stellt mit seiner annähernd 200 Jahre andauernden Kolonialisierung

von 1757 bis 1947 ein paradigmatisches Beispiel für ähnliche Prozesse in anderen Teilen der Welt dar. Als Kolonie erobert wurde der südasiatische Subkontinent durch die britische Handelskompanie (1600–1857) mit der Unterstützung des britischen Staates; aber auch dieser Prozess der partiellen Eroberung erstreckte sich über 250 Jahre von 1600 bis 1857. Die Mitte des 20. Jahrhunderts erfolgte britische Entkolonialisierung Südasiens und die damit einhergehende Unabhängigkeit Indiens als größter *transfer of power* – als größte Machtübertragung in der modernen Geschichte – muss als ein Schlüsselereignis

des 20. Jahrhunderts gesehen werden. Gelten diese Geschehnisse doch als Initialzündung für andere weltweite Entwicklungen sowie als der Anfang vom Ende der großen westeuropäischen Kolonialreiche. Der Unabhängigkeitstag Indiens am 15. August 1947 muss aus diesem Grund als „Auftakt, Modell und Motor vergleichbarer Entwicklungen in anderen Weltregionen“ gelten.¹

Indien spielte derweil auch als Kolonie eine entscheidende Rolle für europäische und globale Machtstrukturen: Nur auf Grund seines kolonialen Imperiums mit Indien im Zentrum konnte England

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

überhaupt den Status eines Global Players ersten Ranges für sich beanspruchen. Diese Bedeutung Indiens wird in der bislang recht eurozentristischen Geschichtsschreibung zur kolonialen Vergangenheit des Subkontinents meist vernachlässigt.

Indien als Herrschaftskolonie

Kolonialismus ist einer Minimaldefinition zufolge der Vorgang der Landnahme unter Errichtung einer Fremdherrschaft. Indien war jedoch nie eine Siedlungskolonie, wie beispielsweise Kanada oder Australien, sondern anfangs eine Stützpunktkolonie und später eine Herrschaftskolonie, in der neben den wirtschaftlich florierenden Küstenregionen auch abgeschiedene Landstriche im Hinterland durchzogen wurden, ohne jedoch das Ziel der Besiedlung durch große europäische Gemeinschaften zu verfolgen. Tatsächlich verwundert es Betrachter der indischen Kolonialge-

schichte immer wieder, mit wie wenig personellem Aufwand große Teile eines Subkontinents als Kolonie unterworfen werden konnten. So kamen 1901 gerade einmal 170.000 Briten auf 294 Millionen Inder und 1921 verringerte sich das Verhältnis auf 157.000 Europäer gegenüber 306 Millionen Indern.²

Verschiedene Dimensionen von Kolonialismus

Eine eher wirtschaftlich orientierte Definition von Kolonialismus lautet: „Kolonialismus ist ein Verhältnis, bei dem eine gesamte Gesellschaft ihrer historischen Eigenentwicklung beraubt, fremdgesteuert und auf die – vornehmlich wirtschaftlichen – Bedürfnisse und Interessen der Kolonialherren hin umgepolt wird.“³ Eine umfassendere Auseinandersetzung mit Kolonialismus geht aber über einen wirtschaftlichen und bipolaren geographischen Rahmen hinaus und betrachtet neben der politischen Komponente auch soziale und kulturelle Faktoren, die zur Beherrschung des indischen Subkontinents als Kolonie beigetragen haben. Nicht nur die wirtschaftliche und politische Beherrschung Indiens ist relevant für die Erklärung kolonialer Strukturen, sondern auch die ideologischen und psychologischen Komponenten des Kolonialismus und ihre Auswirkungen auf die kolonialisierte Gesellschaft, die sich bis in die Gegenwart bemerkbar machen.⁴ Angelehnt an Michel Foucaults Vorstellung der Biopolitik, in der politische Kontrolle eng mit sozio-kultureller Disziplinierung verknüpft ist, ergibt sich bei der Betrachtung der kolonialen Strukturen in Südasien die Notwendigkeit, neben rein politischen und wirtschaftlichen Komponenten auch die Konstruktion einer kolonialen sozialen Ordnung zu berücksichtigen.⁵ Im Kontext des kolonialen Staates in Indien ist die Analyse von verschiedenen Herrschaftsinstrumentarien umso relevanter, da hier ein ganzer Subkontinent von einer zahlenmäßig weit unterlegenen britischen Kolonialmacht direkt und teilweise auch indirekt fremdregiert wurde. Die Kolonialisierung Indiens unter britischer Herrschaft wurde durch diverse, nicht immer kon-

gruente Legitimationsstrategien gerechtfertigt. Insbesondere ein im 19. Jahrhundert verankerter Zivilisierungsdiskurs argumentierte auf moralischer Ebene mit der „Bürde des weißen Mannes“.⁶ So wirft das koloniale Vermächtnis seinen langen Schatten auf viele Bereiche der gegenwärtigen indischen Gesellschaft; nicht nur durch das Fortbestehen kolonialer politischer Institutionen, sondern auch durch die nachhaltige Beeinflussung gesellschaftlicher Strukturen, die beispielsweise die Verarmung und Entrechtung größerer Bevölkerungsschichten zur Folge hatte.

Kolonialisierung in sechs Schritten

Jürgen Osterhammel hat eine sechs Schritte umfassende, schematische Entwicklung der Kolonialisierung entworfen, für die der Fall Indiens ein paradigmatisches Beispiel darstellt und an Hand derer sich die koloniale Historie Indiens abarbeiten lässt: Diese geht erstens von der Sicherung eines effektiven Handelsmonopols aus. Des Weiteren müssen in einem zweiten und dritten Schritt die Sicherung der militärischen Dominanz sowie der damit einhergehenden Entwaffnung der indigenen Bevölkerung und die Sicherung von Steuereinnahmen gewährleistet sein. Viertens muss der Kolonialstaat durch rechtliche Regulierungen und eine Bürokratisierung stabilisiert werden und fünftens soll der koloniale Apparat in der Lage sein, durch Reforminitiativen schwerwiegende Eingriffe in die kolonialisierte Gesellschaft vorzunehmen. Sechstens und letztens zeichnet sich die Aufrechterhaltung kolonialer Machtstrukturen durch den Aufbau und die Sicherung eines territorialen Verwaltungsstaates und die gleichzeitige Ausdehnung der kolonialen Wirtschaft aus, deren Fortbestand in einem politisch stabilen Gefüge durch die Strategie des divide et impera gesichert wird, die auch die Kollaboration der indigenen Eliten mit einschließt.⁷

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Indien feierte am 15. August 2007 den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Gemessen an der Einwohnerzahl ist Indien, trotz aller ethnischen, sprachlichen, religiösen und kulturellen Vielfalt, die größte Demokratie der Welt mit regelmäßig stattfindenden Wahlen, Parteienwettbewerb und verfassungsrechtlich verankerten Grundrechten.

picture alliance/dpa

Kolonialisierung des Subkontinents: Vom Handel zur Herrschaft

Der Ursprung des British Empire lag in seinen Handelsbeziehungen nach Übersee. Gleichwohl war die Kolonialisierung des Erdballs nicht unbedingt das ursprüngliche Ziel der europäischen Handelskompanien, die seit dem 17. Jahrhundert ihre Handelsstützpunk-

te in der ganzen Welt etablierten. Die Sicherung von Handelsmonopolen wurde zwar auch von gewalttätigen Territoriumsannektierungen begleitet, hatte jedoch noch nicht den gleichen tief greifenden Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Kolonien wie in späteren Epochen.

Obwohl Indien im 19. und 20. Jahrhundert einem Ausspruch Benjamin Disraelis zufolge den Status des „brightest jewel in the British Crown“ innehielt, also erst den Weltmachtanspruch des British Empire legitimierte, konnte die britische Ostindiengesellschaft (East India Company), die im Jahr 1600 gegründet und mit königlichen Privilegien ausgestattet wurde, ihren Einflussbereich auf dem indischen Subkontinent im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten erst recht spät festigen. Während im frühen 17. Jahrhundert noch Frankreich, die Niederlande und Portugal eine führende Rolle in dem Wettstreit um die lukrativsten Handelsprivilegien in Südasien einnahmen, konnte England erst im späten 17. Jahrhundert durch den Ausbau der Wirtschaftsklaven in Madras, Bombay und Kalkutta zur führenden Handelsmacht in Indien aufsteigen. Durch die Rolle als „Spätstarter“ konnte Großbritannien schließlich aus den Erfahrungen der europäischen Vorgänger und Konkurrenten lernen.

Veränderung des bestehenden Handelsnetzes zum Nachteil Südasiens

In der Geschichtsschreibung über die europäische und insbesondere die britische Expansion in Südasien lässt sich derweil ein stark eurozentristisches Element erkennen, das eine wirtschaftliche und technische Überlegenheit der britischen Kolonialmacht suggeriert, die angeblich die Eroberung Indiens ermöglicht hätte. Im Gegensatz dazu lässt eine revidierte Geschichtsschreibung erkennen, dass der Aufstieg Nordwest-Europas und insbesondere Großbritanniens keine unabhängige Eigenleistung darstellt, sondern erst durch die geschickte Nutzung und Manipulation von bereits bestehenden Weltmarktstrukturen und kapitalistischen Gefügen möglich wurde.⁸ So war beispielsweise die Etablierung der europäischen Handelskompanien im Indischen Ozean keinesfalls der Startpunkt des maritimen und Überlandhandels in Asien oder der Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens. Vielfältige Handelsnetzwerke, die die arabische Welt, Afrika und Asien über den zentralen Angelpunkt Südasien, aber auch die Regionen des südasiatischen Subkontinents untereinander verband, bestan-

den schon lange vor der Ankunft der europäischen Handelsflotten und dem Beginn der europäischen Expansion. Durch die europäischen Handelskompanien wurden diese Strukturen jedoch nachhaltig und zum Nachteil der südasiatischen Region verändert. Diese für Südasien unvorteilhafte Entwicklung führte zur asymmetrischen Aufteilung der Welt in Metropolen und Peripherien, wobei die Kolonien und insbesondere Indien zum Rohstoffexporteur degradiert wurden; als Folge dieses Prozesses wurden vorherige, bereits bestehende „Proto-Industrien“ zerstört. Hierdurch kam es zu einer Umkehrung der Handelsströme, die eine „De-Industrialisierung“ Indiens zur Folge hatte.¹⁰ Auch die Einführung protektionistischer Elemente in die globalen Handelsstrukturen benachteiligte die Kolonien gegenüber der Metropole; so wurden beispielsweise Manufakturexportgütern aus Indien, die nach England exportiert wurden, mit hohen Einfuhrzöllen bis zu 85 Prozent belegt.¹¹ Die europäische Durchdringung des indischen Subkontinents durch Handelsnetzwerke wäre freilich ohne die Kollaboration mit der indischen wirtschaftlichen Elite nicht möglich gewesen, die auch von den kolonialen Handelsstrukturen in einer „parasitären Symbiose“ profitierte.¹² Der erste Schritt der Kolonialisierung Indiens durch die Sicherung eines effektiven Handelsmonopols wurde von der britischen Ostindiengesellschaft also im Laufe des späten 18. Jahrhunderts und frühen 19. Jahrhunderts gewährleistet.

Wandel von der Stützpunkt- zur Herrschaftskolonie

Die europäischen Handelsstützpunkte in Südasien ließen Indien anfangs als eine reine Stützpunktkolonie erscheinen. Diese Stützpunkte waren jedoch militärisch aufgerüstet und bildeten den Ausgangspunkt für die Annektierung großer Herrschaftsbereiche. Ursprünglich war die militärische Ausrüstung in den Handelskolonien zur Verteidigung der wertvollen Handelsgüter vorgesehen gewesen, wurde jedoch immer häufiger auch für Offensiven gegen Konkurrenten eingesetzt. Politische und religiöse innereuropäische Rivalitäten wurden hier auf Südasien ausgedehnt. Insbesondere Großbritannien und Frankreich konkurrierten um die Handels-Vormachtstellung in Südasien und gingen aus diesem Grund wechselnde Allianzen mit indischen Herrschern ein. Die politische Lage des indischen Subkontinents im 18. Jahrhundert begünstigte die europäischen Ambitionen: Das 1525 von einer turko-mongolischen Dynastie gegründete Mogulreich, das selbst nie

ein Zentralstaat im europäischen Sinne war, war in seiner Auflösung begriffen und hinterließ ein dezentralisiertes Machtgefüge, in dem verschiedene regionale Herrscher um den Erhalt und die Ausweitung ihres Machtbereiches kämpften. Die hier entstehende Konkurrenzsituation erleichterte den europäischen Handelskompanien die Allianz-bildung mit oft widerstreitenden indischen Machtinhabern und verschaffte ihnen so ein militärisches Standbein auf dem indischen Subkontinent. Die Schlacht von Plassey im Jahr 1757, in der die Ostindiengesellschaft unter Robert Clive den Statthalter des Mogulkaisers in Bengalen mittels einer Intrige besiegte, gilt als Wendepunkt, der den Beginn der britischen Kolonialisierung Indiens einläutete. Die Briten waren in Folge dieses militärischen Coups in der Lage, große Teile Indiens zu annektieren, indem sie einheimische Herrscher gegeneinander ausspielten. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts standen drei Fünftel Indiens durch gewaltsame Einverleibungen, die die britische Ostindiengesellschaft als „Verteidigungskriege“ deklarierten, unter direkter britischer Kontrolle. Die wirtschaftlich weniger rentablen Gebiete wurden als Fürstenstaaten unter indischer Herrschaft belassen, allerdings einer indirekten Kontrolle durch den sich langsam formierenden Kolonialstaat unterworfen. Mit der Annektierung des Sindh, des Punjab und schließlich Awadhs in den 1840er und 1850er Jahren sicherten die Briten ihre militärische Dominanz und konsolidierten ihren Einflussbereich auf dem indischen Subkontinent.

Die Auflösung der Ostindiengesellschaft

Dies geschah freilich nicht ohne Gegenwehr seitens der indischen Bevölkerung. Der über weite Teile Indiens ausbrechende Aufstand von 1857, der die britische Kolonialisierungspolitik in ihren Grundfesten erschütterte und erst 1859 eingedämmt werden konnte, stellte den Höhepunkt der hundert Jahre andauernden indischen militärischen und zivilen Gegenwehr und gleichzeitig den Beginn einer neuen Kolonialpolitik seitens der Briten dar. Die Ostindiengesellschaft wurde formell aufgelöst und Indien wurde unter die Verwaltung eines britischen Vizekönigs und eines dem britischen Kabinett angehörenden Indienministers gestellt. 1877 ließ sich Queen Victoria zur Kaiserin von Indien krönen. De facto hatte die britische Regierung schon spätestens mit der Errichtung der Board of Control in London im Jahr 1784 eine erhebliche Kontrollmacht auf die Handelskompanie ausge-

übt, da der Vorsitz dieser Kontrollinstanz häufig mit dem britischen Premierminister besetzt war und die Entscheidungs- und Befehlsmacht über die Kompanie hatte. Die Reorganisation der britischen Herrschaft in Indien nach dem Aufstand im Jahr 1857 hatte jedoch zur Folge, dass Indien nun offiziell und ganz formell durch tatsächliche Herrscher und nicht mehr durch Händler regiert wurde.

Verfestigung und Bürokratisierung der kolonialen Regierung

Neben der Sicherung ihrer militärischen Dominanz hatten sich die Briten im späten 18. Jahrhundert auch wichtige Steuerrechte verschafft. So verlieh der zu diesem Zeitpunkt schon von den Briten abhängige Großmogul 1765 der Ostindien-Gesellschaft unter dem Druck Robert Clives die Steuerhoheit (Diwan) über Bengalen und Bihar und ermöglichte ihnen so neben dem wichtigen finanziellen Einkommen auch ein Standbein als politische Herrscher. In ihrer Steuerpolitik übernahmen die Briten zwar traditionelle Steuersysteme, schrieben die ehemals flexibel gehandhabten Steuereinzugsmechanismen aber in einem rigiden System fest, wie es beispielsweise in der Bodenbesteuerung der Fall war. Dies sorgte für wirtschaftliche Engpässe in der indischen Bevölkerung und löste vor allem im Bengalen der 1770er Jahre verheerende Hungersnöte aus. Umstrukturierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft führten nicht nur zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung, sondern hatten auch eine räumliche Reorganisation Indiens zur Folge, die sich in bis dahin unbekanntem Migrationsströmen niederschlug.

Eingriffe in gesellschaftliche Strukturen

Nicht nur das Steuersystem wurde nun rigider gehandhabt, auch die Gesetzgebung wurde von der britischen Kolonialmacht kodifiziert und erweiterte den Einflussbereich der Fremdherrscher. Ein immer weiter ausgebauter Verwaltungsapparat, der anfangs ausschließlich Briten in hohen Positionen beschäftigte, ermöglichte das Regieren des großen Territoriums unter einem einheitlichen politischen Konstrukt, dem British Raj. Der Eingriff in die gesellschaftlichen Strukturen Indiens ist aber nicht nur unter verwaltungstechnischen Aspekten relevant. Die Annahme, die indische Bevölkerung könne lediglich als Objekt der kolonialen, angeblich mildtätigen Reformierungspolitik, nicht aber

als selbstbestimmte Akteure in diesem Prozess auftreten, nahm den Kolonialisierten mehr oder weniger die eigene Handlungsmacht und legitimierte gleichzeitig die Fremdherrschaft der Briten.¹³ Somit war auch der vierte und fünfte Schritt von Osterhammels Schema der kolonialen Entwicklung eingelöst: Der koloniale Staat hatte die rechtliche Regulierung übernommen, eine Bürokratisierung eingeleitet und insbesondere in den 1830er Jahren tief in die indische Gesellschaft eingreifende Reforminitiativen initiiert.

Koloniales Wissen und Herrschaftsdiskurs

Die Ansammlung von Wissen war ein wichtiges Instrumentarium für den Aufbau, die Konsolidierung und die Legitimierung der kolonialen Herrschaft in Indien, nicht nur im Bereich der Gesetzgebung. Die britischen Administratoren machten sich indigenes Wissen zu eigen, was einerseits zur Territoriumseroberung beitrug, sich aber auch in einer viel weiter reichenden „Eroberung“ und Beeinflussung der indischen Psyche niederschlug. Indigenes Wissen wurde von der Kolonialmacht in so diversen Bereichen wie Verwaltungstradition, Linguistik, Geschichte, Medizin, Religion, Geschlechterverhältnisse, Anthropologie, Botanik und Geographie zusammengetragen. In der Zusammenstellung und Kanonisierung eines selektiven antiken Schriftkorpus sowie gleichzeitigen Neukompilation indischen Wissens spielte die von Edward Said beschriebene orientalistische Wissenschaft unter der Ägide britischer Administratoren, die oft gleichzeitig eine Gelehrtenfunktion innehatten, eine entscheidende Rolle.¹⁴ Neben Informationen, die zur Eroberung und nachfolgenden Beherrschung des indischen Subkontinents beitrugen, konstruierten britische Orientalisten wie William Jones aus der indischen Wissenstradition heraus das sich festigende Bild der indischen Andersartigkeit, die sich angeblich vor allem in dem degeneriert gewordenen Zustand der indischen Gesellschaft, die es zu reformieren galt, äußerte. Das koloniale Credo der zeitgenössischen indischen Unwissenheit, politischen Unfähigkeit und moralischen Dekadenz, das insbesondere aus den Polemiken der christlichen Missionare über angeblich heidnische barbarische Praktiken zusammengetragen wurde, ließ die von den Briten forcierte Zivilisierungsmission unabdingbar erscheinen und rechtfertigte so die Präsenz der Kolonialherren auf dem indischen Subkontinent.¹⁵ Insbesondere das orientalistische Konstrukt des „orientalischen Despotismus“

stellte indische Herrschaftsformen in Frage und lieferte ebenso wie andere sich in dieser Epoche herausbildende Stereotypen das passende Vokabular und eine exotisierende Metaphorik für die unerlässliche moralische Legitimation der kolonialen Intervention in Indien.¹⁶ Gerade die koloniale Geschichtsschreibung, die die heterogenen, den Maßstäben der europäischen Historiker aber nicht gerecht werdenden Historiographietraditionen des indischen Subkontinents verdrängte, vermittelte das Bild einer reformbedürftigen indischen Gesellschaft. Ebenso teilte sie die indische Vergangenheit in ein goldenes Hindu-Altertum, ein dunkles muslimisches Mittelalter und eine fortschrittliche und zivilisierende Kolonialherrschaft ein, was die *divide et impera*-Strategie der Briten untermauerte. Diese Dreiteilung der indischen Geschichte wird bis heute *grasso modo* so im Lehrplan vermittelt.

Koloniale Stereotypenbildung

Der kolonialen Epoche Indiens muss auch deswegen so viel Bedeutung zugeschrieben werden, weil die kolonialen Denkmuster, die von einer indischen Minderwertigkeit ausgingen, Eingang in die indische Selbstwahrnehmung fanden. Insbesondere die indischen Nationalisten und frühen Reformer übernahmen koloniale Stereotypen in ihre eigene Wahrnehmung über die indische Gesellschaft. So bleiben bis in die Gegenwart spezifisch koloniale Konstrukte bestehen. Hierzu zählt sicherlich das Phänomen der Kaste, das zwar schon lange vor der europäischen Expansion in Südasien verbreitet war, aber erst durch die koloniale Verwaltungspolitik, die beispielsweise ab den 1860er Jahren Zensen unter der notwendigen Angabe der Kastenzugehörigkeit durchführen ließ, in ein rigideres Schema gepresst wurde.¹⁷ Ebenso ist der Ursprung starrer Geschlechterrollen im indischen Kontext eher in kolonialen Stereotypenbildungen und der darauf reagierenden indischen Reformbewegungen zu suchen als in angeblich traditionell hierarchischen, religiös verankerten Gründen.¹⁸ Auch das gegenwärtige Festhalten an der kolonialen Grenzziehung führt immer wieder zu Konflikten mit Pakistan über Kaschmir, aber auch mit China und den indischen Staaten des Nordostens. Die Frage, ob Indien überhaupt erst durch den kolonialen Staat zu einem einheitlichen Nationalgefühl finden konnte, bewerten

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Historiker noch immer unterschiedlich.¹⁹ Erstaunlich ist im kolonialen Kontext Indiens auch, dass die Briten es bis zum heutigen Tage verstehen, ihre Herrschaft in Indien als ein homogenes, reibungsloses Unternehmen darzustellen, obwohl das British Raj vor allem in seiner Anfangsphase mit unzähligen Skandalen zu kämpfen hatte, die zum Erhalt des Prestiges der Fremdherrschaft vertuscht werden mussten.²⁰ Auch war die weiße Gesellschaft in Indien keineswegs die homogene Herrscherrasse, die sie zu sein vorgab. Weiße Subalterne wie britische Landstreicher, Prostituierte oder auch die arbeitende Klasse stellten eine Herausforderung für die koloniale Herrschaft dar, die zu strengen Regulierungsmaßnahmen der eigenen britischen Bevölkerung zwang.²¹

Wechselbeziehungen im kolonialen Kontext

Gerade wenn es um die Frage der europäischen Wirkungsmacht im kolonia-

len Südasien geht, wird viel zu oft von einer einseitigen Beeinflussung ausgegangen. Freilich reichte das Ausmaß der kolonialen Intervention – wie vorher beschrieben – bis in die indische Selbstwahrnehmung und ist somit keinesfalls zu unterschätzen. Trotzdem darf die Rolle, die die Kolonien bei der Herausbildung der angeblich rein europäischen Moderne hatten, nicht vernachlässigt werden. So waren die wissenschaftlichen Errungenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts keinesfalls ein Singularprodukt der Metropolen, sondern sind in vielen Bereichen erst durch die Anwendung indigenen Wissens aus den „Peripherien“ und den zirkulären Austausch mit diesem entstanden. Beispielsweise wären Erkenntnisse im Bereich der maritimen Navigationstechnologien, durch die die europäische Beherrschung des Indischen Ozeans erst möglich wurde, ohne den Wissensaustausch mit indischen Seefahrtsexperten überhaupt nicht denkbar gewesen.²² Diese und weitere Wissenschaftsbereiche untersucht eine neue Forschungsrichtung der Global Studies und stellt

damit die angebliche Binarität von einem rationalen, wissenschaftlichen Westen und einem abergläubischen, rückständigen Orient in Frage. Kolonialismus muss folglich also auch als eine Plattform des gegenseitigen Austausches verstanden werden. Dies geschah allerdings unter verschiedenen Vorzeichen und so war die Beziehung zwischen Kolonialherren und Kolonialiserten besonders in der konsolidierten Phase der kolonialen Herrschaft von einem asymmetrischen Machtverhältnis in einem „directed dialogue“ geprägt.²³

Kollaboration mit indischen Eliten

Während in der frühen kolonialen Phase des 17. Jahrhunderts die Abhängigkeit von den lokalen Mittelsmännern und Informanten noch sehr groß war, da den europäischen Händlern und Soldaten vor allem das notwendige geographische und sprachliche Wissen fehlte, änderte sich dies mit der zunehmenden Konsolidierung des europäischen Machtbereiches. Der koloniale Staat

Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi, die Wegbereiter der indischen Unabhängigkeit.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

wurde immer selbstbewusster, verzichtete zunehmend auf die Hilfe der indischen Mittelsmänner und verneinte nun sogar deren ursprünglich relevante Rolle bei der Etablierung des British Raj. Lokales Wissen wurde auch nur aus bestimmten Quellen bezogen. So suchte der junge koloniale Staat vor allem die Kollaboration mit indischen Eliten, von denen man sich einen Einblick in den unbekannteren Subkontinent versprach. Als indische Elite identifizierten die Briten vor allem die brahmanischen Pandits, die die Deutungshoheit über die alten sanskritsprachigen religiösen Texte innehatten. Diese Konzentration auf eine winzige Sektion (höchstens fünf Prozent der indischen Bevölkerung) der eigentlich sehr heterogenen südasiatischen Bevölkerung resultierte in einem Deutungsmonopol der Sanskritquellen bei der Konzeptualisierung der indischen Gesellschaft und führte zu einer Vorherrschaft der brahmanischen Tradition, die sich bis in die Gegenwart in der Darstellung Indiens als semitisierter hinduistischer Kultur seitens der Neo-Hinduisten²⁴ und der damit verknüpften

Marginalisierung anderer Gruppierungen, wie beispielsweise der muslimischen Bevölkerung in Indien oder den Dalits, den ehemaligen Unberührbaren, niederschlägt.

Die koloniale Herrschaftsstrategie des divide et impera

In der selektiven Auswahl bestimmter Bevölkerungsgruppen für Allianzen auf dem indischen Subkontinent zeigt sich eine der effektivsten Herrschaftsstrategien der kolonialen Regierung. Während der ganze Subkontinent erstmals unter einer einheitlichen Verwaltung zusammengefasst wurde, setzten die Fremdherrscher alles daran, keine Indienübergreifende Solidarität unter der heterogenen Bevölkerung aufkommen zu lassen. So wurden beispielsweise die indischen Herrscher der semi-unabhängigen Fürstenstaaten nach dem Aufstand im Jahr 1857 und später insbesondere im Kontext der sich entwickelnden Nationalbewegung als konservatives Bollwerk gegen Unabhängigkeitsforderungen verstanden. Auch wurden in den zögerlichen Legislativ-reformen des frühen 20. Jahrhunderts separate Wahlkreise implementiert, die beispielsweise für Muslime (1909) galten und eine gebündelte indische Allianz gegen die Fremdherrschaft verhindern sollte. Gerade die religiöse Zugehörigkeit der Muslime und der Hindus wurde von der kolonialen Regierung instrumentalisiert, um einen Keil in die indische Bevölkerung zu treiben – was mit dazu beitrug, dass neben Indien auch der Staat Pakistan aus dem ehemaligen British Raj entstand, der mit Indien bis in die Gegenwart in einem sehr gespannten Verhältnis steht.

Gleichzeitig wuchs gegen Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Bengalen eine indische Bildungselite heran, die westlich gebildet sowie von europäischem Denken geprägt war und darauf brannte, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die ablehnende Haltung der britischen Kolonialmacht, die nur sehr schleppend Legislativ-reformen zur Ausweitung der indischen Mitbestimmung initiierte und durch hürdenreiche Aufnahmeprüfungen den Eintritt für Inder in den prestigeträchtigen Indian Civil Service fast unmöglich machte, resultierte schließlich im Jahr 1885 in der Gründung des Indischen Nationalkongresses. Die Unzufriedenheit der indischen Bildungselite mit der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes, die von dem Inder Dadabhai Naoroji als "drain of wealth" beschrieben wurde, spielte eine Rolle bei der Gründung der ersten panindischen Gruppierung dieser Art. Diese sich jährlich treffende Versamm-

lung nahm anfangs lediglich die Rolle eines Bittstellers in der Tradition eines westlichen Debattierclubs ein und beschränkte sich auf das Einreichen von Petitionen an die Kolonialverwaltung. Noch vertraute der Nationalkongress auf die grundsätzlich guten Intentionen des British Raj. Dennoch gilt die Gründung dieser Gruppierung als Beginn der Reformierung der kolonialen Herrschaft und gleichzeitig als Ursprung der ältesten und am besten organisierten Befreiungsbewegung aller Länder unter kolonialem Regime. Zu ihren bekannten Führern zählen Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru. Diese Vorreiterrolle sollte der indischen Unabhängigkeitsbewegung nach 1947 den Status eines Vorbildes und eine Führungsrolle unter den jungen Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ einbringen. Trotzdem trug der Kongress noch bis 1919 als „loyale Opposition“ zur Festigung der kolonialen Herrschaft bei und war so Osterhammels Schema zufolge immer noch ein stabiles Machtgefüge, das sich auch durch die Kollaboration mit den indischen Eliten legitimierte.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Beschränkte sich der Indische Nationalkongress anfangs noch auf Bittschriften, so sollte sich dieses Verhalten zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Beispiel als Reaktion auf die Teilung Bengalens durch den Vizekönig George Curzon im Jahr 1905 radikalieren; es kam neben Massenagitationen nun auch zu terroristischen Gewaltakten. Aber der Indische Nationalkongress blieb bis zum Auftritt Mahatma Gandhis auf der politischen Bühne Indiens im Jahr 1915 eine sehr elitäre Vereinigung. Erst dem charismatischen Führer, der bis heute als die „Seele der Nation“ verehrt wird, gelang die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Bauern. Seine Widerstandsform des gewaltfreien Widerstands und der Nichtzusammenarbeit war zwar durch westliche Vorreiter beeinflusst, griff aber ebenso viele in der südasiatischen Tradition verankerten Elemente auf und konnte so die Massen begeistern. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams, die auf die Abschaffung der kolonialen Ungerechtigkeiten abzielten, wie der berühmte Salzmarsch im Jahr 1930, stellten die ethische Legitimation des British Raj in Frage. Die britische Kolonialmacht hatte der Welt ja immer versichert, sie würde Indien mit

der Zustimmung seiner Bevölkerung regieren. Indien stellte nun aber unter der Führung des Indischen Nationalkongresses die Forderung nach „swaraj“ – nach Selbstregierung.

Zugeständnisse politischer Selbstverwaltung

Die britische Kolonialherrschaft war so fest auf dem indischen Subkontinent verankert, dass ihr diese Gegenwehr anfangs wenig anhaben konnte. Trotzdem versuchten die kolonialen Administratoren mit der dualen Strategie der gewaltsamen Unterdrückung des zivilen Ungehorsams sowie der Besänftigung durch Kompromissangebote, Verfassungskorrekturen und das Zugeständnis beschränkter politischer Selbstverwaltung in den einzelnen Provinzen den nationalistischen Bestrebungen des Indischen Nationalkongresses entgegenzuwirken. Dabei stand an erster Stelle dieser Reforminitiativen immer die Stabilisierung des kolonialen Staates, nicht aber die tatsächliche Übertragung von politischer Verantwortung an die indische Bevölkerung, wie zum Beispiel die Bildung von Provinzregierungen durch das Government of India Act im Jahr 1935 zeigt. Trotz dieser stufenweisen Machtdeliegierung behielt sich der Vizekönig immer noch ein weit reichendes Vetorecht vor. Das Bild der zur Selbstregierung unfähigen Inder, welchen eine aufgeklärte Herrschaft westlichen Zuschnitts durch die koloniale Regierung zuteil werden sollte, war immer noch fest in der britischen Wahrnehmung über Indien verankert.²⁵

Ringgen um das Machtmonopol

Der Indische Nationalkongress erzielte in den regionalen Wahlen immer bessere Ergebnisse, insbesondere bei der Provinzwahl von 1937. Aus diesen Wahlerfolgen heraus beanspruchte Jawaharlal Nehru für den Nationalkongress den Status des alleinigen Vertreters der ganzen indischen Bevölkerung, auch um der kolonialen Politik des *divide et impera* zu begegnen. Diese Politik verprellte aber auch die Muslimliga unter der Führung Mohammed Ali Jinnahs, die anfangs punktuell mit dem Nationalkongress zusammengearbeitet hatte und keinen separaten Staat für die Muslime Indiens gefordert hatte. Das Beharren auf das Machtmonopol des Kongresses trug jedoch zur politischen Entfremdung der Muslimliga bei und begünstigte die erst 1940 formulierte Forderung nach einem eigenen Staat für die muslimische Bevölkerung Südasiens.

Das Ende des British Raj

Eine baldige Unabhängigkeit des indischen Subkontinents schien jedoch auch zu Beginn des Zweiten Weltkrieges abwegig. Britische Administratoren sahen die indische Bevölkerung immer noch nicht als mündig genug für eine Machtübertragung an. Der Krieg aber sollte auf lange Sicht zum Katalysator der indischen Unabhängigkeitsbestrebungen werden, auch wenn er die nationalistischen Ambitionen zunächst eher unterdrückte, da die Aufrechterhaltung des British Raj durch den Weltkrieg strategisch höchste Relevanz erlangte.

Trotzdem erklärte Vizekönig Victor Hope von Linlithgow im September 1939 ohne Rücksprache mit indischen politischen Repräsentanten den Kriegseintritt Indiens und stieß damit den indischen Nationalisten vor den Kopf. Er machte ihnen damit klar, auf welchem wackeligen Fundament die bisher erkämpften Rechte standen. Obwohl der Kongress die nationalsozialistische Aggression unzweideutig verurteilte, verknüpfte er die indische Teilnahme am Krieg mit der Forderung nach der Regierungsbeteiligung des Kongresses und der Unabhängigkeit nach Kriegsende. Die Kolonialregierung ignorierte diese Vorgabe, und aus Protest legten alle Kongressminister ihre Posten in den Provinzregierungen nieder, was der Muslimliga, die sich nicht an diesem Boykott beteiligte, strategische Vorteile verschaffte. Die repressive Tendenz der britischen Innenpolitik in Indien verschärfte sich, nachdem Winston Churchill den Vorsitz des britischen Kriegskabinetts innehatte, noch weiter. Das Selbstbestimmungsrecht wurde den Indern ausdrücklich verwehrt. Ende 1941 nahmen die Unruhen in Indien zu, und als zusätzlich eine japanische Invasion des indischen Subkontinents drohte, entsandte die britische Regierung Sir Stafford Cripps nach Indien, um für eine Stabilisierung der Lage zu sorgen. Seine Mission scheiterte jedoch, weil er den indischen Nationalisten außer der Bekundung guten Willens wenig konkrete Zugeständnisse bieten konnte. Als Gandhi im August 1942 seine Quit-India-Kampagne startete, eskalierte die Lage in Indien. Der Kongress hatte die Briten vor die Wahl gestellt, entweder Indien sofort zu verlassen oder mit einem massenhaften zivilen Ungehorsam rechnen zu müssen. Da von britischer Seite ein deutsch-japanischer Zangenangriff auf Indien erwartet wurde, musste dieser angedrohte Aufstand mit allen Mitteln verhindert werden, und so reagierte der koloniale Staat mit erbarmungsloser militärischer Härte. Etwa 1.000 Aufständische starben, um die

100.000 wurden verhaftet. Da zu letzteren die gesamte Kongress-Führung zählte (nicht aber die Muslimliga, die sich aus dem Konflikt komplett herausgehalten hatte), herrschte bis zum Kriegsende nun die berühmt-berüchtigte Ruhe vor dem Sturm im indischen Unabhängigkeitskampf.

Der unerwartete Sieg der Labour Party bei den britischen Parlamentswahlen im Jahre 1945 brachte die Verhandlungen über die Indienfrage wieder in Bewegung. Repräsentanten der verschiedenen politischen Lager (Vizekönig Lord Wavell, Nehru und Jinnah, dazu Gandhi als graue Eminenz im Hintergrund) tagten unter dem Druck schwerer Unruhen und der Gefahr eines offenen Bürgerkrieges in Indien und verhandelten dabei über die Modalitäten eines unabhängigen Indiens. Erschwert wurde dies durch den langsamen Zusammenbruch der ehemals reibungslos funktionierenden Maschinerie des kolonialen Staates: Der koloniale Verwaltungsapparat funktionierte kaum noch, während sich in den Streitkräften nationalistische Sympathien regten, die beispielsweise auch in einer Meuterei der Royal Indian Navy offen zu Tage traten. Durch die militärische Demobilisierung in England geschwächt, sah sich Premier Clement Attlee nicht in der Lage, auf diese Herausforderung mit militärischer Gewalt zu reagieren. Er entsandte stattdessen eine Delegation nach Indien, die im Rahmen einer losen Föderation mit weitgehender Autonomie auf Provinzebene einen Verfassungsentwurf für ein unabhängiges und ungeteiltes Indien aushandeln sollte.

Die Idee „Pakistan“ entwickelt eine Eigendynamik

Die Idee „Pakistan“, die anfangs von Jinnah eher als eine Drohgebärde im Ringen um britische Konzessionen eingesetzt wurde, hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch eine erstaunliche Eigendynamik entwickelt und trug dazu bei, die Verhandlungen zu erschweren. Für die Briten stellte zunächst ein separater muslimischer Staat keine ernst gemeinte Option dar, da sie die Vision eines militärisch starken britischen Commonwealth verfolgten, dem ein geeintes Indien angehören sollte. Diese militärische Ausrichtung Englands stellte einen weiteren strittigen Punkt in den Verhandlungen dar, denn Nehru konnte sich im Gegensatz zu dem britischen Wunsch nach einer Pax Britannica nur ein künftig blockfreies Indien vorstellen, während Jinnah auf einer vollen pakistanischen Souveränität beharrte. So wurden die Verhandlungen im Sommer 1946 abgebrochen und die Situation auf dem indi-

schen Subkontinent verschärfte sich noch einmal durch blutige Zusammenstöße zwischen Hindus und Muslimen. England fürchtete einen internationalen Prestigeverlust sowie ein innenpolitisches Debakel, sollte man nicht Herr über die Unruhen werden. Aus dieser ausweglos erscheinenden Pattsituation heraus, die auch von der beharrlichen Weigerung der Muslimliga herrührte, sich an einer verfassungsgebenden Versammlung für ein vereintes Indien zu beteiligen, entschloss sich Attlee in einer überraschenden Bekanntgabe im Februar 1947 dazu, Indien bis zum 30. Juni 1948 die Macht zu übertragen.

1947: Vorgezogene Machtübergabe

Der extra mit dieser schwierigen Aufgabe bedachte neue Vizekönig Louis Mountbatten entschied sich aber angesichts des rasenden Verfalls der öffentlichen Ordnung für einen noch schnelleren Rückzug und verkündete nach hektischen Beratungen mit allen Parteien im Juni 1947, dass der Zeitpunkt der Machtübergabe auf den 15. August 1947, also um fast ein Jahr, vorgezogen werden solle. Indien und Pakistan sollten beide den Status eines Dominions erhalten, wobei Indien sich eine weniger hektische Umgewöhnungsphase unter der Beibehaltung Mountbattens als Generalgouverneur wünschte, Jinnah diesen

Posten jedoch selbst ausfüllen wollte, auch um die britische Absicht einer gemeinsamen Verteidigungsstruktur beider Dominions zu unterlaufen.

Diese halsbrecherische Geschwindigkeit der Machtübergabe resultierte in vielen Ungenauigkeiten und Fehlern. So wurde beispielsweise die Radcliffe-Kommission, die über den zukünftigen Grenzverlauf der neu entstehenden Staaten entscheiden sollte, von einem Mann geleitet, der vor dieser Aufgabe nie in Indien gewesen war und sich in der Gesellschaft und Geographie des Landes kaum auskannte. Noch schwerwiegender für die späteren Probleme, die entlang der indisch-pakistanischen Grenze insbesondere in den Provinzen Punjab, Sindh und Bengalen auftreten sollten, war aber die Entscheidung, den endgültigen Grenzverlauf erst nach dem Unabhängigkeitstag zu veröffentlichen. Damit versuchte die Kommission, sich der Verantwortung für die Regulierung der entstehenden Problematiken zu entziehen. Anstatt sich auf die massenhaften Flüchtlingsströme vorzubereiten, die durch die Teilung des Subkontinents unumgänglich waren, konzentrierte sich Mountbatten vor allem auf die stilvolle Inszenierung der Machtübergabe. Diese wurde weitgehend euphorisch gefeiert, außer von Gandhi, der seinen Traum eines unabhängigen und gleichzeitig geeinten Indiens zerstört sah.

Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan

Als am nächsten Tag dann aber die genauen Teilungsmodalitäten bekannt wurden, endeten die Jubelschreie, und ganz Nordindien wurde von einer Woge der Gewalt erfasst. Über die neuen Grenzen im Nordwesten sowie im Nordosten schob sich ein schier unendlicher Flüchtlingsstrom, der von Gewalttaten unbekanntem Ausmaßes begleitet wurde: Allein im Punjab starben eine halbe Millionen Menschen. Schätzungen zufolge verließen um die 15,5 Millionen Menschen ihre Heimat und ihr Land und machten die indische Teilung zur größten Flüchtlingskatastrophe der Menschheitsgeschichte.²⁶ Als „die andere Seite der Freiheit“ war die traumatische Teilung des Subkontinents gemessen an den Idealen der indischen Unabhängigkeitsbewegung ein gigantisches Scheitern.²⁷ Insbesondere Gandhis Vision eines ungeteilten und gewaltfreien Indiens verwandelte sich in einen Albtraum, und die Ermordung des Mahatmas im Januar 1948 durch einen Hindu-Fanatiker verhinderte eine weitere Vermittlung zwischen den Religionsgruppen durch den charismatischen Führer. Die Schrecken der Teilung schlugen sich bis in die Gegenwart in der anhaltenden Feindseligkeit zwischen Indien und Pakistan nieder. Hierzu trägt auch der weiterhin ungeklärte Status des ehemaligen Fürstenstaates Kaschmir bei, den beide Staaten für sich beanspruchen. Im Gegensatz zu Kaschmir verlief die Eingliederung der restlichen circa 500 Fürstentümer in indisches und pakistanisches Staatsgebiet weniger gewalttätig.

Nach der Unabhängigkeit

Im neuen indischen Staat war nun vor allem die Staatsspitze unterschiedlich zum kolonialen Vorgänger aufgebaut: Es gab keinen Vizekönig und keinen Indienminister mehr, stattdessen einen Premierminister und einen Staatspräsidenten. Nach einer kurzen Übergangsphase im Status eines Dominions wandelte sich Indien am 26. Januar 1950 zu einer unabhängigen Republik in loser Zugehörigkeit zum Commonwealth. Ansonsten änderte sich nach 1947 in Indien bemerkenswert wenig. Der Kongress als nun mächtigste Partei wurde mehr und mehr selber zum Raj, indem er ohne größere Reformen die in der Kolonialzeit geschaffenen administrativen und



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Gita Dharampal-Frick, Professorin am Südasien-Institut der Universität Heidelberg, Leiterin der Abteilung Geschichte Südasiens. Studium der Germanistik, Romanistik, Kulturethnologie, Indologie und Geschichte in Manchester, Leipzig, SOAS London, Cambridge; Promotion 1980 in Paris (Sorbonne), Habilitation in Neuere und Neueste Geschichte 1992 in Freiburg/Br. Danach Privatdozentin in Augsburg und Visiting Professor am Department of History, Stanford University, USA (1993–94); 1994–2000 Heisenberg-Stipendiatin der DFG. Veröffentlichungen zum europäisch-asiatischen Kulturtransfer von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart und zur modernen Geschichte Südasiens.



UNSERE AUTORIN

Manju Ludwig, M. A., hat ihren Magisterabschluss an der Universität Heidelberg in den Fächern Geschichte Südasiens und Politische Wissenschaften Südasiens erhalten. Seit Herbst 2009 promoviert sie am Südasien-Institut der Universität Heidelberg im Fach Geschichte Südasiens unter Prof. Dharampal-Frick im Bereich der Sozialgeschichte des kolonialen Indiens. Frau Ludwig ist seit 2005 als Forschungsassistentin in der Abteilung Geschichte des Südasiens-Institutes angestellt.

militärischen Infrastrukturen und deren „Geist“ übernahm. Aber auch auf gesellschaftlicher Ebene entfalten koloniale Konstrukte bis heute eine nicht unbedeutende Wirkungskraft.

Die Frage, ob die Unabhängigkeit Indiens nun als Resultat britischer Staatskunst und somit als geordneter Rückzug angesehen werden muss oder ob die Machtübernahme eher das Ergebnis der hart erkämpften Nationalbewegung und der Strategie des zivilen Ungehorsams geschuldet war, ist bis heute heftig umstritten.²⁸ Wie so oft liegt die Wahrheit wohl irgendwo in der Mitte.

LITERATUR

- Alavi, Hamza (1981): Die koloniale Transformation in Indien: Rückschritt vom Feudalismus zum Kapitalismus. In: Grevemeyer, Jan-Heeren (Hrsg.): *Traditionale Gesellschaften und europäischer Kolonialismus*. Frankfurt/M., S. 158–208.
- Bagchi, Amiya K. (1976): De-Industrialization in India in the 19th Century. Some Theoretical Implications. In: *Journal of Development Studies*, 12/2, S. 135–64.
- Bairoch, Paul (1993): *Economics and World History. Myths and Paradoxes*. New York.
- Bayly, Christopher (1997): *The Origins of Nationality in South Asia*. New Delhi.
- Dharampal-Frick, Gita (1970): *Indian Science and Technology in the Eighteenth Century*. Delhi.
- Dharampal-Frick, Gita (1997): Das „Endspiel“ des British Raj. Indiens Aufbruch in die Unabhängigkeit. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 48/1, S. 3.
- Dirks, Nicholas (2007): *The Scandal of Empire. India and the Creation of Imperial Britain*. New Delhi.
- Dirks, Nicholas (2001): *Castes of Mind. Colonialism and the Making of Modern India*. Princeton.
- Dodson, Michael (2007): *Orientalism. Empire, and National Culture. India, 1770–1880*. New York.
- Fischer-Tiné, Harald (2006): „Low and Licentious Europeans“. *White Subalterns in 19th Century Colonial India*. (Unveröffentl. Phil. Habil.) Heidelberg.
- Hasan, Mushirul (1995): *India Partitioned: The Other Face of Freedom*. New Delhi.
- Inden, Ronald (1986): *Orientalist Constructions of India*. In: *Modern Asian Studies*, 20, S. 401–446.
- Kipling, Rudyard (1899): *The White Man's Burden*. In: Ders. (1992): *Die Ballade von Ost und West. Selected Poems. Ausgewählte Gedichte, übersetzt von Gisbert Haefs*. Zürich. (Erstveröffentlichung: 4.2.1899 London Times, 5.2. N.Y. Tribune & Sun.)
- Lütt, Jürgen (1990): „Übertragung der Macht oder Sieg im Freiheitskampf?“ *Der Weg zur indischen Unabhängigkeit*. In: Mommsen, Wolfgang (Hrsg.): *Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte*. Frankfurt/M., S. 47–66.
- Malhotra, Anshu (2002): *Gender, Caste and Religious Identity. Restructuring Class in Colonial Punjab*. New Delhi.
- Metcalf, Thomas R. (1998): *Ideologies of the Raj. The New Cambridge History of India, III/4*. Cambridge, S. 111–112.
- Nandy, Ashis (1983): *The Intimate Enemy. Loss and Recovery of Self under Colonialism*. New Delhi.
- Osterhammel, Jürgen (1995): *Kolonialismus: Geschichte. Formen. Folgen*. München.
- Perlin, Frank (1983): *Proto-Industrialisation and Pre-colonial South Asia*. In: *Past and Present*, 98, S. 30–95.
- Raj, Kapil (2006): *Relocating Modern Science. Circulation and the Construction of Modern Science in South Asia and Europe. Seventeenth to Nineteenth Centuries*. New Delhi.
- Robb, Peter (1998): *Empire, Identity, and India. Liberalism, Modernity, and the Nation*. Oxford, S. 219–257.
- Rothermund, Dietmar (1993): *An Economic History of India: from Precolonial Times to 1991*. London.
- Said, Edward (1978): *Orientalism*. London.
- Sarkar, Tanika (2001): *Hindu Wife, Hindu Nation. Community, Religion and Cultural Nationalism*. New Delhi.
- Senellart, Michel (Hrsg.) (2007): *Michel Foucault. Security, Territory, Population. Lectures at the College de France. 1977–78*. Basingstoke, S. 87–114.
- Sharpe, Jenny (1993): *The Violence of Light in the Land of Desire; Or, How William Jones Discovered India*. In: *boundary 2/20 (II)*, S. 26–46.
- Singha, Radhika (2001): *A Despotism of Law. Crime and Justice in Early Colonial India*. New Delhi.
- Subrahmanyam, Sanjay (1990): *Merchants, Markets and the State in Early Modern India*. New Delhi.
- Thapar, Romila (2007): *Imagined religious communities? Ancient History and the Modern Search for a Hindu Identity*. New Delhi.
- Washbrook, David A. (1988): *Progress and Problems: South Asian Economic and Social History c.1720–1860*. In: *Modern Asian Studies*, 22/1, S. 57–96.
- 11 Alavi, Hamza (1981): Die koloniale Transformation in Indien: Rückschritt vom Feudalismus zum Kapitalismus. In: Grevemeyer, Jan-Heeren (Hrsg.): *Traditionale Gesellschaften und europäischer Kolonialismus*. Frankfurt/M., S. 158–208.
- 12 Rothermund, Dietmar (1993): *An Economic History of India: from precolonial times to 1991*. London, S. 16.
- 13 Sharpe, Jenny (1993): *The Violence of Light in the Land of Desire; Or, How William Jones Discovered India*. In: *boundary 2/20 (II)*; Singha, Radhika (2001): *A Despotism of Law. Crime and Justice in Early Colonial India*. New Delhi.
- 14 Said, Edward (1978): *Orientalism*. London.
- 15 Inden, Ronald (1986): *Orientalist Constructions of India*. In: *Modern Asian Studies*, 20, S. 401–446.
- 16 Dodson, Michael (2007): *Orientalism, Empire, and National Culture. India, 1770–1880*. New York.
- 17 Dirks, Nicholas (2001): *Castes of Mind. Colonialism and the Making of Modern India*. Princeton.
- 18 Sarkar, Tanika (2001): *Hindu Wife, Hindu Nation. Community, Religion and Cultural Nationalism*. New Delhi; Malhotra, Anshu (2002): *Gender, Caste and Religious Identity. Restructuring Class in Colonial Punjab*. New Delhi.
- 19 Bayly, Christopher (1997): *The Origins of Nationality in South Asia*. New Delhi.
- 20 Dirks, Nicholas (2007): *The Scandal of Empire. India and the Creation of Imperial Britain*. New Delhi.
- 21 Fischer-Tiné (2006): „Low and Licentious Europeans“. *White Subalterns in 19th Century Colonial India*. (Unveröffentl. Phil. Habil.) Heidelberg.
- 22 Raj, Kapil (2006): *Relocating Modern Science. Circulation and the Construction of Modern Science in South Asia and Europe. Seventeenth to Nineteenth Centuries*. New Delhi; Dharampal-Frick, Gita (1970): *Indian Science and Technology in the Eighteenth Century*. Delhi.
- 23 Robb, Peter (1998): *Empire, Identity, and India. Liberalism, Modernity, and the Nation*. Oxford, S. 219–257.
- 24 Thapar, Romila (2007): *Imagined religious communities? Ancient History and the Modern Search for a Hindu Identity*. New Delhi.
- 25 Dharampal-Frick (1997). S. 6–8.
- 26 Dharampal-Frick (1997). S. 20.
- 27 Hasan, Mushirul (1995): *India Partitioned: The Other Face of Freedom*. New Delhi.
- 28 Lütt, Jürgen (1990): „Übertragung der Macht“ oder „Sieg im Freiheitskampf?“ *Der Weg zur indischen Unabhängigkeit*. In: Mommsen, Wolfgang (Hrsg.): *Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte*. Frankfurt/M., S. 47–66.

ANMERKUNGEN

- 1 Dharampal-Frick, Gita (1997): Das „Endspiel“ des British Raj. Indiens Aufbruch in die Unabhängigkeit. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 48/1, S. 3.
- 2 Fischer-Tiné, Harald (2006): „Low and Licentious Europeans“. *White Subalterns in 19th Century Colonial India*. (Unveröffentl. Phil. Habil.) Heidelberg. S. 39.
- 3 Osterhammel, Jürgen (1995): *Kolonialismus: Geschichte. Formen. Folgen*. München, S. 19.
- 4 Nandy, Ashis (1983): *The Intimate Enemy. Loss and Recovery of Self under Colonialism*. New Delhi; Metcalf, Thomas R. (1998): *Ideologies of the Raj*. Cambridge: CUP. *The New Cambridge History of India, III.4*. S. 111–112.
- 5 Senellart, Michel (ed.) (2007): *Michel Foucault. Security, Territory, Population. Lectures at the College de France. 1977–78*. Basingstoke, S. 87–114.
- 6 Kipling, Rudyard (1899): „The White Man's Burden“. In: Ders. (1992): *Die Ballade von Ost und West. Selected Poems. Ausgewählte Gedichte, übers. v. Gisbert Haefs*, Zürich. (Erstveröffentlichung: 4.2.1899 London Times, 5.2. N.Y. Tribune & Sun.)
- 7 Osterhammel (1995): S. 38–39.
- 8 Bairoch, Paul (1993): *Economics and World History. Myths and Paradoxes*. New York; Subrahmanyam, Sanjay (1990): *Merchants, Markets and the State in Early Modern India*. New Delhi; Washbrook, David A. (1988): *Progress and Problems: South Asian Economic and Social History c.1720–1860*. In: *Modern Asian Studies*, 22/1, S. 57–96.
- 9 Perlin, Frank (1983): *Proto-Industrialisation and Pre-colonial South Asia*. In: *Past and Present*, 98, S. 30–95.
- 10 Bagchi, A.K. (1976): *De-Industrialization in India in the 19th century: Some Theoretical Implications*. In: *Journal of Development Studies*, 12/2, S. 135–64.

Das politische System Indiens

Dietmar Rothermund

Nach seiner im Jahr 1947 erlangten Unabhängigkeit stand Indien mehrere Dekaden lang unter der Herrschaft der Kongresspartei. Die Kongresspartei war unter Führung der Nehru-Gandhi-Familie nach den ersten Wahlen 1952 über 40 Jahre an der Macht. Diese durch freie Wahlen legitimierte Einparteienherrschaft wurde in den 1970er Jahren von einer Ära nationaler Koalitionen abgelöst. Diese Regierungskonstellationen waren jedoch häufig instabil und überdauerten in der Regel keine volle Legislaturperiode. Trotz eines seit 1990 existierenden Mehrparteiensystems stehen sich im Grunde zwei Blöcke, bestehend aus Kongresspartei und hindu-nationalistischer BJP, gegenüber. Der überraschende Sieg der Kongresspartei im Frühjahr 2009 könnte ein Schub für weitere Reformen sein. Das Wahlergebnis hat aber auch gezeigt, dass die indische Demokratie krisenfest ist. Ein weiterer ausschlaggebender Faktor für die politische Stabilität ist die Tatsache, dass Indien – ungeachtet aller Spannungen zwischen Zentralregierung und Unionsstaaten – eine funktionierende Föderation darstellt. Ebenso haben das Justizwesen sowie eine aktive Richterschaft den Respekt der Bürger erworben. Auch die Armee, mithin ein Erbe der Kolonialherrschaft, ist stets unter ziviler Kontrolle geblieben.

Die Entstehung des „Kongress-Systems“

Indien stand mehrere Jahrzehnte nach der Erlangung seiner Unabhängigkeit (1947) unter der Herrschaft der Kongresspartei, die sich immer wieder in freien Wahlen legitimierte. Das in Indien nach britischem Vorbild übernommene Mehrheitswahlrecht hätte eigentlich zu einem Zweiparteiensystem führen sollen, aber dazu kam es in Indien zunächst nicht. Der 1885 gegründete Indian National Congress (INC), der dann 1920 unter Mahatma Gandhi die Führung des Freiheitskampfes übernahm, bemühte sich darum, alle Interessen der Nation zu vertreten (vgl. Rothermund 1965, S. 47f.). Zwar war der INC zunächst ein Verein städtischer Honoratioren, doch wurde er unter Gandhis Führung zur Bauernpartei. Es kam dem INC zugute, dass die Bauern von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

nach 1930 der Kongresspartei in die Arme getrieben wurden (vgl. Rothermund 1992, S. 202f.). Die Briten gewährten zu dieser Zeit zehn Prozent der Bevölkerung das Wahlrecht, darunter ganz besonders den reicheren Bauern, auf deren Unterstützung sie hofften. Gerade von den Bauern jedoch wurde die Krise den Kolonialherren angelastet. Der Kongress als Bauernpartei vertrat ihre Interessen. Dies blieb auch im unabhängigen Indien so, in dem seit 1952 das allgemeine Wahlrecht galt. Zwar gab es auch sozialistische und kommunistische Parteien in Indien, aber diese verhalten dem Kongress immer wieder zum Wahlsieg, weil sie sich gegenseitig Konkurrenz machten. Das „Kongress-System“ blieb lange Zeit stabil, zumal Landtags- und Bundsparlamentswahlen simultan abgehalten wurden, bis Indira Gandhi 1971 die Parlamentswahlen vorzeitig abhalten ließ und damit den Gleichklang zerstörte (vgl. Rothermund 2008, S. 31). Hinzu kam, dass die Generation der alten Freiheitskämpfer, die für ihre Überzeugung viele Jahre in britischen Gefängnissen verbracht und nach der Erlangung der Unabhängigkeit in Bund und Ländern alle wichtigen politischen Posten innegehabt hatten, nun langsam ausstarb. Sie hatten dem „Kongress-System“ Zusammenhalt verliehen.

Indira Gandhi unterminierte dieses System, indem sie die Bundsparlamentswahlen zum nationalen Plebiszit machte, mit dem sie ihre Macht sicherte. Ohne das Schwergewicht der simultanen Landtagswahlen neigten diese plebiszitären Wahlen dazu, Pendelschwüngen zu unterliegen. Das Pendel schwang 1971 zugunsten Indira Gandhis aus, doch als sie dann von 1975 bis Anfang 1977 ein Notstandsregime über Indien verhängt hatte, folgte der Gegenschlag des Pendels, der sie ihrer Macht beraubte. Das „Kongress-System“ ging dahin und es herrschten bald andere Regeln.

Nationale Koalitionsregierungen der 1980er Jahre

Die erste nationale Koalitionsregierung wurde 1977 von Premierminister Morarji Desai gebildet. Manche ihrer Mitglieder waren Dissidenten der Kongresspartei – so wie Desai selbst, der unter Indira Gandhi stellvertretender Premi-

erminister war, bis sie ihn 1969 entließ. Ferner gehörten die beiden sozialistischen Parteien der Koalition an und die rechtsgerichtete Bharatiya Jana Sangh. Die Mitglieder der Koalition hatten das „Kongress-System“ besiegt, indem sie ein Zweiparteiensystem simulierten und in jedem Wahlkreis nur einen Kandidaten gegen den Kongress-Kandidaten aufstellten. Der Wahlerfolg legte es nahe, von der Simulation zur echten Errichtung eines Zweiparteiensystems fortzuschreiten. So entstand die Janata-Partei, der alle Koalitionspartner beitraten. Es gab jedoch großes Misstrauen in dieser neuen Partei. Man wagte sich nicht daran, Wahlen für die Amtsträger der Partei abzuhalten, weil man fürchtete, dass die Kader der Bharatiya Jana Sangh die Wahlen gewinnen könnten. Desai war dennoch stolz darauf, nun an der Spitze einer neuen Partei zu stehen. Gefragt danach, ob seine Regierung nicht nur eine Neuauflage der Koalitionen sei, die 1967 in einigen indischen Bundesländern an die Macht gekommen waren, betonte er in einem Interview mit dem Autor im August 1978, dass ja nun alle Regierungsmitglieder einer vereinigten Partei angehören. Desai war ein gestrenger und effizienter Regierungschef, aber kein guter Politiker. Als die Janata-Partei 1979 durch interne Konflikte zerrissen wurde, trat er zurück. Der Name der Janata-Partei wurde dann von einer kleineren Partei übernommen, die sich 1980 bemühte, die Opposition gegen die an die Macht zurückgekehrte Kongresspartei anzuführen. Ferner ging aus der alten Janata-Partei die Bharatiya Janata Partei (BJP) hervor, die nicht wieder ihren alten Namen annahm, sondern nun versuchte, eine breitere soziale Basis zu finden, indem sie ein neues Profil zeigte.

Der nächste Versuch, eine nationale Koalition zu schmieden, wurde bereits vor den Wahlen von 1989 unternommen. Vishwanath Pratap Singh, der unter Rajiv Gandhi zunächst Finanz- und dann Verteidigungsminister gewesen war, hatte sich schließlich von ihm getrennt und eine Bewegung organisiert, die das Ziel hatte, Rajiv Gandhi zu stürzen. Er schmiedete Wahlbündnisse nach der Methode, die 1977 zum Erfolg geführt hatte. In diesem Zusammenhang machte er der BJP große Zugeständnisse und wurde zu ihrem Steigbügelhalter. Während die BJP 1984 nur zwei Mandate errungen hatte, gewann sie 1989 nun 86

(vgl. Rothermund 2008, S. 47). Nach der Niederlage Rajiv Gandhis bildete V. P. Singh eine Minderheitsregierung, die von der BJP „von außen“ unterstützt wurde, ferner wurde er auf diese Weise auch von den Kommunisten unterstützt. Zwischen diesen beiden Polen befand sich V. P. Singhs Regierung in einem Schwebezustand. Im Oktober 1990 stürzte diese Regierung und wurde von einer noch labileren Minderheitsregierung unter Premierminister Chandrashekhar gefolgt, die nun von der Kongresspartei „von außen“ unterstützt wurde. Diese wiederum stürzte die Minderheitsregierung im Frühjahr 1991, da sie Neuwahlen herbeiführen wollte, die sie zu gewinnen hoffte.

Nationale Koalitionen der 1990er Jahre

Die Kongresspartei hatte bisher jede Koalitionspolitik abgelehnt, weil sie beabsichtigte, ihre zentrale Position wiederzugewinnen und sich daher nicht mit linken oder rechten Partnern einlassen wollte. Rajiv Gandhi wurde während des Wahlkampfs im Mai 1991 von den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) ermordet. Die Kongresspartei erhielt durch dieses Unglück einen Sympathiebonus, verfehlte aber knapp die Mehrheit. Der Kongressveteran P. V. Narasimha Rao bildete nun eine Minderheitsregierung. Es gelang Narasimha Rao im Laufe seiner Amtszeit durch einige Überläufer doch noch eine Mehrheit zu erringen, 1996 aber verlor er die Wahlen. Die Kongresspartei war noch immer die stärkste Partei und hätte leicht eine Koalition bilden können, doch das alte Vorurteil gegenüber der Koalitionspolitik überwog, und man überließ das Koalieren der BJP, die zur zweitstärksten Partei geworden war (vgl. Rothermund 2008, S. 47). A. B. Vajpayee wurde vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt, musste aber schon nach zwei Wochen zurücktreten, weil es ihm nicht gelang, genug Koalitionspartner zu finden. Nun kam eine „dritte Kraft“ an die Macht. Die auf einzelne Bundesländer beschränkten Regionalparteien hatten inzwischen viele Parlamentsmandate errungen. Sie konnten nun eine „Nationale Front“ bilden, die von der Kongresspartei „von außen“ unterstützt wurde. Man suchte nach einem geeigneten Premierminister unter den Ministerpräsidenten der Bundesländer. Der bengalische Kommunist Jyoti Basu war der geeignetste Kandidat, aber seine Partei erlaubte es ihm nicht, Premierminister zu werden. So wurde schließlich der noch recht unbekannt Ministerpräsident von Karnataka, H. V. Deve Gowda, ge-

kürt. Er machte jedoch den Fehler, die Führung der Kongresspartei anzugreifen, die sich dann weigerte, ihn weiter zu unterstützen. Man wollte aber auch noch keine Neuwahlen herbeiführen, und so forderte die Kongresspartei die „Nationale Front“ auf, einen genehmerten Premierminister zu präsentieren. So wurde der Außenminister Inder Kumar Gujral Premierminister. Gujral war ein integrierter Mann mit langer Erfahrung als Bundesminister in mehreren Kabinetten, aber er hatte nicht die politische Hausmacht eines Ministerpräsidenten. Er hing völlig von der Duldung seiner Regierung durch die Kongresspartei ab, und die stürzte ihn 1998, offenbar in der Hoffnung, nun wieder eine Wahl gewinnen zu können. Doch sie erhielt wieder keine Mehrheit und überließ – wie schon zwei Jahre zuvor – der BJP das Koalieren.

Diesmal war Vajpayee erfolgreich. Die BJP hatte 25,6 Prozent der Stimmen und 182 Mandate gewonnen und war daher in einer starken Position, brauchte aber dennoch eine Reihe von Partnern zur Regierungsbildung (Rothermund 2008, S. 48). Die Verhandlungen verliefen zäh, obwohl die BJP nur etwa die Hälfte der Kabinettposten beanspruchte und ihre Partner großzügig mit solchen Posten versorgte. Jayaram Jayalalitha, die Führerin der tamilischen Regionalpartei All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK), spielte eine Schlüsselrolle bei dieser Regierungsbildung. Sie unterstützte Vajpayee 1998, stürzte ihn aber 1999. Jetzt hätte Sonia Gandhi, die Witwe Rajivs und neue Präsidentin der Kongresspartei, eine Chance gehabt, eine Koalition zu schmieden. Doch sie verspielte diese Chance, weil sie erwartete, dass die Vertreter anderer Parteien zu ihr kämen, statt sich aktiv um sie zu bemühen. Danach musste sie sich mit Rebellen in den eigenen Reihen auseinandersetzen, die ihr als gebürtige Ausländerin das Recht absprachen, die Kongresspartei zu führen. Die Rebellen wurden aus der Partei ausgeschlossen und bildeten dann im Mai 1999 unter Führung von Sharad Pawar und Purno Sangma die Nationalist Congress Party (NCP), die später Koalitionspartner der Kongresspartei wurde, sie 1999 aber zunächst einmal schwächte.

Der amtierende Premierminister Manmohan Singh und die Präsidentin der Kongresspartei, Sonia Gandhi, nehmen am 31. Oktober 2009 an einer Gedenkfeier anlässlich des 25. Todestages von Indira Gandhi teil.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Für November 1999 wurden Neuwahlen anberaumt und Vajpayee blieb in der Zwischenzeit amtierender Premierminister. Im Sommer 1999 zwang ihm Pakistan den Kargil-Krieg auf (vgl. Rothermund 2002, S. 98ff.). Hätte Vajpayee diesen Krieg verloren, wäre er wohl nicht wiedergewählt worden, so aber erwiesen sich die pakistanischen Angreifer, ohne es zu wollen, als seine Wahlhelfer. Die BJP erhielt wieder 182 Mandate und das Koalieren war diesmal sehr viel einfacher. Vajpayee konnte bis zum Ende seiner Amtszeit 2004 regieren. Er erwartete einen erneuten Wahlsieg, stattdessen erlitt er jedoch eine Niederlage. Der Slogan „Indien strahlt“ (India Shining), den die BJP triumphierend auf ihr Panier schrieb, erwies sich als nicht so zugkräftig wie erhofft. Das Wirtschaftswachstum ließ die Mittelklasse „strahlen“, nicht aber die ärmere Bevölkerung, die bisher wenig davon gehabt hatte.

2004: Die Kongresspartei muss koalieren

Bei den Wahlen von 2004 verlor die BJP 44 Sitze und die Kongresspartei gewann 31. Mit 145 Mandaten war die Kongresspartei der BJP, die nur noch 138 Sitze hatte, nur um eine Nasenlänge voraus. Es waren dabei eher die Verluste der Koalitionspartner, die Vajpayees Niederlage bewirkten. Nun musste die Kongresspartei sich ums Koalieren bemühen, und sie tat dies mit großem Geschick. Das Jahr 2004 markierte einen entscheidenden Wandel der indischen Demokratie. Von nun an waren beide nationale Parteien auf Koalitionspolitik festgelegt. Sonia Gandhi, die 2004 das Amt des Premierministers hätte übernehmen können, betraute Dr. Manmohan Singh mit diesem Amt, der als Finanzminister ab 1991 der Architekt der indischen Wirtschaftsreform gewesen war. Es war ihm nun eine volle Legislaturperiode vergönnt, in der er jedoch dadurch gehemmt war, dass er auf die Unterstützung „von außen“ durch die Kommunisten angewiesen war, die bei den Wahlen einen großen Erfolg erzielt hatten (Rothermund 2008, S. 106). Gesetze zugunsten der armen Bevölkerung fanden ihre Billigung, nicht aber die dringend erforderliche Privatisierung von Staatsbetrieben. Schließlich verweigerten sie 2008 ihre Zustimmung zu dem „nuclear deal“, den Manmohan Singh mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush abgeschlossen hatte. Dieser Nuklearpakt sicherte Indien den Zugang zu moderner Nukleartechnik, der ihm seit 1974 verwehrt worden war. Dieser Zugang wurde nun gewährt, obwohl Indien weiterhin weder

den Atomsperrvertrag noch den Testbannvertrag unterschrieben hatte, weil es diese als ungleiche Verträge ablehnte. Indien hatte in der Regierungszeit von Manmohan Singh große Wachstumsraten erreicht, war aber in Energie-Not geraten, die ein weiteres Wachstum gefährdete. Der Bau von Kernreaktoren war mittelfristig für die Überwindung dieser Not unabdingbar. Daher setzte Singh sein politisches Überleben aufs Spiel, indem er in diesem Zusammenhang die Vertrauensfrage stellte. Zu seinem Glück rettete ihn die Samajwadi Party, die mit 38 Parlamentssitzen genügend Gewicht hatte, um die Kommunisten zu ersetzen.

2009: Votum für ein stabiles Indien

Bei den Wahlen, die von April bis Mai 2009 in Indien abgehalten wurden, kam es zu einem überraschenden Resultat, das alle Voraussagen Lügen strafte. Der Kongress errang 206 Mandate; für rund 30 Prozent der Stimmen erhielt er 40 Prozent der Sitze. Die BJP gewann nur 116 Sitze. Die Kommunisten erlitten eine demütigende Niederlage. Die beiden kommunistischen Parteien hatten zuvor 53 Sitze und jetzt nur noch 18. Der Kongress hatte nur drei Wahlallianzpartner, mit denen man sich auf die Verteilung der Sitze geeinigt hatte: die Dravida Munnetra Kazhagam in Tamil Nadu, den Trinamool (Graswurzel) Congress in West Bengalen und die Nationalist Congress Party, die hauptsächlich in Maharashtra aktiv war. Sie hatten je 18, 19 und neun Sitze errungen. In Uttar Pradesh war der Kongress keine Bündnisse eingegangen und profitierte auf erstaunliche Weise von der Rivalität zwischen Samajwadi Party (SP) und Bahujan Samaj Party (BSP). Die Kongresskandidaten errangen 22 Sitze, die SP 23 und die BSP nur 20. Hier schien sich das alte Erfolgsrezept des „Kongress-Systems“ wieder einmal zu bewähren. Manmohan Singh war aber doch noch auf Unterstützung „von außen“ angewiesen und machte nun einen sehr geschickten Schachzug. Er bat sowohl die SP als auch die BSP um eine solche Unterstützung und diese sicherten sie ihm auch zu. Mayawati Kumari, die Führerin der sogenannten Unberührbaren, gewährte sie sogar „bedingungslos“. Vor den Wahlen hatte sie gehofft, sogar Premierministerin zu werden, wenn sie mehr als die Hälfte der Mandate von Uttar Pradesh gewönne und eine Koalition ohne Kongress und BJP zustande

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

brächte. Sie hatte 2007 bei den Landtagswahlen eine absolute Mehrheit erungen, indem sie neben den Dalits (Unberühmbaren), die ihr treu ergeben waren, auch die Brahmanen und Muslime an sich band, die sie großzügig mit Landtagssitzen und Ministerposten bedachte. Ihre kühnen Hoffnungen waren 2009 bitter enttäuscht worden und daher unterstützte sie bereitwillig Manmohan Singhs Regierung, die sich nun auf insgesamt 322 Parlamentsabgeordnete verlassen konnte. Da mit einer gleichzeitigen Aufkündigung der Unterstützung durch die Rivalen SP und BSP nicht zu rechnen war, saß Manmohan Singh nun fest im Sattel. Er konnte die Reformen in Angriff nehmen, die ihm in der vergangenen Regierungsperiode verwehrt geblieben waren.

Bedeutung der Wahlkommission

Die Ära der Koalitionspolitik hat der indischen Wahlkommission eine systemerhaltende Bedeutung verliehen. Diese Institution basiert auf Artikel 324 der indischen Verfassung, die den Präsidenten dazu ermächtigt, einen Wahlkommissar zu ernennen. In der Tat war die Wahlkommission lange Zeit ein Einmannbetrieb. Unter dem „Kongress-System“ hatte der Kommissar eigentlich nur eine zeremonielle Funktion. In der Periode der politischen Instabilität nach 1989 wurde der Kommissar jedoch zu einem Schiedsrichter, der sich im ganzen Land Respekt verschaffte. Dies galt besonders für T. N. Sheshan, der dieses Amt von 1991 bis 1996 innehatte. Die Wahlkommission errang unter ihm einen guten Ruf, der sogar den der Richterschaft in den Schatten stellte. J. M. Lyngdoh, der von 2001 bis 2004 Wahlkommissar war, erwies sich als ebenso tüchtig. Seine Meisterleistung waren die fairen Wahlen in Kaschmir von 2002. Der Bedeutungszuwachs der Wahlkommission in einer Zeit entscheidenden politischen Wandels zeigt, dass die indische Demokratie krisenfest ist und neue Herausforderungen meistert (vgl. Rothermund 2002, S. 51). Ein flexibles Parteiensystem und eine angemessene föderale Struktur tragen zur politischen Stabilität Indiens bei. So wie das indische Parteiensystem sich im Rahmen der politischen Transformation wandelte, musste sich auch der indische Föderalismus auf neue Herausforderungen einstellen.

Die Verfassung Indiens

Der Föderalismus wurde von den Briten in Indien eingeführt, um bei der graduellen Machtübertragung die Kontrolle der Zentralregierung in den Händen zu

behalten und den Indern die Kontrolle der Provinzen zu überlassen. Das war ein „Föderalismus von oben“, bei dem die untere Ebene mit eng umschriebenen Machtvollkommenheiten ausgestattet wurde (vgl. Rothermund 1965, S. 164ff.). Der Government of India Act von 1935 enthielt eine Standardverfassung, die für alle Provinzen Britisch-Indiens galt, sowie einen separaten Teil, der die Verfassung der Zentralregierung enthielt. Die Stellung des Vizekönigs als „unabsetzbare Exekutive“ wurde darin abgesichert. Er stand an der Spitze eines Bundesstaats, in dem die indischen Fürsten eine entscheidende Rolle spielen sollten. Doch es musste die Hälfte der indischen Fürsten dem Bundesstaat beitreten, sonst konnte er nicht zustande kommen. Die meisten Fürsten waren nicht zum Beitritt bereit, da sie wohl dessen finanzielle Folgen fürchteten. Daher trat nur der provinzielle Teil der neuen Verfassung in Kraft, die Stellung des Vizekönigs war nunmehr stärker als je zuvor.

Die indischen Nationalisten verachteten die Föderation, weil sie in ihr eine konservative Strategie sahen, mit der ihre Ambitionen konterkariert werden sollten. Nehru verkündete, dass die Verfassung Indiens von einer verfassungsgebenden Versammlung geschaffen werden sollte, die auf allgemeinen Wahlen beruhen müsse und sich nicht nach britischen Vorgaben richte (vgl. Rothermund 1965, S. 214). Das geschah jedoch nicht. Das rasch verabschiedete Gesetz, mit dem Indien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, war nur eine geringfügig revidierte Neuauflage des Gesetzes von 1935. Die auf der Grundlage dieses Gesetzes einberufene verfassungsgebende Versammlung beruhte nicht auf allgemeinem Wahlrecht. Sie beschränkte sich darauf, die bestehende Verfassung zu ratifizieren und lediglich einen Katalog von Grundrechten einzufügen.

Die indische Verfassung ist daher eine Mischung aus britischer kolonialer Praxis und den Zielsetzungen der nationalen Bewegung. Die Machtbefugnisse des Vizekönigs wurden auf den Präsidenten übertragen, aber vom Premierminister ausgeübt. Da das Amt des Premierministers unter dem Gesetz von 1935 nicht existierte, wurde es mit einem lakonischen Satz in der Verfassung verankert: „Es besteht ein Ministerrat, an dessen Spitze ein Premierminister steht (...)“. Die in der ungeschriebenen britischen Verfassung enthaltenen Konventionen schienen auszureichen, um zu definieren, welche Befugnisse der indische Premierminister hat. Sie sind sehr weit reichend – und um zu verhindern, dass sie hinterfragt werden können, bestimmt die Verfassung, dass der Rat,

den der Premierminister dem Präsidenten erteilt, nicht zum Gegenstand eines Gerichtsverfahren gemacht werden kann.

Die Einheitsverfassung der Provinzen (Bundesländer) wurde praktisch unverändert übernommen. Die von den Notstandsbefugnissen des Vizekönigs abgeleitete „President's Rule“, mit der die Regierung über einen rechtlichen Durchgriff gegenüber den Unionsstaaten verfügt, wurde ebenfalls in der Verfassung verankert. Es wurde zwar immer wieder die Frage gestellt, ob diese überhaupt mit dem Föderalismus vereinbar sei, aber bisher wurde sie nicht angetastet. Als 1996 die Regierung der Nationalen Front gebildet wurde, die von den Ministerpräsidenten getragen wurde, die eben dieses Instrument zentraler Einmischung in die Angelegenheit der Bundesländer oft kritisiert hatten, war eine Abschaffung der „President's Rule“ zu erwarten. Doch es geschah nichts. Freilich hatte inzwischen das sogenannte „Bommai Urteil“ des Obersten Gerichtshofs (1994) die Benutzung dieses Instruments erschwert (vgl. Rothermund 2008, S. 55f.). Bommai war Ministerpräsident des Bundeslandes Karnataka. Er sollte abgesetzt werden, aber der Oberste Gerichtshof hatte sich dem entgegengestellt und verkündet, dass der Regierung eines Bundeslandes zunächst die Gelegenheit gegeben werden müsse, ihre Mehrheit im Landtag zu beweisen. Auch müsse man sie rechtzeitig vorwarnen. Präsident Narayanan berief sich 1997 und 1998 auf dieses Urteil und weigerte sich, eine von der BJP-Koalition erwünschte Verhängung der „President's Rule“ zu vollziehen. Danach wurde es praktisch unmöglich, eine missliebige Landesregierung auf diese Weise zu stürzen. Künftig konnte dieses Instrument – das die Macht des „Föderalismus von oben“ repräsentiert – nur dann angewandt werden, wenn die Landesregierung nachweislich keine Mehrheit im Landtag hatte.

Interessenvertretung der Bundesländer

Der Staatsrat (Rajya Sabha), das Oberhaus des indischen Parlaments, gilt als Vertretung der Bundesländer. Insgesamt 233 von 245 Abgeordneten dieses Oberhauses sind gewählte Vertreter der Länder. Der Präsident hat das Recht, zwölf Abgeordnete zu ernennen. Dieses Oberhaus entspricht mehr oder weniger dem britischen „House of Lords“ und ist politisch recht harmlos. Es wird meist mit altgedienten Politikern besetzt, die schon im Unterhaus (Lok Sabha) gesessen haben. Der Präsident

hat das Recht, angesehene Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Rajya Sabha zu ernennen. Angehörige dieses Oberhauses können Ministerposten innehaben. Der derzeitige Premierminister Manmohan Singh ist Mitglied der Rajya Sabha.

Nehru schuf neben diesem Oberhaus noch einen nationalen Entwicklungsrat (National Development Council), dem alle Ministerpräsidenten der Länder angehören. In diesem Forum wurde zu meist über Vorschläge der Planungskommission beraten, die ebenfalls von Nehru geschaffen worden war. Dieses Forum hat jedoch kaum dazu gedient, Probleme des Föderalismus zu behandeln. Dafür gibt es ein anderes Gremium, den „Inter-State Council“. Die Verfassung enthält eine Bestimmung, die den Präsidenten dazu ermächtigt, diesen Council einzurichten. Er wurde aber lange Zeit nicht dazu aufgefordert, dies zu tun. Erst im Mai 1990 wurde der Council auf Wunsch des Premierministers V. P. Singh eingerichtet. Dieses Gremium hat ein permanentes Sekretariat. Es hat einige Sitzungen abgehalten, blieb aber für lange Zeit inaktiv (vgl. Rothermund 2008, S. 56). Das war auf den Aufstieg der regionalen Parteien zurückzuführen, die ihre Forderungen auf dem direkten Wege des politischen Aushandelns durchsetzen konnten. Dieses Aushandeln ist natürlich zeitgebunden und hat keine dauerhafte Wirkung. Damit kann die Bundesregierung leben. So ist denn bisher keine grundlegende Reform des indischen Föderalismus in Angriff genommen worden, obwohl mehrere Kommissionen hierfür einberufen worden sind, die gewichtige Berichte vorgelegt haben.

Zentraler Verwaltungsdienst als wichtige Klammer

Eine wichtige Klammer, die den indischen Bundesstaat zusammenhält, ist der zentrale indische Verwaltungsdienst (Indian Administrative Service/IAS). Die Angehörigen dieses Dienstes müssen eine nationale Aufnahmeprüfung bestehen und optieren dann für die Zugehörigkeit zu einem Bundesland, das möglichst nicht das sein soll, aus dem sie stammen. Sie durchlaufen die ersten Karrierestufen in diesem Bundesland und können dann in ein Ministerium der Bundesregierung versetzt werden oder auch andere Funktionen in dieser allmächtigen Bürokratie Indiens wahrnehmen. Oft sind dies Direktorenposten in den staatlichen Wirtschaftsbetrieben. In den Zeiten der Planwirtschaft hatte diese Bürokratie größeres Gewicht als heute, aber sie ist immer noch sehr einflussreich. Das Bundesin-

nenministerium hat die Dienstaufsicht über alle Beamten des IAS.

Das Problem der Staatsfinanzen

Das schwierigste Problem für den indischen Föderalismus ist das der Staatsfinanzen. Die indische Verfassung sieht eine Finanzkommission vor, die Empfehlungen für den Bund-Länder-Ausgleich macht. Sie wird alle fünf Jahre vom Präsidenten ernannt und hat einen Vorsitzenden und vier Mitglieder. Ihre Empfehlungen werden beiden Häusern des Parlaments vorgelegt. Danach löst sich die Finanzkommission auf. Sie hat kein permanentes Sekretariat. Ihre Mitglieder sind angesehene Experten, die auf ihre früheren Posten zurückkehren. Die Empfehlungen der Kommission haben keine Gesetzeskraft. Sie müssen von der Exekutive und der Legislative umgesetzt werden. Die Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern ist die Hauptaufgabe der Kommission. Die Finanzkommissionen hatten einen Vorläufer im Schiedspruch von Sir Otto Niemeyer (Niemeyer Award, 1936). Er war ein hochrangiger Mitarbeiter der Bank von England und war nach Indien entsandt worden, um die Aufteilung des Steueraufkommens im Rahmen des Gesetzes von 1935 vorzunehmen. Er hatte große Schwierigkeiten damit, die Ansprüche der verschiedenen Provinzregierungen angemessen zu berücksichtigen (vgl. Rothermund 1992, S. 219). Aufgrund seiner Empfehlungen war das Verhältnis der Summe des Aufkommens aller Provinzen zum Haushalt der Zentralregierung 1:1,6. Dieses Verhältnis ist von den späteren Finanzkommissionen mehr oder weniger beibehalten worden. Zu Niemeyers Zeiten war die Einkommensteuer die wichtigste Steuer, die zwischen der Zentrale und den Provinzen aufgeteilt werden musste. In jüngster Zeit sind die Zölle immer bedeutsamer geworden – und diese sind allein der Bundesregierung vorbehalten. Solange der Protektionismus vorherrschte, waren die Zolleinnahmen unbeträchtlich. Ein effektiver Schutzzoll bringt naturgemäß dem Staat nichts ein. Doch nachdem die Zölle nach 1980 gesenkt wurden, wuchsen die Zolleinnahmen rasant an (vgl. Rothermund 1996, S. 13). Die Bundesländer konnten diesen Geldsegen, der dem Bund zufiel, nur mit Neid betrachten. Wenn die Finanzkommission den Ländern etwas davon zuordnete, dann war das reine Großmütigkeit, auf die sie keinen Anspruch hatten. Doch mit der 80. Novellierung der indischen Verfassung wurde den Ländern ein Anspruch auf 29 Prozent der Nettosteueereinnahmen des Bundes zugestanden.

Die Zölle sind ein Paradebeispiel für eine dynamisch wachsende Steuer, während die Grundsteuer, die den Ländern schon längst ganz überlassen worden war, ein Gegenbeispiel ist. Nachdem die Weltwirtschaftskrise der britischen Grundsteuerpolitik das Rückgrat gebrochen hatte, war diese Steuer nie mehr erhöht worden. Sie wurde unter dem Einfluss der Inflation völlig entwertet. Sie deckte meist nicht mehr die Kosten, die bei ihrer Erhebung entstanden. Sie wurde vielerorts nur deshalb nicht abgeschafft, weil für die Bauern die Grundsteuerquittung oft das einzige Dokument ist, das ihren Besitzstand bezeugt, weil die Kataster dafür unzureichend sind.

Finanz- und Planungskommission im Wechselspiel

Das Verhältnis der Länder zu den Finanzkommissionen ist das eines Bettlers zum Almosenspender. Bereits Niemeyer hatte von „zentripetaler Bettlei“ gesprochen (vgl. Rothermund 1992, S. 220). Konfrontiert mit den Hinweisen der Länder auf ihre Haushaltslücken, sahen sich die Finanzkommissionen stets dazu gezwungen, sich als Lückenfüller zu betätigen. Das Verhältnis der Länder zur Finanzkommission steht daher im Gegensatz zu ihrem Verhältnis zur Planungskommission. Diese Kommission ist in der Verfassung nicht erwähnt. Sie wurde von Nehru 1950 durch Kabinettsbeschluss eingerichtet. Sie erstellt die Fünfjahrespläne, die nur Vorschläge sind und keine Gesetzeskraft haben. Da jedoch der Premierminister von Amts wegen Vorsitzender dieser Kommission ist, hängt sein politisches Schicksal davon ab, ob es ihm gelingt, diese Vorschläge umzusetzen. Die Planungskommission hat einen großen Mitarbeiterstab und ihr Einfluss ist weit größer als der der Finanzkommissionen. Die Planausgaben sind im Laufe der Jahre sehr gestiegen und damit zu einem entscheidenden Faktor für das Bund-Länder-Verhältnis geworden. Die Länder haben nicht die Mittel, der Expertise der Planungskommission eigene Planungen entgegenzusetzen. Sie sind auf die Gnade der Planungskommission angewiesen. Doch diese wird ihnen nur zuteil, wenn sie Projekte vorweisen können, für die sie dann anteilige Zuweisungen von Planmitteln erhalten. Hier dürfen sie nicht auf Lücken hinweisen, sondern müssen sich als finanziell potent gebärden. Es erschiene sinnvoll,

die Finanzkommission mit der Planungskommission zu verbinden, was durch einen Kabinettsbeschluss erreicht werden könnte. Das ist zwar öfter empfohlen, aber nie durchgeführt worden. Ihre Funktionen sind denn auch sehr verschieden. Die Planungskommission ist praktisch ein großes Bundesministerium. Ihr Deputy Chairman hat den Rang eines Kabinettsministers. Die Finanzkommission ist dagegen ein Expertengremium, das von den Ländern als unabhängiger Schiedsrichter zwischen Bund und Länder angesehen werden kann (vgl. Rothermund 2008, S. 61). Insgesamt stärkt das Wechselspiel beider Kommissionen die Macht des „Föderalismus von oben“.

Ursachen des Haushaltsdefizits

Trotz der Lückenfüllerei und der Zuweisung von Planmitteln ist etwa die Hälfte des gesamten indischen Haushaltsdefizits den Bundesländern zuzuschreiben. Erst in jüngster Zeit haben größere Transferleistungen der Bundesregierung die Haushalte der Länder aufgebessert. Zwei Haushaltsposten fallen für die Länder besonders ins Gewicht: die Verluste der staatlichen Elektrizitätsbetriebe und die ständig steigenden Gehaltskosten der Beamten. Die Elektrizitätsbetriebe (State Electricity Boards) machen in fast allen Bundesländern nur Verluste. Ihre Rechnungen werden meist nicht bezahlt. Der Diebstahl von Elektrizität ist weit verbreitet, zumal die meisten Hochspannungsleitungen mit niedrigen Spannungen betrieben werden. Mancherorts betrachten die Bauern die „kostenlose“ Lieferung des Stroms durch den Staat geradezu als ihren Besitzstand. Die Gehaltskosten belasten die Landesregierungen ebenfalls sehr. Sie werden in regelmäßigen Abständen von Kommissionen (Pay Commissions) festgesetzt. Einige Bundesländer haben eigene Kommissionen dieser Art, viele übernehmen aber die Vorschläge der zentralen Kommission. Die Vorschläge der 5. Gehaltskommission (1998) waren ein schwerer Schlag für die Staatsfinanzen. Für die Bundesregierung bedeuteten sie einen Anstieg der Gehaltssumme von 218 auf 435 Mrd. Rupien, für die Länder insgesamt eine Erhöhung von 515 auf 898 Mrd. Rupien. Die Kommission hatte freilich eine Reduktion der Beamtenstellen um 30 Prozent und eine Verringerung der Gehaltsstufen empfohlen. Aber dergleichen ist politisch gefährlich, weil es den Spielraum der Patronage beschränkt. Die Beschlüsse der 5. Gehaltskommission waren auf sehr merkwürdige Weise zustande gekommen. Ursprünglich waren sie maßvoll,

doch dann drohten die gewerkschaftlich organisierten Regierungsangestellten mit einem Streik. Der damalige Premierminister Inder Kumar Gujral verlor die Nerven und verkündete, dass er einen Streik, koste es, was es wolle, vermeiden werde. Die Kosten wurden hoch. Er setzte einen Ausschuss ein, der aus Bundesministern bestand, die den Gewerkschaften nahestanden. Sie entschärften einige Empfehlungen der Pay Commission und setzten die vorgeschlagene Gehaltserhöhung von 20 auf 40 Prozent herauf (vgl. Rothermund 2008, S. 62). Bald stehen nun die Empfehlungen der 6. Gehaltskommission ins Haus, die sich wiederum katastrophal auf die Staatsfinanzen auswirken könnten. Es ist freilich notwendig, dass die Beamtengehälter mit denen der privaten Wirtschaft Schritt halten. Indien wird ohnehin von Korruption geplagt, und unterbezahlte Beamte lassen sich leichter bestechen. Die Zahl der höheren Beamten, deren Ermessensspielraum sie korruptionsanfällig macht, ist freilich sehr gering gegenüber dem großen Heer kleiner Angestellter, die durch ihre sichere Stellung und ihre vergleichsweise höheren Löhne den Arbeitskräften im „informellen“ Sektor der Wirtschaft haushoch überlegen sind. Die Einkünfte der Landesregierungen reichen nicht aus, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die wichtigste Steuer der Länder ist die Umsatzsteuer, die aber lange Zeit nur für Waren und nicht für Dienstleistungen erhoben werden konnte, die jetzt einen höheren Anteil am Bruttosozialprodukt haben als die Warenproduktion. Die 95. Novellierung der Verfassung (2003) hat hier eine wichtige Änderung vorgenommen. Der Bund kann nun Dienstleistungen besteuern und die Steuereinkünfte werden von Bund und Ländern geteilt. Ferner gibt es nun auch in Indien eine Mehrwertsteuer (Value Added Tax/VAT), die bereits von den meisten Ländern eingeführt worden ist. Neben der Besteuerung von Dienstleistungen hat sich die von Immobilien als besonderes Problem erwiesen. Die Immobilien sind meist unterbewertet. Die Landesregierungen werden oft ermahnt, mehr Steuern zu erheben, aber sie wollen auch nicht politischen Selbstmord verüben, indem sie einflussreichen Wählern in die Tasche greifen. Nur die Bundesregierung kann hier helfen, indem sie einige dynamische Steuern ganz den Ländern überlässt.

Die Bedeutung der indischen Justiz für das Staatswesen

Das Justizwesen spielt eine ganz entscheidende Rolle bei der Erhaltung des

indischen politischen Systems. Es ist wie so viele andere Elemente dieses Systems ein Erbe der britischen Kolonialherrschaft, doch haben sich die Inder dieses Justizwesens voll und ganz zu eigen gemacht und betrachten es als einen kostbaren Besitzstand, den es zu bewahren gilt. Im unabhängigen Indien wurde der Oberste Gerichtshof zu einer hochangesehenen Instanz. Die Richter dieses hohen Gerichts stehen meist in höherem Ansehen als selbst die prominentesten Politiker. Sie haben viele Urteile gefällt, die für die Politik richtungweisend sind. Ferner sind sie geradezu zum sozialen Gewissen der Nation geworden. Die indische Verfassung enthält sogenannte Directive Principles of State Policy, die vom Grundrechtekatalog abgetrennt wurden, weil sie im Unterschied zu den Grundrechten nicht einklagbar sind (vgl. Dohrmann 2002, S. 27f.). Es geht dabei vor allem um soziale Rechte, deren Einklagbarkeit den Staat überfordern würde. Kritische Stimmen in der verfassungsgebenden Versammlung bezeichneten diese Principles als fromme Wünsche, die man nicht in die Verfassung aufzunehmen brauche. Sie berücksichtigten dabei nicht, dass der Oberste Gerichtshof sich bei Urteilsbegründungen auf diese Principles berufen kann, auch wenn sie nicht einklagbar sind. In diesem Sinne hat der Oberste Gerichtshof es Bürgern ermöglicht, Fälle bei diesem Gericht anhängig zu machen, auch wenn es sich um solche handelt, bei denen sie das Unrecht nicht selbst erlitten, sondern nur beobachtet haben, wie es anderen zugefügt wurde. Eine Postkarte an den Obersten Gerichtshof genügt und dieser nimmt sich der Sache an. Dieser „richterliche Aktivismus“ ist nicht unumstritten, aber er hat viel dazu beigetra-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Dietmar Rothermund ist emeritierter Professor für Geschichte Südasiens an der Universität Heidelberg. Er hat in Marburg, München und an der University of Pennsylvania Geschichte und Philosophie studiert. Dietmar Rothermund ist international einer der renommiertesten Indienkenner. Seine jüngste Veröffentlichung ist: *Indien: Aufstieg einer asiatischen Weltmacht* (München 2008, Beck Verlag).

gen, den Respekt vor dem Justizwesen zu erhöhen. Auch für den Schutz der Umwelt hat sich der Oberste Gerichtshof eingesetzt und unter Umständen die Schließung von Betrieben angeordnet, die gegen die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt verstoßen (vgl. Dohrmann 2002, S. 95).

Die Rolle des Militärs

Die große indische Armee ist ebenfalls ein Erbe der Kolonialherrschaft. Im Zweiten Weltkrieg kämpften rund zwei Millionen indischer Soldaten auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen für die Briten. Nach dem Krieg erwartete die Regierung des unabhängigen Indiens eine schwierige Aufgabe. Zunächst musste die Armee zwischen Indien und Pakistan aufgeteilt werden und dann mussten auch noch viele Soldaten demobilisiert werden, weil Indien sich eine so große Armee gar nicht leisten konnte. Es kam Indien zugute, dass während des Krieges Tausende von Indern ihr Offizierspatent erworben hatten, während zuvor nur Briten indische Truppen kommandieren durften und Inder meist nicht über den Rang eines Feldwebels oder Unteroffiziers hinauskamen. Mit der großen Zahl kriegserfahrener indischer Offiziere konnte man den Abzug der britischen Offiziere problemlos verkraften.

Den indischen Politikern war diese Armee zunächst etwas unheimlich. Ein indischer General im Ruhestand bemerkte dazu später einmal, der indischen Regierung sei es so zumute gewesen, wie einem Abstinenzler, der eine Brauerei erbt. Da in Indien mit dem zuvor beschriebenen „Kongress-System“ eine machtvolle zivile politische Struktur gegeben war und die Armee von den Briten das Ideal des unpolitischen, professionellen Militärs geerbt hatte, ließ sich die zivile Kontrolle über das Militär jedoch leicht aufrechterhalten. Dies kam unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass in Indien nie ein Offizier zum Ver-

teidigungsminister ernannt wurde. Auch Indiens Aufstieg zur Atommacht blieb eine Angelegenheit der zivilen Behörden, welche die Atomsprenghöpfe bewachen, die nur im Ernstfall dem Militär ausgehändigt würden, das die Trägersysteme betreut (vgl. Rothermund 2008, S. 90). Indische Offiziere im Ruhestand haben sich kritisch über diese Ausgrenzung des Militärs geäußert, die dazu geführt hat, dass es an einer strategischen Planung für den Einsatz von Atomwaffen fehlt. Die zivile Führung will diese Waffen eigentlich auch gar nicht einsetzen, sondern betrachtet sie nur als politisches Argument, das Indien den Status in der Welt sichert, der ihm gebührt.

In Pakistan hätte die Armee eine ähnliche Rolle wie in Indien spielen können, wenn ihr eine mächtige zivile politische Struktur gegenübergestanden hätte. Der Staatsgründer Mohammed Ali Jinnah, der Pakistan den scheidenden Briten abgetrotzt hatte, konnte sich auf keine Struktur dieser Art stützen. Er wurde auch nicht wie Nehru in Indien Premierminister des neuen Staats, sondern Generalgouverneur und übernahm so das Erbe des Vizekönigs. Er stützte sich von vornherein auf die Armee und die Bürokratie und nicht auf eine demokratische Partei. Es kam hinzu, dass die Muslime des Panjab von den Briten als „kriegerische Rasse“ (martial race) betrachtet wurden. Ein großer Teil der britisch-indischen Armee bestand aus ihnen. Es war diese Panjabi-Muslim-Armee, die den Staat erbt, zumal Jinnah schon 1948 starb. Es vergingen einige Jahre, bis die Armee unter Ayub Khan die Macht im Staat ergriff. Nach dessen Militärputsch folgten noch viele, die sich stets dadurch auszeichneten, dass sie vom Chef der Armee verübt wurden und nicht von Offizieren niederer Ränge.

Indien ist ein solches Schicksal bisher erspart geblieben, weil sein ziviles politisches System sich als stabil erwiesen hat. Es kommt hinzu, dass Indiens militärische Führung vermutlich weise genug

ist, um einzusehen, dass dieses riesige Land sich von einem Militärregime kaum beherrschen ließe. Das Militär könnte nur Schaden nehmen, wenn es sich einer solchen Überforderung aussetzte. Das gilt freilich auch schon für den Einsatz von Truppen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Solche Einsätze hat es in Indien wiederholt gegeben, aber sie sind problematisch. Der Soldat ist dazu ausgebildet, Feinde zu töten. Er sollte nicht dazu gezwungen werden, auf die Angehörigen seiner Nation zu schießen. Die Erhaltung der öffentlichen Ordnung ist Aufgabe der Polizei. Das wird auch in Indien so gesehen, und es gibt bewaffnete Polizeitruppen, die speziell für die Unterdrückung von Ausschreitungen eingesetzt werden. So wird es gelingen, die Rolle des Militärs weiterhin auf die Landesverteidigung zu beschränken und die Tradition einer unpolitischen, professionellen Armee im Interesse der Nation zu erhalten.

LITERATUR

- Dohrmann, Jona Aravind (2002): Directive Principles of State Policy in der indischen Verfassung unter Berücksichtigung der Staatszielbestimmungen des deutschen Grundgesetzes. Würzburg 2002.
- Rothermund, Dietmar (1965): Die politische Willensbildung in Indien, 1900–1960.
- Rothermund, Dietmar (1992): India in the Great Depression, 1929–1939. New Delhi.
- Rothermund, Dietmar (ed.) (1996): Liberalising India. Progress and Problems. New Delhi.
- Rothermund, Dietmar (2002): Krisenherd Kaschmir. Der Konflikt der Atomkräfte Indien und Pakistan. München.
- Rothermund, Dietmar (2008): Indien: Aufstieg einer asiatischen Weltmacht. München.
- Wagner, Christian (2006): Das politische System Indiens. Eine Einführung. Wiesbaden.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99–77.

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06–0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,

Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Hindu-Nationalismus – (k)ein Ende in Sicht!

Siegfried O. Wolf / René Schultens

Die Wurzeln des Hindu-Nationalismus reichen in die koloniale Vergangenheit Indiens zurück. Indem die britische Kolonialmacht die indische Bevölkerung nach Kasten- und Religionszugehörigkeit klassifizierte, trug sie zum Entstehen kollektiver Identitäten bei. Die sich Anfangs des 20. Jahrhunderts abzeichnende Herausbildung einer muslimischen Gruppenidentität förderte die Ausbildung einer Hindu-Identität nachhaltig. René Schultens und Siegfried O. Wolf erörtern die organisatorische und personelle Verflechtung sowie die ideologischen Fundamente der hindu-nationalistischen Bewegung. Eine ausgeprägte Symbolik, Mobilisierungsstrategien und Proteste, die auch zu gewaltsamen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen führten, sollen wesentlich zur Herausbildung einer Gruppenidentität und zum politischen Erstarren des Hindu-Nationalismus beitragen. Mit dem Aufstieg der hindu-nationalistischen Partei BJP offenbarte sich jedoch das Dilemma der Bewegung, die nunmehr mit dem Spannungsverhältnis zwischen moderaten und radikalen Polen ihrer Politik konfrontiert wird. Nicht nur der schwierige Spagat zwischen Vision, Ideologie und den Sachzwängen praktischer Politik, auch interne Konfliktlinien, mangelnde innerparteiliche demokratische Mechanismen und personelle Querelen schwächen die politische Bewegung. Dennoch kann festgestellt werden, dass der organisierte Hindu-Nationalismus als politische Kraft (ungewollt) zur Stabilisierung eines Quasi-Zwei-Parteiensystems, wie zuletzt bei den Bundeswahlen 2009 bewiesen wurde, und damit zur Konsolidierung der indischen Demokratie beigetragen hat. |

Vorbemerkungen

Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen in der gesellschaftlichen und politischen Landschaft Indiens ist das Auftreten eines Phänomens, welches mit Hilfe unterschiedlichster Begrifflichkeiten wie Hindu-Nationalismus oder Hindu-Fundamentalismus zu erfassen versucht wird. Die damit in Verbindung gebrachte, sich vermeintlich abzeichnende Veränderung der politischen Kultur, geprägt durch gewalttätige Ausschreitungen gegenüber religiösen Minderheiten (Kommunalismus¹), zunehmende Versuche der Aushöhlung grundlegen-

der Verfassungsprinzipien wie den Säkularismus² sowie das immer stärkere Formulieren radikaler politisch-gesellschaftlicher Forderungen, schien das indische Modell der Konsensdemokratie grundlegend in Frage zu stellen und düstere Prognosen zu bestätigen. Dabei wurde lange Zeit der wesentlichen Frage nur bedingt nachgegangen: Inwieweit kann sich dieses Phänomen dauerhaft zu einer geschlossenen politischen Kraft formieren, und zwar mit Aussicht auf längerfristigen Machterhalt und nicht nur auf eine kurzfristige Machtübernahme? Die jüngsten Bundeswahlen 2009 bescherten den Hindu-Nationalisten nicht nur erneut eine klare Niederlage auf nationaler Ebene, sondern darüber hinaus eine existenzbedrohende Krise. Bevor jedoch von einem „Ende“ des Hindu-Nationalismus gesprochen werden kann, gilt es, die organisatorischen Strukturen, die bis dato als Motor und Erfolgsgarant galten, perspektivisch auszuleuchten und deren Zusammenspiel sowie etwaige Probleme zu analysieren und zu bewerten.

Phänomen Hindu-Nationalismus

Hindu-Nationalismus³ soll hier als ein gesellschaftliches Phänomen aufgefasst werden, welches seinen sichtbaren Ausdruck in der Entstehung und Entfaltung einer sozialen Bewegung findet. Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass der Hindu-Nationalismus über eine Trägergruppe verfügt, die aus einem umfangreichen Netzwerk von Organisationen besteht, die unter dem Namen Sangh Parivar (Familie) bekannt ist (vgl. Jaffrelot 1996; Zavos 2000; Malik/Singh 1994). Es handelt sich bei dieser Bewegung nicht um eine neues Produkt des unabhängigen Indiens, vielmehr kann sie Wurzeln aufweisen, die weit in die koloniale Geschichte des Landes hineinreichen und in hinduistischen Erneuerungsbewegungen wie dem Arya Samaj zu finden sind.⁴ Darüber hinaus verfügt die Bewegung über die identitätsstiftende (ideologische) Basis Hindutva, die auf der Vorstellung beruht, die indische Gesellschaft sowie die politisch-institutionellen Strukturen Indiens zu transformieren, worauf weiter unten näher eingegangen wird. Vorweg kann festgestellt werden, dass der Hindu-Nationalismus keine in sich ho-

mogene Größe ist, sondern von seiner personellen und organisatorischen Trägerschaft her sowie in seinen themenspezifischen Zielsetzungen durchaus vielgestaltig und variabel ist. Dennoch kann diese gesellschaftliche Erscheinung bis heute, trotz zum Teil erheblich divergierender programmatischer und institutioneller Formen, als eine nach außen klar definierte soziale (wenn auch untypische) wie politische Bewegung gesehen werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Entwicklung und Entfaltung

Bevor auf den historischen und soziokulturellen Ursprung des Hindu-Nationalismus in Indien eingegangen wird, soll zuvor geklärt werden, was in der Entstehungszeit dieser Bewegung im Allgemeinen unter dem Begriff „Hindu“ verstanden wurde. Dieser Terminus war lange Zeit keine praktizierte Selbstbeschreibung,⁵ sondern stellt vielmehr „ein Produkt der kolonialen Geschichtsschreibung, Politik und Diskurse“ (Randeria 1996, S. 34) dar. Vor der britischen Kolonialzeit gab es keine landesweit verbreitete einheitliche Bezeichnung, mit der sich Anhänger hinduistischer Glaubensrichtungen selbst kategorisierten. Genauso wenig wie „die Hindus“ verstanden sich auch „die indi-

schen Muslime“ nicht als eine homogene, geschlossene Gemeinschaft. Während der britischen Kolonialzeit wurden solche Vereinfachungen von der Kolonialmacht im Rahmen von Volkszählungen, zur Einteilung in separate Wählerschaften, für Zuteilungen von Sitzen in Vertretungsorganen und Ähnlichem verwendet, also für kolonial-administrative Zwecke instrumentalisiert (Herrsche und Teile-Strategie). Indem die Briten die Bevölkerung nach Kasten- und Religionszugehörigkeiten klassifizierten und in verwaltungstechnische Einheiten aufspalteten, begannen die Inder zunehmend „über ihre Identität als Hindu, Moslem etc. zu reflektieren“ (vgl. Skoda 2005, S. 92). Der Zensus der Kolonialmacht hatte somit einen substantiellen Beitrag geleistet, verschiedene auf Reli-

gion etc. basierende „imagined communities“ (Benedict Anderson) indienweit zu etablieren. Aus fließenden Identitäten und situationsbezogenen Sozialgrenzen wurden relativ festgeschriebene kommunalistische Gruppenidentitäten. Die Gruppengröße wurde gemäß dem „Gesetz der Zahl“ zur Grundlage politischer Legitimität, und Machtambitionen oft hinter religiöser Rhetorik verborgen (vgl. Randeria 1996, S. 36f.). Darüber hinaus waren innerhalb der Bevölkerung des vorkolonialen Indiens Annahmen einer nationalen Einheitlichkeit kaum verbreitet. Nationalistische

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Sadhus – hinduistische Heilige, die sich einem asketischen Leben verschrieben haben – protestieren gegen einen terroristischen Anschlag auf einen Schrein in Ayodhya. Ayodhya ist für die Hindus ein Ort nationaler Sinnstiftung und ein klassischer Wallfahrtsort.
picture alliance/dpa

Bewegungen entstanden auf dem südasiatischen Subkontinent erst während der britischen Kolonialzeit. Auf gesellschaftliche Gruppen bezogene Identifikationen hatten ihren Schwerpunkt zuvor eher auf kleineren Regionen oder Provinzen und deren lokalen Kulturen oder Kasten, als auf einer größeren kulturellen Einheit wie einer Nation (vgl. Appaiah 2003, S. 30). Will man die historischen Entwicklungslinien des „indischen Nationalismus“ nachzeichnen, muss festgehalten werden, dass es in Britisch-Indien zur Herausbildung zweier indischer Nationskonzepte kam: Zum einen ein territoriales Konzept – dieses wurde von dem 1885 gegründeten Indian National Congress (INC; später Kongresspartei) vorangetrieben – und zum anderen ein auf Kultur bezogenes Konzept (vgl. Lütt 1994). Dieser Kulturbezug war schließlich die Grundlage für die Herausbildung zweier oppositioneller Gruppenidentitäten innerhalb der indischen Bevölkerung, die auf der einen Seite muslimisch und auf der anderen Seite hinduistisch fundiert waren. Vor allem der Umstand, dass sich die auf dieser ideologischen Basis 1906 gegründete All Indian Muslim-League (AIML) schnell zu einer polarisierenden Plattform der indischen Muslime entwickeln und als eine neue politische Macht Indiens etablieren konnte, förderte die Ausbildung einer Hindu-Identität nachhaltig. Die Gründungen der radikalen Partei Hindu Mahasabha (HMS) im Jahre 1915 und des Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) zehn Jahre später waren offenkundige Folgen. Weitere institutionelle Wurzeln eines Hindu-Nationalismus findet man außerdem in den Versammlungen des 1875 gegründeten Arya Samaj (Vereinigung der Arier), einer religiösen Reformorganisation, die damaligen, als Bedrohung für „den Hinduismus“ wahrgenommenen Konversionen von Hindus zum Christentum oder Islam entgegentreten wollte. Um eine „Einheit der Massen“ zu formen, hielt der Arya Samaj Großveranstaltungen ab, bei denen offensiv auf die Wirkungskraft religiöser Symbole gesetzt wurde. Nach und nach stilisierten sich solche Zusammenkünfte zu politischen Veranstaltungen, die sowohl gegen eine britische Fremdherrschaft als auch gegen muslimische Gruppen gerichtet waren. Religion wurde spätestens ab diesem Zeitpunkt zu einem Zugpferd für die Erreichung politischer Ziele (vgl. Six 2001, S. 82).

Der Verband Sangh Parivar

Unter dem Begriff Sangh Parivar wird ein Verband von parlamentarischen und außerparlamentarischen Organi-

sationen verstanden, der sich weitestgehend der Hindutva-Ideologie verpflichtet hat. Im Zentrum dieser Familie steht ein arbeitsteiliges Triumvirat, bestehend aus dem Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) als organisatorisches und ideologisches (kulturorientiertes) Rückgrat, dem Vishwa Hindu Parishad (VHP) zur Abdeckung religiöser Fragen sowie der Bharatiya Janata Party (BJP), welche die parlamentarische (politische) Vertretung übernimmt. Trotz ihrer personellen und ideologischen Verflechtungen agieren diese drei als unterschiedliche Akteure mit jeweils eigenen Präambeln, organisatorischen Strukturen und Vorgehensweisen.

Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS)

Der RSS (Nationale Freiwilligen-Vereinigung) wurde 1925 von K. B. Hedgewar (1889–1940) als eine „kulturelle“ Organisation mit einer klaren politischen Agenda gegründet, um der Zersplitterung der Hindu-Gesellschaft Einhalt zu gebieten und einen starken hinduistischen Staat zu etablieren.⁶ Ein Mangel an Moral, Disziplin und Charakter habe dies gemäß dem RSS-Verständnis bisher verhindert. Gelänge es dem RSS, einen bestimmten Anteil der Hindus im Sinne ihrer Interpretation der Hindutva-Ideologie zu schulen, würde eine physisch und moralisch neue hinduistische Elite erschaffen werden (vgl. Rösel 1994, S. 291). Mit ihr in den entsprechenden Schlüsselpositionen in der indischen Gesellschaft ließe sich die Nation revolutionieren, ohne erst die Schaffung institutioneller Voraussetzungen abwarten zu müssen (vgl. Klimkeit 1981, S. 261). In diesem Sinne betrachtet sich der RSS als Staat im Staate, der auf dem Weg ist, selbst der Staat zu werden (vgl. Schied 1993). Er sieht sich daher auch nicht „nur“ als eine Bewegung oder eine Organisation, die Bewegungen unterstützt, sondern als die Gesellschaft bzw. die Nation selbst. Inwieweit dieses Ziel durch ein direktes, parteipolitisches Engagement zu erreichen ist,⁷ wird in jüngster Zeit innerhalb der Bewegung zunehmend in Frage gestellt.

Der RSS hat über Jahre hinweg ein weit gefächertes Netz aus unterschiedlichsten Neben- und Unterinstitutionen und -organisationen geschaffen, das von tausenden RSS-Schulungszentren (shakhas), über diverse Wochenzeitungen, Gewerkschaften und Studentenorganisationen bis zu eigenen Sekundarschulen und Krankenhäusern reicht.⁸ Die Schulungszentren fungieren darin als Basiseinheiten des RSS und dienen dem täglichen physischen und ideologischen Drill. Ziel ist es, soziale Gemeinschaften zu konstruieren, in denen Hin-

aus aus allen Kasten und Klassen inkludiert werden (vgl. Jaffrelot 2007, S. 2f.).⁹ Im Verbund der Sangh Parivar fungiert der RSS als eine Art Mutterorganisation und Kaderschmiede. Unter anderem durch Doppelmitgliedschaften und die Bereitstellung personeller und infrastruktureller Unterstützung¹⁰ verfolgt er eine Art Aneignungsstrategie, um seinen gesellschaftlichen Einfluss zu vergrößern und die „Hinduisierung“ der Gesellschaft voranzutreiben. Dabei nutzt er einerseits bestehende Institutionen des Staates und der Gesellschaft, hat andererseits aber auch eigene Organisationen geschaffen (vgl. Schied 1993, S. 280), die zwar formal von ihm geschehen, tatsächlich aber von ihm geleitet werden. Die Bestrebungen der hindunationalistischen Bewegung, das Hindutva-Konzept politisch zu implementieren, werden also nicht nur auf parlamentarischer Ebene vorangetrieben, sondern stets durch Aktivitäten des außerparlamentarischen Netzwerkes flankiert.

Vishwa Hindu Parishad (VHP)

Auf Bestreben des RSS wurde 1964 der Vishwa Hindu Parishad (VHP/Weltrat der Hindus) ins Leben gerufen, der bis heute als dessen wichtigste kultur- und religionspolitische Nebenorganisation gilt (vgl. Katju 2003; Veer 1994). Für die Gründung lassen sich zwei wichtige Motive nennen: Erstens sollte den institutionalisierten monotheistischen Religionen des Westens eine Organisation gegenüber gestellt werden, die den „desorganisierten und selbstvergessenen Zustand“ der Hindus aufhebt und diese darüber hinaus formiert (vgl. McKean 1996, S. 115). Zweitens erhoffte man sich, Einfluss auf breitere Bevölkerungsschichten zu erlangen, insbesondere auf die Unberührbaren und die Stammesgesellschaften (vgl. Six 2001, S. 61). Dies war dem RSS aufgrund seines elitären Habitus bislang nicht gelungen, wobei insbesondere der „hinduistische Klerus“ außen vor geblieben war (vgl. Basu et al. 1993, S. 87). Der VHP wurde daher als eine Plattform für die verschiedenen hinduistischen Bewegungen, Schulen und Sekten geschaffen, nicht nur um die Einheit der Hindu-Gemeinschaft, die Ekamata, zu propagieren, sondern auch, um die Möglichkeit zu schaffen, direkten Einfluss auf diese Gruppen auszuüben. Darüber hinaus bietet der VHP wichtige Dienstleistungen für entsprechende Parteien und andere Organisationen an. Trotz der personellen Kontrolle durch RSS-Kader in der Führungsspitze hat sich der VHP im Laufe der Jahre als eine politisch einflussreiche sowie zunehmend eigenständige hindunationalistische Organisation etabliert.

Bharatiya Janata Party (BJP)

Der Aufstieg der Bharatiya Janata Party (BJP/Indische Volkspartei), die 1980 aus dem bereits 1951 gegründeten Bharatiya Jan Sangh (BJS)¹¹ hervorgegangen ist, gilt als eines der signifikantesten politischen Ereignisse des modernen Indiens. Mit ihren radikalen Positionen fristete die Partei lange Zeit ein politisches Schattendasein. So propagierte sie beispielsweise den Bau eines Ram-Tempels in Ayodhya und die Außerkraftsetzung des Artikels 370, der die Sonderstellung Kaschmirs und die Vereinheitlichung des Zivilrechts regelt (vgl. Noorani 2000). Erst mit dem Bruch der Dominanz des bislang herrschenden Indian National Congress (INC) und der damit verbundenen Nebenwirkungen¹² wurde ein politisches Vakuum geschaffen, welches die BJP mit umfangreicher Wahlkampfhilfe der außerparlamentarischen Gruppierungen der Sangh-Familie, insbesondere dem RSS, auszufüllen vermochte. Ihren außergewöhnlichen Aufstieg, der bis zur Regierungsbildung 1998 führte, belegen auch die Wahlergebnisse: Zwischen 1951/52 und 1999 steigerte die Partei die Zahl ihrer Parlamentssitze von 3 auf 182, ihr Stimmenanteil wuchs im selben Zeitraum von 3,1 auf 23,8 Prozent.

Hindutva – Ideologie und Identität

In diesem Beitrag wird hervorgehoben, dass es nicht möglich ist, den Hindu-Nationalismus und die internen und externen Konflikte seiner „Träger-Bewegung“ zu verstehen, ohne ein tieferes Verständnis für die kollektive Identität zu entwickeln, die im Prozess politischer Mobilisierung durch die Sangh Parivar zur Anwendung kommt. Es wird die Notwendigkeit betont, gesellschaftliche Praktiken und symbolische Kennzeichen, die die Bewegung – in den Köpfen und durch Handlungen hindu-nationaler Unternehmer – real werden lassen, näher zu betrachten.

Das umfassendste und einflussreichste Konzept stellt das Hindutva-Manifest von Vinayak Damodar Savarkar (1883–1966) dar.¹³ Dessen Ausgangspunkt ist die Frage, wie eine indische Nation aufgebaut werden kann, die stark genug ist, im internationalen Wettbewerb ihre Unabhängigkeit (Swaraj) zu bewahren. Dabei wird die Beobachtung ins Zentrum der Argumentation gerückt, dass es immer wieder in der Geschichte des indischen Subkontinents Bestrebungen gab, eine solche, die „Region Südasien“ umfassende staatliche Einheit aufzubauen.

Der Grund für deren Scheitern ist, so Savarkars entscheidende These, die dem

sozio-kulturellen und religiösen System der Mehrheit der indischen Bevölkerung – dem Hinduismus – inhärente Heterogenität. Diese sieht er in einer falsch verstandenen Toleranz begründet, die wiederum auf einen Mangel von allgemeinverbindlichen, gemeinschaftsfördernden Elementen auf der einen und zentrifugalen Tendenzen auf der anderen Seite zurückzuführen ist. Dem könne nur entgegengewirkt werden, wenn es gelänge, eine homogene Gemeinschaft der Hindus (Hindu-Sangathan) aufzubauen, indem alle heterogenen Elemente ausgeschlossen werden. Solch eine homogene Gemeinschaft sieht Savarkar letztendlich durch die Etablierung eines hinduistischen Staates, dem Hindu-Rashtra, verwirklicht. Die Etablierung bzw. Nationenbildung (Hindu-Rashtravad) hat in allen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens zu erfolgen: in der sozialen, der wirtschaftlichen und der politischen Dimension. Den entscheidenden Schritt, um dies zu verwirklichen, sah Savarkar in der Definierung, wer ein legitimer Staatsbürger, sprich Hindu¹⁴, im Hindu-Rashtra sein kann. Methodisch vollzog er dies durch die Zusammenstellung eines Kriterienkatalogs, der erfüllt sein muss, um den Anspruch erheben zu können, sich als ein Hindu bezeichnen zu dürfen. Dieser Katalog besteht im Kern aus den drei Elementen (Metacodes¹⁵) Rashtra, Jati und Sanskriti, die in Essenz postulieren, dass man in Indien geboren sein muss, von indischen (hinduistischen) Eltern abstammt und „die hinduistische Kultur“ akzeptiert und verinnerlicht hat (vgl. Savarkar 1999, S. 72; Wolf 2009, S. 339ff.).

Symbolik und Ritual

Die hindu-nationalistische Bewegung bewerkstelligt es heute auf unterschiedlichste Weise, diese kollektive Identität für ihre Anhänger und Mitglieder erfahr- und „greifbar“ zu machen. Es kommt dabei zu eindeutigen Inklusions- und Exklusionsprozessen, die eine Wir/Die-Dichotomisierung in „Hindu“ und „Nicht-Hindu“ unterstützt und vorantreibt. Hierfür wird auf vielfältige kollektivbildende Werkzeuge zurückgegriffen. Durch das in ganz Indien verbreitete Netzwerk der Schulungszentren des RSS sowie den assoziierten Organisationen entsteht beispielsweise durch die tägliche Ausübung derselben Ritualen und Übungen die imaginäre Verbindung aller Mitwirkenden und eine vorgestellte Gemeinschaft tausender Aktivisten (vgl. Jaffrelot 1999, S. 80). Ein erstes, auf die Initiativen des VHP zurückgehendes und im Sinne einer Massenmobilisierung erfolgreich „safraniertes“¹⁶ Ritual war Ende 1983 die mehr

als einen Monat dauernde Ektamata Yajna (Pilgerreise für die Einheit der Hindus), bei der drei große Prozessionen in ganz Indien durchgeführt wurden. Kreuzungspunkt dieser Pilgerfahrten, bei denen große Wasserkübel mit heiligem Gangeswasser transportiert und das Wasser in den durchfahrenen Dörfern verteilt wurde, war die Stadt Nagpur, in der die Hauptzentrale des RSS ihren Sitz hat. Dieses Großereignis, das als ein richtungsweisender Startpunkt für die populistischen Strategien des VHP angesehen wird (vgl. Bhatt 2001, S. 189), verdeutlicht, wie eine Pilgerreise erstmals massenwirksam durch den VHP in eine politische Aktion zur nationalen Integration transformiert wurde (vgl. Veer 1994, S. 661).

Durch den Erfolg der Ektamata Yajna ermutigt, folgte kurze Zeit später mit den Ram Shila Pujas (Ram-Ziegelstein-Weihen) eine weitere bedeutende Massenmobilisierungskampagne der Bewegung. Die Ram Shila Puja-Kampagne, auf die hier später eingegangen wird, steht in enger Verbindung mit der Mitte der 1980er Jahre gestarteten Ram Janmabhoomi-Bewegung (Ram-Geburtsort-Bewegung), in der bis heute der VHP die institutionelle Speerspitze bildet. Durch diese Agitation wurde das Thema Ayodhya zum Mittel- und Brennpunkt auf der politischen Landkarte des unabhängigen Indiens und ist ein prominentes Beispiel dafür, wie es durch die Sangh Parivar zu einem Zusammenspiel und einer Synthese von Religion, Geschichte und Politik kam.

Mobilisierungsstrategien und Protest – Ayodhya und Gujarat

Ayodhya als Ort nationaler Sinnstiftung

Die nicht nur von vielen Hindus als heilig angesehene Stadt Ayodhya gehört zu den wichtigsten hinduistischen Stätten Indiens und ist ein „klassischer Wallfahrtsort“ (vgl. Jürgenmeyer 1995, S. 83). Sie wird als der Geburtsort und ehemalige Herrschersitz des Gottes Ram verehrt und bildet in hindu-nationalistischen Kreisen „den Mittelpunkt jenes heute so beschworenen Goldenen Zeitalters“ (Six 2001, S. 86).

Ein nicht eindeutig bewiesener – aber auch nicht eindeutig widerlegter – Gegenstand in den Auseinandersetzungen um Ayodhya ist die von hindu-nationalistischer Seite artikulierte Argumentation, dass im Jahr 1528 der muslimische Großmogul Babur (1483–1530)

die so genannte Babri-Moschee auf den Ruinen eines eigens für den Bau dieser Moschee abgerissenen Ram-Tempels erbauen ließ.¹⁷ Diese besonders vom VHP bekräftigte Geschichtsinterpretation und konstruierte Demütigung „aller Hindus“ gilt einigen Vertretern des Hindu-Nationalismus als eine Tat, welche exemplarisch die „Zerstörungswut muslimischer Herrscher symbolisiert und rückgängig gemacht werden musste“ (Jürgenmeyer 1995, S. 85). Mit Erhalt der Unabhängigkeit sahen einige Hindu-Nationalisten ihre Stunde gekommen, die Geburtsstätte Rams „zu befreien“. Anfang der 1980er und 1990er Jahre folgten in vielen Teilen Nordindiens zunehmend massenmobilisierende Protestaktionen wie z.B. Wagenprozessionen, die wiederum Großdemonstrationen auf muslimischer Seite auslösten. Im Oktober 1989 wurde die oben erwähnte Ram-Shila-Puja-Kampagne initiiert. Hintergrund war eine vom VHP angekündigte Grundsteininiederlegung des geplanten Ram-Tempelbaus in Ayodhya. Im Rahmen dieser Kampagne kam es zu rund 200.000 Ziegelsteinprozessionen,¹⁸ die die Pilgerstätte zum Ziel hatten. Durch die symbolische Beteiligung „aller Hindus“ an der Wiedererrichtung des Tempels „sollte in konkret fassbarer Form die Einheit der Hindus als Nation demonstriert“ (Jürgenmeyer 1995, S. 107) und gleichzeitig versucht werden, die Geburtsstätte Rams als ein sichtbares Symbol der Hindu-Gemeinschaft zu erschaffen. Der angestrebte Tempelbau in Ayodhya sollte somit laut Clemens Jürgenmeyer (1998, S. 51) zum Sinnbild für die nationale Selbstfindung der gesamten Bewegung werden.

Als eine weitere, Gemeinschaft demonstrierende Agitation der hindu-nationalistischen Bewegung kann im Zusammenhang mit dem Tempelbau in Ayodhya die mehrere tausend Kilometer lange Rath Yatra genannt werden. Die vom damaligen BJP-Vorsitzenden Lal Krishna Advani im Oktober 1990 lancierte politisierte Prozession wird als die Schlüsselinitiative der Ayodhya-Kampagne angesehen (vgl. Davis 2005, S. 31). Auch hier lässt sich zeigen, wie die Sangh Parivar die öffentliche Bühne hinduistischer Massenrituale für sich und ihre Interessen und Ziele zu nutzen wusste, denn abermals wurde Politik und Religion auf vielfältige Weise vermischt. Beispielsweise knüpfte Advani in seinen Reden „immer wieder an historische Mythen an und verband diese mit den aktuellen Themen, um die Wähler zu mobilisieren“ (Wagner 2006, S. 189). Durch die Instrumentalisierung religiöser Gefühle sollte so eine so genannte „Hindu-vote-bank“¹⁹ geschaffen und mobilisiert werden.

Ankunftstermin dieser religiös-politischen Unternehmung (vgl. Kakar 1997, S. 76), sollte ein neuer, vom VHP verkündeter Termin für den Baubeginn des Ram-Tempels sein. Bis zu diesem 6. Dezember 1992 versammelten sich rund 150.000²⁰ karsevaks (Freiwillige) der Sangh Parivar in Ayodhya, die jedoch nicht den Ram-Tempel erbauten, sondern innerhalb weniger Stunden die Babri-Moschee vollständig abrisen. Bei den darauf folgenden Unruhen zwischen Hindus und Muslimen, innerhalb wie außerhalb Indiens (beispielsweise auch in Pakistan und Bangladesch), fanden mehrere tausend Menschen gewaltsam den Tod (vgl. Skoda 2005, S. 83).²¹

Gewaltsame Ausschreitungen in Gujarat

Die Tatsache, dass sich an der baulichen Situation in Ayodhya bis heute nichts verändert hat, führt immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindu-Nationalisten und Muslimen, wie z.B. in der Folge der Ereignisse des 27. Februar 2002, als 58 aus Ayodhya zurückkehrende Freiwilli-

ge (karsevaks) in der westindischen Stadt Godhra einem Zugbrand zum Opfer fielen.²² Dieser Brand²³ war letztlich der Auftakt für abermals schwere gewalttätige Zusammenstöße in weiten Teilen des westindischen Bundesstaates Gujarat.²⁴ Als der VHP an dem auf den Zugbrand folgenden Tag zu einem landesweiten Generalstreik (bandh) aufrief, wurde dies offensichtlich von einigen radikalen Hindu-Nationalisten als Aufruf „zum Losschlagen“ interpretiert. Bestärkt wurden sie wohl auch durch eine von der BJP-Regierung veröffentlichte Pressemitteilung zur Unterstützung des Generalstreikaufrufs (vgl. HRW 2002, S. 217). Während den folgenden, mehrere Wochen andauernden Unruhen trugen viele der gewalttätigen Sangh Parivar-Aktivistensymbolisch ihre RSS-Uniformen – khakifarbene kurze Hosen und safranfarbene Kopftücher. Auf den Trümmern abgerissener Moscheen, auf muslimischen Friedhöfen und ähnlichen Stätten wurden hinduistische Statuen hinterlassen und safranfarbene Fahnen an niedergebrannten Häusern oder Geschäften angebracht. Bereits in den ersten 72

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Stunden nach dem Zugbrand in Godhra starben über 600 Menschen, die meisten von ihnen waren Muslime. Die in vielen nationalen wie internationalen Untersuchungen dokumentierten Zusammenstöße²⁵ kommentierte der gujaratische BJP-Regierungschef Narendra Modi am 1. März 2002 mit den folgenden Worten: Es handle sich um „riots resulting from the natural and justified anger of the people. (...) Every action has an equal and opposite reaction“ (Modi 2002; zitiert nach HRV 2002, S. 236). Solch eine Aktion-Reaktion-Rechtfertigung bildet „seit langem eines der immer wiederkehrenden Erklärungsmuster der hindu-nationalistischen Bewegung, die ihr Handeln nicht nur als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, sondern auch auf weit zurückreichende historische Entwicklungen rechtfertigt“ (Reifeld 2003, S. 74). Auch in Gujarat spiegelt sich diese Argumentationsweise wider, die bereits in ähnlicher Form in Zusammenhang mit der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya angewandt wurde. Die Schuld für die Unruhen lag für viele Hindu-Nationalisten auch diesmal bei den Muslimen selbst.

In der Folge der Ausschreitungen in Gujarat flüchteten über 130.000 Menschen, überwiegend Muslime, in provisorische Auffanglager. Bis Ende 2002 wurden zwar die meisten dieser Lager wieder aufgelöst, jedoch kehrten nur rund 80 Prozent der Betroffenen in ihre frühere Heimat zurück. Die Unruhen, die letztlich zwischen 1.000 und 3.000 Menschenleben forderten,²⁶ wurden offenbar „von Seiten staatlicher Institutionen gedeckt, unterstützt und kaschiert“ (Reifeld 2003, S. 56). Auf eine vorherige Planung und staatliche Unterstützung deutet beispielsweise hin, dass die gewalttätigen Gruppen Wahl- und Steuerlisten besaßen, in denen auch die Religionszugehörigkeit der Bürger vermerkt war, um dadurch Häuser und Geschäfte von Muslimen leichter identifizieren zu können (vgl. Reifeld 2003, S. 57; vgl. Wilkinson 2005, S. 391). Darüber hinaus ist dokumentiert, dass der RSS, der VHP sowie dessen militante Jugendorganisation Bajrang Dal im Vorfeld der Ausschreitungen Waffen an ihre Mitglieder verteilt hatten (vgl. CCT 2002, S. 251), die aus ganz Indien in Gujarat zusammengezogen worden waren.

Politische Instrumentalisierung der Ausschreitungen

Nachdem Ministerpräsident Modi als Konsequenz aus den schweren Unruhen das Landesparlament Gujarats aufgelöst hatte, begann sozusagen direkt im Anschluss an die Massaker der Wahlkampf für die Analyse dieses Umrangangs spielt die Tatsache eine wichtige Rolle, dass die BJP sowohl in fünf weiteren, kurz zuvor stattgefundenen Landesparlamentswahlen²⁷ als auch bei regionalen und lokalen Wahlen in Gujarat starke Verluste hinnehmen musste und die Partei ihre „Bastion Gujarat“ offenbar gefährdet sah. Es scheint, als ob sich in dieser Situation die radikalsten Sangh Parivar-Protagonisten einer Mobilisierungsstrategie zuwandten, in der kommunalistische Spannungen und Gewalt Schlüsselemente darstellten, um so die Wahl doch noch zu gewinnen (vgl. Jaffrelot 2003, S. 9; vgl. Wilkinson 2005, S. 19). „To reap the harvest of communal carnage“ (Shah 2005, S. 377) strebte Modi außerdem einen möglichst frühen Wahltermin an.

Der von gewalttätigen Ausschreitungen begleitete Wahlkampf, in dem Modi „als Verteidiger der gerechten Sache gefeiert“ (Betz 2003, S. 38) wurde, war vorrangig von dem Thema „Godhra und die Folgen“ bestimmt. Viele Wahlplakate waren gespickt mit Bildern brennender oder ausgebrannter Zugwagons; und die Opfer des Brands von Godhra wurden zu Märtyrern stilisiert. Während dieser Werbung um Wählerstimmen kam es abermals zu einer austarierten Arbeitsteilung zwischen der BJP und dem VHP (vgl. Jaffrelot 2003, S. 11). Beispielsweise nannte das VHP-Führungsmittglied Ashok Singhal am 4. September 2002 die Zusammenstöße in Gujarat ein erfolgreiches Experiment und warnte gleichzeitig, dass es in ganz Indien wiederholt werden würde (vgl. CCT 2002, S. 261). Einige Tage später merkte er an: „Es sei ein Sieg für die hinduistische Bevölkerung Indiens, wenn die Dörfer in Gujarat jetzt ‚emptied of Islam‘ seien“ (Singhal 2002; zitiert nach Reifeld 2003, S. 69). Modi und die BJP Gujarats setzten ihrerseits vorrangig auf Bedrohungsszenarien – sei es eine Bedrohung durch Christen oder Muslime bzw. Pakistan, oder sei es eine Bedrohung durch die englischsprachige Presse, die die Kongresspartei unterstützen würde, die wiederum „die wahre Identität Gujarats in Frage stelle“ (Reifeld 2003, S. 62). Die Botschaft die-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Tausende Mitglieder des Freiwilligen-Korps „Rashtriya Swayamsevak Sangh“ (RSS) haben sich in der traditionellen Kluft der RSS – khakifarbene Shorts mit kurzärmeligen weißen Hemden – in Agra versammelt.
picture alliance/dpa

ses Wahlkampfes war, dass nur mit einem Sieg der BJP verhindert werden könne, „dass jedes Dorf ein weiteres Godhra und Gujarat ein zweites Kaschmir würden“ (Reifeld 2003, S. 63).

Nachdem die BJP schließlich einen für sie triumphalen Wahlsieg verzeichnen konnte (sie verbesserte sich von zuvor 117 Sitzen (1998) um 4,9 Prozent auf 126 von insgesamt 182 Mandaten) und sie somit zum dritten Mal in Folge eine Zweidrittel-Mehrheit im Landesparlament Gujarats erreichte, sahen sich einige radikale Sangh Parivar-Protagonisten offenbar in ihrem Vorgehen bestätigt und wurden in ihren Aussagen noch deutlicher. So verkündete der VHP-Generalsekretär Praveen Togadia am 17. Dezember 2002: Nicht nur Muslime wären das Ziel, sondern auch alle, die sich dem „Geist von Hindutva“ entgegensetzen würden. Das folgende Programm der Bewegung sei eindeutig: Der Bau des Ram-Tempels in Ayodhya, ein indienweites Konvertierungsverbot, ein einheitliches Zivilrecht, Abschaffung der Sonderrechte für Jammu und Kaschmir, Ausweisung aller „Eindringlinge“ aus Bangladesch und ein Statut zum Schutz der heiligen Kühe (vgl. Reifeld 2003, S. 69). Joachim Betz (2003, S. 38) schließt aus solchen Äußerungen, dass sich ein gefestigtes Selbstbewusstsein bei einigen Bewegungsunternehmern der Sangh Parivar herausbildete, da sich die „Politik des Hasses“ (...) offenbar voll ausgezahlt“ hatte. Jedoch muss betont werden, dass z.B. Togadia oder Singhal sehr extreme Beispiele für hindu-nationalistische Bewegungsunternehmer darstellen, von deren Aussagen sich viele distanzierten. Natürlich kann Gujarat auch nicht als für Indien repräsentativ gesehen werden, da viele dort vorzufindende Faktoren in anderen Unionsstaaten Indiens so nicht vorhanden sind. In den beiden hier dargestellten Fällen (Ayodhya 1992 und Gujarat 2002) ist allerdings die zeitliche Nähe zu anstehenden Wahlen sehr augenfällig, was die Vermutung aufkommen lässt, dass einige radikale Teile der Sangh Parivar versucht haben, gewalttätige Zusammenstöße zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, um daraus Profit (im Sinne von Wahlerfolgen, aber auch Prestige und anderen ideellen Faktoren) zu schlagen.

Das Dilemma der Bewegung

Die in den letzten Jahren zu beobachtenden Vorgänge innerhalb der Sangh Parivar weisen typische Merkmale eines Bewegungsdilemmas auf. Denn der Zugang zur sowie der Erhalt von politischer Macht durch Wahlen erfor-

dern eine breit angelegte Akkommodation unterschiedlichster Interessen. Diese führt jedoch gleichzeitig zu einer Verwässerung der ursprünglichen Vision und Ideologie und somit zu einer Inkohärenz der Politik, mit anderen Worten zu einer Konfrontation zwischen den Zielsetzungen der vertretenen Ideologie und den Sachzwängen einer Koalitionsregierung. Die Distanzierung der BJP von radikalen Bewegungszielen, wie der Errichtung des Ram-Tempels in Ayodhya, der Einführung eines für alle Religionsgruppen einheitlich geltenden Zivilrechts oder die Abschaffung des verfassungsmäßig garantierten Sonderstatus des muslimisch geprägten Kaschmirs führten nicht nur zu Spannungen zwischen den moderaten und radikalen Polen innerhalb der BJP, sondern auch zu zunehmenden Dissonanzen im Verhältnis zu RSS und VHP. Bis zur Übernahme der Regierungsverantwortung durch die BJP 1998 waren dahingegen offen ausgeprägte Konflikte zwischen den einzelnen Gruppierungen selten.

In Folge dessen traten die Risse in der Architektur der Sangh-Familie, die erstmals während der BJP-Regierungszeit (1998–2004) sichtbar wurden, nach den Wahlniederlagen von 2004 und 2009 noch deutlicher zu Tage. So scheint es, dass die Beziehungen der BJP-Gründungsgeneration zu RSS und VHP mehr von gegenseitigem Misstrauen als durch Loyalität geprägt sind und dass ein unübersehbares Konfliktpotential gewachsen ist.²⁸ Bisher stellte sich die Bewegung nie so deutlich gegen ihre Partei, auch wenn es bereits in der Vergangenheit Distanzierungsversuche seitens der BJP gegeben hatte. Das lange Zeit unterstellte Bild vom Standbein (RSS/VHP) und dem Spielbein (BJP),²⁹ dem der Mythos eines einheitlichen Akteurs zugrunde liegt, ist der politischen Realität Indiens gewichen.

Die Regierungsjahre der BJP haben gezeigt, dass auch die Aneignungsstrategie des RSS ihre Schwächen hat. So besteht beim liberalen Mainstream der BJP-Elite die Vorstellung, dass es sich bei der BJP, dem RSS und anderen Bewegungsteilen um unterschiedlich ausdifferenzierte, kollektive Akteure handelt, die zwar in Wechselbeziehungen zueinander stehen, die aber sowohl überschneidende als auch unterschiedliche Interessen vertreten. Insbesondere wurde offensichtlich, dass sich die BJP nicht nur als Spielbein oder Sprachrohr betrachtet. Vielmehr beansprucht sie für sich selbst, mehr als nur eine nachrangige Funktion gegenüber der Bewegung zu übernehmen. Die Partei bezog zunehmend Positionen, die sie immer mehr auf Distanz zur Kernideologie des RSS brachten.

Hindu-Nationalismus als Danaergeschenk?

Der Hindu-Nationalismus befindet sich heute aus eigener Perspektive in einer grotesken Situation. Um gemäß Hindutva die säkulare Staatskonzeption in eine hinduistische zu transformieren, musste sich die Bewegung als eine anti-systemische Kraft konstituieren. Anstatt jedoch den gewünschten Wandel herbeizuführen, trug sie, eher ungewollt als bewusst, zur Konsolidierung der bestehenden Ordnung Indiens bei. Entgegen den Forderungen des radikalen Flügels der Bewegung hat sich die BJP aufgrund politischer Notwendigkeiten zu einer Partei entwickelt, die weder die Struktur und die Spielregeln, noch die normative Begründung des politischen Systems Indiens ablehnt und aktiv bekämpft. Den Hindu-Nationalismus aber als eine Art Stütze der indischen Demokratie zu bezeichnen, führt weit an der politischen und gesellschaftlichen Realität vorbei. Er wird nicht nur mit außerordentlich bedrohlichen Begleiterscheinungen in Verbindung gebracht, wie die oben beschriebenen bürgerkriegsähnlichen Zustände nach dem Moscheeabriss in Ayodhya und den pogromähnlichen Ausschreitungen in Gujarat aufzeigen, sondern auch mit einem Sozial- und Staatskonzept, das dem Fundamentalkonsens der indischen Gesellschaft diametral entgegensieht.

Ausblick – Ende der Sangh Parivar?

Die BJP musste bereits früh erkennen, dass ihr Aufstieg auf den Bewusstwerdungs- und Partizipationsprozessen der neuen Mittelklasse basierte, welche die BJP temporär als Alternative zu identifizieren glaubte. Hindutva als Programm erwies sich jedoch weder im Rahmen einer nachhaltigen politischen Mobilisierung als brauchbar, noch konnte es eine ausreichende kohäsive Wirkung entwickeln, um die Sangh Parivar als eine geschlossene Bewegung zusammenzuhalten. Die nationalen Wahlen von 2009 haben erneut unter Beweis gestellt, dass die indischen Wähler mehr an sozialer Harmonie und an Recht und Ordnung, als an der Tilgung konstruierter Demütigungen und Gewalt gegenüber Minderheiten interessiert sind. Darüber hinaus traten der Bewegung in den letzten Jahren ihre eigenen Strukturen entgegen. Der von radikalen Strömungen gepflegte feindselige Habitus äußert sich nun nicht mehr nur gegen äußere Gegner, sondern ist seit einiger Zeit auch nach innen gegen eigene Bewegungsgenossen gerichtet. Es scheint, als ob sich im Zuge der sich verschärfenden Konflikte innerhalb der hindu-

Abb. 1: Gegenwärtige Konflikte innerhalb der hindu-nationalistischen Bewegung³⁰

Dimension	Akteure	Gegenstand
Bewegung vs. Partei ³¹	RSS vs. BJP / Radikaler vs. moderater Pol der (Gesamt-) Bewegung	Ideologie, Philosophie (Identitätskonflikt)
Bewegung vs. Partei	RSS vs. BJP	Führung über Partei und (Gesamt-)Bewegung (Elitenkonflikt)
Parteiintern	Konkurrierende Generationen (BJP)	Parteiinterne Führung (Generationenkonflikt)
Parteiintern	Konkurrierende Ebenen (Bundes- vs. Landesebene)	Strukturkonflikt, Generationenkonflikt

nationalistischen Bewegung eine mehrdimensionale Konfliktkonstellation herausgebildet hat (siehe Abbildung 1). Eine der zurzeit bemerkenswertesten BJP-internen Auseinandersetzungen (Dimension 3 und 4) ist der Generationenkonflikt. Prinzipiell kann hierbei zwischen drei Generationen innerhalb der BJP unterschieden werden: Erstens, der Stalwarts-Generation, womit die wesentlichen Gründer der Partei gemeint sind, namentlich A. B. Vajpayee und L. K. Advani. Zweitens, der so genannten „Lost“-Generation, womit BJP-Führungspersönlichkeiten wie u. a. Yashwant Sinha, Murli Manohar Joshi oder Jaswant Singh (ehemals BJP) gemeint sind, die einerseits jünger als die parteilenkenden Stalwarts sind, die ihrerseits bereits die zentralen Entscheidungs- und Machtpositionen besetzt hatten. Andererseits sind sie jedoch zu alt, um heute einen Generationenwechsel zu initiieren und dabei die Stalwarts abzulösen (vgl. Gupta 2009). Drittens, der „Young-Turks“³²-Generationen, der dritten Generation von BJP-Politikern, die insbesondere von der Landes- auf die Bundesebene drängen.

BJP, zurück ins Glied!

Es wird immer offensichtlicher, dass der RSS verloren geglaubtes Terrain erfolgreich zurück zu gewinnen versucht – nach eigener Aussage, lediglich um die entstandenen Irritationen hinsichtlich der internen Organisation und der ideologischen Ausrichtung der BJP zu beheben. De facto gelang es dem RSS jedoch, sogar die umfassende Kontrolle über die sich zunehmend verselbstständigende und „rebellische“ BJP wieder herzustellen. Die erneute Wahlniederlage 2009 und die außergewöhnliche Führungsschwäche auf Seiten der BJP sowie die erstarkte Führungsriege des RSS um Mohan Bhagwat, der die BJP nicht nur disziplinieren, sondern auch zu einem reinen Befehlsempfänger der Bewegung degradieren will, trugen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Mit anderen Worten steht die BJP derzeit

davor, wie ihr Vorgänger BJS, zu einem reinen Sprachrohr der Sangh Parivar zu werden. Mangelnde innerparteiliche Demokratie, und hier insbesondere das Fehlen institutionalisierter demokratischer Mechanismen hinsichtlich der Rekrutierung des Führungspersonals oder die Vernachlässigung des Konsensprinzips in Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb der BJP³³, oder massive strukturelle Schwächen (die Partei ist in vier großen Bundesstaaten nicht vertreten: West-Bengalen, Andhra Pradesh, Tamil Nadu und Kerala) gehen einher mit außerordentlichen Kommunikationslücken auf der BJP-Führungsebene sowie zwischen Führung und Basis. Dies sind Faktoren, die als Katalysatoren in den oben genannten Konflikten (Abbildung 1) wirken. Der Ausschluss diverser Führungspersönlichkeiten, wie beispielsweise Jaswant Singh, hat darüber hinaus die Parteibasis irritiert. Unklare Vorstellungen über die ideologische Ausrichtung und Parteiloyalität verunsichern und paralysieren die Basis der Partei. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die BJP in der Lage sein wird, sich den strukturellen Herausforderungen (ideologische wie organisatorische) anzunehmen sowie Prinzipien der freien Rede, der konstruktiven (Selbst-)Kritik und der kollektiven Entscheidungsfindung (wieder-) zu beleben. Entscheidend für den Fortbestand der BJP als ernst zunehmende Alternative zum INC ist, inwieweit sie internen Generationen- sowie Führungskonflikten mit dem RSS Lösungen zuführen kann. Fest steht, dass dabei weniger die ideologische Ausrichtung, sondern eher machtpolitische Erwägungen von wettstreitenden Bewegungsakteuren im Vordergrund stehen. Die Tatsache, dass sich die Partei in einer existentiellen Identitäts- und Strukturkrise befindet, mag zwar einen berechtigten Anlass für die indischen Medien gegeben haben, um das „säkulare Wunschkonzert“ von der Selbstauflösung der BJP anzustimmen. Es ist jedoch definitiv zu früh, um vom Ende des parlamentarischen Hindu-Nationalismus zu sprechen.

LITERATUR

Andersen, Walter K./Damle, Shridhar D. (1987): *The Brotherhood in Saffron. The Rashtriya Swayamsevak Sangh and Hindu Revivalism*. New Delhi.

Appaiah, Parvathy (2003): *Hindutva. Ideology and Politics*. New Delhi.

Basu, Amrita (2001): *The dialectics of Hindu nationalism*. In: Kohli, Atul (Ed.): *The Success of India's Democracy*. Cambridge, S. 163–189.

Basu, Tapan et.al. (1993): *Khaki Shorts Saffron Flags. A Critique of the Hindu Right*. New Delhi.

Baxter, Craig (1969): *The Jana Sangh – A Biography of a Political Party*. Philadelphia.

Betz, Joachim (2003): *Die indische Innenpolitik im Berichtsjahr*. In: Draguhn, Werner (Hrsg.): *Indien 2003*. Hamburg, S. 31–42.

Bhatt, Chetan (2001): *Hindu Nationalism. Origins, Ideologies and Modern Myths*. Oxford.

BJP (2005): *Political Resolutions, Party Document Vol. 5*. New Delhi.

CCT (Concerned Citizens' Tribunal) (2002): *Crime against humanity. An inquiry into the carnage in Gujarat*. List of incidents and evidence. Vol. 1. [online].

Davis, Richard H. (2005): *The Iconography of Rama's Chariot*. In: Ludden, David (Ed.): *Making India Hindu. Religion, Community, and the Politics of Democracy in India*. New Delhi, S. 27–54.

Eckert, Julia (2002): *Der Hindu-Nationalismus und die Politik der Unverhandelbarkeit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 42–43/2002, S. 23–30.

Embree, Ainslie T. (1994): *The Function of the Rashtriya Swayamsevak Sangh: To Define the Hindu Nation*. In: Marty, Martin E./Appleby, R. Scott: *Accounting for Fundamentalism*. Chicago und London, S. 617–652.

Engineer, Asghar Ali (Ed.) (2003): *The Gujarat Carnage*. New Delhi, S. 1–24.

Engineer, Ali Ashgar (1989): *Communalism and Communal Violence in India: An Analytical Approach*. New Delhi.

Ghosh, Partha S. (1999): *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism. From Periphery to Centre*. New Delhi.

Graham, B.D. (1990): *Hindu Nationalism and Indian Politics: The Origins and Development of the Bharatiya Jana Sangh*. Cambridge.

Gupta, Smita (2009): *In search of their lost arc*. In: *Outlook-India*, 29. Juni 2009 [online].

HRW (Human Rights Watch) (2002): *Reports of Human Rights Watch (New York) on the Gujarat Riots*. In: Sondhi, M. L./Mukarji, Apratim (Ed.): *The Blackbook of Gujarat*. New Delhi, S. 18–296.

Imhasly, Bernard (2002): *Konflikt in Indiens Hindu-Bewegung*. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 5. März 2002.

Jaffrelot, Christophe (Ed.) (2007): *The Sangh Parivar. A Reader*. New Delhi, S. 1–22.

Jaffrelot, Christophe (2003): *Communal Riots in Gujarat: The State at Risk?* Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics [online].

Jaffrelot, Christophe (1999): *The RSS. A Hindu Nationalist Sect*. In: Ders. (Ed.): *The Sangh Parivar. A Reader*. New Delhi, S. 56–102.

Jaffrelot, Christophe (1996): *The Hindu Nationalist Movement and Indian Politics. 1925 to the 1990s*. New Delhi.

Jones, Kenneth W. (1989): *Socio-Religious Reform Movements in India*. Cambridge.

Jürgenmeyer, Clemens (1998): Hindu, Hindusthan, Hindutva. Die Politik des Hindu-Nationalismus im heutigen Indien. In: Der Bürger im Staat, 1/1998, S. 46–53.

Jürgenmeyer, Clemens (1995): Koexistenz und Konflikt zwischen indischen Religionsgemeinschaften. Das Beispiel Ayodhya. In: Kerber, Walter (Hrsg.): Religion: Grundlage oder Hindernis des Friedens? München, S. 79–164.

Kakar, Sudhir (1997): Die Gewalt der Frommen. Zur Psychologie religiöser und ethnischer Konflikte. München.

Katju, Manjari (2003): Vishva Hindu Parishad and Indian Politics. Hyderabad.

Klimkeit, Hans-Joachim (1981): Der politische Hinduismus – Indische Denker zwischen religiöser Reform und politischen Erwachen. Wiesbaden.

Kohli, Atul (Ed.) (2001): The Success of India's Democracy. Cambridge.

Ludden, David (Ed.) (2005): Making India Hindu. Religion, Community, and the Politics of Democracy in India. New Delhi, S. 1–23.

Lütt, Jürgen (1994): Indien: Religiöser Nationalismus im säkularistischen Staat. In: Bruckmüller, Ernst/Linhart, Sepp/Mährdel, Christian (Hrsg.): Nationalismus. Wege der Staatsbildung in der außereuropäischen Welt. Wien, S. 119–128.

Lütt, Jürgen (1991): Der Hinduismus auf der Suche nach einem Fundament. In: Kochanek, Hermann (Hrsg.): Die verdrängte Freiheit. Fundamentalismus in den Kirchen. Freiburg/Basel/Wien, S. 218–239.

Malik, Yogendra K./Singh, V. B. (1995): Hindu Nationalists in India. The Rise of the Bharatiya. The Rise of the Bharatiya Janata Party. New Delhi.

McKean, Lise (1996): Divine Enterprise. Gurus and the Hindu Nationalist Movement. London.

McMillan, Alistair (Ed.) (2004): The Concise Oxford Dictionary of Politics. New Delhi, S. 562.

Mitra, Subrata K. (1999): Demokratie und sozialer Wandel in Indien. In: KAS-AI, 8/1999, S. 4–23.

Mitra, Subrata K. (1998): Demokratie und die Herausforderung des Hindunationalismus. In: KAS-AI, 7/1998, S. 41–51.

Mitra, Subrata K. (1997): Das Wahlverhalten und die Legitimität der indischen Demokratie. In: Indo-Asia, 39/1997, S. 2.

Mitra, Subrata K./Wolf, Siegfried O./Schöttli, Jivanta (2006): Political and Economic Dictionary of South Asia. London.

Noorani, A.G. (2000): The RSS and the BJP – A Division of Labour. New Delhi.

Pulsfort, Ernst (1993): Was ist los in der indischen Welt? Das Drama auf dem indischen Subkontinent. Freiburg.

Pulsfort, Ernst (1991): Indien am Scheideweg zwischen Säkularismus und Fundamentalismus. Würzburg-Altenberge.

Ramaswamy, R. Iyer (2002): Death of Indian Pluralism? In: EPW, 29/2002, S. 2993.

Randeria, Shalini (1994): Hindu-Nationalismus: Aspekte eines Mehrheits-Ethnizismus. In: Kössler, Reinhart/Schiel, Tilman (Hrsg.): Nationalstaat und Ethnizität. Frankfurt/M., S. 75–110.

Randeria, Shalini (1996): Hindu-,Fundamentalismus: Zum Verhältnis von Religion, Geschichte und Identität im modernen Indien. In: Weiß, Christian/Weichert, Tom/Hust, Evelin/Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Religion – Macht – Gewalt. Religiöser ‚Fundamentalismus‘ und Hindu-Moslem-Konflikte in Südasien. Frankfurt/M., S. 26–56.

Reiffeld, Helmut (2003): Gujarat 2002: Menetekel für Indien? In: Draguhn, Werner (Hrsg.): Indien 2003. Hamburg, S. 53–77.

Rösel, Jakob (1994): Ideologie, Organisation und politische Praxis des Hindunationalismus: Lehre, Rituale und Wirkung des RSS und der BJP. In: In-

ternationales Asienforum, 3–4/1994, S. 285–313.

Savarkar, Vinayak Damodar (1999): Hindutva. Who is a Hindu? Mumbai.

Schied, Michael (1994): Fundamentalismus ohne Fundamente? Zur Entwicklung des Hindu-Fundamentalismus: Der Fall der Babri-Moschee von Ayodhya. In: Asien Afrika Lateinamerika, 6/1994, S. 603–614.

Schied, Michael (1993): Die Evolution einer fundamentalistischen Bewegung im Hinduismus: Der Ayodhya-Konflikt. Berlin.

Schworck, Andreas (1997): Ursachen und Konturen eines Hindu-Fundamentalismus in Indien aus modernisierungstheoretischer Sicht. Berlin.

Seshadri, H. V. (1988): RSS. A vision in action. Bangalore.

Shah, Ghanshyam (2005): Contestation and Negotiations: Hindutva Sentiments and Temporal Interests in Gujarat Elections. In: Wilkinson, Steven I. (Ed.): Religious Politics and Communal Violence. New Delhi, S. 377–390.

Six, Clemens (2001): Hindu-Nationalismus und Globalisierung. Die zwei Gesichter Indiens: Symbole der Identität und des anderen. Frankfurt/M.

Skoda, Uwe (2005): Ayodhya: Ein Symbol des Hindu-Nationalismus. In: Ders./Voll, Klaus (Hrsg.): Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang? Berlin, S. 83–113.

Sprung, Christoph S. (2005): Macht durch Gewalt und Religion – Das hindunationalistische Pogrom in Gujarat 2002. In: Skoda, Uwe/Voll, Klaus (Hrsg.): Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang? Berlin, S. 279–297.

Thapar, Romila (1989): Imagined Religious Communities? Ancient History and the Modern Search for a Hindu Identity. In: Modern Asian Studies, 2/1989, S. 209–231.

Varadarajan, Siddharth (Ed.) (2002): Gujarat: The making of a tragedy. New Delhi, S. 3–41.

Veer, Peter van der (1994): Hindu Nationalism and the Discourse of Modernity: The Vishva Hindu Parishad. In: Marty, Martin E./Appleby, R. Scott: Accounting for Fundamentalism. Chicago/London, S. 653–668.

Wagner, Christian (2006): Das politische System Indiens. Eine Einführung. Wiesbaden.

Wagner, Christian (1992): Kommunalismus in Indien: Die Entstehung und innenpolitische Bedeutung des Hindu-Muslim-Gegensatzes. In: Asien, 7/1992, S. 59–74.

Weiß, Christian et. al. (1996): Einleitung. In: Ders./Weichert, Tom/Hust, Evelin/Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.) (1996): Religion – Macht – Gewalt. Religiöser ‚Fundamentalismus‘ und Hindu-Moslem-Konflikte in Südasien. Frankfurt/M., S. 1–25.

Wilkinson, Steven I. (2005): Commentary: Putting Gujarat in Perspective. In: Ders. (Ed.): Religious Politics and Communal Violence. New Delhi, S. 391–404.

Wilkinson, Steven I. (2005): Introduction. In: Ders. (Ed.): Religious Politics and Communal Violence. New Delhi, S. 1–33.

Wolf, Siegfried O. (2009): Die Konstruktion einer kollektiven Identität in Indien: Vinayak Damodar Savarkar und sein Hindutva-Konzept. Universität Heidelberg [online].

Wolf, Siegfried O. (2008): Hindu-Nationalismus – Gefahr für die größte Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22/2008, S. 26–32.

Wolf, Siegfried O. (2005): Savarkar – Volksfeind oder Nationalheld. Dokumentation einer Debatte über das Selbstverständnis der Indischen Nation. In: Schucher, Günter/Wagner, Christian (Hrsg.): Indien 2005, S. 315–336.

Zavos, John (2000): The Emergence of Hindu Nationalism in India. New Delhi.

ANMERKUNGEN

1 Der Begriff „Kommunalismus“ leitet sich von dem englischen Wort „community“ ab und wird in Indien oft in Bezug auf Gruppenkonflikte verwendet, wobei die Gruppe auch religiös oder sozial definiert sein kann (vgl. Lütt 1994, S. 120). Er bringt die Bemühungen zum Ausdruck, einem solchen Kollektiv gemeinsame politische Interessen zuzuschreiben und somit Menschen gemäß ihrer Religion zu organisieren. Zu der Strategie ihrer Gemeinschaftsbildung zählen das Hervorheben der als die „Anderen“ beschriebenen religiösen Gruppen und deren Verfolgung, bzw. das Bestreiten ihres Andersseins und deren Unterordnung (vgl. Wagner 1992; Engineer 1989).

2 Indischer Säkularismus fällt nicht notwendigerweise in die von europäisch-westlichem Denken geprägte Kategorie der klaren Trennung von Staat und Religion. Er anerkennt vielmehr die positive Bedeutung und Relevanz der Religion im menschlichen Leben. Die unterschiedlichen Auf-



UNSER AUTOR

Dr. Siegfried O. Wolf ist Akademischer Mitarbeiter am Südasien-Institut sowie am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Analyse von demokratischen Transformationsprozessen, zivil-militärischen Beziehungen, sozialen Bewegungen, Parteien und Identitätskonflikten in Süd- und Südostasien.



UNSER AUTOR

René Schultens hat sein Magisterstudium der Politikwissenschaft, Soziologie und Erziehungswissenschaft in Münster, Neu-Delhi und Heidelberg absolviert. Seine fachlichen Schwerpunkte sind politische Kommunikation, soziale Bewegungen und Identitätskonflikte in Indien. Er ist als freier Mitarbeiter bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in den Bereichen Demokratie und Wahlen, deutsch-deutsche Geschichte und Rechtsextremismusprävention tätig.

fassungen und Interpretationsmöglichkeiten des Säkularismus in Indien und die daraus resultierenden Missverständnisse tragen zu den Spannungen insbesondere zwischen Hindus und Muslimen bei (vgl. Pulsfort 1993, S. 22ff.).

3 Es muss angemerkt werden, dass aus Autozensur der Begriff „Hindu-Nationalismus“ am besten geeignet erscheint, die hier behandelte gesellschaftliche Erscheinung zu beschreiben. Die „hindu-nationalistische“ Bewegung manifestiert sich selbst in einer „religiös ausgerichteten“ (hinduistischen) Sprache, verfolgt jedoch eindeutig politische Ziele. Der Fundamentalismus-Begriff erscheint für eine Analyse als weniger fruchtbar, da „der Hinduismus“ über kein Fundament im Sinne einer verbindlichen, einheitlichen Lehre verfügt. Bezüglich der Hinduismus-Fundamentalismus-Debatte, siehe u.a. Lütt (1991, S. 237); Randeria (1994, S. 92); Schworck (1997, S. 79).

4 Siehe nächsten Abschnitt und Jones (1989).
5 Der Begriff „Hindu“ ist eine Fremdbezeichnung persischen Ursprungs und eine Art geographische Gruppengrenzmarkierung, die so viel bedeutete wie „Die hinter dem Fluss Indus (also auf dem indischen Subkontinent) leben“.

6 Hinsichtlich der organisatorischen Struktur, der ideologischen Entwicklung sowie der Rolle in Politik und Gesellschaft des RSS vgl. Anderson/Damle 1987; Embree 1997.

7 Zudem wird befürchtet, dass eine Teilnahme an der Politik die Integrität und Geschlossenheit des RSS gefährdet (vgl. Rösel 1994, S. 291ff.; Schworck 1997, S. 146).

8 Seshadri (1988) listet über 150 Organisationen auf.

9 Schätzungen gehen von landesweit bis zu 40.000 ideologischen Schulungszentren und Trainingscamps mit ca. 3,5 bis 5 Millionen Mitgliedern aus, (vgl. Weiß et al. 1996, S. 13), die in Gruppen zwischen 50 und 100 Teilnehmern bis zu dreimal täglich an verschiedenen Veranstaltungen der Organisation teilnehmen können, wobei „der paramilitärische Charakter dieser Aktivitäten – Exerzieren (oft in einer Art safranfarbener Khaki-Uniform), Flaggenhissen, Leibesertüchtigung, Kampfsport und ideologische Indoktrinaton – für Beobachter unübersehbar ist“ (Schworck 1997, S. 149).

10 Insbesondere durch ausgeliehene hauptamtliche Mitarbeiter und Logistik, weniger durch finanzielle und direkte institutionelle Abhängigkeit. Im Falle der BJP erfolgt dieses durch so genannte „organising secretaries“.

11 Für die Entwicklung des BJS, siehe Baxter 1969; Graham 1990; bezüglich der Genese der BJP u.a. Ghosh 1999; Malik/Singh 1995.

12 Korruptionsskandale und die autoritäre Herrschaft Indira Gandhis ließen die BJP als Partei mit „weißer Weste“ und klarer Zielsetzung (Vertretung der Interessen der hinduistischen Mehrheit) als politische Alternative zum diskreditierten INC erscheinen.

13 Siehe hierzu im Detail Wolf (2009; 2008). Savarkar verwendete den Begriff Hindutva nach eigener Aussage in scharfer Abgrenzung zu dem, was unter „Hinduismus“ verstanden wird. In diesem Sinne soll Hindutva das empfundene Fehlen nationaler Identität einfangen und versuchen, eine zu enge Definition des Hinduismus, welche Buddhisten, Sikhs und Jains von der Hindu-Gemeinschaft ausschließen würde, zu vermeiden (vgl. Savarkar 1999).

14 Savarkar versucht demnach, die soziale, religiöse Kategorie „Hindu“ politisch zu interpretieren, mit anderen Worten, den Hinduismus strategisch für seine politischen Ziele zu instrumentalisieren.

15 Ausgehend von der Überzeugung, dass eine Gemeinschaft sozial konstruiert ist, werden „Codes“ als kausale Orientierungspunkte verstanden. Sie sollen dem Einzelnen wie einer Gruppe helfen, die Welt zu vereinfachen und zu ordnen. Beispiele für bekannte Codes sind Symbole, Sprachen oder Mythen.

16 Nicht nur in den RSS-Schulungszentren, sondern im gesamten Kontext der Bewegung dominiert die Farbe Safran-Orange. Diese Farbe ist für die Anhänger und Mitglieder der hindu-nationalistischen Bewegung – und auch für Außenstehende – eines der eindeutigsten (Wieder-)Erkennungsmerkmale. Sie dominiert Kundgebungen, Kleidungsstücke, Plakate, Rituale, Prozessionen, Pilgerfahrten (yatras) u.v.m. Die orange-safranfarbene Flagge kann als das Symbol der Bewegung bezeichnet werden. „Safranisierung“ ist ein im Zusammenhang mit der Hindutva-Bewegung häufig verwendeter Begriff.

17 2003 begannen gerichtlich angeordnete archäologische Untersuchungen, die klären sollten, ob vor der Errichtung der Babri-Moschee ein Ram-Tempel auf dem Gelände stand (vgl. Mitra/Wolf/Schöttli 2006, S. 17).

18 Sowohl aus vielen Orten Indiens als auch aus dem indischen Ausland wurden geweihte, mit der Aufschrift Ram beschriftete und in safranfarbene Tücher eingewickelte Ziegelsteine (shila) nach Ayodhya getragen, um dort symbolisch als Bausteine für die Errichtung des Ram-Tempels zu dienen.

19 Unter dem Begriff „vote bank“ wird eine geschlossene Wählergruppe verstanden, von der angenommen wird, dass die Angehörigen dieser Gruppe bei Wahlen ihre Stimmen en masse für eine Partei oder einen Kandidaten abgeben. Es wird hierbei in Bezug auf Südasien argumentiert, dass die Stimmabgaben häufig auf Kasten- oder Religionszugehörigkeit beruhen, die eine individuelle Stimmabgabe hemmen (vgl. McMillan 2004, S. 562). Ob solche vote banks wirklich existieren, ist jedoch ein offener Streitpunkt in der Wissenschaft.

20 David Ludden und Julia Eckert sprechen sogar von über 300.000 Menschen (vgl. Ludden 2005, S. 1; vgl. Eckert 2002, S. 23).

21 Die gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden von der BJP lediglich mit folgenden Worten kommentiert: „What has happened at Ram Janmasthan is the reaction to grave historical wrong and the idea is not to hurt the sentiments of anyone. Indian Muslims should not identify themselves with the excesses of invaders just because they happened to be Muslims“ (BJP 2005, S. 248). In diesem Zusammenhang muss aber erwähnt werden, dass 1996 rund ein Viertel der BJP-Wähler angaben, dass sie die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya als nicht gerechtfertigt empfanden (vgl. Mitra 1998, S. 50).

22 Diese Sangh Parivar-Aktivistinnen waren nach Ayodhya gefahren, da der VHP einen neuen Termin für den Baubeginn des Ram-Tempels auf den 15. März 2002 gelegt hatte. Zu diesem Zweck brachten Anhänger der Bewegung mehrere tausend Steinsäulen in die Stadt. Wie Siddharth Varadarajan annimmt, sollte mit der Mobilisierung Tausender RSS- und VHP-Freiwilliger ein Moment in Ayodhya geschaffen werden, „which the Vajpayee government could then conveniently point to as evidence of ‚overwhelming public sentiment‘ – and as a reason to capitulate“ (Varadarajan 2002, S. 4).

23 Die genaue Ursache und der Hergang des Zugbrands sind nicht eindeutig aufgeklärt.

24 Der Bundesstaat Gujarat gilt als eine Festung der Sangh Parivar (vgl. Engineer 2003, S. 15) und wird heute „als ‚Labor der Hindutva-Bewegung‘ beschrieben“ (Sprung 2005, S. 279). Die BJP regierte dort erstmals 1995 und begann in dieser Zeit mit einer Art „state’s saffronisation“ (HRW 2002, S. 254). Der innere Kreis der politischen Macht wurde mit VHP- und RSS-Mitgliedern geteilt und Sangh Parivar-Mitglieder „systematisch in den Verwaltungsapparat integriert“ (Sprung 2005, S. 284f). Als der als polarisierender „Hindutva-Hardliner“ bekannte BJP-Politiker Narendra Modi im Oktober 2001 Ministerpräsident Gujarats wurde, feierte man dies innerhalb der Sangh Parivar als einen großen Sieg (vgl. HRW 2002, S. 255).

25 Siehe hierzu beispielsweise die hier zitierten Berichte des Concerned Citizens’ Tribunal (CCT 2002), die Untersuchungen von Human Rights Watch (HRW 2002), die Textzusammenstellung von Varadarajan (2002) oder die Aufsatz- und Zeitungsartikelsammlung von Engineer (2003).

26 Es starben dabei etwa zehnmal so viele Muslime wie Hindus (vgl. Reifeld 2003, S. 56).

27 Der Landesparlamentswahl in Gujarat waren Wahlen in den Bundesstaaten Punjab, Uttaranchal, Manipur, Madhya Pradesh und Uttar Pradesh vorausgegangen. Besonders die Wahlergebnisse in Madhya Pradesh und Uttar Pradesh waren für die BJP überraschend und nicht erwartete Niederlagen. Für Joachim Betz (2003, S. 32) zerstörten diese fünf Wahlen „insgesamt den Mythos vom ständigen Vormarsch der BJP“.

28 So äußerte der damalige VHP-Präsident Vishnu Hari Dalmia in einem Interview mit Siegfried O. Wolf am 24.9.2004 in Neu Delhi, dass die BJP eine Partei sei, die keine Hindu-Interessen vertrete.

29 Eine Metapher, die im Zuge der Beschreibung des Verhältnisses zwischen Partei und Bewegung entstanden ist und davon ausgeht, dass die Partei nur die Interessen der Bewegung parlamentarisch vertritt.

30 Hier muss angefügt werden, dass es sich bei den hier skizzierten Konfliktkategorien um „Idealtypen“ handelt, die sich jedoch je nach Konstellation überlagern können.

31 Auch wenn die Autoren prinzipiell von einer parlamentarischen-außerparlamentarischen Dichotomie ausgehen, soll hier synonym eine Unterscheidung zwischen Bewegung und Partei getroffen werden.

32 Unter dem Begriff „Young Turks“ soll hier eine Faktion innerhalb einer sozio-politischen Gemeinschaft verstanden werden, der aufgrund verminderter Zugangsmöglichkeiten zu verschiedenen ideellen und materiellen Determinanten (wie z.B. Prestige oder finanzielle Ressourcen) ein Aufstieg innerhalb der eigenen Gruppe bisher verwehrt blieb und deshalb aufrührerisch reagiert.

33 Was insbesondere auf den autoritären Führungsstil von Personen wie Lal Krishna Advani oder Rajnath Singh zurückzuführen ist.

Indiens ökonomische Entwicklung

Michael von Hauff

Indiens Wirtschaft wächst seit den 1990er Jahren rasant. Die wirtschaftliche Dynamik des Landes hat sowohl auf nationaler als auch auf außenwirtschaftlicher Ebene stark zugenommen. Indien wird als eine der zukünftigen Wirtschaftsmächte gepriesen, mitunter gar als Bedrohung für die deutsche Wirtschaft dargestellt. Der alleinige Blick auf die jährlichen Wachstumsraten verkennt allerdings die Heterogenität der indischen Wirtschaft und die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftssektoren. Hinzu kommt, dass die Bundesstaaten zunehmend die Chance einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung wahrgenommen und einen wachsenden Wettbewerb untereinander entfacht haben. Michael von Hauff skizziert zunächst die aktuellen Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung und analysiert die einzelnen Wirtschaftssektoren und Schlüsselbranchen. Danach werden die aktuelle und zukünftige ökonomische Bedeutung Indiens in der Region und die Integration des Landes in die internationale Arbeitsteilung eingehender betrachtet. Obwohl im Gesamten noch keine umfassende und homogene wirtschaftliche Entwicklung konstatiert werden kann, wird Indien in den zukunftsträchtigen Wachstumsbranchen den Weg einer sich modernisierenden Wirtschaftsnation gehen und sich zu einem wichtigen Handels- und Technologiepartner – aber auch zu einer Wettbewerbsnation – weiterentwickeln. |

Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens weist seit einigen Jahren neue Entwicklungstendenzen auf, die besonders in Deutschland mehr Beachtung finden sollten. Nur dann kann man die ökonomische Entwicklung Indiens verstehen und richtig bewerten. Bisher reduziert sich die Analyse weitgehend auf die wirtschaftliche Dynamik, die seit Beginn der 1990er Jahre sowohl auf nationaler als auch auf außenwirtschaftlicher Ebene stark zugenommen hat. Im Mittelpunkt steht der Indikator des Sozialproduktes.

Auffällig ist aber auch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des föderalistischen Systems. Während der indische Föderalismus bis Anfang der 1990er Jahre noch von der Zentralregierung dominiert wurde, kann seit Beginn der wirtschaftlichen Liberalisie-

rung bei den meisten Bundesstaaten ein stärkeres Interesse an Eigenverantwortung und wirtschaftlicher Eigenständigkeit beobachtet werden: Die Bundesstaaten entdecken in zunehmendem Maße ihre Chance einer eigenständigen und erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung. Daher kam es in den vergangenen Jahren in Indien zu einem wachsenden Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten bzw. Regionen. Bei dem interregionalen Standortwettbewerb geht es auch um die Anwerbung von ausländischem Kapital. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien geht daher in zunehmendem Maße über indische Bundesstaaten bzw. indische Regionen und weniger über die Zentralregierung.

Dagegen fand die aufkommende Wirtschaftsdynamik seit Beginn der 1990er Jahre international eine große Beachtung. Die Wachstumsdynamik wird besonders durch den Industrie- als auch den Dienstleistungssektor gefördert. Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung Indiens wird natürlich durch einige Probleme wie Armut, Umweltbelastung, Wasserstress in wachsendem Maße, hohe Korruption und unzureichende Infrastruktur, die bisher nicht befriedigend verringert bzw. gelöst werden konnten, beeinträchtigt (Bergé 2009, S. 111ff.; Zingel 2009, S. 133ff.). Insofern ist festzustellen: es gibt kaum ein anderes Land, das sich durch einen so hohen Grad an Heterogenität auszeichnet wie Indien (Rothermund 2008). Diese Vielfalt lässt sich in diesem Beitrag nicht hinreichend darstellen. Dieser Beitrag beschränkt sich daher auf einige neuere wirtschaftliche Entwicklungstendenzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens hat durch den wirtschaftlichen Liberalisierungs- bzw. Reformkurs, der im Jahr 1991 begann, und durch die Auflösung besonders der ehemaligen UdSSR als wichtigem Handelspartner sowohl national als auch international eine klare Zäsur erfahren. Dies hat sowohl für die Binnenwirtschaft als auch für die wirtschaftliche Stellung Indiens in der Region und der internationalen Arbeitsteilung weitreichende Konsequenzen. Zunächst werden nun die aktuellen Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung in Indien aufgezeigt. Danach werden die aktuelle und zukünftige wirtschaftliche Bedeutung Indiens in der Region und die Veränderung hinsichtlich der welt-

wirtschaftlichen Arbeitsteilung näher betrachtet.

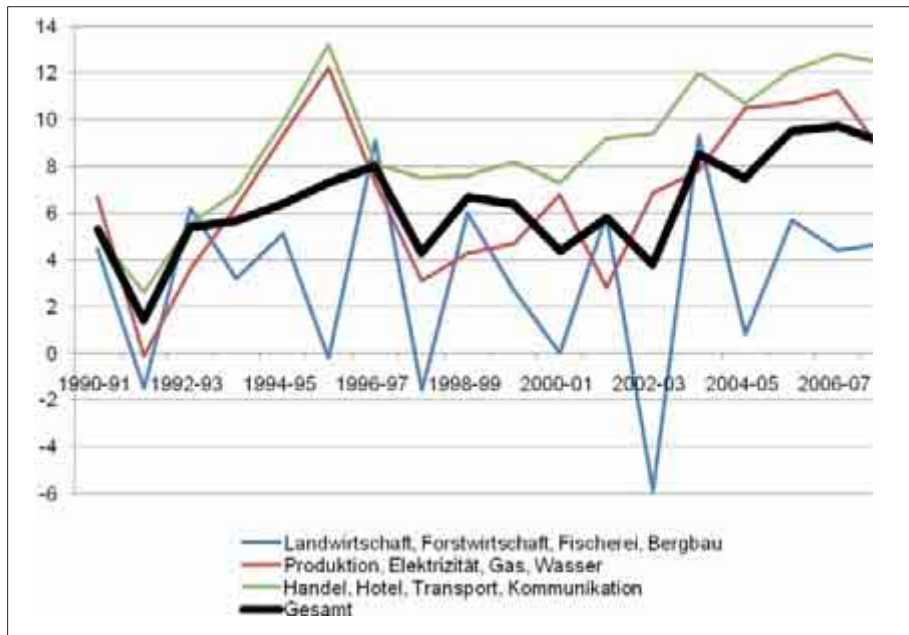
Aktuelle Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung

Wachstumsraten und Entwicklung in den einzelnen Sektoren

Der wirtschaftliche Reformprozess in Indien wurde im Jahr 1991 eingeleitet. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Land in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Bereits in den ersten Jahren der New Economic Policy (NEP) kam es zu einem beachtlichen und kontinuierlichen Anstieg des wirtschaftlichen Wachstums. In dem Zeitraum von 1994/95 bis 1996/97 erreichten die Wachstumsraten einen bis dahin nicht gekannten Anstieg von deutlich über sieben Prozent. Ab 1997/98 bis zum Jahr 2002 sank das Niveau des Wirtschaftswachstums wieder unter sechs Prozent, um dann im Jahr 2003 auf über acht Prozent anzusteigen. Dem hohen Niveau des Wirtschaftswachstums stand in den 1990er Jahren jedoch ein hohes Haushaltsdefizit von etwa sechs Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) gegenüber, das sich jedoch in den Jahren 2004 und 2005 auf 4,6 Prozent bzw. 4,4 Prozent verringerte.

Wie aus der Abbildung deutlich hervorgeht, unterscheidet sich die Entwicklung des Wirtschaftswachstums in den drei Sektoren ganz wesentlich. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hat der primäre Sektor (Landwirtschaft) für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums auch heute noch eine gewisse Bedeutung. Das Wachstum des primären Sektors hängt jedoch ganz wesentlich von der Intensität und Dauer des Monsuns ab und weist daher hohe Schwankungen auf.

Aus der Abbildung geht weiter hervor, dass es zwischen den drei Sektoren ein ausgeprägtes Gefälle des Wachstumsniveaus gibt. So weist seit 1991 der Dienstleistungssektor das höchste Wachstumsniveau auf, gefolgt von dem sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe), während der primäre Sektor das geringste Wachstumsniveau ausweist. Dagegen hat der sekundäre Sektor ebenfalls ein relativ hohes Wachstumsniveau, was verdeutlicht, dass die wirtschaftliche Dynamik ganz wesentlich durch den sekundären und tertiären Sektor bestimmt wird.



Quelle: Government of India (2009): Economic Survey 2008-2009, S.A-7.

Andere makroökonomische Indikatoren wie beispielsweise die Inflationsrate wiesen in den vergangenen Jahren ein relativ hohes Niveau auf, wobei die Großhandelspreise im Durchschnitt stärker stiegen als die Verbraucherpreise. Während die Verbraucherpreise in den letzten Jahren zwischen 3,7 Prozent und vier Prozent lagen, stiegen die Großhandelspreise zwischen 2,6 Prozent und 6,6 Prozent. Die Arbeitslosenquote lag in den letzten Jahren bei etwa elf Prozent. Dabei gilt jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Mehrzahl der indischen Erwerbsspersonen Arbeitslosigkeit nicht leisten können, da es für den Großteil der Erwerbstätigen keine Arbeitslosenversicherung gibt. Finden sie im formellen Sektor keine Arbeit, sind sie bestrebt, im informellen Sektor ihr Einkommen zu erzielen. Insgesamt zeichnet sich Indien gesamtwirtschaftlich jedoch durch eine relativ stabile Lage aus.

Die Wirtschaftsstruktur Indiens weist einen ungewöhnlichen Verlauf auf. Indien verfolgte seit der Unabhängigkeit (1947) das Ziel, den Industriesektor sowohl absolut als auch relativ auszubauen. Dadurch wollte Indien zu einer der bedeutendsten Industrienationen aufsteigen. Der eigene Anspruch Indiens, den fünftgrößten Industriesektor in der Ländergruppe der Entwicklungsländer und den Rang der zehntgrößten Industrienation weltweit einzunehmen, ist jedoch kritisch zu hinterfragen. Nach Berechnungen der Industrieproduktion lag Indien zumindest seit 1991 auf deutlich schlechteren Rängen (Zingel 2004, S. 324).

Auch der Anteil der drei Sektoren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt, dass

sich Indien noch auf dem Weg zu einer Industrienation befindet und nicht als ausgereifter Industriestaat einzuordnen ist. Ob der Anteil des Industriesektors in Zukunft weiter expandiert oder ob dieses Stadium zugunsten einer stärkeren Expansion des Dienstleistungssektors in Indien übersprungen wird, ist nicht eindeutig zu prognostizieren. Bei der gegenwärtigen Entwicklung ist zu erwarten, dass der Anteil des sekundär-

en Sektors nur noch geringfügig zunehmen wird, der Anteil des tertiären Sektors weiter wächst und die relative Bedeutung des primären Sektors rückläufig sein wird. Eine intersektorale Analyse verdeutlicht, dass es in den beiden letzten Dekaden hinsichtlich der Anteile der drei Sektoren sehr unterschiedliche Entwicklungen gab.

Anteile der Beschäftigten

Betrachtet man die Anteile der Beschäftigten, so hat sich hier seit 1991 keine große Veränderung ergeben. Auffällig ist jedoch, dass im Jahr 2003 immer noch 60,0 Prozent der Beschäftigten im primären Sektor tätig waren. In dem gleichen Zeitraum ging der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor von 15,3 auf 13,9 Prozent zurück und stieg im tertiären Sektor von 20 Prozent auf 21,9 Prozent. Dagegen lässt sich bei den Anteilen der drei Sektoren am BIP eine starke Veränderung feststellen. So hat besonders der Anteil des primären Sektors deutlich abgenommen und der Anteil des tertiären Sektors zugenommen. Der Anteil des sekundären Sektors ist weitgehend konstant geblieben. Diese Situation wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, da der sekundäre und tertiäre Sektor im Verhält-

Tab. 1: Veränderung der Anteile der drei Sektoren

Tab. 1a: Sektorale Verteilung der Arbeitskräfte 1991–2003 (in %)

Jahr	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1991	64,7	15,3	20,0
2000	64,2	13,9	21,9
2003	60,0	12,0	28,0

Quelle (1991–2000): Zingel 2004, S. 328.
Quelle (2003): The World Factbook 2007.

Tab. 1b: Sektorale Verteilung des BIP 1990–2008

Jahr	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1990/91	34,9	24,5	40,6
2000/01	26,5	23,6	49,9
2001/02	26,6	23,0	50,5
2002/03	24,2	23,6	52,2
2003/04	24,4	23,5	52,1
2004/05	23,0	23,8	53,2
2008	17,6	29,0	53,4

*BIP(1990/91–2000/01: Nettoinlandsprodukt) zu den jeweiligen (laufenden) Preisen.
Quelle (1990/91–2004/05): Government of India: Economic Survey 2005/2006.
Quelle (2008): The World Factbook 2008.

nis zu der relativen Zunahme des BIP nur geringfügig Arbeitskräfte absorbieren kann. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Erwerbstätige im primären Sektor eine unzureichende Bildung bzw. Qualifizierung für die Arbeitsnachfrage in den beiden anderen Sektoren aufweisen und daher im primären Sektor bleiben müssen oder in den informellen Sektor abwandern (Brosch/von Hauff 2009, S. 157ff.).

Vielfach wird Indien heute als Dienstleistungsökonomie eingestuft. Dabei wird jedoch zweifellos die Bedeutung des Industriesektors unterschätzt. Natürlich weist der Industriesektor wie die beiden anderen Sektoren eine relativ starke Heterogenität auf. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Industrie seit 2002/03 wieder in größerem Maße zu investieren begonnen hat. Diese Entwicklung hat im Finanzjahr 2004/2005 zunächst ihren Höhepunkt erreicht. Danach schwächte sich das Investitionswachstum auf relativ hohem Niveau etwas ab. Die Begründung der Investitionsdynamik leitet sich u. a. aus der Notwendigkeit der Modernisierung und dem Ausbau der Kapazitäten in einigen Branchen der verarbeitenden Industrie ab.

Ausgeprägte Dynamik einiger Branchen

Einige Branchen weisen eine besonders ausgeprägte Dynamik auf. Die Automobilindustrie hat in Indien eine große Bedeutung und weist eine hohe Dynamik auf. Im Jahr 2005/06 wurde mit 1,04 Mio. Automobilen erstmals die Milliongrenze überschritten. Im ersten Halbjahr 2006/07 stiegen die Binnverkäufe um 22,8 Prozent gegenüber der Vorperiode auf 503.249 Einheiten. Hinzu kam ein Zuwachs des Exportes um 12,8 Prozent auf 98.405 Einheiten. In Indien haben die Klein- und Kompaktwagen einen hohen Anteil von etwa 68 Prozent. Aber auch die Nutzfahrzeuge haben je nach Modell (mittlere und schwere Modelle 44,8 Prozent und leichtere Modelle 38,5 Prozent) hohe Wachstumsraten. Die Kfz-Komponentenindustrie weist in Indien ebenfalls eine starke Dynamik auf. Sowohl auf dem Binnenmarkt als auch im Ausland werden indische Erzeugnisse zunehmend nachgefragt. Experten erwarten daher, dass Indien in den nächsten Jahren stärker in die Rolle des Weltlieferanten hineinwachsen kann (BFAI 2006). In Indien gehört auch die Chemieindustrie zu den wachstumsstarken Industriezweigen. Der Beitrag innerhalb des verarbeitenden Gewerbes beträgt etwa 18 Prozent. Besondere Wachstumsbereiche sind die Petrochemie, die anorganische Chemie und der Markt für Farben und Farbstoffe. Im Chemiebereich zählt Deutschland zu den wichtigsten Lieferanten. Interessant in diesem Zu-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

sammenhang ist, dass die Regierung zunehmend die Ansiedlung ausländischer Unternehmen fördert. Dies erklärt sich daraus, dass die indische Chemieindustrie die Binnennachfrage nicht ausreichend befriedigen kann und daher ausländische Anbieter von großer Bedeutung sind.

Die starke Investitionstätigkeit indischer Industrieunternehmen erklärt unter anderem die hohe Relevanz des Maschinenbaus. Der Produktionsindex für Maschinen und Ausrüstungsgüter legte 2006/2007 um 15,4 Prozent zu. Im Vergleich hierzu waren es in der Vorperiode 11,4 Prozent. Eine der dynamischsten Teilmärkte ist der Markt für Werkzeugmaschinen. Die inländische Produktion plus die Importe legten 2005/06 im Vergleich zur Vorperiode um 45,4 Prozent zu. Dabei ist festzustellen, dass die ausländischen Produkte bisher noch eindeutig dominieren. Die Importe kamen auf einen Anteil von 68 Prozent, womit das einheimische Angebot auf 32 Prozent zurückfiel. Diese Entwicklung erklärt sich daraus, dass die indischen Anbieter ihre Fertigungskapazitäten nicht rechtzeitig ausbauten, um dem Nachfrageboom gerecht werden zu können.

Diese Situation wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Außerdem ist festzustellen, dass ausländische Erzeugnisse sowohl hinsichtlich der Qualität als auch des Designs und der Sicherheit eindeutige Vorteile aufweisen.

Wie zu erwarten ist, weist der Markt für Informations- und Kommunikationstechnik in Indien eine starke Dynamik auf. Der Markt für PCs, d.h. ohne Notebooks und Server, hat 2006/07 nach Auskunft des Fachverbandes um 21 Prozent auf 5,6 Mio. Geräte zugenommen. Dabei besteht eine besonders hohe Nachfrage nach einfachen und preisgünstigen Geräten. Daraus erklären sich die Bestrebungen, Indien zu einem Produktionsschwerpunkt für Elektronik und Computerhardware auszubauen. Wie hinreichend bekannt, ist der Software- und Servicebereich eines der herausragenden Segmente der IT-Industrie. Der Gesamtumsatz 2006/07 ist um etwa 27 Prozent gewachsen. Dies entspricht einem Gesamtumsatz von etwa 37 Mrd. US-Dollar. Dabei haben die Exporte mit etwa 30 Mrd. US-Dollar einen hohen Anteil. Der relativ kleine Binnenmarkt mit 7,1 Mrd. US-Dollar macht nur etwa ein Fünftel aus.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Indiens Automobilindustrie weist eine hohe Dynamik auf. Das auf die wachsende indische Mittelschicht zugeschnittene Auto „Tata Nano“, das ca. 100.000 Rupien (umgerechnet rd. 1.500 Euro) kostet, symbolisiert den Fortschritt des Landes in der Automobilbranche.
picture alliance/dpa

In Indien hängt die Nachfrage nach elektronischen Erzeugnissen ganz wesentlich von der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft ab. Daher wurde in dem 11. Fünfjahresplan für die Jahre 2007 bis 2012 das Ziel vorgegeben, das ganze Land mit Strom zu versorgen. Dies lässt sich jedoch mit Sicherheit nicht verwirklichen. Obwohl sich das Umfeld ungünstig darstellt, weist der Markt für elektrotechnische Erzeugnisse in den letzten Jahren eine außerordentliche Wachstumsdynamik auf. Im Gesamtjahr 2006/2007 betrug das Wachstum etwa 24 Prozent gegenüber 16 Prozent in der Vorperiode.

Hervorzuheben ist auch der Markt für Medizintechnik, der ebenfalls eine starke Dynamik aufweist. Diese wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Ein wichtiger Indikator für die Prognose sind die demographischen Eckziffern, die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur mit einer Zunahme der Erwerbstätigen und älteren Menschen. Sie waren im Bereich der medizinischen Versorgung bisher kaum von Bedeutung. Daher wird der Binnenmarkt für moderne und leistungsfähige medizinische Ausrüstungen von Importen beherrscht. Die Nachfrage

nach den Importen moderner Medizintechnik beschränkt sich gegenwärtig noch auf die Gruppe der besten privaten Krankenhäuser. Private Betreiber investieren jedoch in zunehmendem Maße auch in nachgelagerte, d. h. technisch weniger ausgerüstete Krankenhäuser, um ihre Patientenbasis zu erweitern. Daher ist zu erwarten, dass auch diese Krankenhäuser in zunehmendem Maße eine hoch entwickelte Medizintechnik nachfragen.

Bei der aufgezeigten Entwicklung fällt auf, dass es in bestimmten Industrie-segmenten eine große Nachfrage gibt, die gegenwärtig von indischen Unternehmen noch nicht ausreichend bedient werden kann. Das betrifft neben den schon genannten Bereichen auch das wachsende Segment von Umwelttechnologien. Es zeichnet sich also auch intrasektoral ein sehr heterogener Strukturwandel ab, der eine differenzierte Strukturanalyse erfordert. Teilweise sind die Industrieunternehmen dem Strukturwandel gewachsen, während in anderen Bereichen einige Unternehmen bzw. auch ganze Branchen dem Strukturwandel nicht gewachsen sind.

Hoher Grad an Heterogenität

Daher kann bisher noch keine umfassende und weitgehend homogene wirtschaftliche Entwicklung in Indien festgestellt werden. Die indische Wirtschaft allgemein aber auch einzelne Wirtschaftssektoren, wie der Industriesektor, zeichnen sich vielmehr bis heute noch durch einen hohen Grad an Heterogenität bzw. dualistische Strukturen aus. Indien wird jedoch besonders in den zukunftsorientierten Wachstumsbranchen den Weg über die „Niedriglohnwerkbank“ zu einer sich modernisierenden Wirtschaftsnation gehen und sich damit für die Industrieländer zu einem wichtigen Handels- und Technologiepartner, aber auch zu einer wichtigen Wettbewerbsnation weiterentwickeln.

Amartya Sen beurteilt die Reformen jedoch als unzulänglich, indem er feststellt, dass die wirtschaftlichen Reformen notwendig aber nicht ausreichend waren: „...the success of liberalization and closer integration went the world economy maybe severely impaired by India's backwardness in basic education, elementary healthcare, gender inequality and limitations of land reform. While the reforms did initiate the correction of governmental over-activity and some fears, the need to correct under-activity in other areas has not really been addressed“ (Sen 1998, S. 82). Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass es in Indien bisher nur ein sehr rudimentäres soziales Sicherungssystem gibt, das nur einer kleinen Minderheit der Erwerbsbevölkerung zugute kommt (von Hauff/Kurz 2003).

Daher ist zu erwarten, dass auf Indien ein zunehmender Druck hinsichtlich der geringen Sozialstandards in der Wirtschaft zukommt. Indien hat in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf, wenn es international wirklich wettbewerbsfähig werden möchte. In diesem Zusammenhang muss Indien zur Kenntnis nehmen, dass in Industrieländern in zunehmendem Maße gefragt wird, unter welchen sozialen aber auch ökologischen Bedingungen Produkte hergestellt werden. Diesem Anspruch wird Indien jedoch bei wachsendem Druck nachkommen.

Wirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Region Südasien

Indien ist neben Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, Nepal, Bhutan und den Malediven Mitglied der South Asian As-

sociation for Regional Cooperations (SAARC). Die Initiative für eine regionale Zusammenarbeit in Südasien ging 1980 von dem damaligen Präsident Ziaur Rahman (Bangladesch) aus. Die Zielsetzung der Charta richtete sich besonders auf eine Beschleunigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in den einzelnen Ländern bzw. der Region. Wichtige Bereiche der Zusammenarbeit sind die Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Gesundheitswesen (einschließlich der Familienplanung), Transport, Post, Kommunikationswesen aber auch die Terrorismus- und Drogenbekämpfung. Die regionale Zusammenarbeit soll die bi- und multilaterale Kooperation der einzelnen Länder nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Ein wichtiges Problem von SAARC ist die wirtschaftliche und politische Dominanz Indiens in der Region. Es kommt hinzu, dass Indien im Prozess des Nation Building am weitesten fortgeschritten ist. Zudem besteht zwischen den Mitgliedsländern keine Komplementärwirtschaft, woraus sich geringe Wachstumchancen des intraregionalen Handels ableiten lassen. Der wirtschaftliche Modernisierungsprozess in Indien, der besonders durch die Wachstumsbranchen gefördert wird, könnte zumindest aus der Perspektive Indiens zu ersten Impulsen für eine Komplementärwirtschaft führen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der südasiatischen Staatengemeinschaft ist, dass sich die Einbindung der einzelnen Mitgliedsländer von SAARC in den Weltmarkt sehr unterschiedlich darstellt. Für die Zukunft ist zu erwarten, dass die Kluft der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedsländer und die Einbindung in den Weltmarkt sich weiter vergrößert. Dies ist für ein stärkeres Zusammenwachsen der Mitgliedsländer eher hinderlich. Schließlich sind bilaterale Konflikte besonders zwischen den Ländern Indien und Pakistan (wie z.B. der Kaschmir-Konflikt) zu nennen, die eine Kooperation tendenziell erschweren. Daher sind die jüngsten Bemühungen zwischen Indien und Pakistan um eine dauerhafte Entspannung für die Weiterentwicklung von SAARC von großer Bedeutung. Aus den genannten Gründen konnten im Rahmen der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) bisher nur geringe Fortschritte bzw. Ergebnisse erreicht werden. Daher hat sich Indien in den vergangenen Jahren stärker nach Südost- und Ostasien gerichtet.

So ist Indien seit Beginn der 1990er Jahre darum bemüht, die wirtschaftliche Kooperation mit anderen asiatischen Regionen sowohl bilateral als auch multilateral auszubauen, was bisher in

Deutschland bzw. Europa kaum wahrgenommen wird. Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen Indiens, zu dem Staatenbund ASEAN eine engere Beziehung aufzubauen (Limaye 2003, S. 93). Diese Bemühungen führten dazu, dass Indien 1992 ein „sectoral dialogue partner“, 1995 ein „full dialogue partner“ und 1996 ein „member of the ASEAN Regional Forum“ (ARF) wurde. Im Jahr 2002 fand in Kambodscha das erste Asean-India-Summit statt. Aus der Perspektive Indiens ging es um das Regional Trade and Investment Agreement (RTIA). Im Oktober 2003 fand der zweite Asean-India-Summit in Indonesien statt.

Die Intensivierung der Kooperation wird aus indischer Perspektive als „Look East Policy“ bezeichnet. Dies hat sich wirtschaftlich für Indien sehr positiv ausgewirkt: Seit 1992/93 ist der Indien-Asean-Handel um 360 Prozent gestiegen. Nach Auffassung von Experten wird für die Zukunft noch ein großes Potential wirtschaftlicher Zusammenarbeit gesehen. Parallel hierzu verhandelt Indien mit Singapur und Thailand um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der umfassendste Versuch einer engeren wirtschaftlichen Kooperation asiatischer Länder, der von Indien ebenfalls gefördert wird, intendiert ASEAN, Japan, China, Indien und Südkorea (JAIK) stärker zusammen zu führen (Kumar 2002). Schließlich sind noch die bilateralen Bemühungen Indiens und Chinas zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu nennen (Nagpal 2003, S. 21). Indien ist somit erfolgreich darum bemüht, seine wirtschaftlichen Beziehungen im asiatischen Raum neu zu positionieren und zu intensivieren.

Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung

Ein wesentliches Ziel der Liberalisierungspolitik Indiens war von Beginn an die Stärkung des Außenhandels und des Ausbaus internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Hierzu gab es in Indien seit Beginn der Liberalisierungspolitik eine politische Kontinuität, die sich auch durch die aktuelle Regierung fortsetzt. Während dieser Prozess nicht mehr aufzuhalten ist, geht es in Zukunft primär um die Intensität bzw. Dynamik dieses Prozesses. Bei der außenwirtschaftlichen Liberalisierung geht es hauptsächlich um die Aufhebung von Lizenzbestimmungen und Importkontingenten sowohl für Konsum- als auch für Kapitalgüter. Indien will seinen Außenhandel stärken und so die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Hierbei ist die Modernisierung der indischen Wirtschaft durch den Import von

modernem Sachkapital (Maschinenanlagen bzw. neuen Technologien) ein positiver Nebeneffekt. Das Ziel der Außenwirtschaftspolitik der indischen Regierung war es, den Weltmarktanteil bis 2007 von 0,7 Prozent auf ein Prozent zu erhöhen. Bis zum Jahre 2009 soll sogar ein Weltmarktanteil von 1,5 Prozent erreicht werden. In diesem Zusammenhang besteht kein Zweifel, dass die Globalisierung vielen indischen Unternehmen neue Chancen bietet.

Dennoch befindet sich der Außenwirtschaftssektor Indiens gegenwärtig, d.h. der Außenhandel und die Kapitaltransaktionen, im Vergleich zu vielen anderen asiatischen Ländern noch auf einem relativ geringen Niveau. Der Beitrag des Außenwirtschaftssektors im Verhältnis zum Volkseinkommen des Landes ist noch relativ unbedeutend. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass Indien 1950 weltweit den 13. Rang unter den Exportnationen einnahm und sich gegenwärtig nur auf Platz 30 befindet. Da Indien jedoch erst vor wenigen Jahren eine außenwirtschaftliche Öffnung und Neuorientierung eingeleitet hat, die sich in Zukunft fortsetzen wird, sollten die bisherigen Erfolge nicht zu gering eingeschätzt werden. So schafft beispielsweise ein neues Gesetz zur Entwicklung von Sonderwirtschaftszonen vom Mai 2005 steuerliche Anreize für exportorientierte Industrien und sorgt für Import-Export-Erleichterungen. Daher sind auch die Vergleiche mit China in diesem Zusammenhang wenig aussagefähig, da sich China außenwirtschaftlich schon mit der Einleitung von Reformen im Jahr 1978 öffnete.

Indien weist im Rahmen des Welthandels weitere Merkmale auf, die noch kurz genannt werden sollen. Hervorzuheben ist beispielsweise die starke Diversifizierung des Exports. Indien exportiert über 7.500 unterschiedliche Waren in 109 Länder und importiert von 140 Ländern etwa 6.000 verschiedene Waren. Weiterhin ist hervorzuheben, dass die indische Handelsbilanz seit der Unabhängigkeit mit Ausnahme der beiden Finanzjahre 1972/73 und 1976/77 durchgehend defizitär war. Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Außenhandelsbilanzdefizit von 2.028 Mrd. US-Dollar im Jahr 1994/95 auf 7.296 Mrd. US-Dollar im Jahr 1998/99 und schließlich auf etwa 32.602 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 angestiegen. Diese Situation wird von der indischen Regierung skeptisch gesehen, und man ist darum bemüht, das Außenhandelsbilanzdefizit zu verringern.

Betrachtet man sich die Struktur des indischen Außenhandels, so hat sie sich in den vergangenen vier Dekaden deutlich verändert. Bei den Exporten kann

festgestellt werden, dass die relative Bedeutung der primären Güter, d.h. der landwirtschaftlichen Produkte, signifikant abgenommen hat. 1960/61 betrug der Anteil noch 44,2 Prozent und ist bis zum Jahr 1997/98 kontinuierlich auf 18,8 Prozent gesunken. 1960/61 wurden Produkte des primären Sektors im Werte von 596 Mio. US-Dollar exportiert. Der Wertzuwachs hatte im Jahr 1996/97 mit 6.828 Mrd. US-Dollar einen Höchststand und sank in den folgenden Jahren wieder leicht ab. In den Jahren nach der Unabhängigkeit Indiens waren Jute, Tee und Baumwolle die drei wichtigsten Exportgüter, die zu mehr als 50 Prozent der gesamten Exporteinnahmen beitrugen.

Heute zeichnet sich der Export Indiens durch den Bedeutungszuwachs von Fertigprodukten aus. Der Anteil stieg in dem gleichen Zeitraum von 45,3 Prozent auf 76,6 Prozent. Das spiegelt ganz wesentlich den Strukturwandel besonders der indischen Außenwirtschaft wider. Obwohl der Anteil des sekundären Sektors, d. h. hauptsächlich des Industriesektors, in Indien nicht wesentlich zugenommen hat, ist seine Bedeutung für den Export stark gewachsen. Bei den produzierten Gütern haben neben der Kategorie Juwelierarbeit auch Chemikalien und verwandte Produkte bzw. technische Güter sowohl absolut als

auch relativ einen starken Bedeutungszuwachs erfahren.

Nach der Unabhängigkeit Indiens waren die wichtigsten Importgüter Maschinen aller Art, Öl, Hülsenfrüchte, Baumwolle, Autos, chemische Produkte, Medizin, Papier und Stahl. Die ersten beiden fünf Jahrespläne in den 1950er Jahren führten jedoch schon zu einer Veränderung der Zusammensetzung der Importe (Singh 2001, S. 105). Das lässt sich hauptsächlich mit dem Ausbau des Industriesektors und der Importsubstitutions-Strategie erklären. Heute sind Öl bzw. Ölprodukte die wichtigsten Importgüter. Auf dem dritten Platz befinden sich chemische Produkte, die – wie auch in anderen Produktgruppen – einen starken Bedeutungszuwachs hatten.

Schlussfolgerungen

Abschließend stellt sich die Frage nach den weltwirtschaftlichen Perspektiven Indiens. In einer Studie der Deutschen Bank (Mai 2005) wird Indien bis zum Jahr 2020 als weltweit am stärksten wachsende Wirtschaftsnation vorgestellt (noch vor China). Indien belegt heute schon nach Kaufkraftparitäten weltweit den vierten Rang. Von Goldman Sachs Economic Research wird Indien in einem aktuellen Beitrag weltweit unter die vier größten aufkommenden Volkswirtschaften eingeordnet: BRIC – Brasilien, Russland, Indien und China (Willson u. a. 2004, S. 3). Bemerkenswert an dieser Ländergruppe ist, dass Indien besonders zu den Ländern China und Brasilien aber auch verstärkt zu Russland wirtschaftliche Beziehungen ausbaut. Dadurch wird es für die beteiligten Länder zu positiven Synergieeffekten kommen. Es besteht also kein Zweifel: Indien wird in Zukunft zu den bedeutendsten Wirtschaftsnationen gehören. Ob dies bereits in zehn Jahren oder erst in 15 bis 20 Jahren eintritt, ist schwer zu prognostizieren.

LITERATUR

- Bergé, Beate (2009): Wirtschafts- und Sozialentwicklung Indiens – Gleichklang oder Divergenz. In: von Hauff, Michael (Hrsg.): Indien – Herausforderungen und Perspektiven. Marburg, S. 111–131.
- Bundesagentur für Außenwirtschaft/BFAI (2006): Indien. Köln.
- Brosch, Elena/von Hauff, Michael (2009): Bildung und Forschung – Eine noch nicht ganz bewältigte Herausforderung. In: von Hauff, Michael (Hrsg.): Indien – Herausforderungen und Perspektiven. Marburg, S. 157–197.
- Deutsche Bank Research (2005): Indien im Aufwind: Ein mittelfristiger Ausblick. Frankfurt, 3. Juni 2005.
- von Hauff, Michael/Kurz, Sonja (2003): Die Relevanz sozialer Sicherung für die wirtschaftliche Entwicklung Indiens. In: Welt/Trends – Zeitschrift

für internationale Politik und vergleichende Studien, 11. Jahr/2003, S. 30–44.

Kumar, Nagesh (2002): Towards an Asian Economic Community – Vision of Closer Economic Cooperation in Asia: an Overview. Research and Information System for Non-aligned and Other Developing Countries (RIS). Discussion Paper 32, New Delhi.

Limaye, Satu P. (2003): India's Relations with South-East-Asia Take a Wing. In: South-East-Asian Affairs 2003, S. 39–51.

Nagpal, N. (2003): India Strategy: The Emergence of the Indian Exporter. Deutsche Bank, April 2003.

Rothermund, Dietmar (2008): Indien – Aufstieg einer asiatischen Weltmacht. München.

Sen, Amartya (1998): Theory and Practice of Development: Essays for Manmohan Singh, Isha Jedge Ahluwalia and I. M. D. Little (eds.). Oxford University Press, Delhi, S. 73–84.

Singh, I. Nirvikar (2001): India's International Trade: Growth and Perspective. In: Singh, J. K. (ed): International Trade and Business – Emerging Issues and Challenges in the 21st Century. Delhi, S. 105–111.

Wilson, Dominic/Purushothaman, Roper/Fiotakis, Themistoklis (2004): The BRIC's and Global Markets: Crude, Cars and Capital. Goldman-Sachs Global Economic Paper No. 118, October 2004.

Zingel, Wolfgang-Peter (2004): Indien auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft: Infrastruktur, Dienstleistungen und Deregulierung. In: Draguhn, Werner (Hrsg.): Indien 2004. Hamburg, S. 319–338.

Zingel, Wolf-Peter (2009): Wirtschaft und Umwelt – Indische Lösungsansätze zu einem nicht nur indischen Problem. In: von Hauff, Michael (Hrsg.): Indien – Herausforderungen und Perspektiven. Marburg, S. 133–155.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Michael von Hauff studierte Volkswirtschaftslehre an der University of Augusta/Georgia, USA, und an den Universitäten Stuttgart und Konstanz. 1977 promovierte er und habilitierte sich an der Universität Stuttgart 1987. Seit 1991 ist er ordentlicher Professor an der TU Kaiserslautern. 1995 war er Gastprofessor an der University of Delhi. Seit 2003 hält er Gastvorlesungen an der Nanyang Technological University in Singapur und dem Institute of Economics/Yangon Myanmar. Er ist Mitglied des Herausgeberbeirates von mehreren internationalen Fachzeitschriften wie „Progress in Industrial Ecology – An International Journal“ und „International Quarterly for Asian Studies“. Weiterhin ist er Mitglied in verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen wie der European Academy of Sciences and Arts.

Wirtschaft und Umwelt

Wolfgang-Peter Zingel

Im gleichen Zuge, in dem sich China und Indien zu dominierenden Wirtschaftsmächten entwickeln, wird sich die Belastung des Ökosystems in regionaler und globaler Hinsicht drastisch verschärfen. So rechnet die Internationale Energieagentur (IEA) damit, dass Indien bis 2015 weltweit der drittgrößte Emittent klimaschädlicher Gase sein könnte. Wie in allen aufstrebenden Volkswirtschaften ist auch in Indien der Raubbau an der Umwelt auf dem Vormarsch. Die Liste der indischen Umweltprobleme ist lang: Wasserknappheit, Erosion, Überweidung, Desertifikation, Bodenversalzung sowie das Problem des Pestizideinsatzes. Luftverschmutzung, Lärm, Verseuchung des Grundwassers und Schadstoffbelastungen der Flüsse in den Städten sind massive Gesundheitsrisiken. Wolfgang-Peter Zingel erläutert anhand zweier Beispiele die räumliche Dimension der Umweltproblematik und die daraus resultierenden innen- und außen- sowie sicherheitspolitischen Implikationen. Die Erörterung klassischer Instrumente der Umweltpolitik (z. B. Markt- und Preispolitik, Ordnungspolitik und staatliche Unternehmertätigkeit) schließt eine Analyse des Wirkungsgrades der in den einzelnen Politikfeldern getroffenen Maßnahmen mit ein. Zivilgesellschaftliche Umweltschutzbestrebungen, die zusehends mehr unelitenpolitische Forderungen vorbringen und durchsetzen, werden ebenso dargestellt wie die religiösen und sozialen Aspekte der Umweltproblematik.

Vorbemerkungen

Mit dem Wechsel an der Spitze der USA sind die Hoffnungen auf eine Neuordnung der Weltwirtschaft gestiegen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer fordern eine Öffnung der Märkte der Industrieländer, vor allem für Agrarprodukte. Die Industrieländer hingegen erwarten eine Reduktion der Einleitung von Schadstoffen, auch auf Seiten der Länder, die sich eher als Opfer, denn als Täter der internationalen Wirtschaftspolitik ansehen. Dies trifft besonders für Indien zu. Das Land vermeldet Wachstumsraten, die vor wenigen Jahren noch als unvorstellbar galten. Wenn auch auf niedrigem Niveau pro Kopf, so summiert sich doch der Ressourcenverbrauch und die Schadstoffemission bei mehr als einer Milliarde Einwohner zu Mengen,

die im internationalen Vergleich beachtlich sind. Um nur eine Zahl zu nennen: Der CO₂-Ausstoß in Indien liegt bei 1,3 Tonnen pro Kopf und Jahr und bei 1,5 Mrd. Tonnen insgesamt. Er ist damit höher als in Deutschland, wo es pro Kopf 9,5 Tonnen, insgesamt aber nur 0,8 Mrd. Tonnen sind (WDR 2010, S. 378–383). Noch hat Indien nur einen Anteil von fünf Prozent am CO₂-Ausstoß der Welt bei einem Anteil von 17 Prozent an der Weltbevölkerung (IEA 2007). Bereits 2015 könnte Indien der drittgrößte Emittent von Kohlendioxid sein (IEA 2007; Dickie and Johnson 2007, S. 3). In dem Maße, wie Indiens Wirtschaft weiter wächst, werden Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen zunehmen; umgekehrt werden diese das Wachstum auch beeinträchtigen (Zingel 1998; Zingel und van Dillen 2002; Zingel 2009).

Wirtschaftliches Wachstum und Umwelt

Auch in Indien macht man sich Gedanken über die Einflüsse wirtschaftlichen Wachstums auf die Umwelt. Der dort beschrittene Lösungsweg ist nicht derselbe wie bei uns. Es sollen deshalb einige indische Lösungsansätze dieses nicht nur indischen Problems vorgestellt werden. Zuvor sind aber Fragen begrifflicher Art zu klären, etwa die, was wir unter Wirtschaft und Umwelt verstehen, welche Unterschiede es in Indien im Vergleich zu Deutschland zu beachten gibt, und wie sich auch dort ein Umweltbewusstsein entwickelt hat. Nach der Darstellung dieser „indischen“ Lösungsansätze wäre zu untersuchen, inwieweit sie zu einer Lösung der angesprochenen Probleme beitragen können und beitragen. Ausgehend von den Erfahrungen Indiens fragt sich schließlich, ob wir erwarten können, dass Globalisierung zu einer Konvergenz der Probleme und letztlich der Lösungen führen wird. Indien ist trotz des Indien-Hypes außerhalb der Kulturwissenschaften, der Exportwirtschaft und der Anlagenberatung terra incognita geblieben, in die sich die Vertreter einer als systematischen Wissenschaft verstehenden Disziplin, nämlich der Wirtschaftswissenschaft, nur selten wagen. So verwundert es nicht, dass gleichermaßen euphorische Erwartungen und malthusianische Schreckensvisionen die Indien-

Diskussion in Deutschland bestimmen. In punkto Wirtschaft hören wir von den zwei Indien, der dynamisch wachsenden und konsumorientierten Mittelschicht auf der einen Seite und den Armen,¹ deren Zahl die Afrikas übertrifft, auf der anderen.² Umweltprobleme haben sie alle und es macht die Demokratie und den Rechtsstaat Indien aus, dass sich auch die Ärmsten Gehör verschaffen und ihre Rechte einfordern. Gleichzeitig fordert eine Organisation wie Greenpeace, zwischen den 150 Millionen der Ober- und Mittelschicht, die sich mit ihrem carbon footprint „hinter den Armen verstecken“, und der restlichen Bevölkerung mit ihrem winzigen Ressourcenverbrauch zu unterscheiden (Greenpeace 2007).

Wie überall auf der Welt lässt sich für das steigende Umweltbewusstsein und die anwachsende Umweltbewegung die These wagen, dass unsere Betroffenheit und unser Wunsch nach aktivem

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Alltäglicher Verkehr in Kalkutta: In Indiens Städten herrscht eine verheerende Luftverschmutzung durch Industrieabgase und Straßenverkehr. picture alliance/dpa

Eingreifen der Politik nur zum Teil von einer uneigennütigen Besorgnis um die Natur, also um die vom Menschen umgestaltete Umwelt, geleitet wird. Auch sind wir oft weniger um das Erbe, das wir nachfolgenden Generationen hinterlassen, besorgt, als dass wir in erster Linie unsere unmittelbaren Interessen verfolgen. Reisen in ein Land wie Indien konfrontieren uns mit Problemen, die wir für überwunden hielten. Ich denke dabei vor allem an das Einleiten von giftigen Substanzen in die Gewässer, den Boden und die Luft.³ Im Bestreben, die Immissionsbelastung der näheren Umgebung der Chemiefabriken, Kraftwerke und Hochöfen zu verringern, werden auch dort die Schornsteine immer höher gebaut, mit einer zunehmenden Fernwirkung, die kaum einen Winkel des Planeten auslöst. Auch in Indien leiden alle unter einer zunehmenden Verkehrsdichte, die es nicht zulässt, sich zu absentieren und die Umweltbelastung auf den Arbeitsplatz und die Arbeitsstunden zu beschränken. Die Bürger reagieren mit zunehmendem Unmut und haben begonnen, sich zu wehren und Abhilfe zu verlangen.

Albert O. Hirschman hat die hier nützliche These von Abwanderung und Widerspruch (Hirschman 1974) – Englisch:

exit, loyalty and voice (Hirschman 1978) – vorgelegt. In seinem Beispiel geht es um den immer schlechteren Service der Staatsbahnen, dem die Elite per Flugzeug und Auto entweicht, was er exit nennt. Dem stellt er als Alternative loyalty und voice gegenüber, die Treue der Eisenbahnkunden und ihren Widerstand, der zu einer Verbesserung der Dienstleistung führt, die die Eisenbahnen schließlich wieder attraktiver macht. Dieser Ansatz passt vorzüglich zur Erklärung des steigenden Umweltbewusstseins in aller Welt: Zu Beginn der Industrialisierung reichte es noch aus, etwas weiter weg von den Dreck, Lärm und Gestank verbreitenden Fabriken zu wohnen. Die Wahl der „richtigen“ Wohngegend folgte oft schlicht der vorherrschenden Windrichtung. Das Management fuhr zur Arbeit in die City, wenn die Arbeiter und Angestellten ihren Dienst schon längst begonnen hatten und der Verkehr wieder flüssiger war. Seitdem es auch in Indien immer schwieriger geworden ist, sich von den Umweltschäden räumlich und zeitlich zu absentieren (exit), nimmt der Widerstand (voice) gegen die immer stärkere Beeinträchtigung der Lebensqualität zu. Wie in Europa führt Umweltbewusstsein zu Umweltpolitik. Werden Alternativen

als realisierbar erkannt, so werden sie auch eingefordert.

Ich hatte eingangs die „Umwelt“ bereits implizit auf ihre Funktion als Lieferant von Ressourcen und als Einleitungsmedium reduziert und möchte dabei aus praktischen Gründen bleiben.⁴ Bei Ressourcen unterscheiden wir gemeinhin erneuerbare und nicht-erneuerbare oder endliche Ressourcen, wobei die Unterscheidung künstlich ist und sich aus dem Planungshorizont des Menschen ergibt: Fossile Brennstoffe brauchen mehr Zeit um sich zu bilden, als die Menschheitsgeschichte dauert. Deshalb bezeichnen wir sie als nicht-erneuerbare Ressourcen, auch wenn sie tatsächlich – wenn auch nur langsam – nachwachsen.

Problematische Umwelt?

„Umweltproblem“ ist eigentlich das falsche Wort, weil nicht die Umwelt das Problem darstellt, sondern unser wenig pfleglicher Umgang mit ihr. Indem wir

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

an unserer Umwelt Raubbau betreiben, schädigen wir uns selbst und hinterlassen sie unseren Nachfolgern in einem schlechteren Zustand, als wir sie geerbt haben. Leider lässt sich dieser Effekt aus den gängigen Maßen der Wirtschaftsleistung nicht ablesen: Robert Repetto et al. (1989) vom World Resources Institute hat bereits vor zwei Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass das Abholzen von Primärwäldern und die Übernutzung von Böden als Steigerung der nationalen Wirtschaftsleistung (BIP) verbucht wird. Die Verringerung des Bestandes an Wäldern und die Einbußen der Ertragskraft des Bodens machen sich dagegen kurzfristig statistisch (im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) nicht bemerkbar. Deshalb konnte ein Land wie Indonesien mit einem beeindruckenden Wirtschaftswachstum aufwarten, das bei einer ökologischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur halb so hoch ausgefallen wäre.

Es wird noch eine Weile dauern, bis sich derlei Konzepte durchgesetzt haben (Zingel 1999). Sie sind Ausdruck eines steigenden Umweltbewusstseins, das vor einigen Jahren vor allem dem Artenschutz galt und im Augenblick vom spürbaren Klimawandel bestimmt ist.

Damit stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Umweltpolitik bietet, sich dieser Herausforderung zu stellen. Vergleichen wir Indien, dem dieses Heft gewidmet ist, mit Deutschland, so haben wir dort nicht nur eine etwas andere Umweltproblematik, sondern auch andere Ansätze, ihr zu begegnen.

Indiens Umweltsituation

Ein einfacher Strukturvergleich zeigt, dass Indien noch im hohen Maße von seiner Landwirtschaft geprägt ist. Auch wenn inzwischen nur noch ein Fünftel des Bruttoinlandprodukts (BIP) in der Landwirtschaft erwirtschaftet wird (Gol 2008), so beschäftigt die Landwirtschaft noch immer mehr als die Hälfte der Erwerbspersonen und leben noch zwei Drittel der Bevölkerung im ländlichen Raum. Unter Bedingungen eines ariden bzw. semi-ariden Klimas spielt Wasser in der landwirtschaftlichen Produktion eine ebenso bedeutende Rolle als limitierender Produktionsfaktor wie Grund und Boden. Bei beiden ist es nicht nur eine Frage der Mengen, sondern auch der Qualität. Bei Wasser kommt es zudem auf die zeitliche Verteilung, sowohl saisonal als über Jahre hinweg, an. Der größte Teil Indiens ist Kulturland, größere Landreserven gibt es keine. Es gibt auch keine großen Futterflächen, die in Ackerland umgewandelt werden könnten, weil die meisten

der Vegetarier sind, Landmaschinen das Zugvieh ersetzen und es eine geregelte Weidewirtschaft nur an Standorten gibt, wo das Gelände keinen Ackerbau zulässt. Die Waldbestände schwinden, auch wenn sich dies nicht an den offiziellen Statistiken ablesen lässt, weil diese weniger den Baumbestand als die zunehmende Erfassung von Flächen durch die staatliche Forstverwaltung widerspiegeln, unabhängig davon, ob dort ein Wald existiert oder nicht.

Qualitative Einbußen ergeben sich beim Wasser durch Versalzung und den Eintrag von Nähr- und Schadstoffen und bei Wasser und Boden durch Anreicherung von Salzen und Giften. Jedes Jahr gehen weitere Flächen durch Versalzung (salinity) und Vernässung (waterlogging) für den Anbau verloren. An einigen Standorten gibt es im Boden natürlich angelagerte Gifte (Arsen), die zum Umweltproblem wurden, seitdem die tiefer gelegenen Schichten an Stelle des von Krankheitskeimen verseuchten Oberflächenwassers für die Trinkwassergewinnung genutzt wurden.

Eine unbekümmerte industrielle Nutzung der Bodenschätze hat zu erheblichen Beeinträchtigungen der Landschaft durch Tagebau und zur Einleitung von giftigen Stoffen in den Boden und die Gewässer geführt. Bhopal wurde 1984 zum Schauplatz der bisher weltweit größten Industriekatastrophe. Der Bau einer modernen Infrastruktur hat zu einschneidenden Eingriffen in den Wasserhaushalt geführt, vor allem durch Dammbauten und die Anlage von großen Rückhaltebecken sowie durch den Bau von Straßen und Kanälen. Allgemein wird ein enger Zusammenhang zwischen der Abholzung der Bergwälder, einer Verringerung ihrer Wasserhaltefähigkeit, einer zunehmenden Erosion und Sedimentführung und einer Zunahme der jahreszeitlichen Unterschiede in der Wasserführung der Flüsse angenommen (Kale 2002). Die Zusammenhänge sind jedoch komplex und schließen einfache Schuldzuweisungen aus. Der Rückgang der Gletscher im Himalaja wird die saisonale Wasserführung der Flüsse noch weiter akzentuieren und zu größerer Trockenheit im Winter und verheerenden Flutkatastrophen im Sommer führen. Diese Entwicklung ist Ausdruck des Klimawandels und wird heute der Immission von Treibhausgasen vor allem in den Industriestaaten zugeschrieben. Wenigstens ebenso groß ist die Wirkung einer „hausgemachten“ großflächigen Überstauungsbewässerung, die bei hohen Temperaturen, einer entsprechenden Verdunstung und Versickerung dazu führt, dass die großen Flüsse an ihren Unterläufen immer weniger Wasser führen, die Mündungsdeltas schrumpfen und im Küsten-

gebiet Salzwasser vordringt. Umstritten ist die Landnutzung für die Krabbenzucht, weil das mit Meerwasser überflutete Ackerland versalzt und für den Anbau verlorengeht.

Vier Fünftel der Inder sind Hindus und Vegetarier. Trotzdem nimmt der Verbrauch von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft rasch zu.⁵ Traditionell laufen die Tiere frei herum und suchen sich ihre Nahrung selbst oder ihre Halter versorgen sie bei Anbinde- oder Stallhaltung mit Futter. Dort, wo die alten Weideordnungen nicht mehr greifen, kommt es zu zur Allmende-Tragödie (tragedy of the commons) durch Überweidung (Hardin 1968). Moderne Fangmethoden führen zur Überfischung der Küstengewässer. Besonders rasch nimmt die Geflügelhaltung zu, die auch in Indien heute auf Getreide basiert. Die „Veredelung durch den Tiermagen“ bedeutet eine höhere Inanspruchnahme von Ressourcen als bei vegetarischer Nahrung, von der Anwendung von Hormonen in der Tierproduktion ganz zu schweigen.

Im städtischen Bereich haben wir wie bei uns im 19. Jahrhundert Probleme vor allem hygienischer Art. Dazu kommt eine zuweilen verheerende Luftverschmutzung durch Industrieabgase, Straßenverkehr und Hausbrand. Während die Umweltprobleme in der Landwirtschaft zu Produktionseinbußen und Einkommensminderung führen, sind die Folgen im städtischen Bereich vor allem gesundheitlicher Art.

Zu den neusten Umweltproblemen zählt der so genannte Biosprit, d.h. die Gewinnung von Treibstoff aus Biomasse. Als „nachwachsende“ Energiequelle eigentlich als umweltschonende Lösung gepriesen, zeigen sich die Schattenseiten, weil sie zu einer Verknappung von Ressourcen für eine landwirtschaftliche Produktion von Nicht-Nahrungsmitteln, zu einer Verteuerung von Nahrungsmitteln und zu sinkenden Realeinkommen der Verbraucher führen.

Die Liste der aufgezählten Umweltprobleme ist bei weitem nicht vollzählig. Sie alle werden in Indien seit Jahren intensiv diskutiert und sind Gegenstand vielfältiger Lösungsansätze geworden.

Grenzüberschreitende Umweltprobleme

Das Phänomen zunehmender jahreszeitlichen Schwankungen der Wasserführung der großen Ströme wird vor allem dort zum Politikum, wo es mehrere Länder oder Unionsstaaten betrifft. Zwei Fälle möchte ich herausgreifen, um dies zu illustrieren, nämlich das Problem der Wasserverteilung zwischen Indien und Bangladesch und zwischen den indischen Staaten Karnataka und Tamil

Nadu. Beide Male geht es vor allem um das Problem der Wasserführung in Zeiten des Vormonsuns, wenn am Unterlauf heute weniger Wasser ankommt als früher, obwohl mehr Wasser als zu früheren Zeiten benötigt würde. Generell haben Umweltprobleme eine beträchtliche räumliche Dimension.

Globale Umweltprobleme

Die Immission von Treibhausgasen und Feinstäuben wirkt, wie wir heute wissen, über Kontinente und Ozeane hinweg und beeinflusst weltweit das Klima. Wir brauchen deshalb bindende internationale Abkommen, um diese Form der Umweltschäden zu reduzieren. Jenseits grundsätzlicher Fragen, wie der des Zusammenhangs von Immission und Klima, geht es bei den internationalen Verhandlungen um die so genannten Verschmutzungsrechte, die wahlweise an der bisherigen Immission, der Zahl der Bevölkerung oder der Aufnahmefähigkeit des Landes für CO₂ festgemacht werden können. Von Seiten der Entwicklungsländer wird – in Anspielung auf die Freihandelsdebatte des 19. Jahrhunderts – auf Friedrich Lists Beispiel der Leiter hingewiesen, wo diejenigen, die es bereits mit Hilfe der Leiter hinaufgeschafft haben, diese wegstoßen, um die Nachfolgenden am Hinaufkommen zu hindern. Nachdem die Industrieländer zwei Jahrhunderte lang ungeniert die Rohstoffe der Welt geplündert und die Umwelt geschädigt haben, verlangen sie heute von den „Nachholwirtschaften“ die Einhaltung von Regeln, die sie selbst nie beachtet haben (Chang 2002a; 2002b). Obwohl sich Indien lange sträubte, hat es aber schließlich doch das Kyoto-Protokoll im Jahr 2002 unterschrieben. Indien weist aber ständig darauf hin, dass seine Pro-Kopf-Immission weit geringer als die der Industrieländer ist (Dickie and Johnson 2007, S. 3).

Regionale oder transnationale Umweltprobleme

Ganz anders sieht es bei dem angesprochenen Problem der Verteilung von grenzüberschreitenden Fließ-Ressourcen (flow resources) aus. Wasser bewegt sich von der Schwerkraft getrieben dem Meere zu. Die Oberlieger der Flüsse haben den ersten Zugriff und können die zeitliche Verteilung der Ressource durch Aufstauen bestimmen, sie können sie durch Ab- und Umleiten oder durch Bewässerung (Verdunsten und Versickern) verringern und schließlich die Qualität durch Veränderungen der Sedimentführung und den Eintrag von Schadstoffen beeinträchtigen. Durch Eingriffe in den Naturhaushalt kann

auch die Wasserhaltefähigkeit der Wälder und Böden des Oberliegers verändert werden, so dass ein Zuviel des Wassers in der Regenzeit das Land des benachbarten Unterliegers verwüestet. Der Umstand, dass Indien den Oberlauf des Indus und seiner östlichen Nebenflüsse kontrolliert, ist ein häufig übersehener Aspekt des Kaschmir-Konflikts. Indiens Kontrolle von Ganges, Brahmaputra und Surma/Meghna belastet das Verhältnis zu Bangladesch. Es handelt sich hier um transnationale Probleme, für die Lösungen in internationalen Verhandlungen gefunden werden müssen. Das schwierige Problem der politischen Beziehungen der Staaten Südasiens miteinander ist deshalb zu einem weiten Teil ein Ressourcen- und Umweltproblem. Während für die Verteilung des Indus-Wassers zwischen Indien und Pakistan mit dem Indus-Wasser-Vertrag von 1960 eine einfache und deshalb tragfähige Lösung gefunden wurde (Michel 1967), fühlen sich die Bangladeshi trotz des Ganges-Abkommens von 1997 benachteiligt (Abbas 1984; Begum 1988; Ahmed 2002, S. 157–188).

Nationale Umweltprobleme

Umweltprobleme, die sich exakt auf das Territorium eines Landes beschränken, gibt es eigentlich nur bei Ländern mit natürlichen Grenzen, wenn sie sich zum Beispiel über eine ganze Insel oder ein ganzes Wassereinzugsgebiet erstrecken. Die meisten internationalen Grenzen sind aber recht willkürlich gezogen. Dies gilt ganz besonders für die Grenzen Indiens. Es fällt schwer, sich Indiens Umweltprobleme vorzustellen, die exakt an den Landesgrenzen aufhören, was wiederum auf die vielen Gemeinsamkeiten mit den anderen Staaten Südasiens hindeutet: Eine stark veränderte Wasserhaltefähigkeit des Himalaja würde Pakistan und Bangladesch ebenso wie Indien betreffen.

Regionale oder subnationale Umweltprobleme

Ähnliche Probleme wie zwischen den Staaten Südasiens haben wir auch innerhalb der einzelnen Staaten, in Indien etwa im Falle des Kauvery-Flusses. Der entscheidende Unterschied liegt allein in der staatlichen Organisation, denn die sich hier streitenden Parteien, Karnataka und Tamil Nadu, sind Gliederungen desselben Staates Indien, der sowohl eine weitreichende Gesetzgebungskompetenz als auch das Gewaltmonopol besitzt. Die indische Zentralregierung ist aber gleichzeitig von der politischen Unterstützung ihrer Gliederstaaten und dem Wohlwollen

ihrer Wähler abhängig, so dass sich konfrontative Positionen verbieten. Dies wird besonders deutlich bei der Frage, wem die Ressourcen des Landes eigentlich gehören: Während im autoritär geführten Nachbarstaat Pakistan der Streit um die Erträge der Erdgasförderung Baluchistans bürgerkriegsähnliche Formen angenommen hat, hat die indische Regierung Zuspitzungen in ähnlich gelagerten Fällen (weitgehend) zu verhindern gewusst.

Lokale Umweltprobleme

Die meisten indischen Umweltprobleme sind jedoch lokaler Art. Sie sind zugleich Ausdruck der Tatsache, dass die lokalen Instanzen schwach ausgebildet sind. Solche lokalen Umweltprobleme sind vor allem im Bereich der Hygiene und Abfallwirtschaft, der Immission von Gasen, Giften und Feinstaub in Gewässer, Boden und Luft, und der Lärmbelastigung auszumachen. Sie betreffen ganz besonders Stammesgesellschaften (adivasi), die um die Anerkennung ihrer Rechte kämpfen. Dies ist der Fall, wenn die Qualität ihres angestammten Siedlungsgebiets durch Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel durch den Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Staudämmen und die Anlage von Stauseen, oder durch Bergbau (Tagebau) beeinträchtigt wird, und mehr noch, wenn sie gänzlich vertrieben werden. Das Problem liegt darin, dass die Regierung von ganz anderen Rechtsvorstellungen über die Nutzungsrechte am Siedlungsgebiet der Stammesbevölkerung ausgeht, als die betroffenen Stämme selbst. Die Regierung als Betreiberin der Baumaßnahmen sieht sich als Inhaberin der Rechte am Land und zudem zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes verpflichtet. Die Stämme sehen sich ihrer Rechte beraubt. Für die übrige Gesellschaft droht eine langfristige Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität, z.B. durch eine Verringerung der Artenvielfalt und den Verlust von Wäldern. Aus der Unterscheidung derartiger Umweltprobleme nach ihrer räumlichen Ausdehnung ergeben sich Wirkungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten, auf die noch einzugehen ist.

Instrumente der Umweltpolitik

Auch in Indien kommen die klassischen Instrumente wirtschaftspolitischer Steuerung zum Einsatz, also solche der Finanzpolitik, der Markt- und Preispolitik

und der Ordnungspolitik sowie die staatliche Unternehmenstätigkeit. In einem „schwachen Staat“ (soft state), wie Gunnar Myrdal Indien bezeichnet hat (Myrdal 1970, S. 208–252), sind sie unterschiedlich geeignet. Dies gilt vor allem für die Finanzpolitik, wenn sie als Instrument der sektoralen oder regionalen Strukturpolitik und/oder der Umweltpolitik eingesetzt wird. Staatliche Ausgaben und Einnahmen sowie die Staatsschuld wären ihre wichtigsten Instrumente. Für den Einzelnen treten sie als die Erhebung von Steuern und die Zahlung von Subventionen in Erscheinung, wobei anzumerken ist, dass die meisten Subventionen indirekt gewährt und vom Begünstigten gar nicht erkannt und gewürdigt werden. Ein Beispiel wäre die Subventionierung des Bewässerungswassers. Dazu kommt, dass in einem Land, in dem die Steuerlastquote gering ist, die meisten Bürger keine direkten Steuern zahlen und die Steuervermeidung verbreitet ist, die eingesetzten Instrumente weit weniger bewirken, als Regierung und die potentiell Begünstigten erhoffen mögen.⁶

Wesentlich breitere Möglichkeiten bestehen in der Markt- und Preispolitik. Beginnend mit der Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges, fortgesetzt unter Pandit Nehru und auf die Spitze getrieben unter Indira Gandhi, hat der indische Staat in der Nahrungspolitik immer weitere Kompetenzen an sich gezogen und mit seinem Public Distribution System (PDS), dem staatlichen Verteilungssystem, die Agrarpolitik bestimmt. Unter Umweltsichtspunkten sind vor allem die Staatsaktivitäten auf Seiten der Inputs, also des Saatguts, der Bewässerung, der Düngemittel und des Pflanzenschutzes von Belang. Die für die Landwirte künstlich niedrig gehaltenen Kosten der Bewässerung haben zu einer Produktionsstruktur geführt, die die Umwelt belastet. Weil Elektrizität und Treibstoff durch staatliche Subventionen stark verbilligt werden und den Landwirten zuweilen sogar „kostenlos“ zur Verfügung stehen, werden Früchte mit einem hohen Wasserbedarf auch an Standorten mit einer hohen Verdunstung und Versickerung angebaut, wo ihre Produktivität in Bezug auf Wasser gering ist. Der Begriff „kostenlos“ ist leider ebenso gebräuchlich wie irreführend, weil bei der Gewinnung und Lieferung des Wassers ja durchaus Kosten entstehen, diese jedoch nur zum kleineren Teil dem Landwirt und zum größeren dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Der zahlt auch mehr als nur die (direkten) Subventionsbeträge, sondern trägt auch die Kosten einer unzuverlässigen Versorgung sowie (anteilig) der Steuererhebung und Finanzverwaltung. So wird Wasser im-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

mer knapper und werden weitere umweltbelastende Eingriffe in den Wasserhaushalt erforderlich (Zingel 2006). Ähnlich verhält es sich bei Trinkwasser und Elektrizität, die in regelmäßigen Abständen (und oft auch ohne Vorwarnung) abgeschaltet werden, oder beim Personennahverkehr mit seinen überfüllten Bahnen und Bussen. Weil den Unternehmen, die für Bewässerung, Trink- und Abwasser, Müllabfuhr und Nahverkehr die Mittel für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit ihren Dienstleistungen fehlen, können sie ihren Versorgungsauftrag nicht erfüllen. Indien ist Nettoenergieimporteur. Die Regierungsparteien versuchten immer wieder, dem massiven Zorn der Verbraucher bei einer Erhöhung der Preise für Treibstoff und Kerosin (eine ökologisch wichtige Alternative zu Brennholz) zu entgehen. Mitte 2008 wurden die Kosten der Mineralölsubvention auf bis zu 50 Mrd. US-Dollar im Jahr geschätzt (The Economist, 2.8.2008, S. 52), das wäre etwa so viel, wie die informationstechnologiegestützten (IT-)Dienstleistungen des Landes beisteuern. Diese Beträge fehlen natürlich an anderer Stelle. Die notwendige Anpassung der Wirtschaft an die geänderten Faktorpreise wird so verschoben und die Einführung energiesparender Technologien tendenziell verzögert.

Ein Hang zu bürokratischen Regelungen, die in Indien mit „red tape“⁷ umschrieben werden, findet sich natürlich auch in der Umweltpolitik. Ökonomen sprechen hier von Ordnungspolitik, einem System von Ge- und Verboten. An ausgefeilten Bestimmungen ist in Indien sicher kein Mangel, woran es hapert, ist meist die Umsetzung, weil der Staat Leistung kaum belohnt, Fehler aber (zuweilen) hart bestraft. Der Rechtsweg ist auch nicht sehr vielversprechend, weil die Gerichte – und hier vor allem die Obergerichte – auf Jahre hinaus ausgelastet sind. Ursache dafür ist die geringe Zahl von Richtern, die der Klageflut nicht Herr werden können (Debroy 2000). Ein krasses Beispiel für staatlichen Aktionismus stellte eine der ersten umweltpolitischen Aktionen dar, die international für Aufsehen sorgte, nämlich die Versagung der Betriebsgenehmigung für Hunderte von Gießereien in Agra, als man befürchtete, dass das Tadsch Mahal, eines der Wahrzeichen Indiens und sein größter Touristenmagnet, von den Abgasen zerstört würde (Zingel 1998).

Staatliche Unternehmertätigkeit finden wir (abgesehen vom Bildungswesen) vor allem in der Schwerindustrie, der Wasser- und Energiewirtschaft, im Nachrichtenwesen, im Transportwesen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Trockenheit und Dürre, Versalzung und der Eintrag von Nähr- und Schadstoffen sowie der Rückgang der Gletscher im Himalaja lassen Indiens Wasserressourcen dramatisch schwinden.
picture alliance/dpa

wurde und wofür keine Steuern zu zahlen war,⁸ galt den Briten als Unland oder waste und gehörte der Kompanie, später der Krone und noch später dem indischen Staat (Zingel 1995).

Nach der Verfassung von 1950 ging die Zuständigkeit für die Forste an die Unionsstaaten über. Wald fällt in die Kompetenz der Forest Departments der Unionsstaaten, die ihrerseits Einschlagrechte gegen Bezahlung an private Konzessionäre (contractors) vergeben. Die lokale Bevölkerung besitzt – regional unterschiedlich geregelte – Einschlagrechte für den privaten Hausbau oder den Bau von Tempeln; dazu kommen evtl. noch Holzsammel- und weitere Forstnutzungsrechte (Gadgil and Guha 1992a; 1992b; 1994; 1995). An den Ausfallstraßen der Forstgebiete unterhält die Forstverwaltung Straßensperren, an denen die Holztransporte kontrolliert werden. Theoretisch sollte die Kontrolle einfach sein, da die Holztransporte leicht zu erkennen sind, und es für die schwere Fracht auch keine Schleichwege gibt. Die lokale Bevölkerung hat aber keine Kenntnis davon, ob mehr als erlaubt eingeschlagen und abtransportiert wird, so dass die Kontrolleure oft mit den Holzhändlern nach dem Prinzip der „hand-in-glove“ zusammenarbeiten.⁹ Angesichts der beträchtlichen Gewinne, die beim Holzschmuggel erzielt werden können, gehen die Schmuggler gegen nicht-„kooperationsbereite“ Forstbeamte immer wieder mit größter Gewalt vor. Eine andere Methode ist, dass Ortsfremde Land aufkaufen und von ihrem Einschlagrecht für den lokalen Verbrauch Gebrauch machen, das Holz aber aus der Region schaffen.¹⁰ Das System gilt als korruptionsanfällig und ineffizient, mit dem Ergebnis, dass Holzeinschlag und Holzabfuhr weit größer sind als erlaubt. Es ist unter den Bewohnern der Forstgebiete vor allem deswegen verhasst, weil die Entscheidungen über die Vergabe der Konzessionen in der fernen Hauptstadt des Staates vergeben werden und Konzessionäre und alle anderen Beteiligten Fremde sind, während ihnen selbst nur der Schaden bleibt. Oft bestehen divergierende Ansichten über die Eigentums- und Nutzungsrechte.

Das zivilgesellschaftliche Engagement konkurriert mit subsidiären, durchaus ökologisch engagierten Lösungen der privilegierten Schichten, die sich – nicht selten aus Frustration über die mangelnde Leistungsfähigkeit der Staates – ihre eigenen Insellösungen in Form von gated communities schaffen, mit eigener

und in der Finanzwirtschaft mit zum Teil fatalen Folgen. Immer dort, wo wir hohe Anfangsinvestitionen und vergleichbare geringe variable Kosten haben, kann ein Anbieter theoretisch kostengünstiger anbieten als mehrere. Ökonomen sprechen hier von einem natürlichen Monopol, das der Staat sowohl einem privaten Monopolisten überlassen, als es auch selbst übernehmen kann. Im ersten Fall droht „Marktversagen“ in Form von Unterversorgung, exzessiven Preisen und privaten Monopolgewinnen. Im zweiten Fall droht „Staatsversagen“ in Form von schlechtem Service und hohen Kosten (z.B. durch personellen Überbesatz). Verlockend – weil einfach und populär – für den Staat ist es, die Gebühren niedrig zu halten und nachlässig abzukassieren oder Leistungen gratis abzugeben und die anstehenden finanziellen Probleme durch Übernahme der Investitionskosten und später der aufgelaufenen Verbindlichkeiten zu Lasten der Steuerzahler zu lösen. Dies wird nirgendwo so deutlich wie bei der bereits angesprochenen künstlichen Bewässerung. Würde die Anbaustruktur der Landwirtschaft die Knappheit von Wasser reflektieren, so könnte theoretisch dieselbe Ernte mit weniger Wasser produziert werden oder mit dem verfügbaren Wasser eine viel größere Ernte erzielt werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Die bekannteste indische Umweltbewegung, Chipko Andolan (die Umarmung der Bäume), begann 1973 (Chipko Andolan 1982; Agarwal 1992; Mitra 1993). Frauen in den Dörfern des westlichen Himalaja wehrten sich dagegen, dass „ihre“ Bäume von Fremden gefällt und abtransportiert wurden (Weber 1987). Diese letztlich erfolgreiche Form des passiven Widerstands hat in Indien eine lange Tradition. Bei Chipko Andolan geht es aber nicht (nur) um die Bäume, sondern vor allem um die Rechte der örtlichen Bevölkerung an den Ressourcen ihrer Heimat. Um dies zu erklären, ist ein kurzer Ausflug in die Geschichte der indischen Agrarverfassung angebracht. Der indische Staat steht in der Rechtsnachfolge Britisch-Indiens und der Englischen Ostindischen Kompanie. Als diese die Herrschaft in Bengalen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts antrat, war sie ein gewinnorientiertes Handelsunternehmen, das in Indien zum Territorialherrscher unter der Oberherrschaft des Großmoguls wurde. Dieser beanspruchte ein – wenn auch abstraktes – Obereigentum am Land, das die Briten in ihrem Sinne interpretierten: Sie machten die Steuerpächter zu Eigentümern und die Bauern zu Pächtern. Fast alles Land, das nicht bewirtschaftet

Strom- und Wasserversorgung in Form von Stand-by-Generatoren, eigenen Pumpen und großen Wassertanks, eigener Müllabfuhr und eigenem Wachdienst. Damit vergrößert sich die Gefahr, die ohnehin segmentierte Gesellschaft zu entsolidarisieren.

Politische und religiöse Implikationen

Ein weiteres Beispiel umweltpolitischen Engagements im westlichen Himalaja war der breite Widerstand gegen den Bau eines Staudamms bei der Stadt Tehri über den Bhagirati (einem Quellfluss des Ganges) und den Bhilanganga. Die Bedenken gegen den Damm verwundern nicht in einem schwer erdbebengefährdeten Gebiet. Der durch den Damm aufgestaute See überflutet aber auch die Heimat von Zehntausenden von Menschen, die vertrieben wurden und um ihre Entschädigung bangten. Als die Planungen begannen, stand auch gar nicht fest, ob die Region wenigstens eine bevorzugte Elektrizitätsversorgung von dem neuen Kraftwerk erhalten würde.¹¹ So bildete die Umweltbewegung in der Bergregion Uttar Pradesh den Kristallisationspunkt für die Forderung nach einem eigenen Bundesstaat, der im Jahre 2000 als Uttaranchal (seit 2007: Uttarakhand) realisiert wurde; der Tehri-Damm konnte aber nicht verhindert werden.

Weniger erfolgreich war die Bewegung gegen den Bau einer ganzen Reihe von Dämmen und der Anlage etlicher Stauseen entlang des Narmada (auch: Narmada), das Sardar Sarovar-Projekt (Iyer 2007, S. 19–133). Nach der Nutzung der Wasserkraft des heiligen Flusses für die Erzeugung elektrischer Energie wird ein Großteil des Wassers kurz vor der Mündung in das Arabische Meer in die trockenen Ebenen Gujarats für die Bewässerung von neuem Siedlungsland abgeleitet. Tausende von Stammesbewohnern verloren ihr Land, das ebenso wie unberührte Primärforste mit ihrem großen Artenreichtum überflutet wurde. Widerstand regt sich auch gegen Baumaßnahmen im oberen Kulu-Tal, in dem der Beas entspringt, und das als Tal der Götter gilt.

Religiöse und politische Gründe werden – neben ökologischen Vorbehalten – gegen die indischen Pläne einer Vertiefung der Palk-Straße, die Indien von Sri Lanka trennt, vorgebracht. Das Ramayana, das große indische Epos, berichtet, dass Gott Ram hier eine Brücke, die Rama Setu, nach Lanka für seine Armee im Feldzug zur Befreiung seiner Frau (zuweilen auch: Schwester) Sita aus der Gefangenschaft Ravanas baute. Die einstige Landverbindung hat einen hohen politischen Stellenwert vor

allem für die Tamilen auf Sri Lanka.¹² Im Falle des Ganges wurden dagegen die selbstheilenden Kräfte des heiligsten aller indischen Flüsse als so wirkungsvoll beschrieben, dass es lange dauerte, bis sich die Befürworter des Ganga Action Plan zur Rettung des Flusses durchsetzen konnten.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Bürgerrechte

Wie schwer sich ein ambitionierter, aber letztlich wenig leistungsfähiger Staat in der Umweltpolitik tut, lässt sich am Beispiel der Forstgesetzgebung zeigen: „The Tribune“, die führende englischsprachige Regionalzeitung im nordwestlichen Indien, berichtet davon, dass die Bewohner von 470 Dörfern von der Verwaltung verfolgt wurden, weil sie gegen die Auflagen des Punjab Land Preservation Act (PLPA) von 1900 verstoßen hätten. Nach diesem Gesetz können Flächen von der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zur Vermeidung von Erosion ausgeschlossen werden („Closing the areas under the Act“). Zwar gab es in den fraglichen Gemarkungen keinen Baumbestand, sie hatten aber einst der Verwaltung der Forstverwaltung unterstanden und waren im Jahresbericht des Forstamtes aufgeführt worden. Als vermeintlicher Forst waren sie vor Jahrzehnten unter die strengen Regeln des PLPA gefallen (Dhaliwal 2005).

Durch die Einführung der Public Interest Litigation steht den Bürgern ein wirkungsvolles juristisches Instrument zur Verfügung, um den Staat in seine Verantwortung zu zwingen, d.h. nicht nur die Rechte ganzer Bevölkerungsgruppen einzuklagen, sondern die Gesetzgebung voranzubringen. Die Voraussetzungen dafür wurden durch den Right to Information Act (2005) verbessert, der den Bürgern ein weitgehendes Informationsrecht gewährt. Allerdings ist es nicht mit dem Erlass von Rechtsbestimmungen und dem Herbeiführen von Gerichtsentscheidungen getan, sondern diese müssen auch in die Praxis umgesetzt werden. Mit der Einführung eines allgemeinen Klagerechts, der Public Litigation, wurde es möglich, die Ansprüche Dritter vor Gericht zu verfolgen. Dies ist ganz besonders wichtig, wenn die betroffenen Stakeholder, zum Beispiel die Bewohner der Elendsviertel oder die Angehörigen der Stammesbevölkerung, nicht über die erforderlichen juristischen Kenntnisse, politischen Verbindungen und wirtschaftlichen Mittel verfügen. Oft addieren sich die Schäden erst durch die große Zahl der Betroffenen, wenn der individuelle Schaden klein ist. Hier bilden Sammelklagen

(class action) heute bessere Möglichkeiten als früher (Divan/Rosencranz 2001, S. 133–157).

Eine bemerkenswerte Lösung der Umweltprobleme ist die Initiative der Gerichte, bekannt unter dem lateinischen Namen suo moto, d.h. aus eigenem Antrieb. Der bekannteste Fall ist der der Umstellung des öffentlichen Nahverkehrs in Delhi auf Flüssiggas (CNG). Ursache war der rasch anwachsende Verkehr in Delhi und die unerträgliche Luftverschmutzung. Im Gegensatz zu Mumbai Schnellbahn (Mumbai Suburban Railway) und Kalkuttas Straßenbahnen und Metro gab es bis vor kurzem in Delhi keinen schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr (wenn man von einer wenig nützlichen Ringbahn absieht). Die Stadt ist vergleichsweise weitläufig und die Straßen sind breit (Delhi hat weit mehr Straßenfläche als die anderen indischen Metropolen), so dass Busse und Motorrikschas ausreichen schienen. Mit zunehmendem Wohlstand stieg aber die Zahl der privaten Kraftfahrzeuge. Delhi hat heute mehr Kraftfahrzeuge als die drei nächst großen Städte zusammen (GoNCT 2008, S. 155).¹³

Schlecht eingestellte Motoren verschlimmerten die unerträgliche Abgasbelastung noch mehr; dazu kam ein großes Kraftwerk in der Mitte der Stadt, das seine Abgase ungefiltert in die Luft schickte. Die Ausläufer der Arivalli-Berge verhindern einen Luftaustausch; vor allem im Winter war die Situation unerträglich. Schließlich ergriff der Oberste



UNSER AUTOR

Dr. Wolfgang-Peter Zingel, Diplom-Volkswirt; seit 1971 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Südasien-Institut (SAI) der Universität Heidelberg in der Abteilung für internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik; Leiter der Zweigstelle des SAI in Islamabad (1980–82) und New Delhi (1990–92); 1989 Gastdozent an der Himalchal Pradesh University in Shimla; Forschungsaufenthalte in den Ländern Südasiens; Publikationen und Vorträge zu Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Südasien, vor allem Indiens, Pakistans und Bangladeshs.

Gerichtshof die Initiative und wies am 28. Juli 1998 die Gas Authority of India Limited, d.h. die staatliche Gasgesellschaft an, das Netz der Gastankstellen zügig auszubauen. Die Regierung des Unionsterritoriums Delhi wurde verpflichtet, die gesamte Busflotte der städtischen Verkehrsbetriebe auf Flüssiggas bis zum 31. März 2001 umzustellen. Als sich abzeichnete, dass die Gasgesellschaft und die Regierung von Delhi dieser Auflage nur zögerlich nachkamen, drohte das Gericht an, die Verantwortlichen wegen Missachtung des Gerichts (contempt of court) verhaften zu lassen, was die ganze Aktion auf einmal in dramatischer Weise beschleunigte (Raghu 2001; Indlaw 2001). Obwohl die Besitzer und Fahrer der Taxis streikten, ging die Umstellung vergleichsweise zügig vonstatten. Ich war damals in Delhi und konnte so die Umstellung teilnehmend beobachten.¹⁴ Das Bemühen der Regierung von New Delhi zur Abwendung des drohenden Verkehrskollapses führt ebenfalls zu einer Verringerung der Schadstoffbelastung. Nach einer endlos erscheinenden Reihe von Kommissionen, die Vorschläge erarbeiteten, wie das Verkehrsdilemma zu lösen sei, sind inzwischen die ersten drei U-Bahn-Linien in Betrieb. Weitere sind im Bau und in ganz Delhi werden im Augenblick Fahrspuren für Busse und Bushaltestellen errichtet, die den Busverkehr schneller und attraktiver machen sollen. Dafür ist es auch höchste Zeit, weil der Trend zum automobilen Individualverkehr kaum noch aufzuhalten scheint: Im Sommer 2009 waren 6 Mio. Kraftfahrzeuge in der Hauptstadt registriert.

Das Engagement der Gerichte, so willkommen und wirksam es auch sein mag, hat eine Reihe von grundlegenden Bedenken und Befürchtungen aufgeworfen. Da ist zum einen die Frage, ob die Festlegung auf nur eine Technologie, nämlich die Umstellung auf Flüssiggas, richtig gewesen ist, oder ob man nicht einfach strenge Schadstoffgrenzen hätte festlegen und es den Einzelnen überlassen können, ihre Wahl zu treffen. Schwerwiegender ist die grundsätzliche Frage, ob sich Indien nicht in eine „Judikatur“ begibt, die Züge des wohlwollenden Diktators trägt. Wenn alle wichtigen Entscheidungen von den Gerichten getroffen werden, wer kann dann die Gerichte kontrollieren? Dieses gilt ganz besonders angesichts der in Indien streng gehandeten Missachtung des Gerichts.¹⁵ So genügt die Androhung von Maßnahmen, um einen renommierten indischen Verlag von der Veröffentlichung einer kritischen (deutschen) Doktorarbeit über die Umweltrichtsprache in Indien abzuhalten (Dembowski 2001).

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die maßgeblichen Umweltprobleme in Indien stark von der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Situation des Landes geprägt sind und ihre eigenen Lösungen hervorgebracht haben. Diese sind letztlich ebenso wenig „indisch“, wie Lösungen, die wir in Deutschland antreffen, „deutsch“ sind. Die eingangs gestellte Frage, inwieweit wir erwarten können, dass Globalisierung – verstanden als zunehmender internationaler Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Ideen und Menschen – zu einer Konvergenz der Probleme und schließlich der Lösungen führen wird, ist differenziert zu beantworten, weil

- wir einen engen Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Problemen beobachten können;
- die Umweltprobleme in Indien nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern in besonderem Maße innen-, außen- und sicherheitspolitische sowie religiöse Aspekte aufweisen;
- die noch immer starke Unternehmerrolle des Staates ihn in seiner Kontrollfunktion behindert;
- es angesichts eines schwachen Staates vor allem auf den unteren politischen und Verwaltungsebenen zu subsidiären Lösungen für die wirtschaftlich besser gestellten und besser organisierten Gruppen kommt; und
- die Initiativen der Judikative in eine „Judikatur“ zu münden drohen, die nach Meinung von Kritikern die demokratische Gewaltenteilung bedroht.

Im Vergleich zu Deutschland müssen wir feststellen, dass unsere Standards vor noch nicht gar so langer Zeit keineswegs besser waren als die Indiens heute. Wir können beobachten, wie die erstarkende Mittelschicht Indiens umweltbewusster wird und immer breitere Schichten umweltpolitische Forderungen vorbringen und auch durchsetzen.

LITERATUR

- Abbas A. T., B.M. (1984): *The Ganges Water Dispute*. Dhaka, 2. Ausgabe 1984.
- Agarwal, Anil/Chopra, Ravi/Sharma, Kalpana (Hrsg.) (1982): *The State of India's Environment 1982. A Citizen's Report*. New Delhi: Centre for Science and Environment, S. 42–43.
- Agarwal, Anil (Hrsg.) (1992): *The Price of Forests. Proceedings of a Seminar on the Economics of the Sustainable Use of Forest Resources*. New Delhi: Centre for Science and Environment.
- Ahmed, Moudud (2002): *South Asia. Crisis of Development. The Case of Bangladesh*. Dhaka.
- Ahuja, Sangeeta (1997): *People, Law and Justice. Casebook on Public Interest Litigation*. 2 Bände. New Delhi.
- Begum, Khurshida (1988): *Tension over the Farakka Barrage. A Techno-political Tangle in South*

Asia. Beiträge zur Südasiensforschung. Band 111. Stuttgart 1988 (= Dhaka University Press. 1987)

Bose, Rajan Kumar (2005): *Urban Transport and Environment: Problems and Policies*. India Infrastructure Summit. New Delhi. www.ficci.com.

Chang, Ha-Joon (2002a): *Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective*. London.

Chang, Ha-Joon (2002b): „Kicking Away the Ladder“, *Post-autistic Economics Review*, Issue no. 15, September 4, 2002, Article 3. http://www.btinternet.com/~pae_news/review/issue15.htm.

The Chipko Andolan (1982). In: Agarwal, Anil/Chopra, Ravi/Sharma, Kalpana (Hrsg.): *The State of India's Environment 1982. A Citizen's Report*. New Delhi: Centre for Science and Environment. 1982, S. 42–43.

Debroy, Bibek (2000): *Some Issues in Law Reform in India*. In: Dethier, Jean-Jacques (Hrsg.): *Governance, Decentralization and Reform in China, India and Russia*. Boston, S. 339–368.

Dembowski, Hans (2001): *Taking the State to Court. Public Litigation and the Public Sphere in Metropolitan India*. New Delhi: Oxford UP (nicht ausgeliefert). Veröffentlicht im Internet unter www.asienhaus.de/index.php.

Dhaliwal, Sarbjit (2005): *470 Villages Wrongly Marked in Forest Area*. In: *The Tribune*. Chandigarh, December 11, 2005. www.tribuneindia.com (12.12.2005).

Dickie, Mure/Johnson, Jo (2007): *Beijing and Delhi Resist Calls to Cap Their CO₂*. In: *Financial Times*, 5 Dec 2007.

Divan, Shyam/Rosencranz, Armin (2002): *Environmental Law and Policy in India. Cases, Materials and Statutes*. 2. Ausgabe, New Delhi 2002.

DMP (2007): *Delhi Master Plan 2021*. New Delhi.

FAO (2007): *Food Balance Sheets*. FAOSTAT. <http://faostat.fao.org/site/502/default.aspx>.

Gadgil, Mahdavi/Guha, Ramachandra (1992a): *This Fissured Land: an Ecological History of India*. Delhi.

Gadgil, Mahdavi/Guha, Ramachandra (1992b): *New Forest Policy: for Genuine Friendship*. In: *The Hindu Survey of the Environment 1992*. Madras, S. 26–29.

Gadgil, Mahdavi/Guha, Ramachandra (1994): *Ecological Conflicts and Environmental Movement in India*. In: *Development and Change*. 1994 Special Environment Issue. Oxford. Blackwell, 25(1994), S. 101–136.

Gadgil, Mahdavi/Guha, Ramachandra (1995): *Ecology and Equity. The Sue and Abuse of Nature in Contemporary India*. London.

GoI 2008: *Economic Survey 2007-2008*. New Delhi: Government of India. <http://indiabudget.nic.in>.

GoNCT 2008: *Economic Survey of Delhi 2007-2008*. New Delhi: Government of National Capital Territory of Delhi, Planning Department. www.delhiplanning.nic.in.

Goswami, Manu (2004): *Producing India. From Colonial Economy to National Space*. Chicago. <http://www.google.books>.

Greenpeace (2007): *Is India Hiding Behind the Poor?* <http://www.greenpeace.org/india/> (5.12.2007).

Hardin, Garrett (1968): *The Tragedy of the Commons*. In: *Science*, 162(1968), S. 1243–1248.

The Hindu Survey of the Environment 1994. Madras.

Hirschman, Albert O. (1974): Abwanderung und Widerspruch: Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Schriften zur Kooperationsforschung. Tübingen.

Hirschman, Albert O. (1978): Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Times, Organizations and States. Cambridge, Mass.

IEA (2007): International Energy Agency: Executive summary. World Energy Outlook 2007. www.iea.org.

Indlaw (2001): Petroleum Minister Contends that CNG not the Only Clean Fuel. Indlaw Communications. 2001. www.indlawnews.com.

Iyer, Ramaswamy R. (2007): Towards Water Wisdom: Limits, Justice, Harmony. New Delhi.

Kale, Vishwas S. (2002): Fluvial Geomorphology of Indian Rivers: an Overview. In: Progress in Physical Geography. New Delhi, 26(2002)3, S. 400–433. <http://ppg.sagepub.com/cgi/reprint/26/3/400.pdf>.

Michel, Aloys Arthur (1967): The Indus Rivers. A Study of the Effects of Partition. New Haven.

Mitra, Amit (1993): Chipko. An Unfinished Mission. In: Down to Earth. New Delhi: Centre for Science and Environment. April 30, 1993. S. 25–36.

Myrdal, Gunnar (1970): The Challenge of World Poverty. A World Anti-poverty Program in Outline. New York (London: Allen Lane 1970).

Naoroji, Dadabhai (1870): The Wants and Means of India. Address to the East India Association in Bombay.

Raghu (2001): The CNG Mess. Delhi Today, all India Tomorrow? In: People's Democracy. 25 (May 6, 2001)18. http://pd.cpim.org/2001/may06/may06_snd.htm.

Repetto, Robert/Marath, William/Wells, Michael et. al. (1989): Wasting Assets: Natural Resources in the National Income Accounts. Washington, D.C.: World Resources Institute.

Sharma, Mahesh Chander (2004): Timber Smuggling from Sainj Valley. In: The Tribune, Chandigarh. 24 April. 2004. www.tribuneindia.com/23.6.2008.

WDR 2010: World Development Report 2010. www.worldbank.org.

Weber, Thomas (1987-88): Is There Still a Chipko Andolan? In: Pacific Affairs 60 (Winter 1987–88) 4, S. 615–628.

Zingel, Wolfgang-Peter (1995): Bodenrecht in Indien. In: Entwicklung und ländlicher Raum. Beiträge zur internationalen Zusammenarbeit. Frankfurt, 29 (1995) 6. S. 7–10.

Zingel, Wolfgang-Peter (1998): Umweltpolitik und wirtschaftlicher Strukturwandel in Indien. In: Schucher, Günter (Hrsg.): Asien zwischen Öko-

nomie und Ökologie: Wirtschaftswunder ohne Grenzen? Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 68–82.

Zingel, Wolfgang-Peter (1999): Greening the Accounts: Overview and Technique. In: Munasinghe, Mohan/Dreyer, Stefan/Kurukulasuriya, Pradeep (Hrsg.) (1999): Greening the National Income Accounts. Colombo: Lanka International Forum on Environment and Sustainable Development and German Cultural Institute, S. 9–37.

Zingel, Wolfgang-Peter/van Dillen, Susanne (2002): Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung in Indien. In: Draguhn, Werner (Hrsg.): Indien 2002: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Hamburg: Institut für Asienkunde. S. 287–311.

Zingel, Wolfgang-Peter (2003): Nahrungssicherungs politik in Indien: Überfluss und Mangel. In: Draguhn, Werner (Hrsg.): Indien 2003: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Hamburg: Institut für Asienkunde S. 353–377.

Zingel, Wolfgang-Peter (2006): Food Security in South Asia. In: Ehlers, Eckart/Krafft, Thomas Krafft (Hrsg.): Earth System Science in the Anthropocene: Emerging Issues and Problems. Heidelberg.

Zingel, Wolfgang-Peter (2009): Wirtschaft und Umwelt: Indische Lösungsansätze zu einem nicht nur indischen Problem. In: von Hauff, Michael (Hrsg.): Indien. Herausforderungen und Perspektiven. Marburg, S. 133–155.

ANMERKUNGEN

1 Die Einteilung wurde bereits zur Kolonialzeit beklagt: „In reality there are two Indias – the one prosperous, the other poverty-stricken.“ (Naoroji, 1870, zitiert nach: Goswami 2004, S. 226).

2 Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Ein-Dollar-Armuts Grenze und die Angaben der Weltbank zu Grunde legt. Da der Weltentwicklungsberichts 2007 für einige Staaten Afrikas keine Angaben über die Armut enthält, müssen diese geschätzt werden; es macht aber keinen großen Unterschied, ob man für sie den Durchschnittswert für alle berichtenden Staaten oder die der Nachbarstaaten ansetzt.

3 Der Chlorgehalt in der Luft in Ludwigshafen hat mich in meiner Studienzeit immer an öffentliche Hallenbäder erinnert, auch an Tagen, an denen meine Ludwigshafener Freunde meinten, dass es besonders wenig stinken würde. Damals waren die Schornsteine noch niedrig und der Gestank beschränkte sich auf die nähere Umgebung; der Verkehr war gering und die Belästigung am Schlosswolfsbrunnenweg in Heidelberg, wo die Unternehmensleitung der IG Farben und später der BASF residierte, nicht zu spüren.

4 Natürlich kann man auch ein anderes Verständnis von „Umwelt“ haben.

5 Nach Angaben der FAO (2007) stieg der tägliche Verbrauch an Nahrungsenergie tierischer Herkunft in Indien von 1961–63 bis 1991–2001 von 112 Kcal auf 192 Kcal; in Bangladesch waren Niveau und Anstieg geringer (von 63 Kcal auf 69 Kcal), ebenso in Sri Lanka (von 105 Kcal auf 160 Kcal).

6 Ein Beispiel – wenn auch nicht aus der Umweltpolitik – wäre die Subventionierung der Düngemittelproduktion: Ziel der Subventionierung der Düngemittelproduktion sind niedrigere Preise für Düngemittel, eine Entlastung der Kosten der landwirtschaftlichen Produktion sowie Senkung der Nahrungsmittelpreise und darüber hinaus eine Steigerung der Produktionsmengen und des Nahrungsangebots. Trotz aller Subventionen schaffen es die staatlichen Fabriken nicht, ihre Düngemittel billiger als das Ausland anzubieten. Die Subvention erhält lediglich eine (staatliche) Industrie am Leben, die international nicht konkurrenzfähig ist (Zingel 2003, S. 271; Zingel 2006).

7 Benannt nach dem roten Band, mit dem die Akten zusammengehalten wurden und werden.

8 Nachdem die Ostindische Kompanie die Sätze der Grundsteuer anfangs sehr hoch angesetzt hatte, kam es zu einer ersten Agrarkrise und Hungersnot; 1793 wurde die Steuer „auf ewig“ festgesetzt (permanent settlement); die Gebiete, in denen die Steuer erhoben wurde, galten später als „settled areas“.

9 Das Bild der privaten Hand im staatlichen Handschuh beschreibt sehr anschaulich, dass die Korruption dort gedeiht, wo sie die erforderlichen Rahmenbedingungen findet.

10 So ein Beispiel aus Himachal Pradesh; vgl. Sharma 2004.

11 Dies wurde dem benachbarten kleinen Unionsstaat Himachal Pradesh gewährleistet, als dort große Wasserkraftwerke entstanden. Für die Bewohner Uttaranchals ein Grund mehr, einen eigenen Staat zu verlangen.

12 Unter dem Stichwort Sethusamudram lassen sich Zehntausende von Beiträgen im Internet finden, z.B. unter <http://kalyan97.wordpress.com/2007/10/29/>.

13 Die vergleichsweise geringe Zahl von Personenkraftwagen in Mumbai und Kalkutta wird mit dem leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrssystem erklärt (Bose 2005).

14 Die Verkehrsverhältnisse und die Luftqualität haben sich inzwischen aus einem weiterem Grund verbessert, nämlich dem Bau der „Metro“ – der U-Bahn. Die ersten 65 Kilometer Strecke der Phase I wurden bereits in Betrieb genommen (DMP 2007, S. 138–145).

15 Die Ahndung ist ungleich schärfer als die der Urteilschelte in Deutschland.

Indien und Pakistan – verfeindete Brüder?

Siegfried O. Wolf

Die Anfänge der konfliktreichen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Der Teilung des britischen Kolonialreichs in die neuen postkolonialen Staaten Pakistan und Indien 1947 folgte eine anhaltende Konfrontation. Besonders die Auseinandersetzungen um die Grenzregion Kaschmir strapazierten die Beziehungen der beiden Nationen. Kaschmir ist bis heute von beiden Armeen besetzt und wird nur durch die Line of Control getrennt. Diese Waffenstillstandslinie ist weiterhin umstritten und konnte die weiteren Kriege, die Indien und Pakistan 1965, 1971 und 1999 austrugen, nicht verhindern. Ein weiteres Problem ist der von Pakistan staatlich geförderte Terrorismus, der ein strategischer Bestandteil der Kaschmirpolitik Pakistans ist und eine der größten Herausforderungen an Indiens Sicherheit darstellt. Mit dem 11. September 2001 änderte sich die Situation, weil sich Pakistan nunmehr am Kampf gegen den Terror beteiligt. Gleichwohl ist Pakistans Engagement – so Siegfried O. Wolf – im Kampf gegen den Terrorismus skeptisch zu betrachten. Die Politik der kleinen Schritte, die beide Länder u. a. in den Feldern Frieden und Sicherheit, in territorialen Fragen und auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den letzten Jahren betreiben, scheint sich zunehmend als erfolgreich zu erweisen, auch wenn die Demilitarisierung und Demarkierung von Grenzgebieten noch aussteht. Wenn Pakistan zukünftig auf internationaler Ebene ernst genommen werden will, muss es die neue machtpolitische Triangel zwischen China, Indien und den USA im südlichen Asien akzeptieren und erkennen, dass die eigentliche Gefahr nicht von Indien, sondern vom militanten Extremismus, der weitverbreiteten Armut und dem niedrigen sozialen Entwicklungsstand im eigenen Land ausgeht.

Neue „Flexibilität“ anstatt Blockadehaltung

Nach über sechs Dekaden der Feindschaft scheint sich das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan in den letzten Jahren nachhaltig zu verbessern. Die wohl weit reichendsten positiven Veränderungen stellen die von dem damaligen Premierminister Atal Bihari Vajpayee 2003 erneut eingeleiteten Annäherungen, der 2004 begonnene Composi-

te Dialogue (Manjunath u. a. 2006) sowie die gemeinsame Indisch-Pakistanische Stellungnahme in Sharm-El-Sheikh am 16. Juli 2009 zwischen beiden Ländern dar. Bisher eingenommene Blockadehaltungen sind zugunsten einer neuen „Flexibilität“ aufgegeben worden und 2005 wurde sogar der Annäherungsprozess von beiden Regierungen als „unumkehrbar“ bezeichnet. Dies markiert einen wichtigen Wendepunkt in dem bis heute äußerst angespannten Verhältnis.

Jedoch der anhaltende Konflikt um Kaschmir, der von Pakistan ausgehende grenzüberschreitende Terrorismus, die gegenseitige nukleare Bedrohung sowie die Rivalität um die Einflussnahme in Afghanistan werfen weiterhin ihre Schatten auf die bilateralen Beziehungen. Der Terrorangriff in Mumbai im November 2008 hat die Annäherung zwar erheblich verlangsamt, aber nicht ausgesetzt. Um die Ursachen hierfür darzulegen, werden in diesem Beitrag die indisch-pakistanischen Beziehungen und ihre komplexen Wechselverhältnisse mit der erweiterten regionalen Ebene erörtert.

Historischer Hintergrund

Keine Beschreibung der indisch-pakistanischen Beziehungen kann die historische Entwicklung des Hindu-Muslim-Antagonismus, die problematische Entstehung beider Staaten sowie den kolonialen Hintergrund außer Acht lassen.¹ Die Anfänge der problematischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sind bereits in ihrer gemeinsamen Kolonialzeit in British India (und davor) zu finden. Insbesondere durch die von den Briten in den Jahren 1882 und 1892² eingeführten ersten repräsentativen Institutionen einer „kolonialen Demokratie“ (vgl. Choudhury 1968, S. 4f.) wurden Befürchtungen unter den Muslimen geweckt, dass ihre Interessen durch eine hinduistische Mehrheit stets unterdrückt werden würden.³ Trotz der bemerkenswerten Spannungen zwischen den damals führenden Parteien der Muslim League (IML) und dem India National Congress (INC), die nicht zuletzt auch auf die persönliche Rivalität zwischen ihren beiden Führern Muhammed Ali Jinnah (Quaid-i-Azam⁴) und Jawaharlal Nehru zurückzuführen sind, gab es zunächst nur bedingt Anzeichen,⁵ die

auf die Entstehung eines solch feindseligen Habitus in den Beziehungen der beiden neuen postkolonialen Staaten hätten schließen lassen können. So gab es durchaus einige Versuche, den Hindu-Muslim-Gegensatz aufzulösen, wie den Lucknow Pact⁶ von 1916 oder Jinnahs moderater Ansatz zur Einführung einer föderalen Regierungsform, welche den einzelnen muslimischen Mehrheitsprovinzen einen gewissen Grad an Autonomie eingeräumt hätte. Die Versuche scheiterten an der Konfrontation zwischen Jinnah und der Führung des INC.⁷ Eine weitere Möglichkeit zur konstruktiven Zusammenarbeit zwischen beiden Religionsgemeinschaften wurde im Zuge der Einführung von Wahlen in den Provinzen, basierend auf dem Government of India Act von 1935⁸, vertan, indem man Koalitionsregierungen (Bengalen und Punjab) scheitern ließ.⁹ Diese ersten Erfahrungen mit den Implikationen einer „demokratischen Mehrheitsregeln“ in Indien überzeugte wesentliche Faktionen der politischen Führung der Muslime, von den scheidenden Briten einen separaten Staat für die Muslime zu fordern.¹⁰ Das Recht auf Selbstbestimmung wurde erstmals am 23. März 1940 von M. A. Jinnah proklamiert (Lahore Resolution). Die klare Ablehnung dieser Forderung seitens des INC, der diese als eine „Teilung von Mutter Indien“¹¹ interpretierte, markierte das Ende aller Hoffnungen auf eine Einheit zwischen Hindus und Muslimen. Die darauf folgenden Gewalttätigkeiten und tragischen Ereignisse vor und während der Teilung des britischen Kolonialreiches in die Staaten Pakistan, welches aus zwei geographisch getrennten Landesteilen bestand¹², und Indien ließen ein friedliches Nebeneinander als äußerst problematisch erscheinen.¹³

Die ökonomische Konfliktebene

Diese sozialen und politischen Spannungen wurden durch das Auseinanderreißen von alten, in Jahrhunderten gewachsenen ökonomischen Strukturen verstärkt. Von den Konsequenzen war Pakistan ernsthaft und überproportional betroffen. So wurden, neben den beginnenden ersten militärischen Auseinandersetzungen in Kaschmir, die Beziehungen zwischen beiden Ländern durch umfangreiche Wirtschaftskonflik-

te belastet, welche den Handel zwischen beiden Ländern bereits in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit weitgehend zum Erliegen brachte. Darüber hinaus wurde der komplementäre Charakter beider nationaler Ökonomien durch das Streben nach der Unabhängigkeit von der jeweils anderen Seite weitgehend aufgehoben (vgl. Choudhury 1968, S. 7f.). Indiens Weigerung, die Aufteilung der Ressourcen (insbesondere Finanzen und militärische Ausrüstung¹⁴) gemäß dem britischen Plan zur Teilung (Partition) des Kolonialreichs in Südasien durchzuführen, sorgte für eine erhebliche Verschärfung der Spannungen. Vor diesem Hintergrund erhob Pakistan den Vorwurf gegenüber Indien, dass dieses gezielt versuchen würde, den Aufbau staatlicher Strukturen Pakistans zu verhindern. Die Tatsache, dass der Schwerpunkt der kolonialen Administration und Infrastruktur sich auf indischer Seite befand, verstärkte die Frustration auf pakistanischer Seite.

Die historische Entwicklung sowie die existenzbedrohenden politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ließen unter den pakistanischen Eliten ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das darauf beruhte, dass Pakistan für Indien die Verkörperungen aller Prinzipien zu sein schien, die es selbst ablehnt. In anderen Worten: In dieser negativ formulierten nationalen Identität ist Pakistan alles das, was Indien nicht ist (vgl. Maaß 2001, S. 5). Pakistan befürchtete zunehmend, dass Indien die Absicht verfolgt, den Subkontinent unter indischen Vorzeichen wieder zu vereinen bzw. nicht bereit ist, die Souveränität Pakistans zu akzeptieren (Choudhury 1968, S. 10). Diese Kombination aus Bedrohungspereptionen, Misstrauen, deprivativen Effekten und diametral entgegengesetzten Selbstauffassungen prägte den verhängnisvollen Beginn der indisch-pakistanischen Beziehungen, der schon bald seinen Ausdruck in der ersten bewaffneten Auseinandersetzung in Kaschmir fand.

Kaschmir – Ursache und Folge des Konflikts

Pakistan und Indien streiten sich nun seit über einem halben Jahrhundert über die territoriale Zugehörigkeit Kaschmirs. Die Bedeutung dieser Himalaja-Region liegt für Indien darin begründet, dass die überwiegend muslimische Bevölkerung¹⁵ und deren Integration als Bestätigung für die eigene pluralistische und säkulare Staatsauffassung (Unity in Diversity) interpretiert wird, d.h. dass Hindus und Muslime gemeinsam in einem Staat leben können. Pakistan hingegen besteht auf seiner

„Gründungs-idee“, Heimat für alle Muslime in Südasien zu sein. Aus pakistanischer Perspektive sind Hindus und Muslime nicht nur unterschiedliche Religionsgemeinschaften, sondern auch verschiedene Nationen (Two-Nation-Theory).¹⁶

Zur Zeit der Teilung (Partition) von Britisch Indien war Kaschmir ein so genannter Princely State (Fürstenstaat), der mehr oder weniger lose in die kolonial-administrativen Strukturen eingebunden war und über weitgehende innenpolitische Autonomie verfügte. Als die Briten den Subkontinent verließen, entschieden sie, dass die 562 Fürstentümer die Wahl haben sollten, sich Indien oder Pakistan anzuschließen. Die Option, sich keiner der beiden Staaten anzuschließen und die Unabhängigkeit anzustreben, war eher theoretischer Natur. Weder Indien noch Pakistan hätten einen oder mehrere autonome Staaten innerhalb ihres Staatsgebietes geduldet. Darüber hinaus waren die meisten dieser Staaten flächenmäßig zu klein und wirtschaftlich zu schwach, um als unabhängiger Staat existieren zu können. In Kaschmir und Hyderabad stellte sich die Situation jedoch anders dar.¹⁷ Beide Fürstentümer verfügten über ein umfangreiches Territorium, welches die Unabhängigkeit realistisch erscheinen ließ. Während Indien Hyderabad, mitten im eigenen Land liegend, durch eine Kombination aus militärischen und diplomatischen Mitteln integ-

rierte, entschied sich Pakistan, die Zugehörigkeit von Kaschmir durch die Infiltration von Freischärlern, paschtunischen Stammeskriegern und „beurlaubten“ pakistanischen Soldaten in seinem Sinne zu entscheiden. Der in Bedrängnis geratene und nach Unabhängigkeit strebende Maharadscha von Kaschmir, Hari Singh, entschied sich letztendlich für den Anschluss an Indien und konsequenter Weise für eine indische militärische Unterstützung.¹⁸ Mit der zusätzlichen Hilfe des volksnahen und populären Sheikh Mohammed Abdullah und seiner – dem autokratischen Hindu-fürst gegenüber feindlich eingestellten und säkularen – Protestbewegung, der All Jammu and Kashmir Muslim Conference, gelang es den regulären indischen Truppen und den Kaschmiris, die Stammeskrieger und pakistanischen Soldaten zurückzudrängen. Allerdings halten diese bis heute noch ein Drittel von Kaschmir (Azad Kashmir¹⁹), welches durch die Line of Control vom indisch verwalteten Teil abgetrennt wird. Die Line of Control gilt als Waffenstillstandslinie und kann bzw. muss heute als „De-facto-Grenze“ zwischen Pakistan und Indien interpretiert werden.²⁰ Diese Situation ist – insbesondere aus pakistanischer Perspektive – eine bemerkenswert unbefriedigende, da Indien nicht nur den größten Teil Kaschmirs kontrolliert, sondern vor allem das Kaschmir-Tal, in dem die Mehrheit der kaschmirischen Muslime lebt.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Kriege und Konflikte

Seit ihrer Entstehung im Jahre 1947 haben Indien und Pakistan vier Waffengänge miteinander ausgetragen. Den ersten, wie bereits oben erwähnt, unmittelbar nach der Unabhängigkeit von 1947 bis 1948 in und um Kaschmir, den zweiten 1965, dem ein so genannter „Testkrieg“ im Rann of Kutch vorausging. Letzterer war regional auf ein umstrittenes Marschland zwischen der pakistanischen Provinz Sindh und dem indischen Bundesstaat Gujarat begrenzt. Der offizielle Anlass für diese pakistanische Aggression war die Festlegung der Grenze zu ihren Gunsten. Inoffiziell kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Pakistan die Leistungsfähigkeit und Entschlusskraft der damals neuen indischen Regierung sowie ihrer Streitkräfte auf den Prüfstand stellen wollte.²¹ Nachdem Indien relativ verhalten und zögerlich reagierte, startete Pakistan noch im selben Jahr die „Operation Gibraltar“²², die in einer ersten Phase durch die Infiltration von Guerillakämpfern²³ die Entfesselung einer bewaffneten Revolte gegen die indische Verwaltung in Jammu und Kaschmir zum Ziel hatte. Diese Revolte wiederum würde in einer zweiten Phase durch reguläre pakistanische Truppen unterstützt werden. Den Überraschungsmoment ausnutzend, so die Planung, würde man den indisch kontrollierten Teil von Kaschmir in kürzester Zeit strategisch

besetzen können, bevor es Neu Delhi gelingen würde, die eigenen Streitkräfte zu mobilisieren. Indien allerdings antwortete durch die erfolgreiche Ausweitung der bewaffneten Kämpfe auf das pakistanische Kernland Punjab. Die umfangreichen Verluste Pakistans, das Ausbleiben des erhofften chinesischen Eingreifens zu Ungunsten Indiens sowie internationale diplomatische Interventionen führten am 4. Januar 1966 zum Frieden von Taschkent. Die Niederlage von 1965 hatte für die damalige pakistanische Militärregierung²⁴ weitgehende Konsequenzen. Zum einen war ihr Image als Hüter der Nation erheblich in Frage gestellt, zum anderen zeigte es die Unfähigkeit der (west-)pakistanischen Armee, den Ostteil des Landes zu verteidigen, was darüber hinaus dessen Unabhängigkeitsbestrebungen intensivierte.²⁵

Pakistans ideologische und militärische Katastrophe

Diese Sezessionsbewegung Ostpakistans führte schließlich 1971 zum dritten Krieg, der die Unabhängigkeit und die Entstehung von Bangladesch zur Folge hatte.²⁶ Dieser Krieg war ideologisch wie militärisch eine Katastrophe für Pakistan. Ideologisch, weil es die Etablierung eines zweiten muslimischen Staates in Südasien hervorbrachte und damit den Kern der Zwei-Nationen-

Theorie ad absurdum führte. Es wurde offensichtlich, dass der Islam in Südasien zum einen keine monolithische Entität darstellt und zum anderen nicht ausreichte, West- und Ostpakistan zu vereinen. Es wurde zunehmend der Eindruck vermittelt, dass nicht der Islam, sondern die Feindschaft zu Indien als Quelle nationaler Identität dient. Die besondere Brisanz für Pakistan ist die daraus resultierende Konsequenz, dass es das ideologische und moralische Argument verlor, Kaschmir für sich einzufordern. Darüber hinaus war der Verlust des östlichen Landesteils aus militärischer Sicht ein Debakel, weil es erneut (und nun endgültig) die konventionelle Überlegenheit Indiens unterstrich. Dennoch gelang es Pakistan, einen „Teilsieg“, zumindest auf diplomatischer Ebene, zu erringen. Im Simla-Accord vom 2. Juli 1972, dem von Indira Gandhi und Zulfikar Ali Bhutto ausgehandelten Friedensvertrag, gelang es Bhutto, die siegreiche indische Seite aus Rücksicht auf die innenpolitische Lage in Pakistan zu weitgehenden Zugeständnissen zu bewegen, insbesondere dahingehend, dass Islamabad nicht zur Anerkennung der Line of Control als internationale Grenze gezwungen wurde (vgl. Mattoo 2001b, S. 27–44). Dies bedeutete, dass Pakistan zumindest in der Kaschmir-Frage seine Chancen wahren konnte.

Jüngste bewaffnete Auseinandersetzungen

Die vierte und vorletzte bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan fand 1999 in der Kargil-Region von Kaschmir statt. Hierbei handelte es sich um einen vergeblichen Versuch, durch ein breiter angelegtes Kommandounternehmen²⁷ den territorialen Status quo zugunsten Pakistans zu verändern, um dadurch eine verbesserte Ausgangslage bei erhofften (erzwungenen), neuen Verhandlungen über die Zukunft Kaschmirs zu haben. Darüber hinaus standen beide Länder mehrfach am Rande einer bewaffneten Konfrontation wie 1987, 1990²⁸ oder zuletzt in der „Krieg-in-Sicht-Krise“ von 2001–2002.²⁹

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Die Line of Control gilt als Waffenstillstandslinie und muss als „De-facto-Grenze“ zwischen Pakistan und Indien interpretiert werden. **picture alliance/dpa**

Wesentliches Merkmal aller bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern ist die ihrer Begrenzung: Zum einen auf bestimmte geographische Gebiete im Rahmen von eingeschränkten Kriegszielen und zum anderen mit Blick auf die zum Einsatz kommenden militärischen Kapazitäten. So hat Indien bewusst 1999 auf eine Ausweitung des Krieges über die Grenzen von Kaschmir hinaus verzichtet sowie die Verwendung der umfangreich vorhandenen Reserveverbände vermieden (Ganguly 2008, S. 33f.). Ein weiteres Kennzeichen des Konfliktes zwischen beiden Ländern ist der von Pakistan angewandte Einsatz von nichtstaatlichen Gewaltakteuren, d.h. die gezielte Infiltration Indiens mit extremistisch-militanten und terroristischen Gruppierungen.

Nach dem 11. September 2001

Es steht für viele Beobachter außer Frage, dass Pakistan staatlich geförderter Terrorismus als einen strategischen Bestandteil seines Handlungsrepertoires in der Kaschmir- bzw. Indien-Politik bis in die jüngste Vergangenheit hinein sah. Im Oktober 2001 in und von Pakistan ausgebildete und finanzierte terroristische Gruppen (Laskar-e-Taiba³⁰ und Jaish-e-Mohammed) griffen den Landtag in Srinagar (Kaschmir) an, und im Dezember desselben Jahres attackierten sie das Parlament (Lok Sabha) in New Delhi. Dieser Terrorangriff brachte Indien und Pakistan an den Rand eines Krieges. Die Entwicklungen nach den Ereignissen vom 11. September 2001 veränderten die Situation hinsichtlich des von Pakistan geförderten grenzüberschreitenden Terrorismus erheblich. Zumindest in rhetorischer Hinsicht kündigte der damalige Staatschef General Pervez Musharraf diesbezüglich einschneidende Veränderungen an.³¹ Pakistans neues Engagement im Kampf gegen den Terror ist jedoch skeptisch zu betrachten. Zum einen sind die (in)formellen Netzwerke zwischen den pakistanischen Geheimdiensten, allen voran dem Inter-Services Intelligence (ISI)³², äußerst eng mit den radikalen und terroristischen Gruppen verbunden. Zum Zweiten ist nicht offensichtlich, inwieweit diese Gruppen noch immer als ein Instrument für interne wie externe Operationen betrachtet werden.³³ Darüber hinaus kann durchaus die Frage gestellt werden, inwieweit die pakistanische Regierung Kenntnis sowie Kontrolle über die Jihadi-Gruppen³⁴ und die Aktivitäten des ISI bzw. über die Interaktion zwischen beiden hat. Die Ereignisse um die Rote Moschee (Lal Masjid) in Islamabad im Jahr 2007³⁵ zeigt die Komplexität der gegenwärtigen

Situation: Zum einen, dass sich militante Gruppen zunehmend innenpolitischen Zielsetzungen zuwenden, um den pakistanischen Staat herauszufordern. Zum anderen zeigt sich die mangelnde Bereitschaft des Staates und seiner Institutionen, gegen die Extremisten vorzugehen. Die pakistanischen Sicherheitskräfte sehen bis heute ihren primären Auftrag in der Landesverteidigung gegen Indien und nicht im Kampf gegen die Terroristen bzw. gegen aufständische Militante im eigenen Land.³⁶ Trotz einiger positiver Signale, die in den letzten Jahren von Pakistans Regierung ausgingen, ist der grenzüberschreitende Terrorismus eine der größten Herausforderungen für Indiens Sicherheit und den Frieden zwischen beiden Ländern. Die nicht endenden Anschläge auf indische Städte, darunter New Delhi 2005, Varanasi 2006 und Mumbai 2006 sowie 2008, können als Indiz hierfür gewertet werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die im Januar 2009 gegründete National Commission for Counter Terrorism (NCCT)³⁷ den Einfluss der neuen zivilen Regierung Pakistans auf die Sicherheitskräfte erhöhen kann.

Bedeutung der nuklearen Aufrüstung

Die Bedeutung der nuklearen Aufrüstung beider Staaten sowie die Rolle der Kernwaffen im indisch-pakistanischen Konflikt sind äußerst umstritten (vgl. Kapur 2009). Inwieweit sie einen positiven Beitrag hinsichtlich der Deeskalation von Konflikten geleistet haben, lässt sich nur schwer nachweisen.³⁸ Es kann jedoch festgestellt werden, dass die neue amerikanisch-indische Nuklearzusammenarbeit für Unruhe und Frustration in Pakistan sorgt. Erstens fühlt sich Pakistan isoliert und zurückgesetzt, da die USA klar zum Ausdruck gebracht haben, dass von ihrer Seite kein Interesse an einer solchen (nuklearen) Kooperation mit Pakistan besteht. Zweitens bestehen die Befürchtungen, dass Indien die Zusammenarbeit mit den USA dazu nutzen wird, um sich vom Prinzip der minimalen Abschreckung zu lösen und die eigene nukleare Aufrüstung zu forcieren. Dies würde aus pakistanischer Sicht das Kräfteverhältnis in der Region empfindlich stören, da es mit Blick auf die möglicherweise wachsenden nuklearen Kapazitäten Indiens seine eigene Abschreckungsfähigkeit in diesem Bereich verliert.³⁹

Kooperation und Annäherung

Einer der wesentlichen und wichtigsten Schritte der Annäherung ist der Vertrag

über die Regelung der Wasserverteilung des Indus-Bassin (Indus Water Treaty) von 1960.⁴⁰ Allerdings führte dieser nicht zu einer tiefer gehenden Zusammenarbeit, weder in wirtschaftlichen noch in sicherheitspolitischen Belangen. Dies lag an den negativen Implikationen des Kaschmir-Konfliktes wie der Schließung der Grenzen sowie den gegensätzlichen Modellen der Organisation ihrer Volkswirtschaften.⁴¹ Erst mit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre und der so genannten „Delhi-Lahore-Bus-Friedens-Initiative“ im Februar 1999 wurde ein Korridor geschaffen, der konstruktive ökonomische- und sicherheitspolitische Gespräche zwischen beiden Ländern ermöglichen sollte. Diese fanden jedoch durch die Kämpfe in Kargil im selbigen Jahr abrupt ihr Ende und wurden erst einige Jahre später wieder aufgenommen.

Die Politik der „kleinen Schritte“

Der „institutionelle Rahmen“ hierfür bildete der Start des so genannten Verbunddialoges (India Pakistan Composite Dialogue) am 6. Januar 2004 (vgl. Huntington 2006), der aus heutiger Sicht die entscheidende Landmarke in der Annäherung zwischen Indien und Pakistan darstellt. Der Dialog sieht Gespräche und Kooperation in folgenden Feldern vor: Frieden und Sicherheit, einschließlich vertrauensbildender Maßnahmen in den Bereichen der nuklearen und konventionellen Rüstung, in territorialen Fragen bezüglich der Gebiete Jammu und Kaschmir, Siachen⁴², und Sir Creek (Rann of Kutch). Darüber hinaus wurden das Wullar Barrage/Tulbul Navigation Project, der Terrorismus und Drogenhandel, die Förderung der wirtschaftlichen Kooperation und des Außenhandels sowie die Unterstützung von freundschaftlichem Austausch in verschiedenen Feldern zu Gegenständen gemeinsamer Gespräche erklärt. Konkret wurden dabei Fragen der Demarkierung von Grenzgebieten und die Demilitarisierung umstrittener Gebiete besprochen sowie erste Maßnahmen zur Erweiterung von Transport-, Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten eingeleitet. Begleitet werden diese Maßnahmen durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten sowie die Forcierung wissenschaftlicher Zusammenarbeit. Dieses als Politik der „kleinen Schritte“ zu bezeichnende Vorgehen scheint sich zunehmend als erfolgreich zu erweisen.⁴³ Der Grund hierfür ist in erster Linie darin zu finden, dass die Lösung des Kaschmir-Konfliktes nicht mehr als essentielle Bedingung für weitere Gespräche und Kooperationen in anderen

Feldern gesehen wird. Für die heutige Tagespolitik lässt sich konstatieren, dass Kaschmir eine wichtige, aber nicht mehr die zentrale Rolle spielt und das bilaterale Verhältnis eine deutlich breitere Grundlage erhalten hat.

Die Rolle der USA

Es kann festgestellt werden⁴⁴, dass die USA (auch wenn sie wesentlich zur Militarisierung und zur Erhaltung von Militärdiktaturen in Pakistan beigetragen haben) keinen entscheidenden Faktor hinsichtlich der negativen Entwicklung in den indisch-pakistanischen Beziehungen darstellen. Im Gegenteil – auch wenn es sich schwer belegen lässt – muss hervorgehoben werden, dass die diplomatischen Interventionen der USA bereits bei mehreren Anlässen zur Verhinderung militärischer Eskalationen zwischen Indien und Pakistan beigetragen haben.⁴⁵ Dabei handelte es sich in der Regel um eine Doppelstrategie, die die Ausübung von Druck auf Pakistan bei gleichzeitiger Aufforderung an Indien, sich um Zurückhaltung zu bemühen, vorsah. Letzteres vor allem, um die militärischen Implikationen der indischen Strategie der coercive diplomacy⁴⁶ einzugrenzen. Allerdings muss hier angeführt werden, dass man den Einfluss der USA in Südasiens nicht überbewerten darf. So ist der amerikanische Einfluss auf indische Entscheidungsträger bis dato als äußerst gering einzustufen, was insbesondere auf die amerikanische Unterstützung Pakistans, Indiens Anbindung an die damalige Sowjetunion sowie die politischen und wirtschaftlichen Implikationen des Szenarios des Kalten Krieges zurückgeführt werden kann. Der frühe Beitritt Pakistans in die Verteidigungsbündnisse South East Asia Treaty Organization (SEATO) 1954 und 1956 in die Central Treaty Organisation (CENTO) verhinderte nicht nur eine Annäherung zwischen Indien und den USA, sondern führte auch zu dem Abschluss eines indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages im August 1971. Dieses verhärtete nicht nur die Fronten zwischen Indien und Pakistan, sondern förderte einen aus heutiger Sicht fast schon „traditionellen Anti-Amerikanismus“ in Indien. Ein Phänomen, das jedoch nur temporär in Erscheinung tritt (u. a. während den Golfkriegen von 1991 und 2003) und nicht pauschal allen oder bestimmten politischen Faktionen in Indien unterstellt werden kann. Hier bleibt abzuwarten, wie sich die 2006 erfolgte Annäherung zwischen Indien und den USA langfristig auswirken wird.⁴⁷ Es muss jedoch betont werden, dass Indien deutlich an Gewicht in der amerikanischen Südasienspolitik ge-

wonnen hat – zu Ungunsten Pakistans. Dieses wird u. a. darin deutlich, dass die USA in den diversen indisch-pakistanischen Konflikten zunehmend eine pro-indische Stellung bezog.

Pakistan in den internationalen Beziehungen

Die US-amerikanische Auf- und Abwertung Pakistans ist einer der wesentlichen Gründe für die sehr sprunghaften und emotional aufgeladenen Beziehungen zwischen Pakistan und den USA. Ein Verhältnis, das sich generell als außerordentlich schwierig beschreiben lässt und auf ein permanentes Misstrauen zwischen den Regierungen beider Länder zurückzuführen ist. So wird auf Seiten der USA regelmäßig die Loyalität Pakistans hinterfragt, während Pakistan sich von den USA und deren Verbündeten diskriminiert sieht. Dies zum einen hinsichtlich des mangelnden und angezweifelten Engagements Pakistans im Kampf gegen den Terror und zum anderen, dass Pakistan weitgehend von Afghanistan, einem der wichtigsten Pfeiler der pakistanischen Außenpolitik, isoliert wird. Letzteres spielt eine wichtige Rolle mit Blick auf die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie („Af-Pak“) der US-Administration unter Präsident Barack Obama, in die Indien bis zu einem gewissen Grad eingebunden wird. Dies führt zu der Wahrnehmung, dass Pakistan von der internationalen Gemeinschaft nicht als gleichwertig mit Indien betrachtet, gar benachteiligt wird.⁴⁸ Es werden alte Befürchtungen in Pakistan wach, Indien versuche via Afghanistan destabilisierenden Einfluss auf die nordwestlich gelegenen Stammesgebiete (Federally Administered Tribal Areas/FATA) und Belutschistan auszuüben und so die territoriale Integrität des Landes zu gefährden.⁴⁹ Darüber hinaus entziehen sich die pakistanischen Entscheidungsträger zunehmend dem internationalen Einfluss. Ein Verhalten, welches sich als eine Kombination aus „Trotzhaltung und Wagenburgmentalität“ beschreiben lässt.⁵⁰ Dadurch verliert die USA zumindest kurzfristig mehrere Optionen: einerseits reduziert es die Möglichkeit, auf die Entwicklung der pakistanischen Haltung gegenüber Indien einzuwirken; andererseits wird Pakistan nicht mehr in dem Umfang bereit sein, sich zu Ungunsten dessen zu engagieren, was in der Vergangenheit als für den nationalen Nutzen dienlich erschien, nur um den Interessen der USA zu dienen.⁵¹ Dieses erfährt eine besondere Brisanz mit Blick auf die desaströsen Auswirkungen der seit über fünf Jahren anhaltenden Kämpfe in den Stammesgebieten und den damit ver-

bundenen umfangreichen Verlusten der pakistanischen Streitkräfte an Menschen, Moral und Ausrüstung, dem Mangel an Erfolg sowie der rapiden Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in den umkämpften Gebieten.

Die Rolle Chinas

Keine Bewertung der indisch-pakistanischen Beziehungen wäre vollständig, wenn nicht der „China-Faktor“ berücksichtigt werden würde. Pakistan versuchte, aus der zunehmenden Spannung bzw. Feindschaft zwischen Indien und China im Laufe der letzten fünf Dekaden immer wieder politisches Kapital zu schlagen.⁵² Durch eine fragwürdige Gebietsabtretung an China⁵³, dem Erwerb von Waffen, Nukleartechnologie- und Trägersystemen versuchte Pakistan seine Position gegenüber Indien aufzuwerten und einen Verbündeten für mögliche Waffengänge zu gewinnen. Es gelang Pakistan aber weder 1965 noch 1971, China zu unmittelbaren militärischen Operationen gegen Indien zu bewegen, noch Unterstützung in der Kaschmir-Frage einzuholen. China selbst ist mit terroristischen bzw. separatistischen Gruppen im eigenen Land konfrontiert und daher an einem politisch stabilen Kaschmir interessiert. Es steht zurzeit außer Frage, dass China dieses eher durch eine indische, als durch eine pakistanische Verwaltung gewährleistet sieht. Des Weiteren erfolgte in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Annäherung zwischen China und Indien – ein Prozess, der von keiner der beiden Seiten abgebrochen werden will. Die Entführung und Tötung von Chinesen in Pakistan im Sommer 2007 hat sichtlich zu einer Abkühlung im chinesisches-pakistanischen Verhältnis geführt und fördert die politische Entfremdung zwischen beiden Ländern.⁵⁴ Will Pakistan weiterhin auf internationaler Ebene als signifikanter Akteur wahrgenommen werden, muss es diesbezüglich die neue machtpolitische Triangel China, Indien und die USA im „südlichen Asien“⁵⁵ akzeptieren und entsprechend seine eigene Position demgegenüber positiv definieren.

Bedingungen für einen gelingenden Dialog

Eines der wesentlichen Probleme im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan ist

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ein schwarz gekleideter pakistanischer und ein indischer Grenzschützer bei einer Zeremonie in der Nähe von Lahore am 18. Juli 2009. Obwohl sich die Beziehungen zwischen Pakistan und Indien bessern, kann von einem Durchbruch noch nicht gesprochen werden.

picture alliance/dpa

das Vorhandensein von Misstrauen und Vorurteilen.⁵⁶ Generell kann hierzu festgestellt werden, dass die sich zunehmend verbreitende Einsicht, dass der Kaschmir-Konflikt nicht mehr als unlösbar einzustufen ist, eine entscheidende Voraussetzung für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern ist. Um jenes jedoch im politischen Entscheidungsprozess (insbesondere hinsichtlich ökonomischer und sicherheitspolitischer Kooperation) beider Staaten fruchtbar zu machen, müssen weitere Faktoren hinzutreten. Zum einen gilt es, die unbedachte, kriegstreibende Rhetorik der letzten Jahrzehnte auf pakistanischer und auf indischer Seite zu unterbinden, zum anderen müssen verstärkt vertrauensbildende Maß-

nahmen und Kommunikationsmöglichkeiten implementiert werden.⁵⁷ In all diesen Bereichen wurden in jüngster Vergangenheit einige Fortschritte erzielt. Des Weiteren gelang es den Terroristen von Mumbai nicht, einen Abbruch des Composite Dialogue zu bewirken.⁵⁸

Implikationen für Indien

Indiens politische Führung realisiert, dass die Überlegenheit hinsichtlich der konventionellen militärischen Kapazitäten durch Pakistans nukleare Aufrüstung vorerst nivelliert wurde. Jegliche Herausforderung an Pakistans territoriale Integrität und an die politischen Füh-

rung durch einen umfassenden konventionellen Angriff stellt eine Gefahr in Form einer nuklearen Reaktion dar (vgl. Ganguly/Wagner 2004). Dass dieses von Indien ernsthaft in Erwägung gezogen werden muss, lässt sich an Pakistans Weigerung erkennen, den Vertrag des Verzichts auf eine Erstverwendung von Nuklearwaffen (First Use of Nuclear Weapons) zu unterzeichnen. Aber auch hier zeichnet sich ab, dass Pakistan zu vertrauensbildenden Zugeständnissen bereit ist. So wird Indien nicht mehr von führenden pakistanischen Politikern wie dem Präsident Zardari „als eine Bedrohung“ bezeichnet und die Androhung eines nuklearen Erstschlages nicht mehr als ein Instrument der Außenpolitik ernsthaft in Betracht gezogen.

Damit diese positiven Signale in eine erfolgreiche und friedliche Zusammenarbeit münden, wird Indien gezwungen sein, eine nachhaltige, konstante und kontinuierliche Außenpolitik zu entwickeln. Ein Konzept, welches von Pakistan als transparent und verlässlich wahrgenommen werden kann. Die ersten Dekaden indischer Außenpolitik waren gekennzeichnet durch eine idealistische Herangehensweise, die auf den Prinzipien einer friedlichen Koexistenz (Panch Shila) und der Blockfreiheit (Non-Alignment) aufbaute. Durch die inkonsistente und opportunistische Auslegung dieser Doktrin machte sich Indien selbst nicht nur ungläubwürdig, sondern auch unfähig, den realpolitischen Herausforderungen auf internationaler Ebene adäquat entgegenzutreten (vgl. Mattoo 2001a, S. 94). Das dominante Auftreten gegenüber kleineren Nachbarn in Südasien ließ das Land als ein „regional bully“ erscheinen, unfähig zur regionalen Kooperation und Integration. In diesem Zusammenhang sollte Erwähnung finden, dass die staatliche Unterstützung von Terrorismus in Südasien kein pakistanisches Monopol ist. Auch Indien bediente sich dieses Instrumentes in der Innen- wie Außenpolitik.⁵⁹ Es wurde eine politische Kultur gepflegt, die in Pakistan die schlimmsten Befürchtungen über Indiens Absichten gegenüber seinem westlichen Nachbarn bestärkte. Für Indien steht mehr auf dem Spiel als „nur“ das Verhältnis zu einem seiner Nachbarn. Die indisch-pakistanischen Beziehungen können als ein signifikanter Indikator dafür gesehen werden, inwieweit Indien seiner neuen Rolle als „verantwortungsvolle Großmacht“ gerecht wird. Verliert es dieses Image, hat das nicht nur Konsequenzen für die Stabilität und Prosperität Südasiens, sondern auch für Indiens wirtschaftliche und sicherheitspolitische Ambitionen in Südost- und Ostasien. Indien würde erneut als ein unsicherer Kandidat für eine weitgehende Integration in Asien und im asiatisch-europäischen und asiatisch-pazifischen Kontext gelten. Die Bemühungen in den letzten beiden Dekaden indischer Außenpolitik (wie z. B. die Look East Policy) wären damit nivelliert – Indiens Wandlung vom desillusionierten Idealisten zum gescheiterten Realisten.

Implikationen für Pakistan

Pakistan realisiert zunehmend, dass der von ihm unterstützte Terrorismus nur schwer oder gar nicht mehr zu kontrollieren ist. Darüber hinaus richtet sich der Terrorismus zunehmend gegen das Land selbst.⁶⁰ Islamabad scheint erkannt zu haben, dass der Terrorismus und die wachsende Militanz extremistischer

Gruppen eine der größten Gefahren für die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung – insbesondere für ausländische Investitionen – ist. Des Weiteren müssen sich die zivilen wie militärischen Eliten eingestehen, dass das „Instrument Terrorismus“ weder in der Kaschmir-Frage, noch hinsichtlich des Wunsches der Einflussnahme in Afghanistan auch nur ansatzweise erfolgversprechende Resultate geliefert hat. Trotz dieser Erkenntnis hat die pakistanische Regierung erkennbare Probleme, eine kohärente Strategie gegen den Terrorismus nicht nur zu entwickeln, sondern auch zu implementieren. Es scheint, dass hier zunehmend die Grenzen zwischen dem Kampf gegen terroristische Gruppen – wie Al-Qaida und die Taliban – mit dem gegen aufständische Milizen in den nordwestlich gelegenen Stammesgebieten (FATA) oder Belutschistan (bewusst) verwischt werden. Es ist offensichtlich, dass Pakistan in seinem Anti-Terror-Kampf außerordentliche Differenzierungen vornimmt und nur gegen gewisse militante Gruppen vorgeht. Nämlich gegen Akteure, die in erster Linie die innere Stabilität und Integrität Pakistans herausfordern.⁶¹ So ist es nicht verwunderlich, wenn es für politische Beobachter immer noch unklar ist, inwieweit Pakistan bereit ist, sich kompromisslos von militanten und terroristischen Gruppierungen zu distanzieren.⁶² Darüber hinaus vermittelt die gegenwärtige Situation den Eindruck, dass einflussreiche Kreise in Militär und im Geheimdienst ISI immer noch Indien als Hauptfeind sehen und nicht Al-Qaida oder die Taliban. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, inwieweit Pakistan in der Lage sein wird, seine außenpolitischen Zielsetzungen hinsichtlich Afghanistans von denen mit Indien abzukoppeln. Hier ist in erster Linie auf das in den 1990er Jahren entwickelte Konzept der „strategischen Tiefe“ zu verweisen. Der Kern besteht in der Ausweitung des pakistanischen Einflusses auf Afghanistan, welches zwei primären Zielsetzungen dienen soll.

■ Erstens: die Ansprüche paschtunisch-afghanischer Gruppen auf paschtunische Stammesgebiete in Pakistan zu unterbinden, d. h. die afghanische Regierung zur Anerkennung der „Durand-Line“⁶³ zu bewegen und damit offene Grenzkonflikte beizulegen sowie die Gründung eines neuen, grenzübergreifenden Staates Paschtunistan zu verhindern.

■ Zweitens: die traditionell guten Beziehungen Indiens zu Afghanistan zu „kappen“, um einer „Einkreisung Indiens“⁶⁴ zu entgehen und dadurch ein stärkeres Gewicht gegenüber Indien zu erhalten, insbesondere im Falle einer weiteren militärischen Auseinandersetzung.

Pakistan muss sichtlich bereit sein, seine Afghanistan-Politik einer einschneidenden Revision zu unterziehen und das Land nicht mehr als strategisches Instrument im Versuch des Counterbalancing gegenüber Indien zu interpretieren. Dieses würde mit Blick auf den Kampf gegen den Terror einen erweiterten Handlungsspielraum einräumen und damit Pakistans Außenpolitik glaubhafter und vertrauensvoller erscheinen lassen. Hier lässt sich feststellen, dass das „robuste Engagement“ der USA⁶⁵ sowie Pakistans Beteiligung im „Global War on Terror“, wesentlich dazu beigetragen haben, die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan zu verbessern.

Von einem Durchbruch kann nicht gesprochen werden

Abschließend lässt sich feststellen, dass es spürbare Fortschritte im indisch-pakistanischen Verhältnis gibt, aber noch lange nicht von einem Durchbruch gesprochen werden kann. Nicht belegte Hinweise auf die fortwährende Unterstützung terroristischer Aktivitäten durch pakistanische Militärs und Geheimdienste sowie Vorwürfe gegenüber Indien, es unterstütze separatistische und militante Elemente in Belutschistan, belasten die Beziehungen. Indien und Pakistan haben trotzdem eine historische Annäherung erreicht, auch wenn eine baldige Beendigung ihrer Rivalität nicht unmittelbar absehbar erscheint. Beide Länder haben zu einer neuen Dynamik und Flexibilität gefunden. Zum einen betrachtet Indien Kaschmir nicht mehr als ein explizit inneres, sondern auch als ein zwischenstaatliches Problem mit Pakistan. Zum anderen verzichtet Pakistan darauf, das Kaschmir-Problem auf multinationaler Ebene (u. a. bei der UN), sondern nunmehr im Rahmen von bilateralen Verhandlungen mit Indien zu lösen. Ein Umstand, der als essentiell für weitere Verhandlungen zu betrachten ist. Entscheidend dabei ist, dass es Anzeichen gibt, dass einige moderate Kräfte in Pakistan damit beginnen, von der Forderung nach einem Referendum in Kaschmir über dessen Zugehörigkeit abzurücken, und Indien alles außer einer Sezession akzeptieren kann.⁶⁶ Eine Tendenz, die insbesondere von radikalen, nationalistischen und islamistischen Kräften zu unterbinden versucht wird. In diesem Zusammenhang muss unterstrichen werden, dass Pakistans neue, wenn auch „unrühmliche“ Geltung als Zentrum des weltwei-

ten Terrorismus neben all den negativen Konnotationen auch einen positiven Einfluss auf die indisch-pakistanischen Beziehungen ausübt. Die US-Administration kann hier, in Kooperation mit der EU sowie weiteren Partnern der internationalen Gemeinschaft, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer moderaten und aktiven Zivilgesellschaft leisten, die in der Lage sein wird, innenpolitische Widerstände seitens radikaler, orthodoxer Veto-Akteure gegen eine Annäherung an Indien zu überwinden.⁶⁷ Darüber hinaus müssen institutionelle Strukturen geschaffen werden, die die zivilen Regierungen mit ausreichenden Kapazitäten und Kompetenzen ausstatten; nicht nur in den Bereichen der politischen Entscheidungsfindung und deren Implementierung, sondern auch hinsichtlich der Kontrolle. Letzteres gilt im außerordentlichen Maße gegenüber dem Militär und den Geheimdiensten.

Demokratisierung Pakistans

Richtungsweisende Impulse hierzu wurden bereits in Form der Bildung der Staatengruppe „Freunde des demokratischen Pakistans“ (Friends of Democratic Pakistan) im September 2008 gegeben, welche die internationale Unterstützung in den Sektoren Sicherheit, Entwicklung, Energie und Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen effizienter koordinieren soll. Entscheidend ist hierbei, inwieweit die zugewiesenen Gelder für den Aufbau demokratischer Strukturen sowie für die sozio-ökonomische Entwicklung der Bevölkerung Verwendung finden. Dies bedeutet, dass ein substantieller Teil der Unterstützung im zivilen Bereich investiert wird. Des Weiteren muss dafür Sorge getragen werden, dass die Gelder nicht in den traditionellen Netzwerken von Patronage und Korruption versickern.⁶⁸ Maßgeblich in diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis, dass langfristige Stabilität in Pakistan nur durch eine Konsolidierung der Demokratie sowie durch den Aufbau von sozialem Kapital durch die Stärkung der zivilen Kräfte zu erreichen ist. Die Unterstützung der USA für die unterschiedlichen pakistanischen Militärregime (Rudolf/Wagner/Fröhlich 2008, S. 12–14) hat sich bis dato zu Ungunsten demokratischer Transformationsprozesse ausgewirkt und zu „Phasen der Destabilisierung Pakistans“ geführt.

Neue Determinanten für eine pakistanische Indienpolitik

Mit Blick auf Indiens zunehmende wirtschaftliche Macht und Indiens neuem

internationalen Gewicht muss Pakistan die gegenwärtigen und zukünftigen machtpolitischen Strukturen realisieren. Es sollte sich daher primär auf die Stabilisierung und Konsolidierung seiner „Demokratie“ und deren systemischen Strukturen konzentrieren. Die Suprematie der Außenpolitik mit dem Dreh- und Angelpunkt „Indien als Erzfeind“ erwies sich bis heute als bemerkenswert schädlich, nicht nur für die politische, sondern auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die zunehmende Erfahrung von gemeinsamen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen – sowie der eigene völlig desolate Zustand Pakistans⁶⁹ in diesen Bereichen – zwingt das Land zu einer Überarbeitung seiner Haltung gegenüber Indien. Eine Revision der pakistanischen Indienpolitik muss gewiss einige Determinanten berücksichtigen:

- Erstens: Afghanistan und Kaschmir sind als strukturgebende Elemente auszuschießen.
- Zweitens: Die Realisierung, dass Indien kein Interesse daran hat, Pakistan zu destabilisieren.⁷⁰ Im Gegenteil: Indien ist hinsichtlich der Energiesicherung aus dem Mittleren Osten und Zentralasien und der Bekämpfung des Terrorismus an einem stabilen Pakistan interessiert.
- Drittens: Indien wird eine essentielle Rolle in der zukünftigen Entwicklung Pakistans einnehmen, nicht nur hinsichtlich der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Performanz. Aufgrund des feindseligen Verhältnisses mit Indien hat Pakistan in der Vergangenheit eine Reihe ökonomischer Möglichkeiten verloren.
- Viertens: Eine Annäherung an Indien würde insbesondere die moderaten Kräfte in Gesellschaft, Politik und Militär sowie die Position der zivilen Sphäre gegenüber der militärischen stärken. Pakistan sollte daher Indien nicht als Feind, sondern als einen wichtigen Nachbarn und Partner sehen.

So lässt sich ein beginnender Wandel in der Bedrohungsperzeption der pakistanischen Eliten dahingehend feststellen, dass die wesentliche Gefahr für Pakistan nicht von Indien ausgeht, sondern vom militanten Extremismus, der weitverbreitenden Armut und dem niedrigen sozialen Entwicklungsstand der Gesellschaft. Dies fand seinen expliziten Ausdruck in der gemeinsamen Stellungnahme der beiden Premierminister Syed Yousuf Gilani und Dr. Manmohan Singh in Sharm El-Sheikh am 19. Juli 2009, in der beide dieses als ihre gemeinsamen Herausforderungen sehen.⁷¹ Die jedoch signifikanteste Aussage dieses Dokumentes, welche es zu einem Meilenstein in der Annäherung beider Länder macht, ist die Tatsache, das Kaschmir nicht er-

wähnt wird. Zudem wird die Fortführung der Gespräche zwischen beiden Ländern von der Terrorismus-Problematik abgekoppelt, deren Lösung als *sine qua non* für weitere Gespräche galt. Damit soll in Zukunft nicht-staatlichen, militanten Veto-Akteuren signalisiert werden, dass durch terroristische Aktivitäten die Annäherung zwischen beiden Staaten nicht mehr unterbunden werden kann. Und schließlich wurde Belutschistan zu einem Gesprächsthema zwischen beiden Ländern erhoben. Dies kann indirekt als ein indisches Eingeständnis für die Existenz einer möglichen innenpolitischen Einflussnahme in Pakistan interpretiert werden. Die letzten beiden Punkte, auch wenn sie zu außerordentlicher parteiübergreifender Kritik in Indien geführt haben, müssen als der ernsthafteste und glaubwürdigste Ausdruck des politischen Willens seitens Indiens zum friedlichen Zusammenleben gewertet werden. Die positive Resonanz in den pakistanischen Medien ist ein Indiz dafür, dass eine Stärkung der moderaten Kräfte zu erhoffen bzw. zu erwarten ist, und die Weichen für einen andauernden, unumkehrbaren Friedensprozess gestellt worden sind.

LITERATUR

- Betz, Joachim (2007): Hintergründe des anhaltenden indisch-pakistanischen Dialogs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39/2007, S. 39–46.
- Bose, Sumantra R. (2003): *Kashmir: Roots of Conflict, Paths to Peace*. Cambridge, Mass.
- Bose, Sumantra R. (1992): *The Pakistan Economy since Independence (1947–1950)*. Cambridge.
- Choudhury, Golam W. (1968): *Pakistan's Relations with India, 1947–1966*. London.
- Ganguly, Sumit (2008): Der indisch-pakistanische Konflikt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22/2008, S. 32–38.
- Ganguly, Sumit. (2002): *Conflict Unending. India-Pakistan Tensions Since 1947*. New Delhi.
- Ganguly, Sumit (1986): *The Origins of War in South Asia. Indo-Pakistani Conflicts Since 1947*. Boulder.
- Ganguly, Sumit/Kraig, Michael (2005): The 2001–2002 Indo-Pakistan Crisis. Exposing the Limits of Coercive Diplomacy. In: *Security Studies*, 14/2, S. 290–324.
- Ganguly, Sumit/Wagner, Harrison (2004): India and Pakistan: Bargaining in the Shadow of Nuclear War. In: *Journal of Strategic Studies*, 27/3, S. 479–507.
- Gaier, Malte/Mattes, Hanspeter (2008): *Pakistans innenpolitische Krise: Militärherrschaft und ihre Gegenkräfte*. Hamburg.
- Grare, Frederic (2006): *Pakistan: The Resurgence of Baluch Nationalism*. Washington, DC.
- Huntington, William (2006): *Indo-Pakistani Talks Advance*. In: *Arms Control Today*, 36/5.
- Kapur, Paul (2008): Ten Years of Instability in a Nuclear South Asia. In: *International Security*, 33/2, S. 71–94.
- Khalatbari, Babak (2008): Wende in Pakistan? Ereignisse im Vorwahljahr, Wahlvorbereitung, Wahlergebnisse, Ausblick. In: *KAS-AI*, 2/2008, S. 84–96.

Khan, Tanvir A. (2008): Sixty Years of India-Pakistan relations. In: Ruck, Christian/Rill, Bernd (Hrsg.): Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick. München, S. 37–49.

Khan, Ayub (1968): Erinnerungen und Bekenntnisse: Friends not masters. Eine politische Autobiographie. Tübingen.

Kulke, Hermann/ Rothermund, Dietmar (1982): Geschichte Indiens. München.

Maab, Citha D. (2001): Pakistan: Wege aus der Dauerkrise. SWP-Studie, 34/10.

Manjunath, K.S./Sridhar, Seema/Anand, Beryl (2006): Indo-Pak Composite Dialogue 2004–05. A Profile. IPCS Special Report 12.

Mattoo, Amitabh (2001a): ASEAN in India's Foreign Policy. In: Grare, Frederic/Ders. (Hrsg.): India and ASEAN. The Politics of India's Look East Policy. New Delhi.

Mattoo, Amitabh (2001b): Next Steps in Kashmir. In: Sawhny, Karan (Hrsg.): Kashmir. How Far Can Vajpayee and Musharraf Go? New Delhi, S. 27–44.

Mitra, Subrata K. (2001): War and Peace in South Asia: a Revisionist View of India-Pakistan Relations. In: Contemporary South Asia, 10/3, S. 361–379.

Palit, Dharitri .K. (1991): War in High Himalaya, The Indian Army in Crisis, 1962. London.

Pochhammer, Wilhelm von (1973): Indiens Weg zur Nation. Bremen.

Rudolf, Peter/Wagner, Christian/Fröhlich, Christian (2008): Die USA und Pakistan. Probleme einer Partnerschaft. SWP-Studie, 15/6.

Schofield, Victoria (2003): Kashmir in Conflict. India, Pakistan and the Unending War. New York.

Sisson, Richard/Rose, Leo (1990): War and Secession. Pakistan, India and the Creation of Bangladesh. Berkeley.

Swami, Praveen (2007): India, Pakistan and the Secret Jihad. The covert war in Kashmir, 1947–2007. London.

Varshney, Ashutosh (1991): India, Pakistan, and Kashmir: Antinomies of Nationalism. In: Asian Survey, 31/11, S. 997–1019.

Verma, Virendia S. (2007): The Karakoram Highway. In: Singh, Swaran (Hrsg.): China-Pakistan Strategic Cooperation Indian Perspectives. New Delhi.

Wagner, Christian (2009): Großbaustelle Pakistan. Die Schlüsselrolle des Militärs für die regionale Stabilität. SWP-Aktuell 22/4.

Wagner, Christian (2006a): Das politische System Indiens. Eine Einführung. Wiesbaden.

Wagner, Christian (2006b): Indien als strategischer Partner der USA. SWP-Aktuell 13/3.

Wagner, Christian (2004): Jenseits von Kaschmir. Chancen einer Annäherung zwischen Indien und Pakistan. SWP-Aktuell 46/10.

Wallace, Paul (1995): Political Violence and Terrorism in India. The Crisis of Identity. In: Crenshaw, Martha (Hrsg.): Terrorism in Context. Pennsylvania, S. 352–409.

Wirsing, Robert G. (2003): Kashmir in the Shadow of the War. Regional Rivalries in a Nuclear Age. Armonk.

Wolf, Siegfried O./Schöttli, Jivanta (2009) (Hrsg.): State and Foreign Policy in South Asia. New Delhi.

Wolf, Siegfried O. u. a. (2006): Political and Economic Dictionary of South Asia. London.

Zeb, Rizwan (2006): David versus Goliath. Pakistan's Nuclear Doctrine: Motivations, Principles and Future. In: Defence and Security Analysis, 22/4, S. 387–408.

ANMERKUNGEN

1 Der Autor möchte bereits hier betonen, dass er das primordiale Argument des religiösen Gegensatzes als einen wichtigen Faktor für die komplexen, schwierigen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sieht, aber nicht als den einzigen und/oder kausalen.

2 Die entsprechenden Regelungen waren die Resolution on Local Self-Government von 1882 und Indian Councils Act von 1892.

3 Untrennbar damit verbunden existiert die Befürchtung, dass die Hindus über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung eine Demokratie, basierend auf dem Mehrheitswahlrecht, ohne expliziten Minderheitenschutz im Sinne einer Kompensation für die Einfälle muslimischer Invasionen und Jahrhunderte islamischer (Mogul-)Herrschaft auf dem indischen Subkontinent nutzen werden. Demokratie in Indien würde für die Muslime stets eine Hindu-Herrschaft (Hindu Raj) bedeuten. Eine Argumentation, die in letzter Konsequenz auf der Überzeugung basiert, dass der Hindu-Muslim-Gegensatz nicht erst durch die Britische „Divide and Rule“-Politik an Bedeutung gewann, sondern bereits viel früher die soziale und politische Interaktion zwischen beiden Religionsgemeinschaften bestimmte.

4 Quad-i-Azam, auch „the Great Leader“; Bezeichnung für M. A. Jinnah in Pakistan, der dort als Vater der Nation verehrt wird.

5 Wie u. a. den Tag der „direkten Aktion“ in Kolkatta (Calcutta) am 16. August 1946, die das Ausmaß der bisher bekannten kommunalen Unruhen, d. h. den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen in dramatischer Weise übertraf. Schätzungen hinsichtlich der Opfer variieren erheblich von 4.000 bis 10.000 Toten und 15.000 bis 100.000 Verletzten.

6 Vereinbarung zwischen der Muslim League und dem INC über die Einrichtung von separaten Wählerschaften und reservierten Sitzen für die Muslime in Provinzen, in denen sie in der Minderheit sind; selbiges wurde für die Hindus vereinbart.

7 Hinsichtlich der „Schuldfrage“ im Kontext der Teilung Britisch Indiens divergieren die Einschätzungen erheblich. Während Rothermund/Kulke (1982, S. 375–389) Jinnah verantwortlich sieht, wird u. a. von pakistanischen Autoren wie u. a. Choudhury (1968, S. 5) die Schuld dem INC zugewiesen. Siehe ergänzend Pochhammer (1973, S. 714f.)

8 Der Government of India Act kann als Fortführung von einer Reihe britischer Reformbemühungen gesehen werden, wie die Indian Council Acts von 1861 und 1892, die Morley-Minto-Reformen von 1909 sowie den Government of India Act von 1919. Alle diese Reformbemühungen hatten zum Ziel, repräsentative Institutionen im Sinne einer „Dyarchy“ (Doppelherrschaft) zu etablieren und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Hindus und Muslimen im Speziellen sowie zwischen Indern und Briten im Allgemeinen zu etablieren (Wagner 2006, S. 22f.).

9 Einer der signifikantesten Gründe für die Spannungen zwischen dem INC und der Muslim League liegt darin begründet, wer sich als legitime Vertretung der Muslime in dem damaligen ungeteilten Indien betrachten darf. Während die Muslim League das einzige Recht für sich in Anspruch nahm, für die Muslime zu sprechen, verwies der INC darauf, dass er sich als Vertretung aller Gemeinschaften in Indien sieht, die Muslime einbezogen. Damit entzog der INC der Muslim League die Existenzberechtigung und machte sie für die Verschärfung von religiösen Konflikten verantwortlich. Die Muslim League hingegen bezichtigte die INC-Führung, lediglich die Interessen der Hindus zu vertreten.

10 Eine Vision, die zum ersten Mal von dem muslimischen Dichter Allama Sir Muhammad Iqbal im Jahre 1930 formuliert wurde. An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass sich einige Vertreter der

INDIEN UND PAKISTAN – VERFEINDETE BRÜDER?

muslimischen Geistlichkeit nicht unbedingt dieser Forderung nach einem islamischen Staat angeschlossen.

11 Oder „Vivisection of the Motherland“, ein Terminus der insbesondere von hindu-nationalistischen Kreisen verwendet wird, deren wesentliches Ziel des Unabhängigkeitskampfes die Etablierung eines ungeteilten, postkolonialen Indiens war.

12 Pakistan war eine geographisch „geteilte Nation“, dessen West- und Ostflügel durch ein indisches Territorium getrennt waren.

13 Die Teilung wurde von Genoziden und einer der größten Bevölkerungsbewegungen begleitet, in denen ca. 15 bis 16 Millionen Menschen zwischen Indien und Pakistan in den nun für sie „neuen Staat“ wechselten. Schätzungen bezüglich der dabei zu Tode gekommenen Menschen variieren bemerkenswert zwischen 250.000 und zwei Millionen. Diesbezüglich wird von pakistanischer Seite der Vorwurf erhoben, dass es sich bei den Genoziden auf der indischen Seite (insbesondere im östlichen Punjab) um eine monatelang vorbereitete Verschwörung handelte, um gezielt die muslimische Bevölkerung zu eliminieren. Die Massenmorde in Pakistan an Sikhs und Hindus seien dem hingegen lediglich vereinzelte, sporadische und nicht geplante Reaktionen gewesen. Eine Theorie die entsprechend von indischer Seite demontiert wird (Vgl. Choudhury 1968, S. 40ff.).

14 So wurde laut pakistanischer Aussage nur ein Bruchteil der von Indien auszuliefernden militärischen Güter übergeben (4.703 von 160.000 Tonnen, kein einziger der 150 Sherman Panzer u. a.), und diese waren i. d. R. veraltet oder unbrauchbar gemacht (Vgl. Choudhury 1968, S. 61; Khan 1968, S. 46f.).

15 An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass es sich bei Kaschmir um einen ethnisch-religiösen, heterogenen „Kunststaat“ handelt, der in seiner jetzigen Form von den Briten geschaffen wurde. Er umfasst nicht nur die Muslime im Kaschmir-Tal, sondern auch eine starke Hindu-Minderheit in Jammu sowie eine buddhistische Minderheit im Landesteil Ladakh u. a.

16 Zusammenfassend Varshney (2001, S. 999ff.); im Detail Bose (2003).

17 Ein dritter Fürstenstaat, der für die Unabhängigkeit votierte, war Junagarh (750.000 Einwohner, 10.360 km²). Alle diese drei Staaten hatten ein religiöses Paradoxon zwischen Herrscher und Beherrschten. So wurde in Hyderabad und Junagarh eine hinduistische Mehrheit von einem muslimischen Regenten beherrscht, während in Kaschmir ein hinduistischer Fürst über eine muslimische Mehrheit regierte.

18 Nehrus Angebot ein Referendum abzuhalten, in dem auch die Bevölkerung von Kaschmir die Möglichkeit erhalten sollte, über ihre staatliche Zukunft zu entscheiden, wurde bis heute von allen indischen Regierungen ausgesetzt.

19 Der Terminus Azad Kashmir (Befreites/Freies Kaschmir) wird i. d. R. nur von der pakistanischen Seite verwendet in Abgrenzung zu dem Begriff „Occupied Kashmir“, welches den indisch verwalteten (besetzten) Teil beschreibt.

20 Zumindest bringt Indiens Vorgehensweise zum Ausdruck, dass man sich mit dem Status Quo zu arrangieren beginnt; Verhandlungen mit Pakistan über Handels-, Reise-, und Transfermöglichkeiten über die Line of Control lassen darauf schließen. Diese Linie wurde lediglich 1973 leicht verändert.

21 Pakistanische Einschätzungen gingen davon aus, dass dieses die letzte Möglichkeit („Jetzt oder niemals“) sei, den Konflikt um Kaschmir militärisch zu lösen. Nach der verheerenden Niederlage Indiens gegen China im Grenzkrieg von

1962 galt Indien zum einen als militärisch geschwächt (Vgl. Palit 1991; Ganguly 1986, S. 31), zum anderen war Pakistan besorgt bezüglich der massiven Aufrüstungsbemühungen seines Nachbarn. Darüber hinaus verstarb der indische Premierminister Nehru im Jahre 1964 und sein Nachfolger Shastri galt außenpolitisch als unerfahren. Siehe ergänzend (Mittra 2001, S. 373).

22 Die Kämpfe um den Rann of Kutch wurden durch britische Vermittlungsbemühungen und der Einsetzung einer internationalen Kommission zur Lösung der Streitfragen um die Festlegung der Grenze im Mai 1965 beigelegt.

23 Dabei handelte es sich um leicht bewaffnete, paramilitärische Einheiten.

24 Insgesamt erlebte Pakistan vier Militärregierungen: General Ayub Khan 1958 bis 1969, General Yahya 1969 bis 1971, General Zia-ul-Haq 1977 bis 1988, und General Pervez Musharraf 1999-2008 (seit 28.11.2007 nicht mehr als Oberbefehlshaber der pakistanischen Streitkräfte).

25 Hier muss jedoch angefügt werden, dass insbesondere der Versuch Westpakistans, die Osthälfte im Sinne einer Kolonie zu führen und die damit verbundenen weitgehenden politischen, sozialen und ökonomischen Benachteiligungen zum Auseinanderbrechen der beiden Landesteile führte (Vgl. Khan 2008).

26 Siehe im Detail Sisson/Rose 1990.

27 Das militärische Ziel dieser Unternehmung war die Besetzung von im Hochgebirge gelegenen Stellungen, die im Winter von den Streitkräften beider Länder verlassen wurden. Pakistan kam dabei der indischen Seite zuvor und besetzte bereits in den Wintermonaten Stellungen im indischen Teil Kaschmirs, um von dort aus weitere gezielte Operationen zu unternehmen.

28 So unterstützte Pakistan aufständische Sikhs im Punjab, die eine Sezession und die Gründung eines eigenen Sikh-Staates, Khalistan, gewaltsam durchsetzen wollten. Des Weiteren stand Pakistan im Verdacht, aktiv eine Revolte im indisch verwalteten Teil von Kaschmir entfacht zu haben. Siehe hinsichtlich der pakistanischen Engagements in Kaschmir Schofield (2003) und Swami (2007), bezüglich der Sikhs Wallace (1995).

29 Als Reaktion auf terroristische Anschläge mobilisierte und konzentrierte Indien seine Truppen an der Grenze zu Pakistan im Rahmen der Operation Parakram über einen Zeitraum von 10 Monaten.

30 LeT, wörtlich: „Armee der Reinen“. Diese Gruppe wurde vom ISI in den 1990er aufgebaut, um pro-pakistanische Gruppen im indisch verwalteten Teil Kaschmirs zu unterstützen. Ihr Ziel ist die Destabilisierung der Region durch die direkte Bekämpfung der indischen Sicherheitskräfte sowie die Förderung von militanten Erhebungen unter der kaschmirischen Bevölkerung. Opfer ihrer Angriffe sind dabei nicht nur Soldaten, sondern zunehmend auch moderate, pro-indische Gruppen und Politiker in der Region. Durch ihre anti-westliche Einstellung und dem Wunsch nach der Zerschlagung des hinduistischen Indiens sowie einer grenzüberschreitender Islamisierung ist heute nicht nur ganz Südasien, sondern auch zunehmend Südostasien im Fokus ihrer Aktivität (Vgl. Bajoria, Jayshree (2008): Background Profile: Lashkar-e-Taiba. In: Washington Post, Friday, December 5).

31 Siehe hierzu Musharraf's Fernsehauftritt vom 12. Januar 2002, in dem er sich in einer bedeutenden Ansprache an die pakistanische Nation wandte und verkündete, „dass pakistanisches Territorium nicht zur Vorbereitung terroristischer Angriffe im Ausland missbraucht werden dürfe“ (Ganguly 2008, S. 36). Anzumerken ist hierbei, dass die Entscheidung, die US-Amerikaner im Krieg gegen den Terror zu unterstützen, von Musharraf getroffen wurde. Ein Entschluss, der nicht von allen Regierungsorganisationen wie politischen Entscheidungsträgern (insbesondere innerhalb des Militärs und der Geheimdienstel) mitgetragen wurde.

32 Als weitere Geheimdienste sind zu nennen: Das Intelligence Bureau (IB) und die Federal Investigation Agency (FIA).

33 So wurden zwar einige Terrorgruppen (wie Lashkar-e-Taiba) insbesondere unter dem Druck der USA verboten, Trainingscamps geschlossen sowie einige Mitglieder verhaftet; selbige Gruppen agieren jedoch meist ungehindert unter einem neuen Namen weiter und/oder ihre Mitglieder können sich noch immer frei in Pakistan bewegen.

34 Darunter sollen hier Gruppierungen verstanden werden, die sich insbesondere in einer extremsten, militanten Form dem Kampf gegen Elemente verpflichtet haben, die als anti-islamisch wahrgenommen werden.

35 Die Rote Moschee wurde von muslimischen Fundamentalisten besetzt und zu einem Zentrum wahabitisch-extremistischer Lehre und Praxis ausgebaut, dessen primäres Ziel die Herausforderung des pakistanischen Staates war. Ihre Aktionen beinhalteten Geiselnahmen, Beschädigung von öffentlichem und privatem Eigentum, Störung der öffentlichen Ordnung und der Akkumulation von Waffen. Erst als mehrere chinesische Staatsbürger als Geisel genommen sowie weitere getötet wurden, stürmten Sicherheitskräfte im Zuge der „Operation Silence“ nach monatelanger Ignorierung der Untergrabung der Staatsmacht die Moschee. Es bestehen keine Zweifel, dass die pakistanische Regierung erst nach massivem Druck von China auf die Situation reagierte (vgl. Khalatbari 2008, S. 85f.).

36 So verwendet die pakistanische Armee einen erheblichen Teil der Finanzhilfen aus den USA nicht zur Ausrüstung ihrer Truppen für den Kampf gegen terroristische Gruppierungen, sondern zum Ausbau ihrer konventionellen Kapazitäten für eine zwischenstaatliche Auseinandersetzung mit Indien.

37 Aufgabe der NCCT ist es, als Dachorganisation der einzelnen im Kampf gegen den Terrorismus eingesetzten staatlichen Organisationen zu agieren und deren Aktivitäten effektiv und transparent zu koordinieren.

38 Die Tatsache, dass die Krisen und Truppenaufmärsche auf beiden Seiten der Grenze von 1986, 1990 und 2001 nicht in einen Krieg mündeten, wird von verschiedenen Kommentatoren der Angst vor einer nuklearen Eskalation zugeschrieben.

39 Siehe hierzu Zeb (2006). Darüber hinaus ist Pakistan besorgt über Indiens konventionelle Ausrüstung, die Raketenabwehrpläne und Indiens neue „Kriegsdoktrin“, der Cold Start Strategy. Letztere ist primär gegen Pakistan gerichtet und sieht den Aufbau der offensiven Kapazitäten sowie ein verstärkt kombiniertes Vorgehen der motorisierten Land- wie Luftstreitkräfte vor. Des Weiteren ist es ein Ausdruck des politischen Willens Indiens, limitiert, aber gezielt unmittelbar nach einer pakistanischen Aggression militärisch zu reagieren.

40 Die Verhandlungen zogen sich über einen Zeitraum von acht Jahren hin (1952–1960).

41 Während sich Pakistan exportorientiert dem Weltmarkt zuwandte, implementierte Indien ein sozialistisch inspiriertes Wirtschaftsmodell (mixed economy), das sich zunehmend isolierte und auf den eigenen Binnenmarkt konzentrierte.

42 Dabei handelt es sich um eine Gletscherregion mit ungeklärtem Grenzverlauf nordöstlich und außerhalb der Line of Control, in der sich Pakistan und Indien immer wieder in der Vergangenheit Gefechte geliefert haben.

43 Vgl. zusammenfassend Betz (2007, S. 39) und im Detail Manjunath/Sridhar/Anand (2006).

44 In Anlehnung an Ganguly (2002; 2008).

45 Unter anderem nach dem Terroranschlag von 2001 auf das indische Parlament sowie am 14. Mai 2002 auf eine Militärbasis in Kaluchak nahe Jammu (Vgl. Ganguly 2008: 36).

46 Bei der coercive diplomacy handelt es sich um eine außenpolitische Strategie Indiens, die

Durchsetzung politischer Veränderungen auf dem Wege militärischer Drohungen zu erreichen (Vgl. Ganguly 2008, S. 36; Ganguly/Kraig 2005).

47 Entscheidende Schritte in diese Richtung waren die begonnene Initiative Next Steps in Strategic Partnership (NSSP) sowie die Unterzeichnung des Abkommens über Kooperationen in den Bereichen der zivilen Nutzung der Atomenergie, der zivilen Raumfahrt und dem Handel von Hochtechnologie im Januar 2004, die Aufhebung der verhängten Sanktionen gegen Indien seit deren ersten Nukleartests im Jahre 1974 sowie die langersehnte internationale Anerkennung Indiens als Atommacht. Aber auch hier gab es Widerstände aus allen politischen Lagern in Indien (Vgl. Wagner 2006b).

48 Auch wenn China die pakistanischen Interessen in der Auseinandersetzung mit Indien nicht wie erhofft vertreten hat, so fühlt sich Pakistan insbesondere von den USA im Stich gelassen (Vgl. Rudolf/Wagner/Fröhlich 2008, S. 8).

49 Pakistan beschuldigt Indien, Aufstände in Belutschistan zu unterstützen, u. a. die Balochistan Liberation Army (LBA) auszubilden und zu finanzieren. Diese Provinz fühlt sich einerseits von der Zentralregierung in Islamabad benachteiligt, insbesondere mit Blick auf die Beteiligung an den Einkünften aus den in Belutschistan geförderten Ressourcen (Gas), andererseits vernachlässigt bei dem Ausbau des Hafens Gwadar.

50 So äußerte Premierminister Syed Yousuf Gilani (18. Juli 2009) in Reaktion zu einer jüngsten Aufforderung von Hillary Clinton (US Secretary of State), die Aktivitäten gegen den Terror zu verstärken Folgendes: „Whatever we do, we do in our own interest and on our own initiative. We don't care who is pleased and who is not by our efforts“. Siehe Dawn.com: „Talks only way to build trust, Gilani tells India“, Sunday, 19. July, 2009.

51 U. a. die Verlegung pakistanischer Streitkräfte von Osten (Grenze zu Indien, Kaschmir) nach Westen (Grenze Afghanistan, Stammesgebiete), um dort sich im Kampf gegen den Terror zu engagieren.

52 In den ersten Jahren nach Erhalt der Unabhängigkeit wurde eine Politik der Freundschaft zwischen Indien und China gepflegt, welche durch den Slogan „Hindi Chini bhai bhai“ (Inden und Chinesen sind Brüder) zum Ausdruck kam. Chinas Einmarsch in Tibet sowie die Niederschlagung der oppositionellen Bewegung 1959, der Grenzkrieg von 1962, die chinesische Besetzung von Gebieten, die Indien für sich in Anspruch nimmt (Aksai Shin) und die Unterstützung von militant-maoistischen Gruppen in Indien führte zu einer dramatischen Verschlechterung der indisch-chinesischen Beziehungen.

53 Pakistan überließ China das Shaksgam Tal, welches von Indien beansprucht wird (Vgl. Verma 2007, S. 336ff.).

54 Nichtsdestotrotz verfügt China aufgrund seiner intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Pakistan über einen erheblichen Einfluss. So werden mit chinesischer Hilfe der Tiefseehafen Gwadar ausgebaut und zahlreiche Bergbauprojekte vorangetrieben.

55 Der Begriff Südliches Asien umfasst die Gebiete von Südasien sowie Südostasien, welches den starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss berücksichtigt.

56 Choudhury (1968, S. 10).

57 Wie z. B. die Schaltung von Hotlines zwischen Entscheidungsträgern beider Länder. Solche bestehen bereits in minimaler Form, u. a. zwischen hochrangigen Militärs („Director-Generals of Military Operation“) oder die 2004 eingerichtete zwischen den beiden Außenministerien.

58 Allerdings muss hier erwähnt werden, dass die Fortsetzung des Dialoges mit Pakistan äußerst umstritten war. Insbesondere hindu-nationalistische Kreise forderten die Regierung auf, militärisch auf die Anschläge zu reagieren.

59 So unterstützte Indira Gandhi den Sikh-Terroristen Jarnail Singh Bhindranwale, um die politi-

sche Repräsentanz der Sikhs im indischen Punjab zu spalten; Rajiv Gandhi versuchte in Sri Lanka Einfluss durch die Unterstützung der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) zu nehmen.

60 Anzuführen ist hier u. a. eines der wohl dramatischsten Höhepunkte: den Anschlag auf das Marriott Hotel in Islamabad am 20. September 2008. In diesem Zusammenhang kann konstatiert werden, dass sich die Terrorangriffe auf Mumbai von 2008 nicht nur gegen Indien richteten, sondern auch als Warnung pakistansisch-islamistischer Gruppen gegenüber ihrem eigenen Land zu interpretieren sind. In anderen Worten: Mumbai sowie der Anschlag gegen die indische Botschaft in Kabul (im Juli 2008) sind als ein Widerstand gegen jegliche liberal-moderate Politik der Annäherung an Indien aufzufassen.

61 Während die USA bis in die jüngste Vergangenheit eher pauschal alle militanten Gruppen als Kombattanten identifizierte, versucht Pakistan insbesondere Gruppen, die im Rahmen ihres Versuches in Afghanistan Einfluss zu nehmen, nicht aktiv zu bekämpfen (z.B. pakistansische und afghanische Taliban). Begrenzte militärische Kapazitäten mögen dabei ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen. Das gegenwärtige US-Vorgehen in Pakistan und Afghanistan scheint jedoch einen neuen Ansatz – gemäß der Philosophie von „teile und herrsche“ – aufzugreifen, Taliban in „good ones“ und „bad ones“ zu unterteilen.

62 Wagner (2009, S. 3) spricht hier von einer Grauzone, „die von stiller Sympathie bis zur offenen Duldung ihrer Aktivitäten reicht“, insbesondere innerhalb älterer Kader der Geheimdienste und des Militärs.

63 Bei der umstrittenen „Durand-Linie“ handelt es sich um eine ca. 2.400 km lange Demarkations-

linie, die 1893 zwischen Britisch-Indien und Afghanistan festgelegt wurde. Die Legitimität dieser politisch motivierten Grenzziehung durch paschtunische Siedlungsgebiete wird heute von der afghanischen Regierung in Frage gestellt.

64 Die Furcht vor einer Einkreisung beruht nicht nur auf Indiens Einfluss in Afghanistan, sondern ebenfalls auf dessen Kontakte zu Pakistans Nachbarn Iran. Iran wird von Pakistan im politischen und wirtschaftlichen Bereich als ein Rivale im Kampf um regionalen Einfluss gesehen, und im kulturellen und religiösen Bereich (Shia-Sunnikonflikt) werden destabilisierende Einflüsse für das eigene Land befürchtet. Darüber hinaus haben sich die Beziehungen in jüngster Vergangenheit zunehmend verschlechtert. Iran macht Pakistan für die Infiltration von militanten Extremisten verantwortlich, während Pakistan dem Iran den Versuch der Destabilisierung von Belutschistan vorwirft.

65 Siehe Rudolf/Wagner/Fröhlich (2008, S. 14).

66 Vgl. Wagner (2004, S. 1, 3) und Betz (2007, S. 40).

67 Hier zeichnen sich positive Entwicklungen in den letzten Jahren ab. So lässt sich in Pakistan eine verstärkte Aktivität von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und informelle Bürgerinitiativen identifizieren. Besondere Aufmerksamkeit zog die „Anwaltsbewegung“ (Movement for Democracy and Justice) auf sich. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von unabhängigen Richtern und Anwälten mit (relativ) freien Medien, NGOs, Intellektuellen und Studenten. Ihr erfolgreicher Einsatz für die Wiedereinsetzung des von Musharraf abgesetzten Obersten Richter (Supreme Court) kann dahingehend interpretiert werden, dass die Zivilgesellschaft als neuer poli-

tischer Akteur in Pakistan wahrgenommen werden muss. Diese Bewegung hat erheblich zur Beschleunigung von Musharraf's Rücktritt beigetragen.

68 Eines der wesentlichen Hindernisse sämtlicher Entwicklungsprojekte dieser Art besteht in der Problematik, verlässliche pakistansische Partner zu finden. Dieses hat sich bis dato als bemerkenswert schwierig gestaltet.

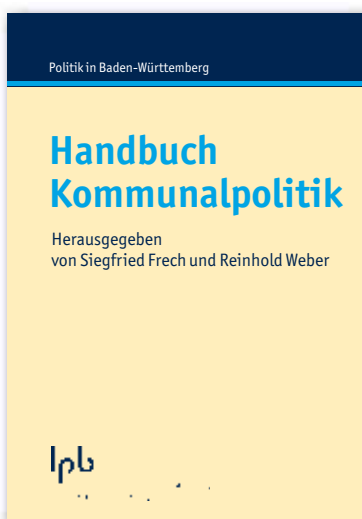
69 Pakistan befindet sich in einer der tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes. Die Verschuldung ist dramatisch angestiegen. Im Sommer 2008 betrug die Inflationsrate ca. 25 Prozent, die Börsen verzeichnen massive Verluste (insbesondere an der KSE/Karachi Stock Exchange), Gewerbe und Handwerk leiden unter den außerordentlichen Energieengpässen mit täglichen Stromabschaltungen von bis zu zehn Stunden in den Metropolen. Darüber hinaus ist die Bevölkerung durch eine zunehmende Nahrungsmittelknappheit (Weizenmehl) und erhebliche Einkommensdisparitäten betroffen. Zusätzlich verliert die pakistansische Währung zunehmend an Wert. Ein drohender Staatsbankrott im Herbst 2008 konnte nur durch einen „ad hoc Beistandskredit“ abgewendet werden.

70 Siehe: The Hindu (2008): India favours strong, stable Pak: Mukherjee, in: The Hindu 4. January 2008.

71 Dawn.com „Text of Pakistan-India joint statement“, Friday, 17. July 2009.

Handbuch Kommunalpolitik

Siegfried Frech und Reinhold Weber (Hrsg.)



Kaum eine politische Ebene ist so nah an den Menschen wie die kommunale. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die meisten Beteiligungsmöglichkeiten. Aber angesichts der stetig zunehmenden Aufgaben bei gleichzeitig knapper werdenden Finanzen, angesichts auch der europapolitischen Verflechtungen und der globalisierten Wirtschaft wird Kommunalpolitik immer komplizierter.

Das „Handbuch Kommunalpolitik“ skizziert in kompakten, präzisen Analysen die zentralen Politikfelder auf kommunaler Ebene. Einschlägige Gesetzestexte und ein umfangreicher

statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

5.- EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.164099 77,
über marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Indiens Außenpolitik

Christian Wagner

Wie kaum ein anderes Land hat die Indische Union von den internationalen Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 profitiert. Galt Indien bis dahin als Synonym für die Probleme eines Entwicklungslandes, so wird es heute in einer Reihe mit aufstrebenden Mächten wie China und Brasilien genannt. Veränderte internationale Konstellationen und die wirtschaftliche Liberalisierung nach 1991 haben dem Land eine internationale Aufwertung beschert, die Indiens Eliten seit der Unabhängigkeit 1947 immer angestrebt hatten. Die Indische Union zählt auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu den Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft. Die Behandlung globaler Zukunftsthemen in Bereichen wie Abrüstung, Energie, Klima und Umwelt ist ohne eine Einbeziehung Indiens nicht mehr vorstellbar. Indien wird inzwischen als strategischer Partner gesehen und findet durch Kooptation Zugang zu exklusiven internationalen Organisationen. Christian Wagner erörtert in seinem Beitrag die Frage, wie die indische Außenpolitik den veränderten nationalen und internationalen Herausforderungen begegnet. |

Die indische Demokratie und die Außenpolitik

Das indische Staats- und Entwicklungsmodell verstand sich nach der Unabhängigkeit 1947 als dritter Weg zwischen Demokratie westlicher Prägung und Sozialismus nach sowjetischem Modell. Mit einer Demokratie, die sich am westlichen Vorbild orientierte, und einem Wirtschaftssystem, das viele Anleihen am sowjetischen Modell nahm, sollte die Entwicklung des Landes vorangetrieben werden. Die indische Regierung unter Premierminister Jawaharlal Nehru verfolgte eine eigenständige und unabhängige Außenpolitik. Damit wollte er sein Land international aufwerten und es aus den sich anbahnenden Auseinandersetzungen des Ost-West-Konflikts heraushalten.¹

In den 1950er Jahren unterstützte die indische Regierung eine Reihe von antikolonialen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika. Indien war bei den internationalen Verhandlungen zur Konfliktbeilegung wie in Indonesien oder

Indochina beteiligt. Der 1954 mit China unterzeichnete Vertrag über Tibet enthält die fünf Grundsätze friedlicher Koexistenz, die auch zu Leitlinien der indischen Außenpolitik wurden: (1) gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität; (2) Nicht-Aggression; (3) Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; (4) Gleichheit und gegenseitiger Nutzen; (5) friedliche Koexistenz.² Vor allem die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten entwickelte sich zu einem zentralen Grundsatz indischer Außenpolitik.

Der Kollaps der indischen Mixed Economy im Frühsommer 1991 leitete eine Abkehr von der staatlich regulierten Wirtschaft mit ihrer hohen Binnenorientierung ein. Dieser Politikwechsel hatte weit reichende Konsequenzen für die Außenpolitik, bei der nun wirtschaftspolitische Fragen in den Mittelpunkt rückten. Indien setzt seitdem stärker auf eine Exportorientierung, Weltmarktintegration und die Förderung ausländischer Direktinvestitionen. Damit sollen höhere Wachstumsraten erzielt werden, um langfristig eine deutliche Verringerung der Armut zu erreichen. Indien profitierte durch seine Teilnahme an der Welthandelsorganisation (World Trade Organization/WTO) und durch seine Erfolge in der Software- und Informationstechnologie von der Globalisierung. Allerdings kamen diese Erfolge bisher nur einer vergleichsweise kleinen Schicht in Indien zugute. Zudem hat in der Folge der wirtschaftlichen Liberalisierung die Ungleichheit weiter zugenommen.

Die Dominanz der Exekutive

In Indien ist die Außenpolitik bis heute eine Domäne der Exekutive. Nach der Unabhängigkeit 1947 übernahm Nehru nicht nur das Amt des Premierministers, sondern auch das des Außenministers. Seine idealistisch geprägte Außenpolitik und seine Annäherung an China wurden zwar vereinzelt kritisiert, doch entwickelte sich daraus keine Diskussion über die grundsätzliche Ausrichtung der Außenpolitik. Das Parlament besitzt in außenpolitischen Fragen nur wenig verfassungsrechtliche Kompetenzen. Internationale Verträge müssen nicht formal vom Parlament ratifiziert werden. Das Kabinett blieb bei den meisten außenpolitischen Entscheidungen eben-

falls außen vor. So wurde Nehrus Entscheidung für die militärische Intervention in Goa im Dezember 1961, mit der die letzte europäische Enklave in Indien aufgelöst wurde, dem Kabinett kurzfristig und ohne weitere Diskussion mitgeteilt.

Indira Gandhi konzentrierte als Regierungschefin die innen- und außenpolitischen Entscheidungsbefugnisse noch stärker auf sich. Obwohl sie in ihrer ersten Amtsperiode (1966-1977) vier Außenminister hatte, wurden zentrale außenpolitische Entscheidungen weiterhin in ihrem engsten Beraterkreis getroffen. Dazu zählten der Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion im August 1971 und der Vertrag von Simla mit Pakistan im Juli 1972.³ Ihre Außenpolitik und die damit verbundenen Entscheidungsverfahren wurden unter ihrem Sohn Rajiv fortgeführt, der nach der Ermordung Indira Gandhis im Oktober 1984 Premierminister wurde. Die Kongresspartei, geführt von der Nehru-Gandhi-Dynastie, beherrschte bis 1989 die parteipolitische Landschaft und förderte die außenpolitische Dominanz der Exekutive. Innenpolitische Konfliktherde wie Kaschmir, Punjab, Tamil Nadu sowie der Nordosten und die damit verbundenen parteipolitischen Auseinandersetzungen haben zwar die außenpolitischen Entscheidungen gegenüber den Nachbarstaaten beeinflusst, nicht jedoch die Dominanz der Exekutive zugunsten der Legislative beeinträchtigt.

Die wirtschaftliche Liberalisierung seit 1991 und die zunehmende parteipolitische Fragmentierung haben zwar die Rolle von Unternehmen und Gewerkschaften in internationalen Fragen prinzipiell vergrößert, doch an der grundlegenden Schwäche des Parlaments in außenpolitischen Fragen nichts geändert. So wurde Indiens geplanter Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization/WTO) in den 1990er Jahren öffentlich kontrovers diskutiert. Das Parlament verabschiedete im November 1993 einen Bericht, der auf die negativen Konsequenzen für die indische Wirtschaft aufmerksam machte. Dies hielt die Regierung nicht davon ab, den Vertrag 1994 zu unterzeichnen. Trotz seiner wirtschaftlichen Öffnung und dem wachsenden Engagement indischer Unternehmen spielen außenpolitische Fragen nur eine sehr untergeordnete Rolle in den innenpolitischen

Debatten. Dies erklärt sich zum einen aus der geringen Bedeutung der Globalisierung für die indische Bevölkerung. Die für ihre globalen Erfolge bekannte Softwareindustrie beschäftigt in Indien nicht mehr als zwei Millionen Menschen, d.h. nur rund ein halbes Prozent des indischen Arbeitsmarktes. Demgegenüber sind aber mehr als 90 Prozent der indischen Bevölkerung im informellen Bereich tätig. Zum anderen wird die Dominanz der Exekutive in außenpolitischen Fragen auch durch das geringe Interesse der Legislative an internationalen Angelegenheiten gefördert. Es gab in der Vergangenheit zwar wiederholt Gesetzesvorschläge, um die außenpolitische Mitsprache des Parlaments zu vergrößern, die aber keine Mehrheiten fanden. Politiker der Kongresspartei wiesen darauf hin, dass das Recht zur Ratifizierung von Verträgen möglicherweise dazu geführt hätte, dass indische Regierungen viele für das Land nützliche Verträge nicht unterzeichnet hätten. Die damit verbundene innenpolitische Politisierung und Polarisierung hätte die Position Indiens eher geschwächt, während der Verzicht auf die Ratifizierung Indiens internationale Position gestärkt habe. Ein Beispiel war die innenpolitische Kontroverse über das indisch-amerikanische Nuklearabkommen 2007/08. Oppositionsparteien wie die Bharatiya Janata Party (BJP) forderten u. a. eine stärkere Beteiligung des Parlaments. Dies hätte vermutlich erneut die grundsätzliche Frage nach dem Recht des Parlaments auf Ratifizierung von internationalen Verträgen aufgeworfen. Doch noch nicht einmal die Communist Party of India (Marxist) (CPI[M]) – die die Regierung der United Progressive Alliance (UPA) unter Führung der Kongresspartei stützte, das Abkommen mit den USA aber heftig kritisierte – war bereit, sich auf eine solche grundsätzliche verfassungsrechtliche Diskussion einzulassen. Zwar verweigerte die CPI(M) der Regierung ihre Zustimmung für das Abkommen, doch konnte diese im Sommer 2008 mit der Samajwadi Party (SP) einen neuen Koalitionspartner gewinnen und so ihre politische Mehrheit behalten.⁴

Das regionale Umfeld: Der erfolglose Hegemon

Indien hatte oft ein schwieriges Verhältnis zu seinen unmittelbaren Nachbarn in Südasien. Der Streit um Kaschmir führte kurz nach der Unabhängigkeit im August 1947 zum ersten Krieg mit Pakistan. Durch Verträge mit den Himalajakönigreichen Bhutan, Nepal und Sikkim erhielt Indien ein weitgehendes

Mitspracherecht in deren inneren Angelegenheiten. Die indische Regierung sicherte damit ihre Interessen gegenüber China, mit dem es Konflikte über den Grenzverlauf gab.

Unter Premierministerin Indira Gandhi verfolgte Indien in den 1970er und 1980er Jahren eine „realistische“ – d.h. machtorientierte – Außenpolitik gegenüber den Nachbarstaaten, die auch von ihrem Sohn Rajiv Gandhi (1984–1989) fortgeführt wurde. Gandhi verstand Südasien als einen Teil der nationalen Sicherheit Indiens, das als regionale Ordnungsmacht fungieren sollte. Die nach ihr benannte „Indira-Doktrin“ beinhaltete, dass Konflikte in den Nachbarstaaten nur mit Hilfe Indiens und ohne die Einbeziehung anderer Großmächte beigelegt werden sollten.⁵ In dieser Phase intervenierte Indien in Ostpakistan (1971), Sri Lanka (1971, 1987–1990) und den Malediven (1988). Angesichts der bilateralen Konflikte zwischen Indien und den Nachbarstaaten wurde Südasien zu einer Region chronischer Instabilität. Deshalb entwickelten sich kaum Ansätze zur regionalen Zusammenarbeit, obwohl die Staaten eine Reihe von sozioökonomischen Problemen wie z.B. Armut und Unterentwicklung teilten. Erst 1985 wurde die South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) gegründet, die aber aufgrund der indisch-pakistanischen Spannungen kaum Wirkungen zeigte. Indien blieb dennoch gegenüber seinen Nachbarn in Südasien ein erfolgloser Hegemon. Trotz seiner überlegenen militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen gelang es Indien nicht, seine außenpolitischen Interessen gegenüber den Nachbarstaaten dauerhaft durchzusetzen oder deren innenpolitische Konflikte im Sinne Indiens zu regeln. Nach dem militärischen Sieg über Pakistan im Krieg 1971 gelang es Indira Gandhi im anschließenden Friedensvertrag von Simla (1972) nicht, eine dauerhafte Lösung der Kaschmirfrage im indischen Interesse durchzusetzen. Die indische Intervention in Sri Lanka von 1987 bis 1990 zur Beilegung des Bürgerkriegs endete mit einem militärischen und politischen Fiasko. Seit den 1990er Jahren ist eine grundlegende Neuorientierung der indischen Südasienpolitik zu beobachten. Politisch stellte Inder Kumar Gujral, der Außen- und Premierminister in der United Front-Regierung zwischen 1994 und 1996 war, das Verhältnis zu den Nachbarn auf eine neue konzeptionelle Grundlage: Kernpunkte der nach ihm benannten „Gujral-Doktrin“ war das Prinzip der Non-Reziprozität, d.h. Indien zeigte sich nun in bilateralen Konflikten zu größeren Zugeständnissen gegenüber den Nachbarstaaten bereit.⁶

Dieses Konzept einer „Politik der guten Nachbarschaft“⁷ verdrängte die „Indira-Doktrin“, die auf eine Politik der Stärke und inneren Einmischung gesetzt hatte. Weniger Erwägungen wie nationale Sicherheit, die noch zu Zeiten Indira Gandhis das Verhältnis zu den Nachbarstaaten geprägt hatten, als vielmehr wirtschaftliche Fragen sollten jetzt die bilateralen Beziehungen bestimmen. Indien nahm damit in den 1990er Jahren Abschied von den traditionellen Vorstellungen, als regionale Ordnungsmacht zu fungieren.

Die Erfolge dieser Politik zeigten sich u. a. in Verträgen mit Bangladesch und Nepal 1996, mit denen langjährige Wasserkonflikte geregelt wurden. Zudem forcierte Indien seit den 1990er Jahren den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Südasien sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der SAARC. 1998 unterzeichneten Indien und Sri Lanka ein bilaterales Freihandelsabkommen. Ähnliche Verträge sollen mit Bangladesch und Nepal vereinbart werden. Auf Initiative Indiens und Sri Lankas verständigte sich die SAARC 1995 auf die Einrichtung des SAARC Preferential Trade Arrangement (SAPTA), das 2006 schließlich zum SAARC Free Trade Arrangement (SAFTA) führte. Des Weiteren gewährt Indien den wirtschaftlich schwächeren Staaten in Südasien eine Reihe von einseitigen Handelsvergünstigungen.

Schwierige Beziehungen mit Pakistan

Deutlich schwieriger gestalteten sich hingegen die Beziehungen zu Pakistan. Der von Pakistan seit Ende der 1980er Jahre unterstützte Aufstand in Kaschmir eskalierte im Verlauf der 1990er Jahre. Die Atomtests Indiens und Pakistans im Mai 1998 und der Kargilkrieg 1999 machten Kaschmir angesichts einer drohenden nuklearen Eskalation zur „gefährlichsten Region der Welt“. Nach dem Anschlag militanter islamistischer Gruppen auf das indische Parlament im Dezember 2001 standen beide Staaten im Sommer 2002 erneut am Rande eines Krieges. Erst die im Frühsommer 2003 vom indischen Premierminister Atal Bihari Vajpayee eingeleitete Annäherung an Pakistan, die im Frühjahr 2004 zum Verbunddialog (composite dialogue) führte, brachte eine deutliche Entspannung im bilateralen Verhältnis. Beim Gipfeltreffen in Delhi 2004 betonten der neue indische Premierminister Manmohan Singh und der pakistanische

Präsident Musharraf, dass der Friedensprozess zwischen beiden Staaten irreversibel sei und bekundeten ihre Absicht, die Kontrolllinie in Kaschmir für den Handel und Reiseverkehr durchlässiger zu machen. Die Einrichtung einer Buslinie zwischen Srinagar im indischen Teil und Muzaffarabad im pakistanischen Teil Kaschmirs im April 2005 symbolisierte die neue Annäherung. In den verschiedenen Verhandlungsrunden des Verbunddialogs wurden bis 2008 die wirtschaftlichen Beziehungen ausgebaut, vertrauensbildende Maßnahmen eingeleitet sowie Reiseerleichterungen vereinbart, um die Kontakte zwischen den Familien in beiden Staaten zu ermöglichen. Der Verbunddialog hat das indisch-pakistanische Verhältnis deutlich verbessert und krisenresistenter gemacht. Trotz verschiedener Anschläge islamistischer Gruppen in Indien wurde der Prozess fortgesetzt. Nach dem Anschlag von Mumbai im November 2008 wurde der Verbunddialog zwar zunächst ausgesetzt, doch entwickelte sich daraus keine weitere Krise wie im Sommer 2002.

Indien setzt seit den 1990er Jahren auf die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn, und hat damit die bilateralen Konflikte soweit wie möglich in den Hintergrund gedrängt. Die außenpolitischen Erfahrungen mit den Nachbarn in den 1970er und 1980er Jahren haben Indien die Grenzen seiner ordnungspolitischen Fähigkeiten vor Augen geführt. Durch die Veränderungen der indischen Außenpolitik in den 1990er Jahren und die Annäherung an Pakistan hat sich die regionale Sicherheit in Südasien deutlich verbessert, d.h. die Gefahr einer konventionellen oder gar nuklearen Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan ist deutlich geringer geworden.

Die internationale Ebene: Indiens Großmachtambitionen

Indische Außenpolitik im Ost-West-Konflikt: die „verhinderte“ Großmacht

Indien hat sich seit der Unabhängigkeit 1947 als Großmacht verstanden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sah Nehru Indien als eine der führenden

Ein muslimischer Kaschmiri händigt in Srinagar seine Reiseerlaubnis aus.

Die Einrichtung einer Buslinie zwischen Srinagar im indischen und Muzaffarabad im pakistanischen Teil Kaschmirs im April 2005 symbolisiert die neue Annäherung zwischen Pakistan und Indien.

picture alliance/dpa

Weltmächte neben den USA, der Sowjetunion und der Volksrepublik China.⁸ Von besonderer Bedeutung waren die Beziehungen zu China, mit dem sich Indien international als gleichrangig empfand. Der Slogan „Hindi Chini Bhai Bhai“ („Inden und Chinesen sind Brüder“) beim Besuch des chinesischen Premierministers Tschou En-Lai 1956 in Indien symbolisierte die anfänglich guten bilateralen Beziehungen. Nehru unterstützte in den 1950er Jahren Chinas Rückkehr auf die internationale Bühne und strebte angesichts des beginnenden Ost-West-Konflikts eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Indien und China an. Die Spannungen um den strittigen Grenzverlauf, die Niederschlagung des Aufstands in Tibet 1959 und die Flucht des Dalai Lama nach Indien verschlechterten jedoch das bilaterale Verhältnis. Im Oktober/November 1962 kam es zu einem kurzen Grenzkrieg zwischen beiden Staaten. Indien erlitt eine militärische Niederlage, die zum Trauma der politischen Entscheidungsträger wurde. Nehru hatte trotz der Spannungen nicht mit einem Krieg gerechnet, der seine Vorstellungen von einer indisch-chinesischen Zusammenarbeit zerstörte. Obwohl Indien in den Augen

des Westens zur damaligen Zeit als alternatives nicht-kommunistisches Entwicklungsmodell für die Staaten der Dritten Welt galt, war es doch China, das eine größere internationale Rolle erlangte. Der erste chinesische Atomtest 1964, der Beitritt Chinas zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV), die Aufnahme des Landes als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 1971 sowie die Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft durch die wirtschaftliche Öffnung ab Ende der 1970er Jahre sicherten dem Land eine internationale Position, die indische Politiker für ihr Land zwar beanspruchten, aber unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts nicht erreichen konnten.

Das Verhältnis zur Sowjetunion war anfangs schwierig und verbesserte sich erst nach dem Tod Stalins 1953. Die sowjetische Führung sah in Nehru zunächst nur einen „Handlager des Kapitalismus“ und unterstützte bewaffnete Aufstände kommunistischer Gruppen in Indien. Nehrus eigene sozialistische Vorstellungen und seine Bewunderung für die Errungenschaften der sowjetischen Wirtschaft bei der Modernisierung des Landes wurden in den 1950er

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Jahren zur Grundlage der guten bilateralen Beziehungen. Mit der Unterzeichnung des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags 1971 intensivierten beide Staaten ihre Beziehungen. Hintergrund war die politische Annäherung der USA an China, mit der die Sowjetunion geschwächt werden sollte, sowie der Bürgerkrieg im damaligen Ostpakistan. Die amerikanische Regierung unter Präsident Nixon war nicht bereit, im pakistanischen Bürgerkrieg zu intervenieren, da Pakistan damals einer der wichtigsten Verbündeten der USA war und zugleich für die Annäherung an China benötigt wurde. Aufgrund der indisch-chinesischen Spannungen unterzeichneten Indien und die Sowjetunion in Reaktion auf die sich abzeichnenden internationalen Veränderungen in Form der amerikanisch-chinesischen Annäherung im August 1971 einen Freundschaftsvertrag. Indien baute in der Folge seine militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus, behielt aber seine außenpolitische Eigenständigkeit.⁹

Die Beziehungen zu den USA gestalteten sich sehr wechselhaft.¹⁰ Nehru missbilligte die Einschränkungen der persönlichen Freiheiten in der Sowjetunion,

stand aber auch dem kapitalistischen System in den USA kritisch gegenüber. Für die USA war das demokratische Indien ein Gegenmodell zum kommunistischen China. Sie unterstützten Indien mit Entwicklungshilfe und Nahrungsmittellieferungen und intensivierten nach dem indisch-chinesischen Krieg 1962 auch die militärische Zusammenarbeit. Allerdings kritisierten amerikanische Regierungen immer wieder die schleppende Umsetzung von Reformen in Indien und die starke Rolle des Staates in der Wirtschaft. Das Waffenembargo des Westens im zweiten indisch-pakistanischen Krieg 1965 sowie die von den USA geforderte Abwertung der indischen Rupie belasteten die bilateralen Beziehungen. Die Krise 1971, als die USA die Annäherung an China suchten und die autoritären Machthaber in Pakistan gegen die neue demokratisch gewählte Regierung im Bürgerkrieg in Ostpakistan unterstützten, wurde zu einem Wendepunkt im indisch-amerikanischen Verhältnis. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern kühlten sich in der Folge merklich ab. Die indischen Atomtests 1974 hatten eine Reihe von Sanktionen seitens der USA zur Folge, die den Beitritt Indiens zum Nichtver-

breitungsvertrag (NVV) forderten. Das bilaterale Verhältnis verbesserte sich zwar wieder in den 1980er Jahren u. a. aufgrund der ersten Reformansätze in Indien, doch blieben Themen wie der Technologietransfer und die Atomfrage ein ständiger Streitpunkt zwischen beiden Ländern.

Die Bewegung der Blockfreien Staaten

Indiens Bemühen um einen Großmachtstatus zeigte sich auch an anderen Stellen. Nehru versuchte eigene internationale Ordnungsstrukturen aufzubauen, um den indischen Führungsanspruch zu untermauern. Eine der wichtigsten Organisationen war die Bewegung der Blockfreien Staaten, die 1961 auf Initiative Nehrus, Nassers und Titos ins Leben gerufen wurde. Ihre Mitglieder sollten einen unabhängigen außenpolitischen Kurs zwischen den beiden Blöcken unter der Führung der USA und der Sowjetunion verfolgen und eigene Positionen zu internationalen Krisen formulieren. Zudem setzte sich Nehru in den 1950er Jahren für eine friedliche Beilegung von regionalen Krisen wie in Indochina und Indonesien ein. Obwohl sein Versuch, den Kaschmirkonflikt durch die Vermittlung der Vereinten Nationen (VN) zu lösen, ein Fehlschlag war, unterstützte Indien in der Folge weiterhin die Vereinten Nationen u. a. durch die Entsendung indischer Truppen im Rahmen von VN-Missionen. Bis heute zählt Indien zu den drei Staaten, die die meisten Truppen für VN-Einsätze zur Verfügung gestellt haben. In den 1970er und 1980er Jahren entwickelte sich Indien zu einem der Wortführer der Entwicklungsländer im beginnenden Nord-Süd-Dialog mit den Industriestaaten und forderte u. a. eine neue Weltwirtschaftsordnung zugunsten der armen Länder des Südens. Mit diesen Initiativen versuchten die indischen Regierungen, ihren internationalen Führungsanspruch zu unterstreichen.

Versperrter Weg in internationale Organisationen

Die indischen Großmachtambitionen erfüllten sich jedoch während des Ost-West-Konflikts nicht. Indien war eine „verhinderte Großmacht“¹¹, die zwar über die militärischen und technologischen Fähigkeiten einer Großmacht verfügte, wie ein eigenes Raketen-, Weltraum- und Nuklearprogramm. Allerdings blieb Indien der Weg in exklusive Institutionen, mit denen der Großmachtstatus anerkannt wurde, wie die ständi-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

ge Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) und die Zugehörigkeit zu den Atommächten des Nichtverbreitungsvertrags (NVV), versperrt. Bei der Gründung der Vereinten Nationen 1945 war Indien noch britische Kolonie gewesen und konnte noch nicht als eigenständiger Akteur in der neuen Weltorganisation agieren. Beim Inkrafttreten des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) 1970 hatte Indien noch keine atomaren Tests durchgeführt. Trotz seiner Bekenntnisse zur nuklearen Abrüstung lehnte Indien einen Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ab. Dies wäre für Indien nur als Nichtatomwaffenstaat möglich gewesen, was angesichts der Rivalität mit China seit 1962 für alle indischen Regierungen nicht akzeptabel war. Aufgrund dieser Konstellationen konnten die indischen Regierungen nicht die immer wieder angestrebte Gleichrangigkeit mit China erreichen. Indiens eigene internationale Ordnungsvorstellungen fanden keinen Widerhall bei den Großmächten und die bilateralen Beziehungen zu den USA und China blieben zu wechselhaft, als dass Indien daraus eine Anerkennung seiner Großmachtambitionen erhalten konnte. Chinas internationale Rolle verstärkte sich mit den wirtschaftlichen Reformen seit Ende der 1970er Jahre, während Indien in dieser Phase noch an seiner staatlich regulierten Wirtschaft (mixed economy) festhielt.

Liberalisierung und neue Weltordnung

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 verlor Indien seinen bis dahin wichtigsten Handelspartner. Der Ausfall der Devisenüberweisungen indischer Gastarbeiter durch den Golfkrieg und die wachsende Verschuldung führten im Frühsommer 1991 zu einer Zahlungsbilanzkrise Indiens, die nur durch eine grundlegende Reform der indischen Wirtschaft beigelegt werden konnte. Außenwirtschaftlich setzte die indische Regierung nun anstelle der Abschottung vom Weltmarkt auf Exportförderung, ausländische Direktinvestitionen und Weltmarktintegration. Indien folgte damit dem Modell, das den ost- und südostasiatischen Schwellenländer in den 1980er Jahren zu internationaler Bedeutung verholfen hatte.

Die Neuorientierung der indischen Außenpolitik nach 1991 und das neue Interesse der westlichen Industriestaaten an den Potenzialen des indischen Binnenmarktes wie z.B. die wachsende indische Mittelschicht, führten zu einer deutlichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit den USA. Die indischen Atomversuche im Mai 1998 und die nachfolgenden Sanktionen der in-

ternationalen Gemeinschaft trübten vorübergehend das Verhältnis mit den USA. Der Besuch von US-Präsident Clinton im Frühjahr 2000 in Indien leitete jedoch eine neue Phase der bilateralen Beziehungen ein. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurde Indien zu einem wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, was u. a. eine Aufhebung der Sanktionen zur Folge hatte. Trotz der Kritik und den Sanktionen haben die Atomtests im Nachhinein ihren Zweck, nämlich Indiens internationale Rolle zu erhöhen, erfüllt. Indien wurde von der Bush-Administration als strategischer Partner und langfristig als Gegengewicht zu China gesehen. Das von den USA 2005 initiierte Abkommen über die zivile Nutzung der Atomenergie, das im Herbst 2008 in Kraft trat, gab Indien einen eigenen Status im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) und machte das Land de facto zur Atommacht. Neben den neuen gemeinsamen Interessen der USA und Indiens, die zu einer Annäherung der erstmals „entfremdeten Demokratien“¹² nach 1991 geführt hatten, war es auch ein Verdienst der wachsenden indischen Diaspora in den USA, deren politisches Engagement das Thema „Indien“ auf die dortige innenpolitische Agenda gebracht hatte.

Mindestens ebenso spektakulär waren die Verbesserungen im indisch-chinesischen Verhältnis nach 1989. Der Besuch Rajiv Gandhis in Peking im Dezember 1988 eröffnete ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen. 1989 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Klärung der Grenzfrage eingesetzt. Mit zwei Abkommen 1993 und 1996 wurden vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart und der Status Quo an der umstrittenen Grenzlinie festgeschrieben. Beide Staaten bauten ihre wirtschaftlichen Beziehungen aus, so dass das Handelsvolumen, das in den 1990er Jahren noch bei ca. einer Milliarde Dollar pro Jahr lag, 2005 auf über eine Milliarde Dollar pro Monat anstieg. China wurde 2008 vor den USA zum größten Handelspartner Indiens. Teile der indischen Industrie klagten zwar über die chinesischen Billigimporte, gleichzeitig nutzten indische Unternehmer aber auch die neuen Möglichkeiten, in China zu investieren. Trotz bestehender Probleme wie die ungeklärte Grenzfrage haben beide Seiten aber auch gemeinsame Interessen wie den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Der indische Außenminister Sinha machte im Januar 2003 deutlich, dass China nicht mehr nur als Rivale, sondern zunehmend auch als Partner gesehen werde.¹³ Die offizielle Anerkennung Sikkims als Teil Indiens durch China 2004 hat das bila-

terale Verhältnis ebenso verbessert wie die Öffnung eines Grenzübergangs in Sikkim zur Ausweitung des Handels oder die ersten Ansätze zu einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Indien und China. Die wachsende Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China hat die alten sicherheitspolitischen Befürchtungen gegenüber der Volksrepublik allmählich in den Hintergrund gedrängt: Die einstige „China fear“ wich zunehmend den Aussichten auf ein „China fever“. Obwohl China immer wieder Ansprüche auf die Gebiete im Nordosten Indiens erhebt und es zu kleineren Grenzzwischenfällen kommt, lehnt Indien eine Allianzbildung gegen China ab, wie sie von der Bush-Administration u. a. mit der Vier-Mächte-Initiative 2007 (USA, Japan, Australien, Indien) versucht wurde.

Im Unterschied zu den deutlich verbesserten Beziehungen zu den USA und China hat das Verhältnis Indiens zu Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion zwar seine frühere Bedeutung eingebüßt, blieb aber weiterhin gut. Die wirtschaftlichen Beziehungen normalisierten sich und der bilaterale Handel wurde nicht mehr in Rubel gegen Rupien, sondern in harten Devisen abgerechnet. Von herausragender Bedeutung blieb die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, da Russland der mit weitem Abstand wichtigste Lieferant für indische Rüstungsgüter blieb. Indien erhielt 2003 von Russland den Flugzeugträger Gorskhow geschenkt, der allerdings für über eine Milliarde US-Dollar von russischen Firmen modernisiert wurde, bevor er in den Dienst gestellt werden konnte.

Indiens internationales

Gewicht erhöht sich: Großmacht durch Kooptation

Neben den deutlich verbesserten Beziehungen zu den USA und China zeigt sich auch andere Entwicklungen, das sich Indiens internationales Gewicht nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhöht hatte. Indiens Bemühungen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, wie sie zuletzt 2005 im Rahmen der G-4-Initiative mit Deutschland, Japan und Brasilien forciert wurden, hatten bislang keinen Erfolg. Dennoch zeigten die Großmächte seit den 1990er Jahren ein neues Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit der Indischen Union. Mittlerweile haben nicht nur alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, sondern auch die Europäische Union (EU), Deutschland und Japan strategische Partnerschaftsabkommen mit Indien unterzeichnet. Selbst wenn die Abkommen oft vage formuliert sind, so drü-

cken sie doch den Wunsch nach einer strategischen Kooperation mit Indien aus.

Das 2008 verabschiedete Nuklearabkommen mit den USA, das von allen Atommächten unterstützt und von der Nuclear Suppliers Group (NSG) gebilligt wurde, zeigt eine ähnliche Entwicklung im Bereich der Sicherheitspolitik. Indien wird durch das Abkommen enger an den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) gebunden und soll damit einen wichtigen Beitrag für die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen leisten. Diese Form der Kooptation Indiens an internationale Regime unterstreicht, dass die Großmächte Indien langfristig eine wichtige Rolle in dem Regime zuweisen.

Im wirtschaftspolitischen Bereich weist die Einbeziehung Indiens in den Kontext der G-8-Gipfeltreffen in eine ähnliche Richtung. Indien zählt zusammen mit China, Brasilien, Mexiko und Südafrika zu den sogenannten Outreach Staaten (O 5), die seit dem G-8-Treffen in Heiligendamm regelmäßig zu den Gipfeltreffen eingeladen werden. Die wichtigsten Industriestaaten erkennen damit das wachsende weltwirtschaftliche Gewicht Indiens an. Auch wenn die G-8-Treffen keine dem Sicherheitsrat oder dem Nichtverbreitungsvertrag vergleichbare Struktur haben, so zeigt die Anbindung Indiens doch das Interesse der Industriestaaten nach einer größeren internationalen Rolle. Im Sinne seiner eigenen Ambitionen wird Indien damit immer stärker zu einer Großmacht durch Kooptation.

Die wirtschaftspolitische Neuorientierung brachte neue Themen auf die außenpolitische Agenda wie die Frage der Energiesicherheit. Um den wirtschaftlichen Modernisierungsprozess fortzusetzen, mit dem auch zukünftig Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent pro Jahr erreicht werden sollen, ist Indien zunehmend auf die Einfuhr von Öl und Gas angewiesen. Vor 1991 war die Sowjetunion der wichtigste Energielieferant Indiens gewesen, nun musste Indien seinen wachsenden Energiebedarf auf dem Weltmarkt sichern. Eine Reihe außenpolitischer Initiativen seit den 1990er Jahren sind deshalb im Kontext der Sicherung von Energieimporten zu sehen, wie z.B. der Ausbau der Beziehungen zum Iran, zu den Golfstaaten und den zentralasiatischen Republiken, zu Myanmar und Bangladesch sowie zu ölreichen Staaten in Afrika und Lateinamerika wie Sudan und Venezuela.

Daneben ist die Beteiligung Indiens aber für die Bewältigung einer Reihe von globalen Problemen von höchster Bedeutung. Die Millennium Development Goals (MDG) der Vereinten Nationen werden nur erreicht, wenn es in Indien gelingt, einen signifikanten Anteil der Bevölkerung aus der Armut zu holen. Die globalen Umwelt-, Klima- und Energieprobleme werden nur zu bewältigen sein, wenn sich Indien an gemeinsamen Vereinbarungen beteiligt. Dabei zeigt z.B. die Klimadebatte, dass Indien durchaus eigene Interessen verfolgt und bislang nicht bereit ist, sich aufbindende Regelungen zum CO₂-Ausstoß einzulassen. Indien beansprucht hier das Recht auf eigene Entwicklung und sieht die Verantwortung für die Klimaprobleme in erster Linie bei den Industriestaaten.

Ausblick

Die veränderten internationalen Konstellationen und die Liberalisierung nach 1991 haben Indien die internationale Aufwertung beschert, die die außenpolitischen Eliten seit 1947 immer angestrebt hatten. Der Verweis, dass die zahllosen sozialen und wirtschaftlichen Probleme den Aufstieg Indiens blockieren werden, greift zu kurz. Im globalen Maßstab würden die ca. 100 Millionen Inder, die bereits heute zur Mittelschicht gezählt werden, zu den zehn größten Staaten weltweit gehören. Allein diese Gruppe ist ausreichend, um Indien langfristig eine größere Bedeutung in internationalen Fragen zu geben. Der Aufstieg Indiens hat sich dabei eher defensiv als offensiv vollzogen. Indien wird zunehmend als strategischer Partner gesehen und findet durch Kooptation Zugang zu exklusiven Institutionen, die das internationale Gewicht des

Landes weiter vergrößern. Die wachsende internationale Bedeutung und die zunehmende Interdependenz werden auch eine innenpolitische Diskussion über das Festhalten an der Idee der außenpolitischen Eigenständigkeit und der Nichteinmischung auslösen wie dies bereits beim WTO-Beitritt 1994 und beim Nuklearabkommen mit den USA 2008 geschehen ist. Außenpolitische Fragen dürften damit mittelfristig eine deutlich größere Rolle in der indischen Innenpolitik spielen.

LITERATUR

- Baruah, Amit (2003): Forward Looking Approach to China. In: *The Hindu*, 29. January 2003.
- Cohen, Stephen Philip (2002): *India: Emerging Power*. Washington.
- Ganguly, Sumit (2002): *Conflict Unending: India-Pakistan Tensions Since 1947*. New York.
- Gujral Inde Kumar (1998): *A Foreign Policy for India*. New Delhi.
- Hagerty, Devin T. (1991): India's Regional Security Doctrine. In: *Asian Survey*, 31 April, 4, S. 351–363.
- Kapur, Ashok. (2006): *India – From Regional to World Power*. London.
- Kux, Dennis (1994): *Estranged Democracies: India and the United States 1941–1991*. London.
- Mathur, Krishan D./Kamath, P. M. (1996): *Conduct of India's Foreign Policy*. New Delhi.
- Mohan, C. Raja. (2003): *Crossing the Rubicon: The Shaping of India's New Foreign Policy*. New Delhi.
- Nehru, Jawaharlal (1946): *The Discovery of India*. Calcutta.
- Neville, Maxwell (1970): *India's China War*. New York.
- Sisson, Richard/Rose, Leo E. (1990): *War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh*. Oxford.
- Wagner, Christian. (2005): *Die „verhinderte“ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947 bis 1998*. Baden-Baden.
- Wieck, Hans-Georg. (1997) *Indiens Politik der guten Nachbarschaft*. In: *Außenpolitik*, 48, 3/1997, S.291–300.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Wagner 2005.
- 2 Vgl. Neville 1970, S. 78.
- 3 Vgl. Krishan D. Mathur/P. M. Kamath 1996.
- 4 Vgl. "India Will Await Political Consensus on Civilian Nuclear Deal: Pranab". In: *The Hindu*, 15.8.2008, <http://www.hindu.com/2008/03/26/stories/2008032658120100.htm> (eingesehen am 16.8.2008).
- 5 Vgl. Hagerty 1991, S. 351–363.
- 6 Vgl. Inder 1998.
- 7 Wieck 1997, S. 291–300.
- 8 Vgl. Nehru 1946, S. 535.
- 9 Vgl. Sisson 1990.
- 10 Zu den indisch-amerikanischen Beziehungen vgl. Kux 1994.
- 11 Vgl. Wagner 2005.
- 12 Vgl. Kux 1994.
- 13 Vgl. Baruah 2003.



UNSER AUTOR

Dr. habil. Christian Wagner, Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Soziologie an der Universität Freiburg i. Br. 1996–2001 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Rostock. 2001–2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Entwicklungspolitik der Universität Bonn. Seit 2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Seit 2008 Leiter der Forschungsgruppe Asien an der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Hierarchie und Differenz – Die indische Kastengesellschaft

Clemens Jürgenmeyer / Jakob Rösel

Das Kastensystem bildet seit alters her eines jener Merkmale der indischen Kultur und Gesellschaft, die sie für fremde Beobachter wie für Eroberer einzigartig und schwer bestimmbar machten. Es mag deshalb als verwirrend erscheinen, dass die ohnehin schwierige Beschreibung dieser fremdartigen Sozialordnung zusätzlich mit einer Betrachtung jener religiösen, dörflichen und politischen Ordnungssysteme Indiens verknüpft wird, die gleichermaßen das Erstaunen der Europäer hervorgerufen haben. Da diese drei Ordnungssysteme aber das Kastensystem religiös legitimiert, praktisch vorausgesetzt und politisch instrumentalisiert haben, muss eine Betrachtung dieser Sozialordnung diese drei zusätzlichen Ordnungsmodelle mit berücksichtigen, die sich fast ununterscheidbar wechselseitig durchdringen, begründen und stützen. Unter Berücksichtigung dieser wechselseitigen Bedingtheit und Entwicklung der Ordnungen betrachten Clemens Jürgenmeyer und Jakob Rösel im Folgenden zunächst den Hinduismus, anschließend das in dem Funktionszusammenhang des Dorfes vorrangig wirksame Kastensystem, danach seine soziale Dynamik, rituelle Differenzierung und religiöse Begründung. Abschließend erörtern sie den Stellenwert innerhalb der traditionellen und aktuellen Herrschafts- und Wirtschaftssysteme.

Hinduismus

Die Vielgestaltigkeit, also die enorme kulturelle Produktivität und Plastizität des Hinduismus ist oft beschrieben worden (vgl. Michaels 1998). Hier hingegen soll es nur darum gehen, diese Religion, die eher als ein Prozess, denn als eine Struktur begriffen werden muss, entlang weniger, charakteristischer Bestandteile zu bestimmen. Günther-Diez Sontheimer (1991) hat fünf solcher Komponenten, sprich Einzelreligionen, unterschieden:

- eine von spezialisierten und hochrangigen Brahmanen hervorgebrachte und auf gesamtindischer Ebene tradierte Religion des Opfers, der Ritualistik und der philosophischen Spekulation (Brahmanismus);
- eine von Einzelgängern und Einsiedlern getragene Religion der Weltentsagung, der Meditation und Erlösungssuche (Asketismus);

- eine diesen gegenüberstehende, immer weiter marginalisierte, von Familienältesten, „Medien“ oder Schamanen getragene tribale Religion (Stammesreligion);
- eine erst später entstandene, vom einzelnen Alltagsmenschen getragene und von volkstümlichen Sekten organisierte, „pietistische“ Religion der Gottesinnigkeit, der Bhakti (Devotionalismus);
- eine Volksreligion, die nicht nur als eigenständige Struktur, sondern darüber hinaus auch als eine Synthese aller anderen Traditionen aufgefasst werden kann.

Diese Hindu-Religionen werden seit der Durchsetzung des Ackerbaus und stationärer, differenzierter Dorfgemeinschaften von der Mehrheit der Inder geteilt und größtenteils von Brahmanen organisiert und rituell vermittelt. Von unterschiedlichsten Schichten, Regionen und Priestern getragen, zeigt sie sich vom Haushalts- und Dorfschrein, über den Palast- und Stadttempel bis hin zur großen Tempelstadt in höchst unterschiedlicher Form. Dennoch bleibt diese Skala der Differenzierung von zumindest zwei Gemeinsamkeiten geprägt: Die jeweilige Gottheit ist nicht nur dauerhaft lokalisiert, sondern ihr wird in Vorstellung und Ritus eine Körperlichkeit, wenn nicht in der Form einer Figur, so doch wenigstens in der Form eines Natur- oder Kunststeins (Lingam) zugestanden. Dank dieser Fiktion empfängt der Stein oder die Figur eine regelmäßige Verehrung und Bewirtung von Seiten eines zumeist als brahmanisch eingeschätzten Ritualisten und von Seiten einer jeweiligen Kasten- oder Dorfgemeinschaft, Nachbarschaft oder Pilgerschaft.

Alle fünf Religionen haben sich über Jahrhunderte hinweg in freilich unterschiedlichem Maße wechselseitig wahrgenommen und beeinflusst. Jedoch unabhängig von dieser fast unvermeidbaren wechselseitigen Prägung lässt sich mit aller Vorsicht auch ein Prozess der Neubildung und der Differenzierung ausmachen. Parallel zur Ausbildung einer Bauerngesellschaft und parallel zur Entstehung von Städten und Regionalreichen wird die Religion der Stämme zu einer Religion der Peripherie. Zugleich lassen sich eine Religion des Brahmanismus und eine des Asketismus schärfer konzeptionell unterscheiden. Beide tre-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

ten in einen Prozess der sozialen, rituellen und intellektuellen Ausgestaltung und Differenzierung ein. Gleichzeitig bildet sich mit Dörfern, Städten und Regionalreichen jenes Kontinuum, in dem die Vorstellung von dem im Stein oder in der Figur verkörperten Gott seinen Platz und seine Ausgestaltung findet. Die Jahrhunderte alte Erfahrung und eine aus anderen Traditionen gespeiste Ablehnung der lokalisierten, körperhaften und tempelzentrierten Gottheit lässt schließlich die Religion der Gottesinnigkeit und Volksmystik entstehen.

Dieser Differenzierungsprozess ist ein irreversibler Prozess der Verdrängung und der Umwandlung der Stämme und der ihnen spezifischen Religion. Der Glaube der Inder, der künftige Hinduismus, wird im gleichen Atemzuge „zivilisierter“, vielgestaltiger und kreativer, und dieser Prozess zeigt sich – mit der Ausnahme der Stammesreligion – sowohl innerhalb als auch zwischen den Religionen, die dem Hinduismus seine Vorstellungsräume, Glaubensorientierungen und Entfaltungsrichtungen vorgeben.

Ein Brahmane in einem Tempel in Tamil Nadu. Das Kastensystem bildet seit alters her eines jener Merkmale der indischen Kultur und Gesellschaft, die sie für Außenstehende so einzigartig und schwer bestimmbar macht. **picture alliance/dpa**

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

lichkeit der Regionen und tribalen Strukturen zeigen sich in der Funktionsweise und Sozialordnung dieser Bauerngesellschaft Gemeinsamkeiten, die sie gegenüber anderen eindeutig abheben und sich in einem vereinfachten Modell folgendermaßen darstellen lassen: Fast überall in Indien finden wir eine dominante Bauerngruppe, die gewohnheitsrechtlich den Großteil des kultivierten und kultivierbaren Bodens kontrolliert. Sie ist dominant, weil sie eine gewisse numerische Stärke aufweist und an der Spitze einer sozialen Hierarchie und eines Systems der Arbeitsteilung steht, die beide die Dorfstruktur prägen. Das einzelne Dorf bzw. eine Gruppe von Dörfern bildet eine weitgehend autarke, außerhalb der Geldwirtschaft stehende und deshalb sozial und funktionell hoch differenzierte Einheit. Die notwendigen Güter und Dienstleistungen müssen deshalb in ihrer Mehrzahl im Dorf selbst produziert und erbracht werden, jeweils von spezialisierten Gruppen und im Rahmen eines wechselseitigen, genau geregelten Austauschsystems von Agrarprodukten, Gütern und Dienstleistungen. Dieses Jajmani-System bedeutet, dass der betreffende Handwerker oder Dienstleistende die jeweiligen Versorgungswünsche der dominanten Bauern und der übrigen Dorfbewohner zu erfüllen hat; im Gegenzug erhalten sie einen bestimmten Ernteanteil, also ein Naturaldeputat, oder aber eine Parzelle zum eigenen Anbau von Lebensmitteln. Gehen die Ansprüche eines bäuerlichen Haushaltes über das Normalmaß hinaus, so kann der betreffende Handwerker oder Dienstleistende mit zusätzlicher Entlohnung rechnen. Da diese zusätzlichen Arbeiten oft während wichtiger Zeremonien oder Familienfeste anfallen, wird der Betreffende auch durch seine Beteiligung geehrt und durch Geschenke entlohnt. Das Jajmani-System hat also neben der ökonomischen stets auch eine rituelle Komponente.

Darüber hinaus wurden Abgaben an außerdörfliche Institutionen oder Personen, wie zum Beispiel den Herrscher des Regionalreiches, geliefert.

Die gesteigerten und spezialisierten Bedürfnisse der regionalen Tempel- und Palaststädte wurden durch spezialisierte Handwerkergruppen wie z.B. Steinmetze, Maler, Elefantenwärter, Köche, Sänftenträger, Ritualienmeister, Gold- und Silberschmiede etc. befriedigt, die im Umkreis dieser Städte siedelten und ebenso durch Naturalien oder zur Be-

bauung überlassene Parzellen entlohnt wurden. Hier bildete sich auch ein politisch bedeutsames Zusammenspiel von politischen Herrschern und Brahmanen heraus: Die Brahmanen erhielten Land zu ihrer Verfügung, als Gegenleistung verschafften sie den Herrschern die notwendige Legitimation und übernahmen auch politische und administrative Aufgaben.

Die für die landwirtschaftliche Arbeit, insbesondere für die Ernte, den Gartenanbau und die Fruchtbäume zuständigen Gruppen dagegen sollten und durften nicht von dem Jajmani-System inkorporiert und geschützt werden. Ohne diese Land- und Erntearbeiter war und ist kaum ein indisches Dorf überlebensfähig. Aber parallel zu der Entstehung der indischen Dorfwirtschaft und des Jajmani-Systems entstanden durch die Verdrängung von Stammesgemeinschaften, als Folge von Verarmungsprozessen und im Rhythmus von Dürrejahen oder Kriegskatastrophen, völlig mittellose Gruppen von Landarbeitern, die außerhalb und unterhalb des Arbeits- und Schutzverhältnisses des Jajmani-Systems stehen.

Die Gruppen dieser Landarbeiter siedeln außerhalb des Dorfes. Sie werden je nach Arbeitsbedarf, vorrangig während der Saat- und Erntesaison angestellt und nach Dauer und Menge ihrer Arbeit in Naturalien entlohnt. Damit sie auch in arbeitslosen Zeiten überleben können, bleiben ihnen manchmal angrenzende Waldstücke, etwa Kokos- oder Palmenhaine, oder die abgeernteten Felder zur Nutzung und Nachlese überlassen. In einer vergleichbaren Situation der sozialen Degradierung, kulturellen Marginalisierung und ökonomischen Verwundbarkeit stehen die niederen Wanderarbeiter, die zumeist in einem feststehenden Rhythmus die Dörfer einer Region besuchen und sie mit bestimmten Produkten und Dienstleistungen versorgen – zum Beispiel Korbflechter, Metallarbeiter, Ziegelbrenner. Dieses weitgehend autarke System der dörflichen Produktion und Reproduktion macht die erstaunliche Selbstbehauptungsfähigkeit des indischen Dorfes auch unter labilen politischen Bedingungen, während langer Phasen politischer Anarchie und gegenüber immer wiederkehrenden Natur- und Kriegskatastrophen erklärbar. Die Gruppen, die diese Struktur konstituieren, sind spezialisiert und zugleich durch Beruf, soziale Rangordnung und Gruppenzugehörigkeit voneinander getrennt: Sie betrachten sich als gegeneinander fremd und als

Dieser grobe Überblick über die fünf Religionen konnte auf den Begriff der Kaste und des Wiedergeburtsglaubens verzichten. Er war allerdings notwendig, um jenen weitreichenden und fast unbestimmbaren Kreis religiöser Imagination und ritueller Praktiken anzudeuten, innerhalb dessen die ländlichen, sozialen und politischen Ordnungen operieren und von dem aus sie ihre spezifische religiöse Rechtfertigung erfahren. Die Entwicklungsgeschichtlich und strukturell angelegte Darstellung der Dorfwirtschaft, der Kaste und der Herrschaftsmuster muss diesen äußeren Horizont religiöser Deutungsmuster in Rechnung stellen und auf ihn Bezug nehmen.

Dorfwirtschaft

Die indische Bauerngesellschaft hat sich über einen Zeitraum von mehreren Jahrtausenden vermutlich zunächst von Westen nach Osten, dann von Norden nach Süden über den Subkontinent ausgebreitet. Trotz dieser langsamen Konsolidierung und trotz der Unterschied-

füreinander unverzichtbar. Sie sind in eine soziale Rangfolge eingegliedert, die vorrangig an Macht, aber auch an Besitz und an sozialem und rituellem Prestige orientiert ist. Verdeutlicht wird dieses dichte Gefühl der Über- und Unterordnung in einer Vielzahl von Alltagsbeziehungen; es wird offenkundig während der Dorf- und Familienfeste, und es wird glänzend inszeniert und zugleich gerechtfertigt durch die religiösen Rituale. An dieser Stelle müssen wir den unspezifischen Begriff der sozialen Gruppe zugunsten desjenigen der Kaste aufgeben, wenn wir jenseits der ökonomischen Rationalität dieses Gruppengefüges seine Entstehungsgründe, seine ihm innewohnende soziale Selbstverständlichkeit und Angemessenheit und am Ende seine religiöse Rechtfertigung begreifen wollen.

Kaste

Kaste ist, ebenso wie Hinduismus, eine von Außenstehenden eingeführte Bezeichnung für eine ihnen fremde und vielgestaltige Sozialordnung. Die seefahrenden Portugiesen, beeindruckt von der Bedeutung, die die Inder der Heirat innerhalb einer sozialen Gruppe und der rituellen Distanz zwischen ihnen beimaßen, belegten diese Gruppen mit dem Begriff *casta*, was ursprünglich etwas nicht Vermischtes, also Art, Rasse, Stamm, Geschlecht bedeutet. Von hier aus fand *casta* Eingang in den englischen und französischen Sprachgebrauch (*castel*) und wurde lange Zeit unterschiedslos mit Stamm verwendet. Wichtig in unserem Zusammenhang ist der Hinweis, dass Kaste, oder besser: Kastenwesen, Kastensystem, Kastengesellschaft nichts mit dem deutschen Wort Kasten im Sinne von Kiste, Behälternis zu tun haben.

Diesen europäischen Bezeichnungen entspricht in der indischen Terminologie gemeinhin das Wort *jati*. Dieses Sanskritwort bedeutet ursprünglich Geburt, Entstehung. Mit *jati* bezeichnen die Inder also eine durch das Kriterium der Geburt im Sinne der gemeinsamen Abkunft gekennzeichnete soziale Einheit (*Genus*), deren Mitglieder gemeinsame Merkmale besitzen, die sie von anderen *jatis* unterscheidbar machen. *Jati* kann aber auch ganz allgemein im Sinne von Gattung, Art, Klasse verwendet werden und sich auf alle möglichen Kategorien von Dingen und Lebewesen, einschließlich Göttern und Dämonen beziehen. Je nach Kontext kann *jati* viele Bedeutungen annehmen wie Geschlecht, Rasse, Kaste, Abstammungsgemeinschaft, Stamm; aber auch: Religionsgemeinschaft, Volksgruppe, Berufsgruppe, Nation etc.

Trotz seiner Bedeutungsvarianten kann *jati* als ein soziales Modell beschrieben werden: Der einzelne Mensch wird in eine *jati* hineingeboren, und durch diese geburtsmäßige Gruppenzugehörigkeit wird ihm eine Identität zugeschrieben, die für ihn konstitutiv ist. Durch seine Zugehörigkeit zu einer *jati* wird ihm auch seine Berufstätigkeit zugewiesen. Innerhalb der *jati* werden die Ehen arrangiert (Endogamie) und nur mit seinesgleichen wird gemeinsam gegessen und die Wasserpfeife, die Hookah, geraucht (Kommensalität). Die *jati* ist damit Lebens-, Berufs- und Heiratsgemeinschaft. Die Zugehörigkeit zu einer *jati* begründet einerseits die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder, andererseits zwischen den verschiedenen *jatis* eines Dorfes und eines bestimmten Gebiets. Daher erscheint es plausibel, dass der jeweilige Kastenrat, der Kastenpanchayat, eine entscheidende Ordnungs- und Rechtsinstanz für den Einzelnen ist. Das in einem Dorf entfaltete und in einer Region verankerte Kastensystem erinnert damit an eine funktional und hierarchisch hoch verdichtete multi-ethnische Gesellschaft.

Ein einzelner und einfacher Entstehungsgrund für dieses System wird sich nicht finden lassen. Es ist parallel zur Ausbreitung und Konsolidierung einer Bauerngesellschaft über den indischen Subkontinent und im Laufe von rund dreitausend Jahren entstanden. Während dieses Prozesses haben vermutlich dominante Bauernkasten Brandrodung treibende Stämme nicht nur verdrängt, sondern zu Teilen kooptiert, in spezialisierte, abhängige Tauschbeziehungen und schließlich Berufsnischen gedrängt oder zu rechtlosen Erntearbeitern und Wanderarbeitern verwandelt. Das hier aufgezeichnete einfache Modell stellt einerseits eine im jeweiligen Dorf als selbstverständlich erfahrene Lebensrealität, andererseits zugleich ein Erklärungsmodell dar: Auf diese Ordnungsannahme gestützt kann mit guten Gründen der einzelne Dorfbewohner sich ein vereinfachtes Bild von der unendlich differenzierten indischen Dorf- und Stadtgesellschaft machen, die sich jenseits seines engen Dorfhorizonts erstreckt. Die äußeren Grenzen dieser Realität der eigenen *jati* oder der fremden *jatis* sind aber von dem einzelnen Mitglied nicht zu erfassen: Der Lebens-, Arbeits- und selbst der Heiratshorizont des Kastenmitglieds übersteigt selten das Dorf, eine lokale Ansammlung von Dörfern oder eine Subregion. In diesen konzentrisch erweiterten Kreisen findet der Einzelne seine Berufsstelle, seine Sozial- und seinen Ehepartner. Die *jati*, der er zugerechnet wird, ist aber – wenn auch von Fall zu Fall unterschiedlich – nach Name, Anspruch, Entstehungsle-

gende, politischer Anerkennung und sozialer Verfasstheit eine soziale Gruppe, die sich über weite oder alle Teile einer Region erstreckt. Es ist die Verbreitung der Regionalsprachen und der in ihnen existierenden städtischen Netzwerke und Herrschaftssysteme, die der Ausbreitung einer Schreiber-, Händler-, Bauern-, Handwerker- oder Künstlerkaste normalerweise ihre Grenzen vorgeben.

Die *jatis* bilden damit einerseits lokal erfahrbare Lebenswirklichkeiten und andererseits überlokal „vorgestellte Gemeinschaften“, deren Mitglieder sich niemals begegnen werden. In vorkolonialer Zeit sind sie auch selten in der Lage, sich politisch oder wirtschaftlich zu organisieren oder sich unter einen gemeinsamen Kastenrat zu stellen. Die erfahrbare und verpflichtende Lebenswirklichkeit der Kaste ist stattdessen ihre unterste Einheit, die (in Nordindien) als „Bruderschaft“ (*biradari*) bezeichnet wird. Innerhalb dieser exogamen, auf mehrere Dörfer verteilten Einheit findet der Einzelne ein für ihn überschaubares soziales Milieu, spezifische Berufs- und Verhaltensvorgaben, einen dafür zuständigen Kastenrat und seinen sozialen Interaktionskreis. Die Ehepartnerin findet er außerhalb seiner *biradari*, aber innerhalb seiner endogamen *jati*.

Damit steht das einzelne Kastenmitglied immer im Zentrum eines Kreises, den er nur teilweise überblickt. Diese Struktur ist zudem ständig in Bewegung. Sie ist ebenso flexibel und kreativ wie diejenigen sozialen Systeme und Ordnungen – zumeist einer Region –, die den Kasten ihren Stellenwert, ihre Funktionen und Aufstiegschancen vorzeichnen.

Das lässt sich im Kleinen wie im Großen, im Dorf und in der Region veranschaulichen. Dazu müssen wir zunächst die bislang vernachlässigte Dimension von ritueller Reinheit und Unreinheit im lokalen und regionalen Kastensystem betrachten.

Reinheit und Unreinheit

Im Dorf stehen die *jatis* in einer zumeist eindeutigen, durch die Höhe der Entlohnung, die Rangfolge bei Ritualen und die Privilegien bei Festen akzentuierte Hierarchie, die zugleich entlang einer Skala der Reinheit und Unreinheit begründet wird. Brahmanische, archaisch-ethnische und „realistische“ Vorstellungen liefern dazu eine Vielzahl oft widersprüchlicher, äußerst differenzierter und zugleich wechselseitig verbundener Kriterien.

Als unrein gilt, wer gegen einen brahmanisch sanktionierten und von Brahmanen und der Hindulite exemplarisch

vorgelebten Verhaltenscode verstößt: Wer beispielsweise Tiere tötet und Fleisch isst, wer Palmschnaps destilliert oder trinkt, wer die rites de passage – Geburt, Heirat, Tod – ohne brahmanische Zeremonialleistungen durchläuft (weil er keinen Brahmanen findet oder bezahlen kann), gilt nach diesem Code als unrein. Als unrein gilt aber auch, wer gegen uralte „ethnische“ oder „tribale“ Tabus verstößt: Wer beispielsweise mit abgeschnittenen Haaren und Zehennägeln (der Barbier), mit Menstruationsblut (der Wäscher) oder mit Toten (Leichenbestatter) in Berührung kommt, gilt als unrein. Als unrein gilt weiterhin, wer nicht nur nach diesen, sondern nach fast modern anmutenden realistischen Vorstellungen als unrein, also als krank, ansteckend und gefährlich gilt: Wer als Straßenfeger arbeitet und die Fäkalien der Höherkastigen beseitigt, wer die Tierkadaver beseitigt, aus Armut von ihnen isst und das Leder verarbeitet, gilt ebenfalls als unrein.

Der Grad der Reinheit bzw. der Unreinheit wird nicht nur durch die Tätigkeit, also durch den direkten Kontakt mit als unrein geltenden Materialien, des Einzelnen festgelegt, sondern auch durch seine Abstammung. Nachkommen unreiner Eltern gelten wie die anderen Mitglieder ihrer jati von Geburt an als unrein, so wie die Nachkommen reiner Eltern als rein. Es existiert die Vorstellung, dass die Mitglieder einer jati sich durch bestimmte, quasi natürliche Eigenschaften, Qualitäten (guna) auszeichnen, die als Substanzen gedacht, weiter vererbt, aber auch durch direkten Kontakt weiter gegeben werden. Sie sind Ausdruck der Differenz zwischen Menschen und ihren jatis. Sie bestimmen entscheidend die Art der Lebensführung eines Menschen, das, was er machen darf und soll und was nicht (Marriott/Inden 1977; 1991). Ein Latrinenreiniger besitzt also aufgrund seiner Geburt eine „natürliche“ Disposition, eine solche unreine Tätigkeit auszuführen, die wiederum seine Unreinheit wegen des laufenden Kontakts mit Unreinem immer wieder aufs Neue festigt. Als rein geltende Angehörige einer jati hingegen sind stets darauf bedacht, nur solche Tätigkeiten und Kontakte mit anderen Menschen zu pflegen, die ihre Reinheit nicht gefährden. Ein Kontakt mit einem Niederrangigen oder gar mit einem Unreinen verbietet sich, um die Gefahr zu bannen, schlechte Substanzen in sich aufzunehmen, die, je nach Situation, nur mit einiger Mühe wieder zu entfernen sind. Reinheit wird stets negativ definiert und als Freisein von Unreinheit und damit als Vermeidung von Unreinheit in der Interaktion mit anderen gesehen, sie ist laufend bedroht und muss daher geschützt werden. Reinheit ist gleichbedeutend mit

Ordnung und Ritual, Unreinheit mit Chaos und Veränderung (Michaels 1998). Vielerlei Vorstellungen und Kriterien konstituieren damit eine Skala von Unreinheit bzw. Reinheit, die, obwohl von Region zu Region und selbst von Dorf zu Dorf durchaus unterschiedlich, fast immer weitgehend parallel zu dem Gefälle an Macht und Einkommen zwischen den Kasten verläuft. Sie ist das einer traditionalistischen Bauernkultur angemessene Bild und spezifische Anschauungsmaterial für die abstrakte Kategorie des sozialen Prestiges. Die Hierarchien der Macht, des Besitzes und des Prestiges sind deshalb im Rahmen des Kastensystems und des jeweiligen Dorfs zu einer weitgehenden, allerdings immer prekären Deckungsgleichheit gebracht worden. Ständig veränderbar, muss sie immer wieder aufs Neue hergestellt und readjustiert werden. Die Kastenstruktur in einem Dorf, eines Gebiets oder Region bleibt beständig in Bewegung, weil aufgrund eigener Anstrengungen oder einer Änderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen bestimmte jatis an Macht, Einkommen und Prestige gewinnen oder verlieren. Entsprechend dieser Änderungen erhalten sie einen höheren oder niederen sozialen Status und Grad an Reinheit bzw. Unreinheit.

Aufstieg und Abstieg

Soziale Auf- und Abstiegsprozesse erfolgen damit ständig, im Rhythmus des Generationenwechsels und im Rahmen einer sozialen Gruppe – der jati oder eines ihrer Segmente. Angesichts der Vielfalt der Ursachen lassen sich nur Beispiele, aber kein Repertoire der Faktoren des Auf- oder Abstiegs, der Spaltung und der Umbildung von jatis aufführen.

Zwei fast durchgängige Prinzipien dieser Aufstiegs- und Abstiegsprozesse lassen sich aber benennen: Der Verlust oder Gewinn an Macht und Besitz bilden fast immer den Ausgangspunkt für den Verlust oder Gewinn an ritueller Reinheit. Zugleich gilt, dass selten die Gesamtheit einer jati zum Nutznießer oder Opfer sozialen Auf- oder Abstiegs wird. Fast immer sind nur Teile davon betroffen. Es kommt damit auf Dauer zu einer Abspaltung: Eine neue Untereinheit entsteht, die von nun an entweder eigenständig weiterexistiert oder aber mit einer anderen jati eine soziale Kooperation pflegt, Heiratsbeziehungen aufnimmt und sich am Ende mit ihr verbindet. Einige idealtypische Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Auch innerhalb einer dominanten Bauernkaste zeigen sich von Anfang an aufgrund von Erbteilungen oder Missernten

wachsende ökonomische Unterschiede. Einzelne Bauern sind verschuldet, sind zu Pächtern oder sogar zu sharecroppers (Naturalpächter) geworden. In dem Maße, in dem sie nur noch bei vergleichbar verarmten Familien Heiratspartner finden, ihre zeremoniellen Ausgaben reduzieren und Brahmanen nicht mehr patronisieren und beschenken können, beginnt sich ihr sozialer Interaktionsradius zu verkleinern. Sie werden von den besser gestellten Kastengenossen gemieden und ausgegrenzt. Ausgelöst durch vereinzelte und demütigende Konflikte um Respekt und Privilegien, Vorrang und Sitzordnung, wird den Anordnungen des Kastenrats nicht mehr Folge geleistet, und es beginnt sich eine neue Unterkaste rasch mit einer eigenen Entstehungslegende und einem eigenen, verletzten Würdegefühl zu konstituieren.

Ein weiteres Beispiel: Einer Palmheger-, einer Ölpresser- oder einer Schmiedekaste gelingt es, ihre Produkte – Palmschnaps, Speiseöl und Metallgerät – in einem größeren Umkreis auf Wochenmärkten und Basaren mit Gewinn zu verkaufen. Nicht alle Kastenfamilien werden von den neuen Vermarktungschancen gleichermaßen profitieren, vielmehr werden diejenigen Kastengenossen, die die Produkte verkaufen, neuen Einfluss und Reichtum gewinnen. Indem sie sich aus der Herstellung zurückziehen und sich auf eine angesehene, städtische Kundschaft orientieren, tauschen sie unmerklich über die Zeitspanne von zwei oder drei Generationen die Rolle des unansehnlichen Handwerkers mit derjenigen des bislang noch sozial unbestimmbaren Händlers aus. Ihre Kastengenossen zunehmend meidend, als Zulieferer ausbeutend und zugleich in Schuldabhängigkeit haltend, investieren sie jetzt in den Gewinn an sozialem Prestige. Sie trinken keine berausenden Getränke mehr, kochen mit reinem Butterfett und leben vegetarisch. Sie stiften Schreine und finden verarmte Brahmanen, die bereit sind, bei ihren Heirats- und Sterbezeremonien mitzuwirken. Bald ist der Zeitpunkt erreicht, ab dem die verarmten Mitglieder einer regionalen Händlerunterkaste bereit sind, die Töchter und damit die stattliche Mitgift dieser Parvenüs als Bräute und als Finanzierungsinstrument zu akzeptieren. Auch wenn dieser Brauttausch von den übrigen Mitgliedern der Händlerkaste verurteilt wird und die entsprechenden Familien sozial gemieden werden, so zeigt sich schließlich dennoch eine soziale und rituelle Konvergenz.

Die neuen und aufstrebenden Händlerfamilien bilden mit den von Sanktionen und Kastenausschluss bedrohten Familien der etablierten Händlerkaste eine neue endogame Gruppe, rituelle Gemeinschaft und soziale Einheit: Eine neue jati ist entstanden, die als (zunächst noch fragwürdige) Untergruppe der Händlerkaste gilt und deshalb die Prestige- und Aufstiegsinteressen der betreffenden Emporkömmlinge erfüllt. Künftig werden sich diese neuen Förderer und Patrone brahmanischer Schreine und Zeremonien von Hausbrahmanen eine Abstammungslegende schreiben lassen, die ihre Zugehörigkeit zu der entsprechenden Händlerkaste über alle Zweifel stellt.

Wie diese Beispiele zeigen, verfügt diese Bauerngesellschaft mit der (Unter-)Kaste über eine ebenso plastische wie produktive Organisationsform, die es ihren Mitgliedern gestattet, immer wieder neue soziale Chancen zu nutzen oder Notlagen zu meistern. Die Plastizität und Produktivität dieser Ordnung zeigt sich weniger in kollektiven, also allen Mitglieder einer jati erfassenden sozialen und rituellen Aufstiegs- und Abstiegsprozessen als vielmehr in beständigen Prozessen der internen Abgrenzung oder Ausgrenzung, die zur Bildung einer neuen Unterkaste und ihrer eventuellen Verbindung mit einer anderen führen.

Aufstiegsinteressen, Anpassungsfähigkeit, selbst Innovationsbereitschaft und Erfindergeist mögen in dieser Ordnung von einem Einzelnen, einer Familie oder einem Clan ausgehen. Um aber zum sozialen Erfolg zu führen, müssen sie die Form einer kollektiven Anstrengung und Organisation annehmen – also der Bildung einer neuen Unterkaste. Damit wird zugleich eine notwendige Voraussetzung und Konsequenz des Beharrungsvermögens, also der Ausbreitung und Konsolidierung des Kastenregimes, deutlich, nämlich seine fortlaufende Differenzierung. Dem System bleiben die Chance und das Geschick, der strukturelle Zwang und die soziale Neigung eingeschrieben, durch die Herausbildung neuer Unterkasten sich in neuen Regionen einzunisten, sich an neue soziale, tribale, ethnische Milieus anzupassen und sich neuer wirtschaftlicher und politischer Möglichkeiten und Technologien zu bemächtigen. Erst die Ausdehnung über einen Subkontinent, schließlich die Nutzung langsamen oder beschleunigten sozialen Wandels hatten deshalb die Ausbildung und Umbildung neuer Unterkasten zur Voraussetzung und zur Folge. Auf der Grundlage und im Rhythmus der Spaltung und des Zusammenschlusses der Kastensegmente konnte das System, also diese Bauerngesellschaft, einen Subkontinent er-

obern und seitdem alle gesellschaftlichen Wandlungsprozesse – die Entstehung von Städten, Regionalreichen, neuen Technologien und Wirtschaftsstrukturen – mittragen und begleiten. Erst mit der Kolonialzeit und den seither ausgelösten oder beschleunigten Prozessen einer Urbanisierung, Individualisierung und wachsenden kulturellen wie politisch-rechtlichen Modernisierung der Lebenswelten ist diese Anpassungsfähigkeit zunehmend in Frage gestellt. Unsere Schilderung der Kastengesellschaft hat bislang auf die Darstellung der religiösen Begründung dieses Systems, die mit dem Wiedergeburtsglauben verbunden ist, verzichtet. Diese Begründung erschien aber seit alters her den Betrachtern Indiens als ebenso einzigartig wie diese Gesellschaftsordnung selbst, und ohne sie glaubten sie weder das Kastensystem noch den Hinduismus begreifen und beschreiben zu können. Damit ist diese Ausklammerung des Wiedergeburtsglaubens bereits in sich eine Aussage. Denn diese Darstellung ist von der Annahme geleitet, dass das Kastensystem in seiner lokalen und regionalen Ausprägung ebenso wie der Hinduismus als umfassende Volksreligion nicht nur ohne den Rückgriff auf diese Begründung beschrieben und verstanden werden kann, sondern dass beide weitgehend unabhängig von einem solchen Glauben entstanden sind. Da aber dieser Glaube die Religion des Brahmanismus ebenso wie die des Asketismus stark geprägt hat, da er auf der Ebene einer gesamtindischen brahmanischen und sanskritistischen „großen Tradition“ seit jeher vorausgesetzt und propagiert wird und hier zur Begründung und Festigung weniger der lokalen und regionalen Kastenregime als eines diesen Strukturen übergeordneten Modells sozialer und ritueller Hierarchie eingesetzt wird, soll dieser Glaube an dieser Stelle als eine individuelle Interpretationsoption, als eine Herrschaftsideologie und als ein Deutungsmuster der sozialen Welt, also als eine spezifisch indische Theodizee, dargestellt werden.

Der Wiedergeburtsglaube

Nach diesem Modell wird der Einzelne in seine Kaste hineingeboren, und dieser Akt der Geburt schreibt ihm zugleich seinen Lebensweg vor: Auf seiner Lebensreise sollte er im wohlverstandenen Eigeninteresse den für seine Kaste traditionell festgelegten Berufs-, Verhaltens- und Ritualvorschriften, seinem dharma, genauestens folgen. Verletzt er diese Vorschriften, so erwirbt er schlechtes „Verdienst“, negatives karma, erfüllt oder übererfüllt er – im Rahmen der seiner Kaste zugestandenen Spielräume –

diese Vorschriften, so erwirbt er gutes „Verdienst“, positives karma. Seinem Gesamtverhalten, seinem Lebensweg entspricht damit ein laufendes ethisches Konto, eine positive bzw. negative Verdienstakkumulation. Stirbt er, so entscheidet die Höhe seines positiven oder negativen karmas über den Grad seiner höheren oder niedrigeren Wiedergeburt. Er kann zum einen als Gras, als Insekt, als „Wurm im Darm eines Hundes“, zum anderen als Krieger, als Brahmane oder in der Götterwelt wiedergeboren werden. Das Lebensschicksal und damit die Wanderung durch die Ränge der Tier-, Menschen- und Götterwelt sind vollständig in die Hände, in die ethische Verantwortung des Einzelnen gelegt. Soziale Konformität werden ihm nahe gelegt, und dieses ethische und zugleich egoistische Eigeninteresse sichert die Stabilität und Unwandelbarkeit der Gesellschafts- und Weltordnung, auch weil die Wiedergeburtstheorie zusammen mit der Karma-Dharma-Kausalität jedem Menschen seine jeweilige Stellung in der Kastenhierarchie einsichtig macht: Jeder interpretiert seine aktuelle Lebenslage als Folge seines Verhaltens im vorherigen Leben. Man nimmt hin, was man hat, der Wunsch nach Änderung kommt nicht auf. Als letztes Ziel dieser Lehre gilt die Befreiung (moksha) aus dem „Rad der Wiedergeburten“ (samsara).

Der auf diesen vier Begriffen beruhende Wiedergeburtsglaube – und mit ihm vorgeblich das Kastensystem – prägt aber nicht das in den Dörfern und den Regionen verankerte Kastensystem. Die Doktrin setzt die Existenz eines solchen Systems voraus, aber kein Brahmane und kein Text der „großen Tradition“ haben jemals versucht, die Kastenordnung eines Dorfes oder einer Region mit Hilfe von beidem exakt zu beschreiben. Auf der gesamtindischen Ebene, also derjenigen der großen Texte, der großen Tempelzentren und der großen Hindudynastien waren aber die gebildeten, mächtigen und spezialisierten Brahmanenfamilien gezwungen, parallel zu dieser Doktrin ein einfaches, viergliedriges Gesellschafts- und Herrschaftsmodell zu entwerfen, das die Vielzahl, Unbestimmbarkeit und Veränderungsfähigkeit der lokalen und regionalen Kastenregime überwölbte. Einer universalen Doktrin musste ein entsprechend universales soziales Ordnungsmodell zur Seite gestellt werden.

Varna-Modell und Herrschaftsideologie

In seiner ausgearbeiteten, der Wiedergeburtstheorie adäquaten Form besteht dieses Rangmodell aus vier gesell-

schaftlichen „Ständen“, varna genannt: An der Spitze stehen die Priester (Brahmana), ihnen folgen die Krieger (Kshatriya), die Händler und Bauern (Vaishya) und die Handwerker (Shudra). Die aber außerhalb und unterhalb des Modells stehen, werden als kastenlos (a-varna: keine varna habend) und unberührbar (a-sprishya: nicht zu berühren) charakterisiert.¹ Dieses Ordnungsmodell greift auf lange zurückliegende Bilder und Konventionen zurück, die zu Teilen bereits außerhalb Indiens und vor der Begründung der Wiedergeburtstheorie entstanden waren. Als varna (wörtlich Farbe) werden diese vier Gesellschaftsgruppen selbstverständlich nicht aufgrund einer eventuellen Unterscheidung der Hautfarbe bezeichnet, sondern in diesem Begriff lebt eine in vielen frühen indogermanischen Mythentraditionen nachweisbare Neigung weiter, den wichtigen gesellschaftlichen Funktionen, weniger den Gruppen, besondere Farben zuzuordnen. Charakteristisch für diese indogermanische Tradition war auch eine Dreiteilung der gesellschaftlichen Funktionen in die Aufgabenbereiche des Opfers, des Herrschens und der Viehzucht, die sich in den oberen drei Kategorien des Schemas noch wieder findet. Priester, Krieger und Händler/Bauern bilden zusammen die rituell enorm privilegierte Gruppe der Zweimalgeborenen (dvija). Sie bilden also jene soziale Elite, die aufgrund ihres Zugangs zu exklusiven brahmanischen Betreuung-, Beratungs- und Opferleistungen eine zweite, rituelle Geburt und soziale Initiation erfährt.

Nicht nur ist der hochrangige Brahmane von seiner ursprünglichen Funktion und in seinem fortdauernden Selbstverständnis ein Opferspezialist, auch der Begriff Vaishya bezeichnet wohl ursprünglich den Viehzüchter und nahm erst später die Bedeutung Händler an. (Nomaden-)Völker, die sich im Rahmen indogermanischer Ordnungs- und „Farb“-vorstellungen regulierten und interpretierten und die von Opferspezialisten, Kriegern und Viehzüchtern dominiert wurden, sind aber nicht nur archäologisch nachweisbar. Seit Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends sind diese Indoarier nach und nach in Nordindien eingedrungen, sie haben auch ihre Sprache – das vedische Sanskrit –, ihre Opfertechniken, ihre Literatur und ihre Ordnungsvorstellungen mitgebracht. Sie haben dort dieses kulturelle und soziale Ensemble behauptet, angepasst und erweitert. In einem späten Hymnus des Rigveda, dem ältesten Denkmal indischer Sakraliteratur, wird die Erschaffung der Welt als Opferung des Ur-Menschen, des Purusha, durch die Götter beschrieben. Neben all den anderen Bestandteilen

des Kosmos, der unbelebten und der belebten Natur sollen bei diesem Opfer auch die vier varnas entstanden sein: „Der Brahmane war sein Mund, die Arme wurden zum Kshatriya gemacht, seine Schenkel zum Vaishya, und aus seinen Füßen entstanden die Shudras“ (Michaels 1998, S. 187). Zu einem nur vage bestimmbar Zeitpunkt – wohl nach dem Beginn des ersten vorchristlichen Jahrtausends und vor der Entwicklung der Städte und des Buddhismus seit dem fünften vorchristlichen Jahrhundert – ist damit eine von Brahmanen, Kriegern und Viehzüchtern geprägte und dominierte Bauerngesellschaft und ein ihr entsprechendes schematisches Ordnungsmodell entstanden, in dem die Mehrheit der Bevölkerung, die Bauern, als Shudras Erwähnung und rituelle Abgrenzung erfahren. Aber erst später, vermutlich seit dem Beginn der christlichen Zeitrechnung, ist mit dem Gesetzbuch des Manu (Manusmṛiti) eine fortan autoritative Gesamtdarstellung und Gesamtordnung der sozialen Ränge und eine von Brahmanen für Brahmanen begründete Herrschaftsideologie entstanden. Dieser Urtext der brahmanischen Gesellschaftstheorie und der Rechtsliteratur wiederholt nicht nur den wahrhaft kosmischen und gesellschaftsbegründenden Opfermythos des Purushasukta, er detailliert auch die Rechte und Pflichten der varnas, er verkündet und verteidigt konsequent die Rangfolge, die unüberwindbare Eigennatur und die unterschiedlichen Reinheitsgrade, Privilegien und Funktionen der varnas.

Wichtig aber ist, dass diese Magna Charta der sozialen Ungleichheit, Abstufung und Arbeitsteilung bereits schemenhaft auf eine später die „fünfte“ genannte Gruppe (panchama) Bezug nimmt, die unterhalb des Varna-Systems steht und zu der zum Zeitpunkt der Entstehung des Kastensystems ein erheblicher Teil, wenn nicht die Mehrheit der indischen Bevölkerung zählte. Es handelt sich dabei um all jene alleingesessenen Gruppen und Stämme (Adivasis), also Hirten- und Nomadenstämme, Brandrodungsbauern oder bereits sesshafte Bauernethnien, die noch außerhalb des erst in Nordindien ausgeprägten Kasten- und Herrschaftssystems stehen, das den Brahmanen und dem Manusmṛiti als Ideal vorschwebt.

Auf der Grundlage des Varna-Modells entwerfen die Brahmanen aber eine Herrschaftsbegründung und Lebensordnung. Die vier varnas stehen von oben bis unten in immer wieder anderen Interessenkoalitionen gegeneinander. Da ist der Brahmane: Er steht einerseits an der Spitze der Gesellschaft, und ohne seine Beratung und seine Opfer kann der König Recht und Ordnung nicht auf-

rechterhalten. Zugleich steht der Brahmane gegen die und außerhalb der Gesellschaft, denn sein höchstes und ihm persönlich aufgetragenes Lebensziel ist die Erlösung. Brahmane und König erhalten gemeinsam die Ordnung der Welt. Das bedeutet, dass der König der Sicherung von Recht und Ordnung mit Hilfe von Gewalt (danda: Stock) und der Patronage von Brahmanen nachkommen muss. Zusammen mit den Vaishyas bilden diese drei varnas, die als Zweimalgeborene (dvija) jene „gute Gesellschaft“ und soziale Elite bilden, die zu brahmanischer Erkenntnis, Beratung, Ritualistik und Erlösungstechnik Zugang erhält.

Mit den ihnen dienenden Shudras erweitert sie sich zur sozial geordneten Gesamtgesellschaft, die gegen die als unrein, sittenlos und sozial und rituell chancenlos eingeschätzten Unberührbaren, Ureinwohner (Adivasi) und Fremden (mleccha) steht. Indem die dvijas die Masse der Shudras beherrschen, konstituieren und regeln sie zugleich eine bestandsfähige Gesellschaftsordnung, die sich immerfort vor dem als sozial regellosen und rituell befleckt geltenden „Abschaum“ in den Dörfern und einer anarchischen und bedrohlichen tribalen Peripherie schützen muss. Auf diese Kreise ist die Kenntnis dieses Herrschafts- und Gesellschaftsideals auch zumeist beschränkt gewesen. In den Händen einer jeweiligen brahmanischen, aristokratischen und städtischen Machtelite, also in den Hindu-Regionalreichen und deren Palast-, Tempel- und Bazar-Zentren, diente dieses Modell als vereinfachende Interpretation und schematische Darstellung der Sozial- und Herrschaftsverhältnisse. Für diese Eliten ebenso wie für die in diese Eliten drängenden Gruppen – obskure Lokalherrscher und Stammeskönige, tribale Priester oder dörfliche Ritualisten, ambulante Gewerbe oder Hausierer – war es von Bedeutung, dass ihnen und ihrer Gruppe der Rang eines Brahmana, Kshatriya oder Vaishya zugestanden wurde.

Diese Aufsteiger verwandeln sich zu den überzeugten Apologeten und Propagandisten jener Sozial- und Herrschaftsdoktrin, der sie ihr neues Prestige, ihre neuen Interaktionschancen und ihren gesamtindischen Status verdanken. Für die überwältigende Masse der indischen Bevölkerung, die als Bauern, Dorfhandwerker und -diener den Shudras oder als Unberührbare und Stammesgemeinschaften (Adivasi) einer fünften Kategorie, den Panchamas, zu-

gerechnet werden, war diese Doktrin zumeist unbekannt und weitgehend ohne Bedeutung.

Antibrahmanische Entwürfe

Der universale Anspruch auf Verbindlichkeit des brahmanischen Varna-Modells, das die Vorherrschaft der sakralen über die weltliche Macht begründet, wurde und wird stets durch konkurrierende Modelle infrage gestellt, die wiederum selbst den Vorrang bestimmter Gruppen legitimieren sollen. Statt einer, brahmanozentrischen Hierarchie existieren mehrere Hierarchien, die als gleichwertig angesehen werden. Die postulierte Einheit, Einheitlichkeit und Einfachheit der hinduistischen Gesellschaft werden damit konterkariert. Diese Gegenmodelle, wie das brahmanische hierarchisch angelegt, begründen den Vorrang des Königs oder des Asketen gegenüber dem Brahmanen (Burgart 1978). Die Prinzipien der Hierarchie und der allgemeinen Gültigkeit werden somit nicht aufgegeben, sie werden nur anders definiert und begründet. Der Brahmane rekurriert auf die Varna-Theorie, der Asket auf die Seelenwanderung, die er allein überwinden kann, und der König auf seine Oberhoheit über das Land. Realiter war es wohl so, dass eine auf den Herrscher zentrierte, vertikale Sozialordnung im Verein mit einer entsprechenden Begründung ihre innere Hierarchie an der Nähe der Personen bzw. der Gruppe zur Spitze ausrichtete. Der König besaß die Autorität und die Macht, die notwendig ist, diese ungleiche Sozialordnung aufrechtzuerhalten. Diese Machtmittel befanden sich nicht in den Händen der Brahmanen mit ihrer sakral begründeten Vorrangigkeit, sondern des Königs, also der politischen Macht (Cohn 1971, S. 129ff.). Heutzutage haben die landbesitzenden, dominanten Kasten eines Dorfes oder einer Region die Rolle übernommen, die der König früher für den Bestand des Kastensystems innehatte.

Egalitäre Vorstellungen sind vor allem bei den volkstümlichen Bewegungen der Bhakti-Religion vorzufinden, die sich zuerst im siebten Jahrhundert in Südindien und später dann ab dem 12./13. Jahrhundert in Nordindien ausgebreitet haben. Bhakti bedeutet Teilhabe, Hingabe an einen Gott. Alle Bhakti-Bewegungen heben die Gleichheit der Menschen vor und den direkten Zugang zu dem Schutz gewährenden und Heil bringenden Gott hervor. Sie richten sich, wie schon lange vor ihnen der Buddhismus und der Jainismus, gegen die Vorherrschaft der Brahmanen und ihren Ritualismus, sie lehnen die Kastengesellschaft ab, und viele von ihnen haben zu großen

sozialen Veränderungen geführt. Bereits in der Bhagavadgita, einem zentralen Text der hinduistischen Tradition, wohl aus dem zweiten Jahrhundert n. Chr., wird trotz des geforderten Berufstraditionalismus der Zugang zum Heil nicht mehr kastenmäßig differenziert, sondern grundsätzlich allen Menschen, unabhängig von ihrem sozialen und rituellen Status, eröffnet. Indem der Einzelne selbstlos, ohne an die Früchte seines Tuns zu denken, seine ihm auferlegten Pflichten erfüllt und sich dem allmächtigen Gott Krishna mit all seinen Sorgen und Nöten anvertraut und seinem Willen unterwirft, wird er durch Krishna selbst in einem Akt der Gnade erlöst. Weiterhin wird in volkstümlichen Legenden beispielsweise berichtet, dass Krishna im Hause eines niedrigkastigen Freundes verkehrte und dort auch aß, oder dass Rama Beeren aus der Hand eines Unberühmbaren angenommen hat. Auch stammten bekannte Vertreter der Bhakti-Religion, wie z.B. Ravidas, Tukaram und Kabir, selbst aus unteren Schichten ab, und einige von ihnen waren, wie Mirabai, Frauen.

Dieses anti-brahmanische Aufbegehren zeigt sich auch in den sozial-reformistischen Bewegungen des Neohinduismus (Brahmo Samaj, Arya Samaj, Ramakrishna Mission, auch: Mahatma Gandhi), die alle in Reaktion auf den Kolonialismus seit Mitte des 19. Jahrhunderts sich herausgebildet haben und die Kastenordnung ablehnen – so wie die Hindu-Nationalisten, die die indische Nation als eine große Familie betrachten, die Neo-Buddhisten, die der hierarchischen Hindugesellschaft entfliehen möchten, und der unabhängige indische Staat, der in der Verfassung die Unberührbarkeit für abgeschafft erklärt hat. Die in der Kastenhierarchie Untenstehenden interpretieren ihren niedrigen Status als Folge eines unverschuldeten Unfalls, eines Missverständnisses oder schlichtweg von Betrug, also ohne eigenes Zutun oder Fehlverhalten. Eigentlich stünde ihnen ein höherer Rang in der Gesellschaft zu.

Modernisierungsprozesse

Mit der Durchsetzung der britischen Kolonialherrschaft und den einhergehenden Modernisierungsprozessen wird der soziale Wandel in Indien immer schneller und umfassender. Dieser Transformationsprozess, der sich seit der Unabhängigkeit im Jahr 1947 nochmals beschleunigt hat, hat das Kastensystem in all seinen Erscheinungsformen, Funktionen und Begründungen entweder direkt oder über die Umgestaltung seiner Rahmenbedingungen nachhaltig verändert. Diesem vielfälti-

gen Wandlungsprozess soll abschließend kurz nachgegangen werden.

Indem Modernisierungsprozesse, also zunehmende Kommerzialisierung und Industrialisierung, Verstädterung, Alphabetisierung, Individualisierung und schließlich Demokratisierung, die religiösen, (dorf-)wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Kastensystems grundlegend verändern, verändern und schwächen sie das System von innen heraus. Angesichts der Vielfalt dieser Einwirkungen wird es nicht erstaunen, dass das Kastensystem sich heute auf überaus verwirrende und widersprüchliche Weise sowohl anpasst und weiterentwickelt als auch zurückzieht und auflöst.

Verstädterung, vor allem aber Massenkommunikation und Verkehr haben seit Jahrzehnten dazu beigetragen, dass das Wechselverhältnis und das Gewicht der fünf Grundrichtungen des Hinduismus sich immer stärker zu Gunsten der Volksreligion und der Religion des Brahmanismus verschieben. Ein immer größerer Teil der indischen Bauernbevölkerung kann nicht nur große Tempelzentren besuchen, über Schulen, Film, Radio und Fernsehen werden sie mit den Göttern, den Epen, den religiösen Begründungen und partiell mit den philosophischen Systemen einer bislang nur einer Elite vorbehaltenen „großen Tradition“ vertraut. Diese Auflösung der Exklusivität einer hochbrahmanischen Tradition führt aber nicht umstandslos zu einer gleichsam demokratischen Breitenwirkung des Brahmanismus, zu einer neuen religiösen Orthodoxie und rituellen Einheitlichkeit. Diese neue Zugänglichkeit der „großen Tradition“ manifestiert sich eher in der Form eines immer breiteren und farbigeren religiösen Angebots, bei dem der Einzelne nun wählen kann, was ihm besonders liegt. Eine neue Breitenwirkung der „großen Tradition“ ist auch deshalb nicht in Sicht, weil sie in dem Maße, in dem sie immer zugänglicher wird, auch kritisiert und relativiert werden kann auf der Grundlage moderner Erkenntnisse und Rechtstitel sowie auf der Basis neuer Interessen und Forderungen. Vor allem aber entziehen die umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozesse dieser „großen Tradition“ ihre soziale Grundlage und ihren wirtschaftlichen Kontext.

Mit dem Eindringen der Geldwirtschaft in den Binnenraum der Dörfer, mit der Entstehung einer kommerziell orientierten Landwirtschaft und mit dem wachsenden Angebot industriell gefertigter Haushaltsgüter und Werkzeuge verliert das Jajmani-System seine Notwendigkeit und überlieferte Gestalt. Wichtige Güter und Werkzeuge können jetzt im Dorf oder in der Stadt eingekauft wer-

den. Der (Dorf-)Schmied, Töpfer, Leder-
verarbeiter, Seiler und Wagner werden
entweder nicht mehr oder nur noch sel-
ten, so für zeremonielle Anlässe, ge-
braucht. Es wächst die Neigung, sie
nicht mehr in Naturalien pauschal zu
entlohnen, also ihnen die Subsistenz zu
garantieren, sondern sie pro Produkt
oder Arbeit in Geld zu bezahlen. Unter
dem Druck der Verarmung wenden sie
sich manchmal anderen Beschäftigun-
gen und Gelegenheitsarbeiten zu, sie
arbeiten als Pächter oder sharecropper
(Naturalpächter). Sie produzieren für
städtische Märkte oder wandern ab.
Vergleichbare Prozesse zeigen sich bei
den Unberührbaren, die, da land- und
mittellos, besonders verwundbar sind.
Die dem Jajmani-System innewohnende
Komplementarität von kollektiver Fürsorge-
pflicht und Dienstpflichten geht ver-
loren. Das rituelle und soziale Rahmen-
werk dieses Systems der arbeitsteiligen
Dorfwirtschaft erscheint zunehmend
überholt. Bereits Mitte der 1960er Jahre,
so ergab eine Erhebung in drei Dörfern
unweit von Benares, arbeiteten nur noch
57 Prozent der berufsfähigen Männer
ständig im eigenen Dorf und lediglich
40 Prozent in ihren traditionellen Beru-
fen (Kantowsky 1970, S. 42 f.). Aufgrund
dieser Erfahrungen gesellschaftlicher
Aufstiegs- und Abstiegsprozesse und
aufgrund wachsender Kenntnis ihrer
Rechte und steigendem Selbstbewusst-
sein sind viele Dorfbewohner oft nicht
mehr länger bereit, sich der bestehen-
den lokalen Kastenordnung, also ihren
Gewohnheitsrechten, rituellen Abstufun-
gen und sozialen Diskriminierungen
klaglos zu fügen. Entweder nur für sich
oder für ihre jeweilige Unterkaste for-
dern sie neue Rechte und Absicherun-
gen, mehr Respekt und staatliche Ver-
sorgungsleistungen ein. Sie schwächen
damit die Verbindlichkeit von Kasten-
normen und verändern zugleich die lo-
kale Kastenordnung.

Die relative Prominenz des brahmani-
schen Modells in der jüngeren Vergan-
genheit ist ironischerweise eine Folge
der britischen Kolonialherrschaft, die
sich selbst dem Projekt der Modernisie-
rung und Zivilisierung Indiens verpflich-
tet fühlte. Ihr spezifischer Ordnungssinn
und ihre Verwaltungsbedürfnisse im Um-
feld einer unverstandenen und unheimli-
chen, unendlich variationsfähigen Ge-
sellschaft ließ sie nicht der Versuchung
widerstehen, auf der Basis des klaren
und übersichtlichen Varna-Modells die
Inder in Kasten einzuteilen, die dann in
der Summe die Gesamtgesellschaft er-
gaben. Für die Kolonialadministratoren
war die Kaste zuallererst ein „Ding“, ein
Objekt mit klar definierten Kennzeichen.
Diese mussten nur gesammelt, aufge-
schrieben und zusammengesetzt wer-
den. Daraus ergab sich dann ein rundes

Bild des indischen Kastensystems. Diese
Datensammlung wurde zum ersten Mal
1871 auf der Basis einer Volkszählung,
des Census of India, erstellt, der seither
regelmäßig alle zehn Jahre wiederholt
wird. Der Census objektivierte also eine
in der Vorstellung vorhandene indische
Kastenordnung, die realiter so gar nicht
existierte. Indien = Hinduismus = Kaste,
so lautete die Gleichung zum Verständ-
nis einer fremden Welt. Kaste wurde auf
einmal tatsächlich wichtig, da mit der
Einteilung der erfassten Kasten auf einer
Rangskala den Mitgliedern klar wurde,
wo sie, gesamtindisch gesehen, stehen.
Damit setzte auch der Kampf um Positio-
nen in dieser Hierarchie ein, die Kaste
wurde damit zu einer hoch politischen
Angelegenheit.

Kasten als politische und wirtschaftliche Interessengruppen

Die zunehmende Demokratisierung und
neuen Bedingungen politischer Interes-
senartikulation haben dazu geführt,
dass die Kasten, zunächst die einfluss-
reichsten und dominanten, dann die
schwächeren und landlosen, damit be-
gonnen haben, sich überlokal zu or-
ganisieren. Die Demokratisierung be-
schleunigt diesen Prozess und trägt da-
zu bei, dass innerhalb der Regionen,
also den Gliedstaaten, die Kasten stär-
ker zusammenrücken und sich eine ein-
heitliche Führung geben. Die jeweilige
jati operiert als Lobby, und ihre Spre-
cher setzen sie als pressure group und
Wählerblock ein. Diese neue Machtfül-
le und Nützlichkeit zeigen sich in vielfa-
cher Gestalt und in vielen Bereichen.
Die zum ersten Mal wachsend eigen-
ständige und einheitliche jati unterhält
eigene „Pilgerhotels“ und Vereinszent-
ren. Sie gibt eigene Zeitungen und Bro-
schüren heraus, und ihre Vertreter legen
Wert darauf, dass Mitglieder der Kaste
im Landesparlament und der Verwal-
tung angemessen vertreten sind. Ange-
sichts dieser neuen Nützlichkeit der jati
nimmt es nicht wunder, dass die Zuwan-
derer in den Städten den Zugang zu ih-
ren Kastengenossen suchen, und Ar-
beitslose bei den Unternehmern, Politi-
kern und Beamten ihrer Kaste vorstellig
werden. Besonders deutlich zeigt sich
diese neue Nützlichkeit beim Zugang zu
den Studienplätzen und den hoch be-
gehrten Stellen des öffentlichen Dien-
stes, der in den letzten 60 Jahren zuneh-
mend gemäß festgelegter Quoten regu-
lementiert worden ist. Würden anfangs
nur die Unberührbaren, die Scheduled
Castes, und die Stämme, die Scheduled
Tribes, von dieser „Reservierungspoli-
tik“ erfasst, indem 15,5 Prozent bzw.
7 Prozent der Stellen und der Studien-
plätze für sie reserviert blieben, so wur-

de zu Beginn der 1990er Jahre auf nati-
onaler Ebene der Kreis der Begünstig-
ten auf andere sozial und wirtschaftlich
benachteiligte, aber nicht unberührbare
Gruppen, die Other Backward Clas-
ses, ausgeweitet und weitere 27 Pro-
zent, insgesamt also 49,5 Prozent der
Stellen nach Gruppenzugehörigkeit
quotiert. Diese Quote wird in einigen
Bundesstaaten deutlich übertroffen und
beträgt z. B. im südindischen Tamil Na-
du 68 Prozent, während im Nachbar-
staat Karnataka über 90 Prozent der Be-
völkerung Gruppen angehören, für die
Stellen und Ausbildungsplätze reser-
viert sind. Die Kaste als Instrument zur
Vertretung politischer und wirtschaftli-
cher Interessen scheint aktueller denn
je zu sein, sie ist Ausdruck einer eigen-
tümlichen „modernity of tradition“ (Ru-
dolph/Rudolph 1967).

Aber diese neue Nützlichkeit und dieser
Funktionswandel der Kaste dürfen nicht
als die umstandslose Expansion und
Fortschreibung einer traditionellen lo-
kalen Kastenordnung in die modernen
Wirtschaftssektoren und Metropolen
missverstanden werden. Parallel zu der
Übernahme neuer politischer und prak-
tischer Aufgaben büßt das Kastensys-
tem in wachsendem Maß seine traditio-
nelle Sinnfälligkeit und soziale Selbst-
verständlichkeit ein. Andererseits gab
und gibt es immer wieder Versuche von
niedrigen Kasten, im Laufe von Genera-
tionen einen höheren Status in der sozi-
alen Hierarchie zu erreichen, indem sie
demonstrativ die Verhaltensnormen ri-
tuell höherstehender Kasten überneh-
men. Sie ändern also ihren Lebensstil,
ihre Essgewohnheiten (zum Beispiel Auf-
gabe des Fleischverzehrs), Rituale und
ihre Beziehungen zu anderen Gruppen
entsprechend und nähern sich den
brahmanischen Normen an. Dieser Pro-
zess der Sanskritisierung, der mit einem
der Verwestlichung der oberen Kasten
einhergeht (Srinivas 1962), stützt also
die traditionellen Hierarchien von Rein-
und Unreinheit, Macht und Ohnmacht,
Besitz und Armut. Der brahmanische Le-
benswandel als verbindliches Ideal und
Orientierung wird dadurch eher ge-
stärkt als geschwächt.

Allein, der Mehrheit derjenigen, die mit
Hilfe ihrer jati ihre Berufs- und Lebensin-
teressen verteidigen, gilt die jati jetzt
vor allem als nützliches Instrument, nicht
als selbstverständliche Lebensordnung.
Für diese Mehrheit bildet die Zugehö-
rigkeit zu ihrer Kaste nicht mehr ihre aus-
schließliche oder vorrangige Identität.
Aufgrund der politischen und wirt-
schaftlichen Ordnungen, in denen sie

heute leben, und zunehmend in ihrer eigenen Lebensgestaltung fühlen sie sich als Individualisten, die je nach Situation und Präferenz ihren Beruf und ihr Verhalten ändern können und wollen. Zumindest in den großen Transformationsmotoren, die die Städte bilden, zeigt sich diese Übernahme neuer Berufe, diese selbst gewählte Veränderung der Lebenslage oder sozialen Kreise und diese selbstbestimmte Verhaltensänderung in immer stärkerem Maße.

Den harten Kern des Kastensystems bildet aber das Gebot der Endogamie, es begrenzt und definiert die ehemals das Lebens- und Berufsschicksal determinierende jati. Die Verletzung der Endogamieregeln, also das individuelle Heiraten über die Grenzen der jati hinweg, müsste das Kastensystem in seinen Grundlagen erschüttern. Außerhalb einer in Städten ansässigen und von westlichen Mittelstandswerten geprägten Elite ist aber von einem Rückgang der von Eltern innerhalb der jati arrangierten Heiraten bislang wenig zu spüren. Die Kaste hat im Dorf, mit dem Niedergang des Jajmani-Systems, ihre ökonomische Grundlage und Sinnfälligkeit weitgehend verloren. In den modernen Wirtschaftssektoren hat sie nur bedingt eine gehabt, und auf der Ebene der Gliedstaaten hat sie eine neue Nützlichkeit als pressure group, eine Art Gewerkschaft oder Interessensverband erworben. Aber in dieser Funktion und in der Arena der Politik und Wirtschaftskonkurrenz sind diese jatis nun prinzipiell gleichgestellt. Sie sind aus einer traditionellen und überschaubaren Hierarchie herausgerissen und kämpfen, freilich mit unterschiedlicher Stärke, Kompetenz und Erfolgsaussicht, um Macht, Einkommen und Prestige.

Schluss

Die außerordentliche Heterogenität des Landes erlaubt keine Zuordnung der Inder in ein starres, klar definiertes Modell der Gesellschaft, das zudem religiös begründet und somit zu einem exklusiven Kennzeichen des hinduistischen Indien wird. Der Charme des brahmanozentrischen Kastenmodells liegt in seiner Einfachheit und Geschlossenheit, die auch dem Wunsch nach einer klaren, ordnenden Strukturierung und Erklärung einer hochkomplexen sozialen Realität in geradezu idealer Weise entgegenkommt. Sein Erklärungsgehalt ist jedoch gering, da es auf der stillschweigenden Annahme beruht, Text und gesellschaftliche Realität seien identisch, jenseits von Zeit und Raum. Es ist zudem ein Modell, das einer bestimmten Texttradition entspringt und vor allem die Hegemonie einer bestimmten Gruppe,

der Brahmanen, legitimieren soll. Die brahmanischen Texte stellen eine „weitgehend zweckgerichtete Ideologie“ dar (Michaels 1998, S. 214).

Kaste und Kastensystem sind also nicht allgemein, ohne Bezug zu Zeit und Raum, verbindlich zu definieren. Die Vielfalt der indischen Gesellschaft heute und damals gebietet es, nicht von einem System zu sprechen, sondern von verschiedenen, durchaus konkurrierenden Systemen, die je nach Kontext unterschiedlich ausfallen können. Das Denken und Handeln der Inder lässt sich nicht ohne Umschreibung aus Modellen gleich welcher Provenienz interpretieren. Ausgangspunkt sollten vielmehr die praktisch handelnden Menschen und ihre Sicht der Dinge sein, wie sie sich im Wandel der Zeit herausgebildet und immer wieder neu formiert haben. Kaste oder die Kastengesellschaft als Form und Idee sozialer Organisation in Indien wird somit differenziert, relativiert und wandelbar. Sie ist nicht mehr fixe Idee, sondern flexible, situationsbedingte Kategorie und Form sozialer Organisation. Mit anderen Worten: Die Vielfalt und Wandelbarkeit der indischen Sozialstruktur entsprechen der Vielfalt der kulturellen Traditionen sowie der politischen und wirtschaftlichen, aber auch geographischen Bedingungen in Geschichte und Gegenwart eines Subkontinents mit einer über 3000 Jahre alten Geschichte.

LITERATUR

- Béteille, Andre (1969): *Castes: Old and New. Essays in Social Structure and Social Stratification*. Bombay.
- Burghart, Richard (1978): *Hierarchical Models of the Hindu Social System*. In: *Man, New Series*, 13/4, S. 519–536.
- Cohn, Bernhard S. (2000): *India: The Social Anthropology of a Civilization*. Oxford, New Delhi.



UNSER AUTOR

Clemens Jürgenmeyer, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg i. Br. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Entwicklungstheorie und -politik, ethnische Konflikte, Hindu-Nationalismus, das politische System Indiens. Regionaler Schwerpunkt seiner Arbeit ist Indien. Clemens Jürgenmeyer ist Schriftleiter des Internationalen Asienforums.

Cohn, Bernhard S. (1987): *An Anthropologist Among the Historians and Other Essays*. New Delhi.

Dumont, Luis M. (1976): *Gesellschaft in Indien. Die Soziologie des Kastenwesens*. Wien.

Fuchs, Martin (1999): *Kampf um Differenz – Repräsentation, Subjektivität und soziale Bewegungen – Das Beispiel Indien*. Frankfurt/M.

Fuller, Christopher J. (Hrsg.) (1996): *Caste Today*. Delhi.

Hutton, John Henry (1946): *Caste in India. It's Nature, Function, and Origins*. Cambridge.

Kakar, Sudhir/Kakar, Katharina (2006): *Die Inder – Porträt einer Gesellschaft*. München.

Kantowsky, Detlef: (1970): *Dorfentwicklung und Dorfdemokratie in Indien. Formen und Wirkungen von Community Development und Panchayati Raj* detailliert am Beispiel eines Entwicklungsblocks und dreier Dörfer im östlichen Uttar Pradesh. Bielefeld.

Marriott, McKim/Inden, Ronald B. (1977): *Toward an Ethnology of South Asian Caste Systems*. In: David, Kenneth (Hrsg.): *The New Wind – Changing Identities in South Asia*. Paris, S. 227–238.

Marriott, McKim/Inden, Ronald B. (1991): *Social Stratification: Caste*. In: *The New Encyclopedia Britannica*, Vol. 27, Chicago, S. 348–356.

Michaels, Axel (1998): *Der Hinduismus – Geschichte und Gegenwart*. München.

Quigley, Declan (1993): *The Interpretation of Caste*. Oxford.

Rudolph, Lloyd I./Hoebner Rudolph, Susanne (1967): *The Modernity of Tradition. Political Development in India*. Chicago.

Sontheimer, Günter-Diez (1991): *Hinduism: The Five Components and their Interaction*. In: Sontheimer, Günter-Diez/Kulke, Hermann (Hrsg.): *Hinduism Reconsidered*. New Delhi, S. 197–212.

Srinivas, Mysore N. (1962): *Caste in Modern India and Other Essays*. Bombay.

ANMERKUNGEN

- 1 Mahatma Gandhi hat die Unberührbaren Harijans (Kinder Gottes) genannt. Dalit (gebrochen, zerdrückt) ist eine recht junge Eigenbezeichnung, die das wachsende Selbstbewusstsein und politische Engagement der Unberührbaren gegen ihre Diskriminierung und Unterdrückung zum Ausdruck bringt. Noch aus kolonialer Zeit stammt der offizielle Begriff Scheduled Castes (Registrierte Kasten). Das Wort Paria geht auf eine südindische unberührbare Kaste namens Paraiyan (Trommler) zurück.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Jakob Rösel lehrt am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Europäische Integration, Demokratisierungsprozesse und ethnische sowie nationalistische Konflikte in der Dritten Welt (unter besonderer Berücksichtigung Südasiens).

Genderequality in Indien – Erfolge und Probleme

Gabriele Alex

Das Bild der indischen Frau ist in den westlichen Medien nach wie vor geprägt von Bildern der Unterdrückung und Ausbeutung: Arrangierte Heiraten, die Abtreibung weiblicher Föten, hohe Mitgiftzahlungen und Mitgiftmorde. Berichtserstattungen, die auf diese Themen fokussieren, tragen dazu bei, das Bild der unterdrückten, unemanzipierten indischen Frau zu verfestigen. Bei genauerer Betrachtung jedoch differenziert sich das Bild. Je abhängig von Klasse, Religion, Region, Kaste und Bildung gibt es erhebliche Unterschiede. Die Position der indischen Frauen hat sich in den letzten Dekaden stark gewandelt. Vermehrter Zugang zu Bildung und Ausbildung, neue Wirtschafts- und Arbeitsmärkte und nicht zuletzt staatliche Gesetze und Reformanstrengungen haben die gesellschaftliche Stellung von Frauen maßgeblich verändert. Allerdings existiert ein deutliches Nord-Süd-Gefälle im Hinblick auf die gesellschaftliche Positionierung und die daran gebundenen Rechte und Pflichten von Frauen. Die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen und die wirkungsmächtige Sozialstruktur der indischen Gesellschaft spiegeln sich in der Vielfalt konkreter Lebenswelten wider. Der Beitrag von Gabriele Alex vermittelt ein differenziertes Bild von den vielen Facetten des Lebens indischer Frauen zwischen Tradition und Moderne.

Bevölkerung und Geburtenraten

Die Bevölkerungstabelle (vgl. Tabelle 1) zeigt, dass in Indien die Anzahl der Männer die der Frauen übersteigt. Auf 592,245 Millionen Männer kommen nur 555,432 Millionen Frauen. In der Regel werden aber stets mehr Mädchen als Jungen geboren. Die natürliche Geburtenrate verteilt sich dergestalt, dass auf ca. 105 geborene Mädchen 100 geborene Jungen kommen. Allerdings darf dies nicht verallgemeinert werden. Die Tabelle zeigt, dass das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in den südlichen Unionsstaaten Kerala, Tamil Nadu und Karanataka sehr viel weniger ausgeprägt ist. In Kerala und auch in Teilen Tamil Nadus übersteigt sogar die Anzahl der Frauen die der Männer.

Tab. 1: Projizierte Population für Indien 2008 (in Tausend)

	Bundesstaaten/Union/Territorien	Personen	Männer	Frauen
	Indien gesamt	1.147.677	592.245	555.432
1	Jammu und Kaschmir	12.366	6.423	5.943
2	Himachal Pradesh	6.550	3.328	3.222
3	Punjab	26.591	14.162	12.429
4	Chandigarh	1.063	598	465
5	Haryana	23.772	12.763	11.009
6	Delhi	17.076	9.357	7.719
7	Rajasthan	64.641	33.589	31.052
8	Uttar Pradesh	190.8891	99.894	90.997
9	Uttaranachal	9.497	4.836	4.661
10	Bihar	93.823	48.677	45.146
11	Jharkhand	30.010	15.436	14.574
12	Sikkim	594	317	277
13	Arunachal Pradesh	1.200	632	568
14	Nagaland	2.187	1.146	1.041
15	Manipur	2.627	1.329	1.298
16	Mizoram	980	506	474
17	Tripura	3.510	1.801	1.709
18	Meghalaya	2.536	1.285	1.251
19	Assam	29.929	15.421	14.508
20	West Bengalen	87.869	45.278	42.591
21	Orissa	39.899	20.214	19.865
22	Madhya Pradesh	69.279	36.057	33.222
23	Chhattisgarh	23.646	11.935	11.711
24	Gujarat	56.408	29.358	27.050
25	Dadra und Nagar Haveli	262	150	112
26	Maharashtra	106.894	55.492	51.402
27	Andhra Pradesh	82.180	41.449	40.731
28	Karnataka	57.399	29.145	28.254
29	Goa	1.628	825	803
30	Daman und Diu	188	116	72
31	Lakshadweep	69	35	34
32	Kerala	34.232	16.638	17.594
33	Tamil Nadu	66.396	33.298	33.098
34	Pondicherry	1.074	537	537
35	Andamanen und Nikobaren	411	218	193

Schwangerschaftsabbrüche

Bevölkerungsentwicklungen, in denen die Anzahl der männlichen Bewohner

und die Anzahl der Geburten von Jungen überwiegen, sind in der Regel Indikatoren für eine geringe Wertschätzung gegenüber weiblichen Kindern. Sie ge-

ben Hinweise auf den Mord weiblicher Föten sowie die generelle Vernachlässigung und Benachteiligung von Mädchen im familiären Kontext. Die pränatale Geschlechtsbestimmung ist in Indien gesetzlich verboten. In vielen Privatkliniken werden aber trotzdem Ultraschalluntersuchungen zur Geschlechtsbestimmung der Föten angeboten und auch Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt. In bestimmten Regionen, in denen sich Kliniken auf Ultraschalluntersuchungen und Schwangerschaftsabbrüche spezialisiert haben, sind deutlich niedrigere Geburtenraten von Mädchen erkennbar. In Regionen, in denen Mädchen gering geschätzt und von der Familie als Belastung empfunden werden, besteht zudem nach der Geburt für Mädchen ein höheres Risiko, noch im Kindesalter zu sterben, weil ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird als dem ihrer Brüder. Dies äußert sich zum Beispiel darin, dass für Ernährung, medizinische Versorgung oder Bildung der Mädchen weniger Geld ausgegeben wird.

Die Abtreibung weiblicher Föten ist verboten, jedoch erschüttern immer wieder Schlagzeilen über Abtreibungskliniken die Presse. Trotzdem lässt sich diese Praxis nicht unterdrücken oder kontrollieren. Eine Gegenmaßnahme sind Regierungsprogramme, die den Eltern finanzielle Unterstützungen für die Töchter zusichern und damit einen Anreiz bieten sollen, auch Töchter großzuziehen. Vor dem Hintergrund der hohen Kosten, die ein Mädchen für die Familie in Bezug auf die Mitgift bedeutet, sind diese staatlichen Subventionen allerdings sehr gering.

Heirat und die Praxis der Mitgiftzahlungen

Mit der Heirat verlässt die junge Frau ihre Geburtsfamilie und lebt bei der Familie des Ehemannes, in der sie oft eine untergeordnete Stellung einnimmt. Die Praxis der Mitgift (dowry), ist in Indien weit verbreitet. Unabhängig von Religion oder Klasse wird eine Hochzeit von einer Mitgiftzahlung begleitet, die von den Brauteltern an die Familie des Ehemannes geleistet wird. Im historischen Rückblick könnte man Mitgiftzahlungen im positiven Sinne als eine Art vorgezogene Erbschaft betrachten. Die Töchter, die traditionell kein Land und Besitz erben, bekamen bei der Heirat ihren Erbteil ausgezahlt. Heute aber sind diese positiven Aspekte nicht mehr erkennbar. Die Mitgiftzahlungen sind derart hoch, dass sich viele Familien über Jahre verschulden müssen, wenn sie ihre Tochter standes-

gemäß verheiraten wollen. Ein Ehepaar, welches nur Töchter hat, gilt aus zwei Gründen als vom Schicksal benachteiligt: Zum einen verlassen die Töchter das Haus ihrer Eltern und leben bei der Familie des Mannes, zum anderen treiben sie die Eltern in die Verarmung, denn ohne männliche Nachkommen findet kein Ausgleich der Mitgiftzahlungen statt. So verwundert es nicht, dass männliche Nachkommen beliebter sind als Töchter. Sie bleiben bei den Eltern wohnen und vergrößern den Wohlstand der Familie durch die Mitgift, die sie fordern können.

Der Dowry Prohibition Act verbietet zwar die Auszahlung und den Empfang von Mitgiftzahlungen schon seit 1961. Das gesetzliche Verbot hat aber die Praxis der Mitgift nicht einstellen können. Im Gegenteil: Sowohl Mitgiftzahlungen als auch Folgeforderungen bzw. Nachverhandlungen haben zugenommen. Dass auch nach der Eheschließung die Familie des Ehemannes Forderungen an die Familie der Ehefrau stellt, ist nicht unüblich und wird zum Teil von Drohungen und Misshandlungen der jungen Ehefrau begleitet. Die extremste und menschenverachtendste Form weiblicher Unterdrückung sind die Mitgiftmorde, die vom Ehemann oder seiner Familie an der Ehefrau verübt werden. Die Mitgift verbleibt bei der Familie des Ehemannes, der eine neue Ehe eingehen und eine zweite Mitgift kasieren kann (Bhattacharya 2004). Zwar werden „unnatürliche“ Todesfälle von Frauen innerhalb von sieben Jahren nach der Eheschließung auf mögliche Mitgiftmotive untersucht (McCue 2008, S. 103). Wenn es vor dem Todesfall zu „dowry harassment“, d.h. zu weiteren Forderungen gekommen war, kann das Gericht den Ehemann wegen Mitgiftmordes verklagen. Schätzungen zufolge ist die Dunkelziffer an Mitgiftmorden weiterhin sehr viel höher ist als die offiziell gemeldeten Fälle. Der Protection of Women from Domestic Violence Act von 2005 wurde mit der Zielsetzung entwickelt und in Kraft gesetzt, es Frauen zu erleichtern, sich in Notsituationen an die Behörden zu wenden und in speziellen Einrichtungen für misshandelte Frauen eine Bleibe zu finden. Für viele Frauen ist ein solcher Schritt jedoch mit Scham und dem Verlust der Reputation verbunden (Donner 2008, S. 2). Die Mitgift stellt nach wie vor ein großes Problem in Indien dar. Einerseits gilt sie für viele Familien als Zeichen von Ehre. Eine junge Frau ohne Mitgift in die Ehe zu geben, gilt als respektlos gegenüber der Tochter. Andererseits schafft die Mitgift systematische Verschuldungen und transportiert finanzielles Gewinndenken in die Beziehung von Mann und Frau.

Bildung und Erwerbstätigkeit

Eine gute Ausbildung bietet bessere Möglichkeiten, eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Bildung ist deshalb als ein wichtiger Indikator für die Stellung der Frau und deren Möglichkeiten auf ein selbstbestimmtes Leben zu betrachten. In Gesamtindien ist ein klarer Trend erkennbar: Jungen und Männer gehen länger zur Schule und sind besser ausgebildet als Mädchen und Frauen. In Indien sind 52 Prozent der Bevölkerung alphabetisiert, aber nur 39 Prozent der Inderinnen können lesen und schreiben. Innerhalb Indiens sind extreme regionale Unterschiede in Bezug auf die Alphabetisierungsrate zu beobachten. So können in Kerala im Distrikt Kottayam 94 Prozent der über siebenjährigen weiblichen Einwohner lesen und schreiben, in Rajasthan im Distrikt Barmer sind es hingegen nur vier Prozent der gleichen Bevölkerungsgruppe. In den Städten findet sich eine höhere Alphabetisierungsrate als auf dem Land, aber Mädchen und Frauen schneiden in urban und/oder ländlich geprägten Regionen generell schlechter ab. So sind in den ländlichen Gebieten 33,13 Prozent von denen, die lesen können, Frauen; in den urbanen Gebieten sind es immerhin 41,18 Prozent. Mithin wird deutlich, dass in den Städten der Unterschied zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Bildungschancen geringer ist als im ländlichen Raum (vgl. Raju et. al. 1999). Einzelne Staaten, allen voran Kerala, zeigen große Erfolge in den Bemühungen, Frauen den Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Das wird besonders deutlich bei der Rate der Hochschulabgängerinnen. In Indien insgesamt haben 37.670.147 Menschen einen Universitätsabschluss. Davon entfallen 25.533.308 Abschlüsse auf Männer und nur 12.136.839 Abschlüsse auf Frauen, d.h. mehr als doppelt so viele Männer haben eine Universitätsausbildung genossen. Wenn wir die Verteilung in den einzelnen Bundesstaaten betrachten, werden wiederum erhebliche regionale Unterschiede deutlich. In Kerala haben insgesamt 1.443.049 Menschen einen Universitätsabschluss, davon sind 699.841 Männer und 743.208 Frauen, d.h. hier überwiegt also die Zahl der weiblichen Universitätsabsolventen (Census of India 2001). Alphabetisierungsraten und verbesserte Ausbildungen für Frauen bewirken in der Regel auch wirtschaftliches Wachstum, bessere Gesundheitsindikatoren und geringere Geburtenraten, was sich wiederum auf die Gesundheit von Frauen auswirkt (vgl. Drèze/Sen 2002). Wenn man sich die Geburtenraten einzelner Staaten anschaut, dann bestätigt sich diese Vermutung. In Kerala be-

trug die durchschnittliche Geburtsrate 1,8 Kinder pro Frau, in Rajasthan dagegen 4,6 pro Frau.

Vergleicht man, wie viele Männer und Frauen einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, so zeigt sich ein klarer Vorsprung bei den männlichen Indern. Im Durchschnitt gehen in Indien 62 Prozent aller Männer, aber nur 19 Prozent aller Frauen einer Erwerbstätigkeit nach. Auf dem Land hingegen sind es vor allem die Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Das hat verschiedene Gründe: Die Landwirtschaft bietet Arbeitsplätze, für die keinerlei Ausbildung erforderlich ist, und bestimmte landwirtschaftliche Arbeiten sind traditionell den Frauen zugeordnet. Die Frauen der unteren Kasten haben außerdem traditionell größere Freiheiten als die Frauen höherer Kasten, für die es der Anstand verbietet, sich alleine im öffentlichen Raum zu bewegen. In den Städten können unausgebildete Arbeiterinnen im industriellen Sektor eine Beschäftigung finden, aber für die Arbeit in anderen Berufen fehlt den Frauen oftmals die nötige Ausbildung. Aber auch hier sind wiederum Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten erkennbar. So arbeiten mehr Frauen in Süd- und Mittelindien sowie in den nordöstlichen Staaten, in Nordindien hingegen sind vergleichsweise sehr viel weniger Frauen erwerbstätig.

Nord- und Südindien, Stadt und Land

Wie lassen sich diese Unterschiede zwischen Nord- und Südindien erklären? Ein wichtiger Faktor ist zunächst das Verwandtschaftssystem. Während nordindische Frauen traditionell außerhalb der Familie heiraten müssen, ist in Südindien die so genannte Kusinenheirat bis vor kurzem noch die meist praktizierte Heiratsform gewesen. Das hat direkte Auswirkungen auf das Leben der verheirateten Frau. Bei der Kusinenheirat begibt sich die Frau nicht in eine völlig fremde Umgebung und soziale Gruppe, sondern heiratet in eine Familie hinein, die sie seit ihrer Kindheit kennt und mit der sie bereits verbunden ist. Aber auch andere Unterschiede sind zwischen Nord- und Südindien festzustellen. Viele südindische Rituale zelebrieren weibliche Sexualität und Fruchtbarkeit. Des Weiteren ist die Geburt eines Mädchens positiv besetzt. So wird in Südindien die erste Menstruation eines Mädchens mit einem großen Pubertätsritual zelebriert, in dem das Mädchen im Mittelpunkt steht und gefeiert wird. In Nordindien hingegen ist die Menstruation vor allem schambesetzt, wird mit Unreinheit in Verbindung ge-

bracht und stellt für Mädchen eine negative Erfahrung dar. Diese traditionellen Unterschiede zeigen sich auch in den alltäglichen Freiheiten und Möglichkeiten, die Frauen zugestanden werden. In Südindien bewegen sich Frauen frei und alleine in der Öffentlichkeit, man sieht sie Auto, Motorroller und Fahrrad fahren. In Nordindien dagegen sind es nur die Frauen der Mittelklasse, die im Straßenverkehr hinter dem Steuer sitzen. Dort gilt es als unehrenhaft, wenn sich Frauen ohne männliche Begleitung im öffentlichen Raum bewegen.

Indische Emanzipation ohne „Verwestlichung“

Aber auch innerhalb einer Region kann es – je nachdem ob die Frauen im städtischen oder ländlichen Raum leben – große Unterschiede geben. Dabei ist der städtische Bereich nicht immer zwangsläufig mit „Moderne“ und Emanzipation gleichzusetzen. Die Mittelklasse in den indischen Großstädten wirkt in ihrem Lebensstil zum Teil sehr „westlich“. Dies artikuliert sich zum Beispiel im Kleidungsstil und in der Freiheit, über den eigenen Körper oder die sexuellen Vorlieben bestimmen zu können. Es wäre aber falsch, diese Lebensentwürfe an „westlichen“ Maßstäben zu messen oder sie als eine Bewegung hin zu „westlichen“ Werten zu werten. Die indische Frauenemanzipation hat eine selbstständige Form. So schreibt die Genderexpertin Urmila Goel über homosexuelle Frauen: „Für sie stehen die Bewahrung von indischen Traditionen und die Selbstbestimmung des Einzelnen nicht im grundsätzlichen Widerspruch. Dort wo es Widersprüche gibt, würden sie gegen die heteronormativen, patriarchalen Gruppenrechte für diejenigen der Marginalisierten eintreten. Sie nutzen westliche Diskurse, verorten sich aber klar in Indien – ihrem Land, für das sie streiten“ (Goel 2005, S. 13).

Auswirkungen der Globalisierung auf die Emanzipation

Die Globalisierung und die mit ihr verbundenen ökonomischen Verflechtungen und Liberalisierungen schaffen neue Arbeitsmärkte. Diese Veränderungen wirken sich direkt auf das Leben der Frauen aus. Allerdings sind diese Veränderungen nicht nur positiv. Einerseits schaffen die neuen Arbeitsmärkte Arbeitsplätze. Neue Industrien eröffnen für Frauen vollkommen neue Möglichkeiten und weichen kulturelle Restriktionen auf. Die Studie von Swapna Mukhopadhyay und Ratna M. Sudarshan (2003) untersuchte gezielt, welche Ef-

fekte die Errichtung von Exportförderzonen (export-processing-zones), sowohl auf das Leben von Frauen als auch auf die Wahrnehmung ihres Selbstwertgefühls, ihre Macht, Entscheidungen treffen zu können, und auf ihre Position in der Familie haben. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsfelder die Stellung der Frau in allen Punkten verbessert haben. Die Effekte der ökonomischen Liberalisierung wirken sich direkt auf die familiären Machtverhältnisse aus. Gleichzeitig darf aber nicht vergessen werden, dass die ökonomischen Reformen auch neue Formen der Ungerechtigkeit und Ungleichheit hervorbringen können: Frauen bekommen weniger Lohn als ihre männlichen Mitarbeiter und durch Kurzverträge werden unsichere Arbeitsverhältnisse geschaffen (vgl. Kapadia 2003; Ganguly-Scrase/Scrase 2009, S. 75–79). Diese Effekte der Globalisierung verhärten bereits bestehende Ungleichheiten und verweisen Frauen auf die untersten Ränge in der Arbeitshierarchie.

Auch das Leben in der Großstadt erzeugt nicht zwangsläufig ein größeres Potenzial an Selbstbestimmung für Frauen. Einerseits bieten die Städte bessere Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten an, und die Rate der Frauen, die lesen und schreiben können, ist in den Städten höher (vgl. Tabelle 2). In den urbanen Bundesstaaten Delhi und Pondichery ist die Alphabetisierungsrate im Vergleich zu Gesamtindien sehr viel höher. Zudem sind die Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie der Arbeitsmarkt in den Städten ausdifferenzierter, d.h. viele junge Frauen in den Städten studieren und arbeiten. Das bedeutet aber nicht, dass automatisch die emanzipatorischen Bewegungen von Frauen gutgeheißen werden. Ulrike Donner (2008) zeigt auf, dass es oftmals gerade Frauen der Mittelklasse sind, die dem Ideal der guten Hausfrau, die zuhause bleibt und sich um die Kinder kümmert, zu entsprechen versuchen. Arbeit außerhalb der häuslichen Sphäre wird auch in der aufstrebenden Mittelklasse zum Teil nicht gern gesehen oder sogar verboten. Wie Karin Kapadia (2003) aufzeigt, sind ärmere Frauen im ländlichen Bereich, die weiterhin in der Landwirtschaft arbeiten und damit über eine Einkommen verfügen, oftmals in einer sehr viel stärkeren Position den Männern gegenüber als in die Mittelklasse aufgestiegene Frauen, die in der Stadt leben und Hausfrauen sind. Das liegt an der schlichten Tatsache, dass sie über

Tab. 2: Alphabetisierungsraten in Prozent (Census 2001)

	Bundesstaaten/Union/Territorien	Personen	Männer	Frauen
	Indien gesamt	65,38	75,85	54,16
1	Jammu und Kaschmir	54,46	65,75	41,82
2	Himachal Pradesh	77,13	86,02	68,08
3	Punjab	69,95	75,63	63,55
4	Chandigarh	81,76	85,65	76,65
5	Haryana	68,59	79,25	56,31
6	Delhi	81,82	87,37	75,00
7	Rajasthan	61,03	76,46	44,34
8	Uttar Pradesh	57,36	70,23	42,98
9	Uttaranachal	72,28	84,01	60,26
10	Bihar	47,53	60,32	33,57
11	Jharkhand	54,13	67,94	39,38
12	Sikkim	69,68	76,73	61,46
13	Arunachal Pradesh	54,74	64,07	44,24
14	Nagaland	67,11	71,77	61,92
15	Manipur	68,87	77,87	59,70
16	Mizoram	88,49	90,69	86,13
17	Tripura	73,66	81,47	65,41
18	Meghalaya	63,31	66,14	60,41
19	Assam	64,28	71,93	56,03
20	West Bengalen	69,22	77,58	60,22
21	Orissa	63,61	75,95	50,97
22	Madhya Pradesh	64,11	76,80	50,28
23	Chhattisgarh	65,18	77,86	52,40
24	Gujarat	69,97	80,50	58,60
25	Dadra und Nagar Haveli	60,03	73,32	42,99
26	Maharashtra	77,27	86,27	67,51
27	Andhra Pradesh	61,11	70,85	51,17
28	Karnataka	67,04	76,29	57,45
29	Goa	82,32	88,88	75,51
30	Daman und Diu	81,09	88,40	70,37
31	Lakshadweep	87,52	93,15	81,56
32	Kerala	90,92	94,20	87,86
33	Tamil Nadu	73,47	82,33	64,55
34	Pondicherry	81,49	88,89	74,13
35	Andamanen und Nikobaren	81,18	86,07	75,29

ein eigenes Einkommen verfügen und unter Umständen ihren Ehemann verlassen und bei Verwandten wohnen können. Vor allem ältere Frauen, die finanziell völlig von ihren Männern abhängig und auch vom öffentlichen Leben ausgeschlossen sind, da sie dem Ideal der hinduistischen Frau folgend das Haus nur selten und wenn dann in männlicher Begleitung verlassen, sind in einer sehr viel schwächeren Position. Sie können keine eigenen Entscheidungen treffen und sich nur sehr schwer aus der Ehe lösen (Kapadia 2003). Bei der Generation der jüngeren Frauen der Mittelklasse zeichnet sich in dieser Hinsicht allerdings eine Wende ab. Sie sind selbstbestimmt in der Wahl ihrer Ausbildung, Karriere und

Partnerwahl. Einen großen Einfluss auf diesen Wandel haben die Massenmedien, die Themen wie Ausbildung, Kinderwunsch, Sexualität, Partnerwahl, Körperideale und Emanzipation gegenüber der Familie thematisieren und damit eine Plattform und ein Forum für neue Ansichten und weibliche Lebensformen bilden. Das äußert sich auch in steigenden Scheidungsraten. So haben sich in Mumbai und Delhi die Anzahl der Scheidungen seit 1990 verdoppelt.

Wege zur Gleichberechtigung

Das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in der indischen

Verfassung festgehalten. Die Verfassung gewährt den Frauen aber nicht nur die gleichen Rechte, sondern ermächtigt den Staat in Form von positiven Diskriminierungsmaßnahmen aktiv auf Prozesse der Gleichberechtigung einzuwirken. In diesem Zusammenhang entstand das 73. Zusatzgesetz zur Verfassung (73rd Amendment), welches vorsieht, dass in den lokalen politischen Gremien 33 Prozent der Plätze von Frauen besetzt sein müssen. Darüber hinaus werden die Partizipation und das Empowerment von Frauen in den Bereichen Familienplanung, Gesundheit und Bildung geregelt. Durch Planungs- und Entwicklungskommissionen kontrolliert der indische Staat die Position der Frau. In diesem Kontext entstanden der Towards Equality-Report von 1974 und der Shramshakti-Report von 1988, die wichtige Etappen in der Gleichberechtigungspolitik Indiens darstellen. Der Towards Equality-Report sieht die Ursache für die ungleichen Verteilungen in Bezug auf Wohlstand, Bildung und Selbstbestimmung in der generellen Machtlosigkeit sowie schwachen wirtschaftlichen und sozialen Position der Frauen verankert. Der Shramshakti-Report nimmt diese These auf und verfolgt gezielt die Strategie des Empowerment von Frauen. Die auf diesen Thesen aufbauende Politik sieht eine engere Zusammenarbeit von Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) mit dem Ziel vor, die lokalen Frauenbewegungen zu unterstützen. Dabei waren und sind vor allem zwei Bereiche wichtig: Die Mikrofinanzprojekte und die Literarisierungsprogramme und Bildungsinitiativen.

Im Jahre 1986 entwickelte Indien eine nationale Bildungspolitik, welche Bildung als menschliches Grundrecht sieht und als geeignetes Mittel betrachtet, eine weitreichende Transformation in eine säkulare und egalitäre Gesellschaftsordnung voranzubringen. Bildung gilt als Instrument zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen Mann und Frau und zwischen den armen und reichen Gesellschaftsschichten (Resolution of the Government of India, No. F.1-6/90-PN, May 7, 1990). Der Census of India (Volkszählung) von 1981 ergab, dass im ländlichen Indien nur zehn Prozent der Scheduled Caste-Frauen, der wirtschaftlich und sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen, lesen und schreiben konnten, und dass aus der gleichen Gesellschaftsschicht nur 30 Prozent der Mädchen zwischen sieben bis 14 Jahren zur Schule gingen. Als Reaktion entstanden zwischen 1986 und 1992 sechs neue große Bildungsinitiativen, die sich speziell an Frauen der sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gesellschaftsschichten richteten. Diese waren

das Andhra Pradesh Primary Education Project, gefördert durch den britischen staatlichen Entwicklungsdienst (British Overseas Development Administration), das Rajasthan Shiksha Karmi Project, gefördert durch den schwedischen Entwicklungsdienst (Swedish International Development Agency), das Mahila Samakhya Program in Karnataka, Uttar-Pradesh, Gujarat und Andhra Pradesh, welches von der Regierung der Niederlande unterstützt wurde, das Bihar Education Project, unterstützt und gefördert durch die UNICEF, das Uttar-Pradesh Basic Education Projekt, gefördert von der Weltbank, und das Rajasthan Lok Jumbish Projekt, welches die Unterstützung der schwedischen Regierung erhielt. Die Zensusdaten der folgenden Jahre haben die Wirkung der Programme bestätigt: 1991 war die Alphabetisierungsrate der Scheduled Caste-Frauen auf 23,76 Prozent gestiegen, und im Jahre 2001 auf 41,9 Prozent.

Seit den 1990er Jahren hat die indische Regierung mit neuen Programmen und Initiativen die Literarisierung von Frauen unterstützt. Hervorzuheben sind hier die National Literacy Mission, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, funktionale Lese- und Schreibfähigkeiten zu lehren, und andere Programme, die vor allem auch die informale Bildung unterstützen, d. h. Bildung die außerhalb der Schule stattfindet und so auch diejenigen Bevölkerungsschichten erreicht, die die Schule zu einem früheren Zeitpunkt abgebrochen oder niemals besucht haben.

Die zweite große Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Position von Frauen zu verbessern, sind die Mikrokredit-Programme für Frauen, die an die Etablierung von Frauen-Selbsthilfegruppen gekoppelt sind. Der Zusammenschluss zu Selbsthilfegruppen ermöglicht eine bessere Umverteilung der Kreditlast. Die Gruppe tritt als Gesamtschuldner auf und kann so eventuelle Ausfälle ihrer Mitglieder auffangen. Entwicklungshilfeorganisationen und Banken vergeben die Kredite, die es den Frauen ermöglichen sollen, mit dem Geld eigene kleine Wirtschaftsunternehmen aufzubauen, bereitwillig, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass die Kredite zurückgezahlt werden. Die Einbindung von Frauen in wirtschaftliche Prozesse soll ihr Selbstbewusstsein stärken und ihnen eine eigene Einnahmequelle verschaffen, so dass sie in ihrer gesellschaftlichen Position erstarren und Mitsprache-, Kommunikations- und Entscheidungskompetenzen innerhalb der Familie und der sozialen Gemeinschaft erlangen. Frauen-Selbsthilfegruppen und die Mikrokredit-Struktur tragen vielerorts zur Emanzipation der Frau bei und verbessern ihre Position in

der Gesellschaft durch Empowerment, durch die Zuteilung von sozialer Macht und Wirkung in bestimmten Bereichen ihres Lebens (Singh 2006). Andere Studien hingegen zeigen negative Effekte der Selbsthilfegruppen. So wurden Mechanismen des Disempowerment (Entmachtung) ausgemacht: Durch die Vergabe von Mikrokrediten für solche Bereiche, die traditionell den Frauen zugeordnet sind, werden die Geschlechterrollen verhärtet und nicht aufgelöst (Stocker 2009).

Fazit

Die Position der indischen Frauen hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Bildung, Mikrofinanz-Projekte und neue Wirtschaftsmärkte haben die Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten von Frauen maßgeblich verändert und es Frauen in vielerlei Hinsicht ermöglicht, selbstbestimmt ihr Leben zu führen. Es gibt jedoch nach wie vor starke Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen, aber auch zwischen Nord- und Südindien. Weiterhin haben Einkommen und Bildung einen Einfluss auf die konkreten Lebenswelten der Frauen. In vielerlei Hinsicht haben Prozesse von Globalisierung und Modernisierung zu einer Emanzipation verholfen, aber nicht in jeder Hinsicht. Die indischen Frauen suchen ihren eigenen Weg in die Emanzipation, der keineswegs eine völlige Ablehnung von traditionellen Werten und Lebensstilen bedeutet, sondern vielmehr einen „ausgeglichenen Mix von Tradition und Modernität“ unter „Beibehaltung jener Traditionen, die nicht mit einer Abwertung der Weiblichkeit einhergehen, sondern schlichtweg für eine kulturelle Identität kennzeichnend sind“ (Stolz 2007, S. 120).

LITERATUR

- Bhattacharya, Rinki (2004): *Behind Closed Doors: Domestic Violence in India*. New Delhi.
- Donner, Henrike (2008): *Domestic Goddesses. Maternity, Globalization and Middle-class-identity in Contemporary India*. Aldershot et. al.
- Drèze, Jean/Sen, Amartya (2002): *India. Development and Participation*. Oxford.
- Ganguly-Scrase, Ruchira/Scrase, Timothy (2009): *Globalisation and the Middle Class in India*. London.
- Goel, Urmila (2005): Trägerhemd – oder nicht? Traditionen und die Rechte Andersdenkender. In: *Südasien*, Heft 2–4/2005, S. 12–13.
- Kapadia, Karin (Hrsg.) (2003): *The violence of Development: the Politics of Identity, Gender and Social Inequalities in India*. New Delhi.
- McCue, Margi Laird (2008): *Domestic Violence: a Reference Handbook*. Santa Barbara.
- Mukhopadhyay, Swapna/Sudarshan, Ratna M. (Hrsg.) (2003): *Tracking Gender Equity Under Economic Reforms*. Ottawa et. al.
- Raju, Saraswathi et.al (1999): *Atlas of Women and Men in India*. New Delhi.
- Singh, B. K. (2006): *Women Empowerment Through Self-help-groups*. New Delhi.
- Stocker, Stefanie (2009): „Empowerment oder Entmachtung?": Einfluss von Mikrofinanzprojekten auf die soziale Situation der Frau und das Geschlechterverhältnis in Südindien. Heidelberg.
- Stolz, Tanja (2007): *Internet – Image – India: Eine semiotische Analyse indischer Online-Frauenmagazine in Bezug auf die Darstellung der Inderin unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede im „Bildleseverhalten“*. Norderstedt.



UNSERE AUTORIN

Dr. Gabriele Alex ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Ihre besonderen Schwerpunkte in der Forschung sind Medizinpluralismus, Gender und Jugend in Südasien und der südasiatischen Diaspora.

Die Vorstellung vom „Neuen Indien“. Anmerkungen zur unfassbaren Mittelklasse

Christiane Brosius

2009 erhielt der Film „Slumdog Millionär“ überraschend acht Oscars. Die kontrovers diskutierte Oscarverleihung offenbarte, dass in den Medien ein neues Bild von Indien weltweit präsent geworden ist – nämlich das Bild des „aufholenden“ Indiens. So sind es gerade die Angehörigen der indischen Mittelschicht, die als Repräsentanten einer aufstrebenden, modernen sowie selbstbewussten Nation gesehen werden möchten. Im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung entwickelten sich neue Sozialtypen und – trotz der wirkmächtigen „klassischen“ indischen Gesellschaftsstruktur – neue Lebensstile und moderne Inszenierungsstrategien. Die „Modernität“ der neuen Mittelklasse kommt in ihrem Konsumverhalten zum Ausdruck, in der Vorliebe für neue Moden und für neue Orte des Konsums, der Freizeit und Selbstdarstellung. Christiane Brosius setzt sich in ihrer ethnographischen Bestandsaufnahme mit den imaginierten und räumlichen Lebenswelten sowie Perspektiven dieser urbanen Mittelklasse auseinander. Im Mittelpunkt stehen dabei die in Massenmedien transportierten Bilder und mediatisierten „Erzählungen“, welche das „neue Indien“ thematisieren. Der Aufstieg einer neuen Mittelklasse darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei um ein regional begrenztes, in der Regel auf Großstädte konzentriertes Phänomen handelt. |

„Slumdog Millionär“ – ein kontrovers diskutierter Film

Völlig überraschend wurde der Film „Slumdog Millionär“ (2008) von Danny Boyle im Februar 2009 mit acht Oscars ausgezeichnet. Mit diesem Film, der die Geschichte des Aufstiegs eines Jungen vom größten Slum Asiens zum medialen Superstar erzählt, entbrannte eine heftige multimediale und internationale Debatte über die Frage nach dem „wahren Indien“ im Hier und Jetzt. Es war aber auch eine Kontroverse um die Bilder von Indien in unseren Köpfen, über exotische, euro- und ethnozentristische Klischees und Stereotypen, die sich wie an einer Ausgrabungsstätte über einen langen Zeitraum hinweg gleich Sedimenten angelagert hatten und unseren Blick auf Indien noch heute teilweise be-

einflussen. Die Filmgeschichte des jungen Mannes, der nach dem klassischen Vorbild des amerikanischen Traums seinen Weg zu Reichtum und erwideter Liebe findet, wurde aus verschiedensten Perspektiven kritisiert. Zwar gab es viele Stimmen, die betonten, dass es längst an der Zeit gewesen wäre, dass ein „indischer Film“ internationale Anerkennung und Aufmerksamkeit erhält. Im gleichen Atemzug jedoch verwies man auf Bollywood, Indiens größte und international bekannte Filmindustrie mit Sitz in Mumbai, die Jahr für Jahr hunderte von Filmen produziert und mit einigen nicht nur fantastische Umsätze macht, sondern auch mehrere Millionen Inder in Indien und im Ausland erreicht und sich ständig wachsender Beliebtheit bei Nicht-Indern erfreut.¹ Warum, so wurde gefragt, konnte es bisher kein indischer Regisseur in das Pantheon Hollywoods schaffen und mit einem Oscar geehrt werden? Warum musste es ausgerechnet ein Film über Indien sein, der von einem „Fremden“ gemacht wurde, von einem Briten? War das nicht ein deutliches Zeichen für die weiterhin bestehenden Asymmetrien zwischen „Erster“ und „Dritter“ Welt, zwischen ehemaligen Kolonialherren und Kolonisierten?! Am Valentine's Day berichtet der englische Guardian, dass Amitabh Bachchan, der wohl berühmteste indische Schauspieler, in einem Blog vermerkte, die Oscarverleihung an „Slumdog Millionär“ sei seiner Meinung nach der Versuch, der größten Demokratie und dem aufstrebenden Wirtschaftsgiganten mit arroganter Geste deutlich zu machen, dass es weiterhin nur ein Entwicklungsland sei und sich noch nicht in die Liga der „ersten Länder“ einreihen könne. Es gäbe allerdings genügend andere Nationen, auf die man ebenfalls hätte deuten können, um Armut anzukreiden, auch so genannte „Erste-Welt-Länder“.² Andere Stimmen griffen die Kritik auf und behaupteten, dass es nicht richtig sei, dieser großen Wirtschaftsmacht den Spiegel der Armut, die in dem Land nach wie vor herrsche, vorzuhalten. Die Darstellung solcher Armut würde die Tatsache ausblenden, dass Indiens Bruttosozialprodukt auch nach unten durchdränge und alle am Wohlstand teilhaben ließe. Andere Kritiker wiederum sprachen von „Armutspornogra-

phie“, die in „Slumdog Millionär“ kultiviert würde. Eine unterstellte Freude der Wohlhabenden, ob nun Inder oder nicht, sich am Alltagskampf der Armen zu ergötzen, resultiere aus extremem wirtschaftlichen und sozialen Wandel, der sich in Indien seit den frühen 1990er Jahren abzeichne. Die Lust an der Exotisierung und Romantisierung von Armut sei aber auch Folge von Kolonisierung und aus dem Westen übergestülpter Konzepte von Entwicklung und Fortschritt. Man wolle sich aber nicht mehr als „Land der Schlangenbeschwörer“ vermarkten lassen.³ Die hier als letzte zu erwähnenden Kritiker von „Slumdog Millionär“ forderten, dass international sichtbare Medien die „positiven“ Zeichen der Wirtschaftsliberalisierung betonten. Dass sie die „erfolgreichen Gewinner“ präsentieren, etwa Repräsentanten der IT-Branche oder der boomenden Mobiltechnologie, Millionäre aus der Auto- und Stahlwirtschaft. Attribute, die dem damit einhergehenden Lebensgefühl dieser und anderer „Gewinner“ zugewiesen wurden, waren der „feel good“-factor (Wohlfühl-Aspekt), „India Shining“ oder „India Rising“ (leuchtendes und aufsteigendes Indien) sowie „world class“ (Weltklasse).

Die Ambivalenz der „Indienbilder“

Den Film und seine Kritiker zu diskutieren, würde den Rahmen des Artikels sprengen. Es würde auch zu weit gehen, die komplexen Verflechtungen von Armut und Reichtum, von ehemals sozialistischem Planwirtschafts-Staat zu neoliberaler Wirtschaftsmacht aufzuzeigen. Der Einstieg soll vielmehr verdeutlichen, dass ein neues Bild von Indien medial weltweit präsent geworden ist, nämlich das des „aufholenden“ Indiens. Ferner zeigt der Einstieg, dass das indische Selbstbild äußerst vielschichtig und ambivalent ist, und dass insbesondere die rapide anwachsende Zahl von Mitgliedern der indischen Mittelschicht die Hoffnung tragen, endlich nicht mehr als Einwohner eines Entwicklungslandes definiert, sondern als Repräsentanten einer aufstrebenden, gebildeten und selbstbewussten Nation gesehen und anerkannt zu werden. Es ist genau diese neue Mittelklasse, der sich dieser Arti-

kel im Kontext medialer Produkte und Bilder widmen will.

Es steht sicherlich außer Frage, dass die Hoffnung auf weltweite Revision des Indienbildes als allein „märchenhaft“ und „rückständig“ bzw. „Armenhaus“ begründet ist. Es steht auch außer Frage, dass das Indienbild im Ausland sich seit einigen Jahren drastisch ändert, sei es durch die wachsende Begeisterung für Bollywood oder durch die Tatsache, dass immer mehr Unternehmen nach Indien als neuem und extrem anwachsenden Markt expandieren (wollen) und ihre Dienstleistungen dorthin „outsourcen“ oder durch Nachrichten über Karrieristen und Multimilliardäre wie dem Stahlproduzenten Lakshmi Mittal, der für die Hochzeit seiner Tochter ein ganzes Schloss in der Nähe von Versailles mietete und hunderte von Gästen und Entertainer wie Kylie Minogue einfliegen ließ, um an seinem Reichtum Anteil haben zu können. Unbestritten ist jedoch auch, dass die Statistiken zu Armut und Bildung in Indien nach wie vor erschreckende Zahlen produzieren, die auf die wachsende Kluft zwischen dem „Indien der Helligkeit“⁴ und dem „Indien der Dunkelheit“, wie es Aravind Adiga in seinem preisgekrönten Roman „Der weiße Tiger“ (2008) nennt, hinweisen.⁵

An dieser Stelle möchte ich den Fokus von „Slumdog Millionär“ als Eingangsbeispiel verlagern und auf einige Bereiche zu sprechen kommen, die vor allem die aufstrebende Mittelklasse in Indien betreffen. Der hier vorliegende Artikel basiert nicht auf quantitativen Datenerhebungen und erhebt nicht den Anspruch darauf, Wirtschaftsprognosen oder ein Politbarometer abzugeben. Vielmehr ist er eine ethnographische Bestandsaufnahme, die vor allem die imaginierten und räumlichen Lebenswelten sowie Perspektiven der urbanen Mittelklasse zu erfassen sucht und den Leserinnen und Lesern ein Stück weit die Selbstbilder und Indienbilder im Spannungsfeld einer globalisierten Welt näherbringen möchte. Eine Auswahl von Vorstellungen, Sehnsüchten und Ängsten, die insbesondere im Kontext von Massenmedien und Urbanisierung produziert und zirkuliert werden, soll hier im Zentrum stehen.⁶ Dabei soll als erstes das Phänomen der Mittelklasse vorgestellt und dann an Beispielen von urbanem Leben und Medien erläutert werden.

Die hydraköpfige Mittelklasse

Wie schon in der Einführung bemerkt, tritt Indien seit einer guten Dekade immer mehr ins Blickfeld der europäischen Öffentlichkeit, nicht mehr als Heimatland des uns so bekannten „Dschungel-

buchs“, von Kipling geschrieben und Walt Disney visualisiert, oder als Hort eines der größten Slums Asiens. Heute sind es Berichte über Wahlen in der eine Milliarde Menschen umfassenden, größten Demokratie der Welt, über die aufstrebende Atomkraft oder divergente Debatten über das Auslagern von hoch spezialisierten Dienstleistungssektoren westlicher Großunternehmen in indische Boomtowns wie Gurgaon, Bangalore oder Hyderabad (umgangssprachlich auch „Cyberabad“ genannt). Viele Bewohner dieser neuen Städte und Repräsentanten der neuen Arbeitsbereiche sind Mitglieder einer neuen und sehr diversen Mittelklasse, die keinesfalls als stabil bezeichnet werden kann, sondern sich „unfassbar“ heterogen jeder Definition entzieht.

Was für Bilder entwerfen unterschiedliche Medien wie Werbung, Lifestyle-Zeitschriften, Kino, die sich vor allem an die neue wohlhabende Mittelklasse richten, von Indien? Mich interessieren hier vor allem die Bilder und mediatisierten Erzählungen von dem bereits erwähnten „neuen Indien“, die mit der Wirtschaftsliberalisierung in den Vordergrund traten und politische wie auch soziale Diskussionen von Entwicklung, Fortschritt und Moderne prägen. Es handelt sich um idealisierte, imaginierte Bilder, die keinen Ist-Zustand abbilden, sondern eher einen solchen als wünschenswert suggerieren wollen. Zwischen der Realität und diesen Wunschbildern klafft jedoch für die meisten Inder eine unüberbrückbare Lücke. Dennoch prägen die Bilder und Medien durch ihre Allgegenwart die Lebenswelten vieler Menschen, insbesondere in den Großstädten, formen Träume von einem besseren, glücklichen und erlebnisreichen Leben einer „Weltklasse“-Mittelklasse.

Obwohl es aufgrund der hohen sozialen und wirtschaftlichen Fluktuation schwierig ist, die Mittelklasse klar zu umreißen, lassen sich Ethos und Lebensstil der „alten“ Mittelklasse Indiens vor der Wirtschaftsliberalisierung mit der „neuen“ Mittelklasse vergleichen. Während sich die erstere etwa vor allem aus Beamten im von kolonialer Vergangenheit und sozialistischer Planwirtschaft geprägtem Staatsapparat zusammensetzte und inzwischen zur „älteren“ Generation des „neuen Indiens“ gehört, so können Mitglieder der „neuen“ Generation meist privatisierten Marktsektoren zugerechnet werden.

Die Wirkmacht der „klassischen“ indischen Gesellschaft

Man kann die Bedeutung der neuen Mittelklasse nur vor der Folie anderer,

in Indien tief verwurzelter sozialer Primärloyalitäten und Beziehungen verstehen, die einen Großteil des Berufslebens, des Alltags und der religiösen Praxis der indischen – in diesem Falle vor allem der hinduistischen – Gesellschaft ausmachen. Sehr pauschal ausgedrückt, ist die „klassische“ indische Gesellschaft, von der man nicht als Entität sprechen kann, stark hierarchisch und segregiert. Von der theoretischen Metaebene aus gesehen, fügt sich jedes Teil der hinduistischen Gesellschaft in ein organisches Gesamtkonzept, das oft als „Kastenwesen“ bezeichnet wird. Neben den vier Varnas, den Brahmanen (Priester, Zweimalgeborene), den Kshatriyas (Krieger, Fürsten, höhere Beamte), Vaishyas (Grundbesitzer, Kaufleute, Händler) und Shudras (Tagelöhner, Bauern, Handwerker) gibt es noch die „Unberührbaren“ (Ihem. Paria, die sich seit dem 20. Jahrhundert als Dalits – d.h. Gebrochene – bezeichnen), die eigentlich außerhalb des Kastensystems stehen und rituell unrein und sozial am niedrigsten angesiedelt sind. Innerhalb dieser „Grobstruktur“, die rituelle Unreinheit und Reinheit sowie sozialen Status und Berufskategorien regelt, gibt es noch unzählige „Sub-Kasten“ (jati). Aus Platzgründen kann hier nicht weiter auf Details eingegangen werden (siehe hierzu Michaels 2006). Wichtig ist jedoch, dass der säkulare Nationalstaat nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 das Kastensystem als ein die Regeln des öffentlichen Lebens bestimmendes Prinzip qua Verfassung verbot. 1990 setzte die Regierung die Empfehlungen einer Kommission um und führte ein Quotensystem ein, nach dem religiöse, ethnische und durch ihre Kastenzugehörigkeit diskriminierte Minderheiten qua Gesetz Zugang zum höheren Bildungssystem und zu Regierungssektoren erhielten. Erst die Wirtschaftsliberalisierung stellte das System in vieler Hinsicht auf den Kopf, denn im Neoliberalismus galten nicht mehr Status durch Geburt, sondern durch Leistung. So entstand in den 1990er Jahren eine brisante, wenn nicht gar explosive Mischung an sozial mobilen Gruppen, die miteinander um den Zugang zu verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Monopolen rangelten. Es sind diese Gruppen, die heute die neue Mittelklasse maßgeblich prägen, unter deren Schirm sich alle homogen zusammenfügen lassen. Es ist demnach auch irreführend, anzunehmen, dass es im Falle der indischen Mittelklasse allein um die Frage

der Konsumfähigkeit geht; viel mehr steht auf dem Spiel, viel mehr wird in immer neuen Konstellationen neu ausgehandelt und umstritten. Dieses bunte Spektrum wird durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen geographischen Regionen und Sprachgruppen, Religionen und Sekten noch weiter verkompliziert.

Was aus unserer Perspektive leicht übersehen wird: Für viele weniger privilegierte und marginalisierte Inder birgt die Wirtschaftsliberalisierung tatsächlich eine einzigartige Möglichkeit, aus den starren und bisweilen unbarmherzigen Strukturen, die qua Geburt vorgegeben sind, auszurechnen und einen eigenen Weg zu gehen. Auch aus diesem Grund ist der Zugang zu Bildung und bestimmten Berufsfeldern zentral. Auch das wird am Beispiel des Filmes „Slumdog Millionär“ deutlich, denn in der indischen Adaption der Fernsehserie „Wer wird Millionär?“, die seit 2000 in Indien ausgestrahlt wird, gelingt dem ungebildeten Protagonisten das scheinbar Unmögliche: Er wird zum Nationalhelden und Millionär. Das Rückgrat Indiens ist in vielen Fällen jedoch immer noch die Familie, die Kaste oder der Clan, und eine komplette Herauslösung aus diesen Netzwerken kann unter Umständen auch den sozialen Tod bedeuten und erfordert vorsichtiges Abwägen.

Als weiteres Beispiel sollen die Regeln des freien Marktes und die Philosophie der individuellen Wahlfreiheit genannt werden, die etwa der Berufszuordnung nach Kastenzugehörigkeit sowie dem Prinzip der arrangierten Heirat fast diametral gegenüberstehen. Oft jedoch werden Kompromisse gefunden, etwa, dass patrilineale Vererbung von Eigentum qua Berufserhalt bewahrt wird und in Sachen Familiengründung etwas entstanden ist, das die indische Soziologin Patricia Uberoi als „selbstarrangierte Liebesheirat“ bezeichnet hat. In konservativen Kontexten, ob auf dem Land oder in der Stadt, haben die Eltern noch immer das Sagen. Dies betrifft insbesondere Fragen der Ausbildung, der Berufswahl und der Heirat. Erstaunlicher Weise entscheiden sich insbesondere in den Großstädten über 70 Prozent der Heranwachsenden für eine arrangierte Heirat, das heißt, das Einverständnis der Eltern, wenn nicht gar die Auswahl des Partners durch die Eltern, und einen die Sternzeichen der beiden Kandidatinnen evaluierenden Astrologen, sucht. Es wird nach wie vor auf die Kastenzugehörigkeit des zukünftigen Partners und seiner/ihrer Familie geachtet (soziale Endogamie). Trotzdem räumt man jungen Menschen zunehmend das „Recht“ auf romantische Liebe ein, wenn diese mit den In-

teressen der Eltern verbunden werden kann. Insbesondere in Megastädten wie Mumbai oder Delhi wählen Heranwachsende immer öfter den Weg der vorehelichen Liebesbeziehung und Liebeserfahrung, aber nach wie vor ist die Anzahl Alleinstehender, Alleinerziehender, in Wohngemeinschaften oder homosexuellen Beziehungen lebender Menschen marginal (siehe de Souza/Kumar/Shastri 2009).

Wirtschaftsliberalisierung: Der Sprung aus der Armut

Im Kontext der Wirtschaftsliberalisierung wuchs die indische Mittelklasse, die in einer McKinsey-Studie von 2007 auf 50 Millionen Menschen geschätzt wurde (Farrell/Beinhocker 2007)⁷, in anderen Statistiken aber über 100, wenn nicht gar 300 Millionen Menschen umfasst und stark auf urbanisierte Räume und flexible Lebensentwürfe konzentriert ist, rapide an.⁸ Nach Einkommen, Lebensstil und Alter, identisch mit „Etabliertheit“, werden Mitglieder der Mittelklasse in einer Umfrage der globalen Management-Beratungsfirma KSA Technopak in Gurgaon („Consumer Outlook 2005“) urbane Konsumenten nach folgenden Kategorien unterschieden: „technologisch Versierte“ (8-19 Jahre; 32 Millionen Menschen), 16 Millionen „ungeduldige Aspiranten“ (20-25 Jahre), 41 Millionen „Balance-Suchende“ (25-50 Jahre) und 9 Millionen „angekommene Veteranen“ (51-60 Jahre). Indien ist auf dem Weg, zum fünftgrößten Konsumentenmarkt der Welt zu werden. Bis 2025, so eine aktuelle McKinsey-Untersuchung, wird der Subkontinent die Bedeutung des deutschen Marktes oder anderer europäischer Verbrauchermärkte weit übertreffen. Zwar verdreifacht sich das Pro-Kopf-Einkommen der indischen Verbraucher bis 2025, bleibt jedoch mit rund 783 Euro im internationalen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. Die große Anzahl von Konsumenten im bevölkerungsreichen Indien führt dennoch zu dem enormen Marktwachstum. Damit wird Indien auch für deutsche Unternehmen zu einem immer wichtigeren Markt. Nach einer Untersuchung des McKinsey Global Institute werden in den nächsten 20 Jahren mehr als 291 Millionen Inder den Sprung aus der Armut schaffen. Gleichzeitig wird sich die Mittelschicht von 50 Millionen auf 583 Millionen Menschen mehr als verzehnfachen. Über 23 Millionen Inder werden bis 2025 der reichen Oberschicht des Landes angehören. Auch die geografische Verteilung von Einkommen und Konsum ändert sich dramatisch. Indien entwickelt sich zu einem städtisch geprägten Markt: 62 Pro-

zent des Konsums entfallen auf urbane Gebiete, nur circa 38 Prozent auf den ländlichen Raum. Rund zwei Drittel der kaufkräftigen Mittelschicht werden in den Städten leben.⁹

Distinktion schafft neue Sozialtypen

Im Rahmen dieser extremen sozialen und wirtschaftlichen Mobilität ist Distinktion (Abgrenzung gegenüber anderen sozialen Gruppen) eine wesentliche Strategie zur Selbstbehauptung und Positionierung (vor allem gegen den gefährdeten sozialen und wirtschaftlichen Abstieg) geworden. Der Bezug auf „den Westen“ als oft genannter Ursprungsort der „Moderne“ und „Aufklärung“ ist hierbei ein zentrales Moment der Inszenierungsstrategien von Mitgliedern der oberen Mittelklasse/n. Es wäre jedoch verfehlt, zu meinen, dass Indien dadurch zunehmend verwestlicht wurde, ohne diesem Prozess etwas entgegenzuhalten. Insbesondere indische Tradition und Kultur werden hier neu ausgehandelt. Dazu in Kürze mehr.

Zu den neuen Sozialtypen gehören nicht nur Angehörige der oberen Mittelschicht in urbanen Zentren, sondern auch die so genannten NRIs (Non-Resident Indians), die im Ausland leben und arbeiten. Mitglieder dieser Gruppe, die im Jahre 2006 26 Millionen Menschen umfasst, zieht es seit den späten 1990er Jahren zunehmend nach Indien zurück. Nach Jahren des Exils finden sie in Indien nun nicht nur „internationalen“ Lebensstandard (fast luxuriöser als in den USA etwa, wo man sich nicht so viele Dienstboten leisten kann), sondern auch lukrative Investitionsmöglichkeiten. Es „lohnt“ sich also, wieder in das Heimatland zurück zu kehren, für Karriereerwütigte, Investitionswillige oder Senioren, die etwa an den Heimatort ihrer Kindheit zurückkehren wollen. Waren Übersee-Inder bis in die Anfänge der 1990er Jahre noch weitgehend als Abtrünnige angesehen, die ihr Land zugunsten wirtschaftlichen Wohlstandes „verraten“ haben, so werden sie von Regierung und vielen Privatpersonen inzwischen zu nationalen Helden stilisiert, durch deren Erfolg, Geldrücksendungen, Professionalität und Weltgewandtheit Indien erst zu dem werden konnte, was es ist. In gewisser Weise sind die Zitate aus dem Westen auch ein Produkt dieser transnationalen Bevölkerungsgruppe, die sich nun ihre kleinen Königreiche in Form von Kondominien errichtet. Selbstverständlich ist es bei einem Land von einer Größe wie Indien nicht möglich, zu verallgemeinern. Es sollen bestimmte Linien aufgezeigt werden, wissend jedoch, dass es immer auch Gegenbeispiele gibt.

Select Citywalk, eine der neuen Einkaufsmalls in Süd-Delhi (2009). Shopping-Malls sind neue Orte des Konsums und symbolisieren die Lebenswelt der urbanen indischen Mittelklasse. Foto: Christiane Brosius

Nachrichtenkanäle über das Kabelfernsehen zu empfangen. Zunehmend entwickeln sich indische Varianten westlicher Programme, wie etwa Reality-TV (z.B. „Moment der Wahrheit“), Fernsehspektakel wie „Wer wird Millionär“ oder „Indien sucht den Superstar“ und Seifenoperen. Auch wenn viele Mitglieder der oberen, meist Englisch sprechenden Mittelklasse westliche Programme bevorzugen mögen, ist weitgehend doch eher ein Trend zur Lokalisierung westlicher Medien und Konsumgüter entlang regionaler Landessprachen oder Hindi und mit sozial-spezifischen Themen wie das Alltagsleben einer Großfamilie zu verzeichnen. Vor allem bei der wohlhabenden Mittelklasse und Elite wird Wert darauf gelegt, dass der Lebensstil trotz Modernisierung aus dem Westen weiterhin deutlich als „indisch“ erkennbar bleibt. Das hat zur Folge, dass oft bestimmte koloniale Stereotypen vom „exotischen“ Inder wieder zu finden sind, ein Phänomen, das die Ethnologen Emma Tarlo und William Mazzarella als „ethnischen Chic“ (Tarlo 1996) und „Auto-Orientalismus“ (Mazzarella 2003) bezeichnet haben. Die Bedeutung „indischer“ Kulturen und Traditionen fällt also keinesfalls einem „Einheitsbrei“ durch Globalisierung zum Opfer. Vielmehr führt die globale Vernetzung auch zu Diversifikation und einer Stärkung kulturspezifischer „Essenzen“ im globalen Wettbewerb. Besonders deutlich wird dies in der weltweit größten Filmindustrie Bollywood, die inzwischen global begeisterte Anhänger rekrutiert, mit Melodramen, die den Charakter moderner Heimatfilme tragen und für die RTL2 den Slogan „Bollywood macht glücklich“ geprägt hat – eine missverständliche Stigmatisierung, da das Bombay-Kino durchaus auch kritische und kontroverse Themen verarbeitet.

Vor allem die Mobiltechnologien prägen die Kommunikation von Alt und Jung, und aufgrund niedriger Telefonpreise besitzen selbst Fahrradfahrer und Straßenhändler Mobiltelefone.¹¹ Handys und Internet werden inzwischen auch genutzt, um die weltweite Kommunikation mit den Auslandsindern zu verbessern. Beide Technologien sind unumgängliche Attribute einer wachsenden Jugendkultur, die in den nächsten zwei Dekaden fast 50 Prozent aller Inder ausmachen wird.

Vor allem an der ständig steigenden Zahl von Zeitschriften, die vor allem in Großstädten, Malls, Flughäfen und großen Bahnhöfen zu finden sind, lässt sich



erkennen, dass es ein zentrales Bedürfnis nach Information in Sachen Lebensstil, Konsum und Lebensführung gibt. Konnte man einen Blick in westliche Architektur, Mode und Konsumgüter in den spätern 1980er Jahren allein an den Zeitschriftenständen auf Bürgersteigen zentraler Einkaufsgegenden finden, zu überhöhten Preisen IKEA-Kataloge vom vorhergehenden Jahr kaufen, so liefert ein gut ausgestatteter Kiosk eines Marktes der oberen Mittelklasse neben Dutzenden westlicher Zeitschriften einen Einblick in die Welt der indischen Mittelklasse. Die Zahl von indischen Zeitschriften beläuft sich auf ca. 1.500, dazu kommen ungefähr 500 importierte Zeitschriften. Die Anzahl nahm explosionsartig seit 2006 zu. Am besten verkaufen sich Zeitschriften zu den Themen Auto, Mode, Computer und Inneneinrichtung.¹² Es gibt eine Vielzahl von Heiratszeitschriften, da Hochzeit noch immer eines der wichtigsten Lebenszyklusrituale ist und immer mehr an sozialer Bedeutung gewinnt, da es bei arrangierten Heiraten auch um das Zurschaustellen von Wohlstand geht. Hier finden sich neben der neusten Brautmode auch Tipps zum veranstalten von Hochzeiten nach Themen wie „Karneval von Venedig“ oder „Moulin Rouge“ (Brosius 2009), zu Flitterwochenzielen wie Ne-

pal oder Singapur und zum Führen einer sexuell und emotional erfüllten Ehe (siehe Srivastava 2007). Andere Lifestyle-Zeitschriften haben sich auf Haustiere, Spiritualität, Kochen, Inneneinrichtung, Schönheit und Wellness sowie Reisen spezialisiert. Sie alle untermauern das wachsende Bedürfnis einer wohlhabenden Mittelschicht, standesgemäß ein „gutes Leben“ zu führen und sich dafür die Expertise von Lifestyle-Experten zu holen. Diese Berater haben vor allem im urbanen Kontext eine lebendige Infrastruktur ausgebildet, in der sich zunehmend auch Spezialisten für die neuen Probleme der indischen Erlebnis- und Konsumgesellschaft positionieren: Psychotherapeuten aller Art versprechen examensgeplagten Schülern und Studierenden, frustrierten Ehepartnern, vom Burn-out geheizten Geschäftsleuten Erleichterung.

Schöne Welten, Schöner Wohnen – Immobilienwerbung und Stadtplanung

Wie zahlreiche Bollywood-Filme spielt auch „Slumdog Millionär“ in den verschachtelten und unergründlichen Welten der Millionenstadt Bombay, die 1995 von der hindu-chauvinistischen re-



gierenden Partei der Shiv Sena in Mumbai umgetauft wurde (Eckert 2003). Mit diesem symbolischen Akt zu Ehren der lokalen Göttin Mumbadevi wurde die Relevanz vorkolonialer und vorislamischer Geschichte beschworen. Viele Inder verwenden jedoch heute noch den „alten“ Namen Bombay und lehnen Versuche einer solchen Indigenisierung ab. Sie verstehen diese als Abwendung vom kosmopolitischen, weltoffenen Flair der Hauptstadt des westlichen Staates Maharashtra, mit der zugleich eine Privilegierung lokaler ethnischer Gruppen, insbesondere Hindus, einhergeht.¹³ Die Megastädte Indiens sind vor allem nach der Erlangung der Unabhängigkeit Indiens zu Magneten verschiedenster Migrantengruppen geworden. Diese Gruppen sind jedoch auch maßgeblich am Wohlstand und Image dieser Megastädte beteiligt, vom Wanderarbeiter, der die Luxusapartments der Neureichen erbauen hilft, zum IT-Spezialisten, Werbefachmann und Medienmogul.¹⁴

„Es war noch nie eine bessere Zeit, Inder zu sein und in Indien zu sein als jetzt!“, sagte mir ein enthusiastischer Immobilienhändler aus Greater Noida, einer der neuen Stadtteile an der Grenze zu Ost-Delhi. Diese Auffassung wird von vielen geteilt, die meinen, dass Indien

das Unmögliche möglich macht, auch für die „Kleinen“. Mythen – vom „Tellerwäscher“ zum Millionär – und Goldrausch-Stimmung setzen sich durch, haben den Immobilienmarkt aufgeheizt und in einen der boomendsten Bereiche des neoliberalen Indiens transformiert (neben Mobilfunk, IT, Retail). Immobilien und Stadtplanung sind eng verwoben mit der Frage nach dem, was einen zum „globalen“ Bürger des „neuen Indiens“ macht und wie dies am besten demonstriert werden kann.

Die Millionenstädte Indiens sind nicht nur von einer Vielzahl verschiedenster Menschen geprägt, sondern auch von einer Bandbreite neuer Orte, an denen sich Mitglieder des „Neuen Indiens“ tummeln. Neben der neuen Infrastruktur des Immobilienmarktes und stadtplanerischer Politik entstehen fast jeden Tag neue Restaurants, Bars, Cafés, Golfplätze und elitäre Clubs, die oft Namen tragen, die an das viktorianische England (z.B. Windsor Park) oder an symbolträchtige Orte in den USA (z.B. Beverly Place) erinnern. Sie alle bieten den Mitgliedern der neuen Mittelklasse eine Bühne zur Selbstdarstellung, einen Erfahrungsraum, in dem sie sich konstituieren und erleben können. Noch in den 1980er Jahren waren solche Orte vor allem der verwestlichten Elite und ausländischen Touristen vorbehalten. Es war unter etablierten Indern eher verrufen, in der Öffentlichkeit Alkohol zu trinken, und, was Frauen betrifft, zu rauchen und zu tanzen. Solche Lebensweisen wurden weitgehend mit moralisch fragwürdigen Attitüden verbunden. Neue Medien, erhöhte internationale Mobilität, neue Berufsfelder und inzwischen in Indien leicht zugängliche Konsumgüter und -welten haben diese Auffassung, und somit auch Lebensweisen, geändert.

Auch neue Orte des Konsums und der Freizeit entstehen, die ein neues Bild der urbanen Öffentlichkeit prägen. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Cafés und Bars, in denen sich Schüler und Studenten, Berufstätige, Freunde oder Paare treffen können, ohne als verrufen zu gelten. Alkoholkonsum ist ein Teil des öffentlichen Lebens geworden, und es gehört sogar zum „guten Ton“, sich in Weinsorten oder der Kaffeekultur à la Starbucks auszukennen. Irritiert werden solche neuen Orte durch willkürliche Attacken extremer Gruppen verschiedenster Lager. Junge Liebespaare, die etwa händchenhaltend in öffentlichen Parks unterwegs waren, wurden von Vertretern der hindu-nationalistischen Moralpolizei attackiert, insbesondere am Valentinstag. Der letzte gewaltvolle Übergriff auf „moderne“ Jugend- und Lebenskultur fand im Januar 2009 in der Stadt Mangalore in Südindien statt: In

DIE VORSTELLUNG VOM „NEUEN INDIEN“. ANMERKUNGEN ZUR UNFASSBAREN MITTELKLASSE

der so genannten „Mangalore Pub-Attacke“ stürmten Hindu-Nationalisten im Beisein Bericht erstattender Medien eine Kneipe und zerrten die dort Alkohol konsumierenden jungen Frauen auf die Straße, um sie vor den laufenden Kameras durch Schläge zu „züchtigen“. Die oft genannte Begründung solcher gewalttätigen Gruppen ist, dass das „neue“ Verhalten sowie die Orte, an denen es praktiziert werde, die (Hindu-) Kultur, Moral oder Tradition beleidigen würden.

Citytainment und Shopping-Malls

Ein weiteres interessantes Phänomen und letztes Beispiel für die Lebenswelten der urbanen indischen Mittelklasse, die das „neue Indienbild“ prägen, sind die Kondominien und Einkaufszentren (im Folgenden auch „Malls“ genannt).¹⁵ Auch sie bieten das Bild einer aufstrebenden und selbstbewussten Oberschicht, die sich als national-kosmopolitisch versteht und „glokal“ verortet. Einerseits nimmt sie Einflüsse oder Trends jenseits der nationalen Grenzen und scheinbar homogenen kulturellen Traditionen auf. Andererseits festigt sie ein Bild nationaler Identität, das sich bewusst als „indisch“ und „nicht-westlich“ und Konsum als nationale Pflicht versteht. Diese Position hat sich in den Stimmen gespiegelt, die „Slumdog Millionär“ als Schlag gegen ein sich emanzipierendes „Dritte-Welt-Land“ verstanden, als Weigerung, das „neue Indien“ als gleichwertig anzuerkennen. Gerade die Megastädte sind Projektionsfläche für Bilder dieses „neuen Indien“ geworden. Viele Stadtregierungen versuchen durch „World Class“-Branding den urbanen Raum von „Unannehmlichkeiten“ zu säubern. Diesen Aktionen fallen auch die zahlreichen „illegalen“ Kolonien (oft als „Slum“ bezeichnet) zum Opfer, die sich in den unbebauten Zwischenräumen und in Zeiten wirtschaftlicher Expansion oder politischen Wandels (z.B. Teilung Indiens 1947) ansiedeln (siehe Ajuha und Brosius 2006).¹⁶ Um national und global wettbewerbsfähig zu sein, investitionswillige Unternehmen oder wohlhabende Bürger anzuziehen, präsentieren sich Städte wie Neu Delhi oder Mumbai als „Weltkass-Städte“, die „internationalen Standard“ für Arbeitswelt und Lebensstil anbieten. Der kosmopolitische „Touch“ findet sich in der Ausrichtung von Mega-Ereignissen wie den Commonwealth Games in Delhi 2010 oder dem Bau ei-

nes umfassenden Metro-Netzwerks. Prestigetragger sind auch die unzähligen neuen Kondominien im Stil von Londoner Gartenstädten, die toskanischen oder viktorianischen Vorbildern nachgebaute Stadtvillen, die Einkaufsmalls römisch-antiken Stils oder extravaganter, hochmoderner Glasarchitektur. Auffällig ist, dass die verschiedensten architektonischen und historischen Elemente, gleich exotischer Objekte in einer Wunderkammer der Renaissance oder einer Weltausstellung im 19. Jahrhundert, zusammengesetzt und zu Zeichen von Status und Distinktion der neuen indischen „Weltklasse“ werden. Man ist an die Sammel- und Bauwut von Paris oder London um 1900 oder Städte der arabischen Emirate erinnert, mit dem Unterschied, dass es einer Stadt wie Neu Delhi heute an vergleichbarem Prunk und Pomp – und auch zur Verfügung stehendem freien Bauraum fehlt. Ähnliche Phänomene lassen sich auch in chinesischen Metropolen wie Shanghai finden, für die der Stadtsoziologe Dieter Hassenpflug die Begriffe von Stadtparodie, urbaner Ästhetisierung oder Citytainment (2008, S. 122) benutzt hat, um die Sehnsucht nach Europa oder Amerika als Fremdem, Exotischem in den Baukünsten nach der Wirtschaftsliberalisierung Chinas zu beschreiben. Die Fähigkeit zur Zitation ist gleichsam ein Ausdruck kosmopolitischer Kompetenz und wirtschaftlicher Macht. Auch die Inneneinrichtung wohlhabender Inder zitiert einerseits aus der ganzen Welt oder, andererseits, der märchenhaft erscheinenden Welt indischer Maharajas und ihrer Paläste. Die Kehrseite dieser wuchernden Luxus-Städte des Spätkapitalismus zeigt sich in ökologischen Katastrophen. Unerbittlich werden Grünflächen eliminiert, wird Lebensraum der urbanen Armen zerstört und im besten Falle an die Ränder der Stadt verlagert, es werden Straßen gebaut und Klimaanlage eingebaut und Autos gekauft: Mumbai, Bangalore und Neu Delhi ersticken in Abgasen, die Flüsse sind hochgradig vergiftet, täglich werden Stunden im Stau verbracht, und selbst Luxuswohnanlagen, die ihren Käufern einst Rundum-die-Uhr-Versorgung mit Strom und Wasser versprochen, erfahren im Sommer Wassernot und stundenlangen Stromausfall. Der Kampf um Ressourcen hat auch die Oberschicht erreicht und kritische Stimmen fordern ein radikales Umdenken hinsichtlich des Klimawandels und der Konsumtion. Es scheint, als habe das Wirtschaftswunderland Indien den Rausch des endlosen Wohlstandes ausgeschlafen und erwacht nun mit Katerstimmung. Daran hat die weltweite Wirtschaftskrise von 2008 auch einen großen Anteil, auch wenn

man aufgrund der immer noch wachsenden Mittelklasse und neu erschließbaren Märkte keinen mit Europa oder den USA vergleichbaren Einbruch verzeichnet und befürchtet.

Ausblick

Die neuen urbanen Orte und Sozialtypen, die hier beschrieben wurden, wären bis zur Wirtschaftsliberalisierung in Indien kaum denkbar gewesen. William Mazzarella (2003) hat den Übergang zur Wirtschaftsliberalisierung Anfang der 1990er Jahre als Wandel von dem symbiotischen Verhältnis von nationalem Fortschritt und der bürgerlichen Pflicht zum sparsamen Leben untersucht und betont, dass Entwicklung nur gesamtgesellschaftlich gedacht wurde, während Konsum und Genuss als elitärfördernd und den nationalen Fortschritt aufhaltend verstanden wurden. Dies änderte sich, als Konsumgenuss zum Fortschrittsparadigma für das „neue Indien“ wurde. Mazzarella erläutert dies am Beispiel des Kondoms. War das Kondom (neben der Sterilisation) während der Zeit der Planwirtschaft vor allem Mittel der Bevölkerungsplanung, so wurde es mit den 1990er Jahren zum Lifestyle-Statement einer dynamischen, jugendlichen Mittelklasse, die Spaß haben wollte – auch am (vorehelichen) Sex. Der Lebensstil der Eliten vor dem Wirtschaftswandel schlug unwesentlich visuell zu Buche und konnte allein durch Reisen oder Leben im Ausland und Import realisiert werden. Heute sind diese Lebensstile, sei es nun in Bezug auf die soziale Verräumlichung oder das Bild romantischer Liebe, in Lifestyle-Zeitschriften, Werbungen in Zeitungen, auf Häusern oder freiste-



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Christiane Brosius ist Inhaberin des Lehrstuhls für Visuelle und Medienanthropologie am Heidelberger Exzellenzcluster „Asia and Europe in a Global Context“ (www.asia-europe.uni-heidelberg.de). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Megastädte und sozialer Wandel im heutigen Indien, Medien im Kontext von Jugend- und Alterskulturen sowie Transnationalismus.

henden Wänden, in Immobilienzeitschriften und Broschüren von Bauherren – und natürlich auch dem Internet – zumindest imaginär zugänglich. Kaum ein Konsumgegenstand aus dem Westen ist heute nicht auch in Indien zu finden. Was uns hier entgegenblickt, sind glamouröse „luftdicht verpackte“, eventzentrierte Inselwelten (siehe Narayanan 2006), in deren Zwischenräumen der „Rest“ Indiens pulsiert, allerdings nach einem völlig anderen Takt, ausgeblendet durch meterhohe Mauern und einen internalisierten Enklavenblick der Eliten und oberen Mittelklasse. Zu urteilen, ob „Slumdog Millionär“ nun ein „authentisches“ Dokument des heutigen Indiens ist oder nicht, bleibt anderen vorbehalten. Seine Rezeption im Westen und bei Indern hat uns die Ambivalenzen und Komplexität von Globalisierung und Neoliberalisierung im Kontext einer neuen Welt- und Sozialordnung gezeigt und uns deshalb als Weltbürgern insgesamt einen Spiegel zur (Selbst-)Reflexion vorgehalten.

LITERATUR

- Ahuja, Ravi/Brosius, Christiane (Hrsg.) (2006): Mumbai, Delhi, Kolkata. Annäherungen an Megastädte in Indien. Heidelberg.
- Brosius, Christiane (2009): India's Middle Class. New Forms of Urban Leisure, Consumption and Prosperity. New Delhi, London, New York.
- Desouza, Peter Ronald/Kumar, Sanjay/Shastri, Sandeep (2009): Indian Youth in a Transforming World: Attitudes and Perceptions. New Delhi.
- Eckert, Julia (2003): The Charisma Of Direct Action: Power, Politics, and the Shiv Sena. New Delhi.
- Hassenpflug, Dieter (2008): Der urbane Code Chinas. Gütersloh.
- Larkin, Brian (2003): Itineraries of Indian Cinema. African videos, Bollywood and Global media. In: Shohat, Ella/Stam, Robert Stam (Hrsg.): Multiculturalism, Postcolonialism and Transnational Media. New Brunswick, S. 170–192.
- Mazzarella, William (2003): Shoveling Smoke: Advertising and Globalization in Contemporary India. Durham.
- Michaels, Axel (2006): Der Hinduismus. Geschichte und Gegenwart. 2. Auflage, München.
- Munshi, Shoma (2009): Prime Time Soap Operas on Indian Television. New Delhi.
- Narayanan, Harini (2006): Der Schein Delhis: Die luftdicht verpackte Welt der Shopping Malls. In: Ahuja und Brosius (a. a. O.).
- Ohm, Britta (1999): Doordarshan: Representing the nation's state. In: Brosius, Christiane/Butcher, Melissa (Hrsg.): Image journeys: Audio-visual Media and Cultural Change in India. New Delhi.
- Rajadyaksha, Ashis (2008): The Bollywoodization of Indian Cinema. In: Kavoori, Anandam P./Punathambekar, Aswin (Hrsg.): Global Bollywood. New Delhi.
- Srivastava, Sanjay (2007): Passionate Modernity: Sexuality, Class and Consumption in India. New Delhi.
- Tarlo, Emma (1996): Clothing Matters: Dress and Identity in India. Chicago.

ANMERKUNGEN

- Zur globalen Präsenz Bollywoods siehe Rajadhyaksha (2008). Die internationale Beliebtheit des indischen Kinos, insbesondere des Bombay Cinema, reicht von der ehemaligen Sowjetunion (mehr als 20 Millionen Zuschauer pro Film; siehe Rajagopal 2008, S. 181–183) bis Afrika (siehe Larkin 2003).
14. Januar 2009: <http://www.guardian.co.uk/film/2009/jan/14/ Amitabh-bachchan-rubbish-slumdog-millionaire> (Eingesehen am 20.9.2009).
- Interessanter Weise jedoch finden sich genau diese märchenhaften Stereotypen in der Selbstdarstellung Indiens für einen nationalen und international stark anwachsenden Tourismusmarkt.
- Elite der „Neureichen“ in Indien, für die American Express kürzlich auch den Platinum Club eingeführt hat (der sich orientiert an den Zahlen von 1,1 Millionen Millionären mit über 1 Millionen US-Dollar Flüssigkapital).
- Siehe auch den McKinsey-Report zu Indien aus dem Jahr 2007 http://www.mckinsey.de/html/presse/2007/20070507_indien.asp (Zugriff am 20.9.2009). Im Jahr 2005 lebten 27,5 Prozent der indischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, mit einem Anteil von 25,7 Prozent in städtischen und 28,3 Prozent in ländlichen Gegenden. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Monat, das die Armutsgrenze für eine Stadt wie Delhi definiert, liegt bei INR 613,00 (ca. 10 Euro) (Planning Commission, Government of India, March 2007). Mit Bezug auf einen Bericht der staatlichen National Commission for Enterprises in the Unorganised Sector (NCEUS) berichtete die Nachrichtenagentur Reuters 2007, dass 77 Prozent aller Inder, also ca. 800 Millionen Menschen, von weniger als einem halben US-Dollar am Tag leben – in einem der „heißesten“ Wirtschaftsgiganten der Welt. Derselbe Bericht legt auch dar, dass die Mehrheit von Menschen im informellen Sektor von weniger als 20 Rupien (0,30 Euro) am Tag leben muss.

- Ein Großteil des Materials wurde zwischen 2002–2009 in Neu Delhi, der Hauptstadt der größten Demokratie Indiens, gesammelt und besteht vor allem aus Interviews mit Mitgliedern der wohlhabenden Mittelklasse, aus teilnehmender Beobachtung von Ritualen und anderen Ereignissen, sowie aus dem Auswerten zahlreicher Zeitschriften, Werbungen, und Erfassen neuer Lebensorte und Lebensstile.
- Siehe <http://www.mckinsey.com/mgi/> (Zugriff am 20.9.2009).
- Siehe <http://www.rediff.com/money/2005/jul/02ninan.htm> und <http://www.thehindubusinessline.com/2005/01/22/stories/2005012201860700.htm> (Zugriff: 20.9.2009).
- Die jährliche Wachstumsrate von Millionären in Indien ist eine der höchsten in der Welt (begleitet von China, Argentinien und Kasachstan). Sie ist zwischen 2000 und 2005 um mehr als 15 Prozent angestiegen. 2006 lebten ungefähr 83.000 Millionäre in Indien; 2008 ist die Zahl auf 141.000 angestiegen (zum Vergleich: China zählte 373.000 und USA 3.114.000; Quelle: Scorpio Partnership 2008). Nach einem Bericht von American Express, Inside the Affluent Space (2006), besaßen mehr als 711.000 Inder über 100.000 US-Dollar an „flüssigem“ Kapital. 2004 veröffentlichte der National Council for Applied Economic Research den Bericht The Great Indian Middle Class und schätzte darin, dass bis 2010 fast vier Millionen Haushalte zu den „fast Reichen“ bis „Superreichen“ zu zählen seien (mit zwischen 1–10 Millionen Rupien Jahreseinkommen, also ca. 18.000–180.000 Euro) (INCAER 2005, S. 43).
- Ich danke Shoma Munshi für die Information, die aus ihrem aktuellen Buch über Fernsehserien in Indien hervorgeht (Munshi 2009).
- In 2006 waren 220 Millionen Mobiltelefone angemeldet (Bhupta 2007, S. 213–15). Obwohl das Handy erst in den 1980er Jahren eingeführt wurde, entwickelte es sich in atemberaubender Geschwindigkeit vom zurückhaltend genutzten Objekt zum Statussymbol und Fetisch. Heute ist es aus dem indischen Kommunikationsalltag nicht mehr wegzudenken. Bis zur Ankunft des Handys

DIE VORSTELLUNG VOM „NEUEN INDIEN“. ANMERKUNGEN ZUR UNFASSBAREN MITTELKLASSE

- musste man in Indien bis zu einem Jahr auf einen festen Telefonanschluss warten.
- Die Zahlen liegen statistisch nicht vor, wurden aber im September 2009 von Zeitschriftenhändlern in Delhi erfragt und abgeglichen.
 - In den letzten Jahren sind jedoch auch Hindus, die zu Tausenden aus verarmten Regionalstaaten wie Bihar oder Jharkhand geflüchtet sind, um in der Stadt ein besseres Leben zu finden, sowie Hindus aus Südindien, die zu wirtschaftlichen Konkurrenten der „ursprünglichen“ Maharaten geworden sind, zu Zielscheiben einer ethno-politischen Hardliner-Politik der Stadt geworden.
 - Weltweit ziehen pro Tag circa 160.000 Menschen in Städte (China: ca. 14 Millionen pro Jahr, Indien: ca. 10 Millionen). In den nächsten Jahren werden ungefähr 300 Millionen Menschen in Indien in Städte kommen (Nilekani 2006). Der indische Zensus von 2001 deklariert, dass ca. 29 Prozent der indischen Bevölkerung in urbanen Gegenden lebt und dass diese Zahl bis 2021 auf über 40 Prozent ansteigen wird (siehe Just 2006, S. 9).
 - Zählte Indien im Jahr 2001 noch drei große Einkaufsmalls, waren für 2007 bereits 343 Malls geplant, 2005 waren fast 100 Malls geöffnet. Neu Delhi verzeichnete dabei die höchste Zahl von Mall-Bauaktivitäten mit 54 Malls für das Jahr 2005 (Bhupta 2005a, S. 11–13).
 - Im Jahre 2006 hatte Delhis Bevölkerung die 15 Millionen-Grenze erreicht (verglichen mit 410.000 im Jahre 1911 und 1 Millionen 1951). Mehr als 50 Prozent leben in unauthorisierten oder provisorischen Siedlungen (Hazards Centre, Alternate Fact Sheet, New Delhi 2006, S. 3). Siehe auch UN Habitat's World City Report 2006/07, <http://www.unhabitat.org/content.asp?cid=3397&catid=7&typeid=46&subMenuId=0> (Zugriff 22.8.2009).

Medieninformationen per Klick für Studium und Forschung



Medieninfos für Studium und Forschung

Basisinformationen:

- | | | |
|------------------|----------------------|------------------------|
| ■ Fernsehen | ■ Musikindustrie | ■ Medienökonomie |
| ■ Hörfunk | ■ Digitaler Rundfunk | ■ Mediengesetze |
| ■ Film | ■ Mediennutzung | ■ Bevölkerung |
| ■ DVD / Video | ■ Medienausstattung | ■ Medien und Migration |
| ■ Print | ■ Medienwissenschaft | ■ Publikationen |
| ■ Internet | ■ Literaturdatenbank | ■ Glossar |
| ■ Web2.0 | ■ Medienlinks | |
| ■ Computerspiele | ■ Medienkompetenz | |

Metainformationen:

- **Medienwissenschaftliche Literaturdatenbank** mit über 34.000 bibliographischen Angaben zu deutsch- und englischsprachigen Monographien, Buchbeiträgen und Zeitschriftenartikeln aus den Bereichen Kommunikations- und Medienforschung
- **Linksammlung** mit über 300 Einträgen u.a. zu Radio- und TV-Sendungen mit Medienthemmen, den Medienseiten der Tageszeitungen, Fachzeitschriften, medienwissenschaftlichen Studiengängen und Rundfunkveranstaltern
- **Medienwissenschaftliches und -technisches Glossar**



mit Unterstützung des Südwestrundfunks (SWR)

Partner im **mediportal südwest**
www.mediportal.de

Redaktionsanschrift:
Medien Daten Südwest
c/o Landesanstalt für Kommunikation
Baden-Württemberg (LFK)
Rotebühlstraße 121
70178 Stuttgart
Tel.: 0711 / 6699-152
E-Mail: mediendaten@mediendaten.de

www.mediendaten.de

Ein reiches Land mit armen Menschen

Bernard Imhasly

Jawaharlal Nehru versprach 1947, Indien weitgehend von der Armut zu befreien. Doch wie steht es heute um die Einlösung dieses Versprechens? Es ist unbestreitbar, dass die Dynamisierung der Wirtschaft viel zur Armutsbekämpfung beigetragen hat. Trotzdem besitzen Armut und extreme Armut in Indien immer noch Massencharakter. Obwohl die Zahl der absolut Armen rückläufig ist, leben – trotz eines ungebrochenen ökonomischen Aufwärtstrends seit den 1990er Jahren – drei Viertel der Inder in bitterer Armut. Die ungleiche Verteilung des Volkseinkommens zieht unterschiedliche materielle Teilhabechancen nach sich. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich seit der wirtschaftlichen Kehrtwende des Landes geweitet. Die Politik misst der Armutsbekämpfung zwar eine hohe Bedeutung zu, jedoch ist die konkrete Umsetzung oftmals defizitär und ineffizient. Der indische Aufstieg wird – so das Fazit von Bernhard Imhasly – nur von dauerhaftem Wert sein, wenn das Land seine Armen „mit an Bord“ nimmt und am ökonomischen Wachstum beteiligt.

Das uneingelöste Versprechen

Vor langen Jahren, so Indiens designierter Premierminister Jawaharlal Nehru am Vorabend des Unabhängigkeitstags vom 15. August 1947, „hat Indien der Vorsehung ein Versprechen“ gemacht. Nun sei endlich der Augenblick gekommen, es einzulösen. Die Abmachung bestand darin, das Land „von Armut, Krankheit und Notdurft (...) zu befreien, nicht vollständig, aber doch in großem Maß“.

Hat Indien sein Versprechen eingehalten? Die Antworten fallen unterschiedlich aus, je nach dem Maßstab, den der Beobachter ansetzt. Aus einer wirtschaftsgeschichtlichen Perspektive mit einer Referenzperiode von hundert Jahren sind die Fortschritte beachtlich. Das durchschnittliche Jahreswachstum, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der letzten Phase der Kolonialherrschaft, 0,79 Prozent betragen hatte, beschleunigte sich in der zweiten Hälfte um das Fünffache. Und trotz der Zunahme der Bevölkerung um das Dreieinhalbfache ist das Volksvermögen in realen Zahlen um das Zehnfache gewachsen. Gleichzeitig ist dieses riesige und heterogene Land jenes mit der denkbar

größten politischen Stabilität unter allen Entwicklungsländern geblieben. Und dies nicht unter der Fuchtel eines autokratischen Regimes, sondern dank des freien demokratischen Entscheids seiner Bürger. Indien war Wegbereiter der Entkolonisierung, wurde Mitbegründer und Zugpferd der Blockfreien, der ersten politischen Bewegung der „Dritten Welt“, die sich zumindest ansatzweise dem westlichen wirtschafts-ideologischen Diskurs entzog, sei es in dessen marktwirtschaftlicher, sei es in kommunistischer Ausprägung. Diesen internationalen Führungsstatus hat es auf halbem Weg eingebüßt, und erst heute ist es dabei, ihn – kraft seiner ökonomischen Macht – wieder einzufordern, allerdings auf Kosten des Anspruchs auf einen „Dritten Weg“.

Wirtschaftsdynamik und Armutsbekämpfung

Die Entwicklungsdynamik hat sich nach 1990 nochmals bedeutend beschleunigt. Und aufgrund der ersten Welle wirtschaftlicher Reformen hat Indien seit dem Jahr 2000 noch einmal einen Wachstumssprung vollzogen. Zahlreiche Beobachter behaupten, dass sich das Land in den vergangenen neun Jahren stärker verändert hat als in den fünfzig Jahren zuvor. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich mehr als verdoppelt – die erste Verdoppelung hatte 19 Jahre gebraucht. Spar- und Investitionsvolumina sind von 27 auf 34 Prozent gestiegen, die Armutsquote ist, auch wenn die Angaben stark schwanken, um ein Drittel gesunken. So gesehen, hat die Dynamisierung der Wirtschaft mehr für die Armutsbekämpfung getan als die vielen Milliarden, die von der indischen Regierung – und von der internationalen Gemeinschaft – während fünfzig Jahren in die Entwicklungshilfe gepumpt worden sind.

2007 berichteten indische Zeitungen über einen neuen Meilenstein: Die Wirtschaftsleistung – das Bruttosozialprodukt – hatte eine Billion bzw. 1.000 Milliarden US-Dollar erreicht. Damit ist Indien erst das zwölfte Land der Welt, das diese Hürde übersprungen hat. Dies ist auf den ersten Blick nichts Weltbewegendes, denn wiederum ist es das Gesetz der großen Zahl, das diese Leistung wesentlich begründet. In Indien leben inzwischen 1,2 Milliarden Men-

schen, und jeder sechste Weltbürger ist damit eine Inderin oder ein Inder. Man muss also nur die 1.000 Milliarden US-Dollar durch die Bevölkerungszahl dividieren, um auf ein viel bescheideneres Resultat zu kommen: rund 833 US-Dollar – das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Inder. Beide Zahlen zeigen Größe und Grenzen dieses Landes an. Immerhin hat es damit eine weitere Hürde genommen. Inzwischen gehört es auch nicht mehr zur Kategorie der „ärmsten Länder“, jenen also, die gemäß Weltbank ein Jahreseinkommen von weniger als 842 US-Dollar pro Kopf erreichen. Heißt dies, dass Indien damit „aus dem Schneider“ und auf dem besten Weg zu einem Wohlfahrtsstaat westlichen Musters ist, wenn nicht gar zu einer wirtschaftlichen und politischen Großmacht? Wer in diesen Tagen die Medienberichterstattung verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, dass dies nur eine Frage der Zeit ist, und dass diese Zeit näher ist, als wir gemeinlich annehmen.

Relative Zahlen sind allemal aussagekräftiger!

Man muss das enorme Wachstum nur in die Zukunft projizieren, und schon ist man bei den Prognosen der amerikanischen Citibank, die vor fünf Jahren für die vier BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) folgendes Szenario aufgestellt hat: In fünfzig Jahren wird Indien hinter China und den USA an dritter Stelle der weltweit größten Volkswirtschaften stehen. Jene Studie war von einem Jahreswachstum von sechs Prozent ausgegangen. Seitdem ist das Land aber jedes Jahr um 8,5 Prozent gewachsen, und falls es dieses Wachstum beibehält (oder gar ausbaut), wird Indien auch die USA überholen und hinter China den zweiten Platz besetzen. Die Marktkapitalisierung der indischen Börsen liegt mit knapp 2.000 Milliarden US-Dollar schon weit über dem Sozialprodukt. Auslandsinvestitionen liegen zwar immer noch weit hinter jenen Chinas, doch haben sie sich zwischen 1991 und 2006 verhundertfacht – von 150 Millionen auf 15 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Im September 2009 erreichten sie erstmals die kumulierte Summe von 100 Milliarden Dollar. Doch wie immer bei großen Zahlen und Volkswirtschaften – die relativen Grö-

ßen sind oft wichtiger als die absoluten. Das amerikanische Wirtschaftsmagazin Forbes schätzte im März 2008 die Zahl der indischen Dollar-Milliardäre auf 54 – mehr als Japan zu bieten hat. Ihr Vermögen umfasst zusammenge-rechnet knapp 250 Milliarden US-Dollar. Über ein Fünftel des gesamten Volksvermögens dieses Milliardenvolks wird also, vereinfacht gesagt, von einer verschwindend winzigen Minderheit beansprucht. Wird dieses große Küchenstück herausgenommen und der Rest auf die 1,2 Milliarden Menschen (minus 54 Köpfe) verteilt, nimmt das Pro-Kopf-Vermögen rasant ab und beträgt nur noch rund 600 US-Dollar pro Kopf und Jahr. Das bedeutet knapp zwei US-Dollar pro Tag, womit Indien wieder unter den Ärmsten wäre. Das alte Klischee von Indien als dem Land der Widersprüche trifft also immer noch zu, und damit auch die Frage, ob das Glas halb leer oder halb voll ist.

Statistische Täuschungen

Trotz aller Erfolge muss konstatiert werden, dass das Land in den sechs Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit nicht fähig war, sich aus seiner Armut zu befreien. Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums hat zweifellos auch die Armutszahlen in Bewegung gebracht. Wie das geflügelte Wort es ins Bild fasst, hat die Flut, wenn sie in den Hafen hereinkommt, alle Boote gehoben, große wie kleine. Doch was ist – um im Bild zu bleiben – mit den lecken Booten, die am Ufer liegen und von der Flut entweder nicht berührt, oder schlimmer noch, von ihr überspült werden? Ist es dem Staat gelungen, mit dem erhöhten Zufluss von Steuereinnahmen die zahlreichen lecken Boote wieder flottzumachen, damit sie schwimmen statt untergehen? Oder wächst mit dem Wachstum auch die Kluft zwischen Arm und Reich? Denn inzwischen erarbeiten zehn Prozent der Bevölkerung die Hälfte der Wirtschaftsleistung, während die untersten zehn Prozent gerade zwei Promille dazu beitragen.

Der prominente indische Ökonom Arjun Sengupta ist in einer im März 2007 veröffentlichten Studie („India's Common People“) der Frage nachgegangen, welches die Effekte von 16 Jahren Wirtschaftsreformen auf das Armutsprofil der Bevölkerung gewesen sind. Darin setzen er und seine Co-Autoren sich zunächst mit der herkömmlichen Methodologie auseinander, mit welcher der indische Staat Armut misst. Dieser stützt sich auf die National Sample Survey Organisation (NSSO), einer Regierungsbehörde, die regelmäßig das Einkommen eines repräsentativen Durch-

schnitts der Bevölkerung misst. Sie stellt dabei namentlich die sozialpolitisch relevante „Poverty Line“ fest, jene Grenzlinie, unter der ein Überleben im Vollbesitz der eigenen Kräfte nicht mehr möglich ist. Die NSSO legt diese bei einem Tageseinkommen (bzw. dem entsprechenden Konsumwert) von zwölf Rupien fest, was einem kaufkraftbereinigten Wert von 1,3 US-Dollar pro Tag entspricht.

Wie andere Ökonomen kommt auch Sengupta zum Schluss, dass sich diese Grenze seit Beginn der Wirtschaftsreformen positiv verschoben hat. Fielen 1993 noch 31 Prozent der Bevölkerung (274 Millionen Menschen) unter diese Grenze, so sind es zehn Jahre später noch 22 Prozent (237 Millionen). Damit wären seit Beginn der Reformen zusätzliche neun Prozent der Bevölkerung der Armutsfalle entronnen, was suggeriert, dass beinahe 80 Prozent der indischen Bevölkerung zumindest eine kleinbürgerliche und damit eine gesicherte Existenz haben.

Ein solcher Schluss ist aber, so Sengupta, eine statistische Täuschung, zu der indische Politiker gern greifen, wenn es darum geht, im Ausland die Trommel für Auslandsinvestitionen zu rühren oder die Großmachtambitionen des Landes zu begründen. (Auch Politiker der Industrienationen nehmen seit kurzem gern Zuflucht dazu, wenn es darum geht, die Kürzung ihrer Entwicklungshilfe zu begründen.) Eine solche Argumentation ist nur deshalb möglich, weil die Armutsgrenze und was darunter steht – Menschen „below the poverty line“ – so tief angesetzt werden. Und die nächst höheren beiden Einkommenskategorien – von der NSSO als „marginal“ und „gefährdet“ gekennzeichnet – sind, statt zu schrumpfen, in den vergangenen zehn Jahren gewachsen, von 51 auf 54 Prozent der Bevölkerung. Die Grenzlinie, die für diese beiden Einkommensgruppen angesetzt wird, verdeutlicht, dass auch die Menschen in diesen Kategorien äußerst arm sind: Sie liegt bei 15 Rupien am Tag für die „marginale“ und bei 20 Rupien für die „gefährdete“ Gruppe. Dies ergibt ein Einkommen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag – dem internationalen Grenzwert zur Feststellung von äußerster und damit lebensgefährdender Armut.

Drei Viertel leben immer noch in Armut

Fasst man also diese drei Kategorien zusammen, so zeigt sich das Gegenteil des vielfach suggerierten Bildes eines Landes, das dabei ist, das letzte Fünftel seiner Armut auszurotten: Insgesamt 76 Prozent der Bevölkerung (836 Millionen

bei einer damaligen Gesamtbevölkerung von 1.090 Millionen) haben ein Einkommen, das ihnen bestenfalls eine miserable Existenz zugesteht. Geht man noch stärker ins Detail, verfestigt sich dieses Bild weiter. Die Definition des „Konsumkorbs“, aufgrund dessen das Einkommen eines armen Haushalts berechnet wird, zeigt, dass er fast ausschließlich Nahrungsmittel umfasst. Gesundheitskosten werden kaum berücksichtigt, Erziehungskosten ebenfalls nicht. Untersuchungen haben aber gezeigt, dass die Gesundheitskosten mehr als die Hälfte des Arbeitseinkommens armer Menschen ausmachen. Dies ist auch nicht anders zu erwarten, da sie doch aufgrund von Mangelernährung von Geburt an (oder schon davor) geschwächt sind und oft keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer schützenden Behausung haben.

Diese Zahlen beweisen, dass Indien immer noch ein sehr armes Land ist, und sie erklären das Paradox, dass ein Staat durchaus eine potente und leistungsfähige Schicht von 200 Millionen Mittelklasse-Bürgern haben kann und gleichzeitig eine Bevölkerung, die (laut Welt-ernährungsorganisation) ein Viertel der rund 800 Millionen hungernden Menschen der Welt beherbergt. Der „National Family Health Survey“ von 2007 vom Ministerium für Kinder- und Familienwohlfahrt zeigt, dass Mangelernährung bei Kindern unter sechs Jahren in den vergangenen acht Jahren lediglich um einen Prozentpunkt (von 47 auf 46 Prozent) zurückgegangen ist – was bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme von 1,6 Prozent in absoluten Zahlen eine Zunahme bedeutet. Jedes zweite indische Kind unter sechs Jahren ist also mangelernährt – eine Statistik, die Indien noch hinter dem Afrika südlich der Sahara, der ärmsten Region der Welt, rangieren lässt. Laut UNICEF sterben jährlich 2,1 Millionen indische Kinder, bevor sie fünf geworden sind (weltweit: 9,7 Millionen).

Ineffiziente Armutsbekämpfung

Erweist sich der „Sicker-Effekt“ eines raschen Wachstums zugunsten der Armutsverringerung damit als Wunschdenken? Das Modell einer marktwirtschaftlich orientierten demokratischen Gesellschaft sieht vor, dass der Staat aufgrund demokratischer Kontrollen gezwungen ist, einen Ausgleich zu schaffen. Die große Mehrheit der Armen, so müsste man meinen, wird mit ih-

rem Wahlzettel dafür sorgen, dass der Staat sie an den Früchten des wachsenden Wohlstands beteiligt – sonst werden seine Repräsentanten aus dem Amt vertrieben. Der Markt mit seiner Tendenz zur Belohnung der Starken und Bestrafung der Schwachen wird gemäß der Theorie also durch die Demokratie im Zaum gehalten, da sie den Staat in den Worten von Premierminister Manmohan Singh dazu zwingt, „Gerechtigkeit und Effizienz in ein Gleichgewicht zu bringen“.

Die Realität ist indes eine andere. Während sechzig Jahren hat sich ein obrigkeitlicher Staat zum Schiedsrichter und Vermittler von Markt und Demokratie gemacht und damit zum Verwalter der Umverteilung des wachsenden Volkvermögens. Doch statt eines gut geöhlten Transmissionsriemens ist er eine Pipeline geworden, in der mehr versickert als ans Ziel transportiert wird. Der Ressourcenfluss, gerade in Form von Armutsgeldern, gibt den staatlichen Akteuren einen potenten Anreiz, sich zu bereichern und dafür zu sorgen, an den Schaltstellen der Macht zu bleiben. Die Milliarden von Rupien für die Armen ernähren zunächst einmal die Überbringer des Geldsegens. Dies muss nicht einmal nur Korruption sein. Jairam Ramesh, der Umweltminister im Kabinett von Manmohan Singh, hat kürzlich erklärt, von 100 Rupien würden 85 vom „delivery system“ absorbiert – also vom Apparat, der die Mittel den Armen zukommen lassen müsste.

Ein Beispiel: Indien hat zwölf Millionen Lehrer. 25 Prozent davon stehen nur auf der Lohnliste und sind gar keine Lehrer – sie haben sich den Beamtenjob ergattert, weil sie einen Politiker kennen, der sich für diese Pfründe bezahlen ließ. Von den restlichen 75 Prozent, den „richtigen Lehrern“, geben nur die Hälfte regelmäßig Schulunterricht. Viele von ihnen pflegen ein System, wie es die Mafia betreibt, wenn sie Geschäftsleute bedroht und ihnen dann Schutz anbietet: Die Lehrer schwänzen die Schule, was die Eltern zwingt, Privatunterricht für ihre Kinder zu organisieren, der dann von denselben Lehrern angeboten wird, die sich damit ein lukratives Nebeneinkommen sichern.

16 Jahre Wirtschaftsreformen haben den Markt von zahlreichen staatlichen Fesseln befreit, die Institution des Staats aber keineswegs delegitimiert. Denn die weiter grassierende Armut ist ein starkes Argument für dessen Selbsterhalt, gerade in einer demokratischen Gesellschaft. Allein der Zentralstaat unterhält 240 Armutsprogramme, die von Schulbuchsubventionen für einige Dutzend Ureinwohner auf den Andamanen bis zu Mammutprogrammen wie der Ländlichen Beschäftigungsgarantie ge-

hen, welche im Jahr 270 Milliarden Rupien kostet – rund 5 Milliarden Euro. Die anhaltende Armut ist ein perfektes Alibi für Bürokraten und Politiker, ihren Job zu behalten und Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin zu schröpfen. Früher waren die Opfer auf beiden Seiten zu finden – bei den Unternehmern wie den landlosen Wanderarbeitern. Heute sind die Unternehmer nicht mehr Opfer. Sie dürfen Gewinne erzielen, und ihre Investitionen sind ein wichtiges Antriebsmittel des raschen Wachstums. Sie können damit aber auch, sogar leichter als früher, das staatliche System nach Belieben manipulieren. „Die Regierung ist in unserer Tasche. Sie macht genau das, was wir wollen“, sagte kürzlich ein indischer Banker unverblümt auf einer Investoren-Konferenz in Zürich.

Die Opfer sind die Armen

Die Opfer sind die Armen. Der Plan der Regierung, Sonderwirtschaftszonen einzurichten, hat in den vergangenen drei Jahren zu zahlreichen Protesten geführt. Viele Bauern fürchten, ihr bisschen Land zu verlieren – das Einzige, was ihnen das Überleben sichert. Die Politiker sahen sich gezwungen, das Gesetz für Landenteignungen durch den Staat so zu ändern, dass Bauern beim Verkauf Realersatz und in den neu angesiedelten Industrien eine Jobgarantie bekommen. Im Oktober 2007 wurde der neue Gesetzesvorschlag dem Parlament just in dem Augenblick vorgelegt, als sich ein dreiwöchiger Protestmarsch von 25.000 Landlosen auf Neu Delhi zu bewegte. Das Gesetz, so der Minister für ländliche Entwicklung Raghuvansh Prasad, werde mehr Markt und damit Wachstum garantieren, sei sozial abgedeckt. Es sichere der Industrie neue Produktionsstandorte und lasse die Armen mit Jobs am Wachstum teilhaben. Das Kleingedruckte zeigte dann aber ein anderes Gesicht. Die Bauern erhalten zwar Realersatz („land-for-land“), aber nur, wenn freies Land auch „verfügbar“ ist. Jobs werden nur dann garantiert, wenn dies für die Unternehmer auch „ökonomisch sinnvoll“ ist – zwei perfekte legale Schlupflöcher, um die Unternehmen aus ihrer Pflicht zu entlassen.

Der wirtschaftliche Boom demonstriert die Energie einer reifen Unternehmerklasse und den Konsumhunger einer wachsenden Mittelschicht, die während Jahrzehnten zum Konsumverzicht

Ein Bettler mit einer Nike-Mütze. Trotz Globalisierung und wirtschaftlicher Dynamik besitzen Armut und extreme Armut in Indien immer noch Massencharakter.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

gezwungen war. Er kaschiert aber gleichzeitig die Pathologie eines korrupten und ineffizienten Staats. Natürlich muss der Staat immer wieder Rechenschaft ablegen – Indien ist demokratisch und hat freie Medien. Die 324 Fernsehkanäle sind inzwischen zwar in erster Linie eine Plattform für neue Konsumangebote. Dennoch schauen sie auch den Politikern auf die Finger, und mehr noch tut es die geschriebene Presse.

Auch das Damoklesschwert demokratischer Wahlen zwingt die Politiker ständig, neue Armutsprogramme und das Idealbild „inklusive Wachstums“ zu verkünden. Das jüngste Beispiel ist die Schuldentilgung für Kleinbauern in Höhe von 600 Milliarden Rupien (11 Milliarden Euro), die der damalige Finanzminister Palaniappan Chidambaram Ende Februar 2008 in seinem letzten Haushalt vor den Gesamtwahlen im Mai präsentiert hat. Die zahlreichen Bauernselbstmorde der vergangenen 14 Jahre – sie werden auf 140.000 geschätzt – sind meist die Folge tiefer Verschuldung. Das Schuldenmoratorium mag bei den nächsten Wahlen politische Zinsen abwerfen, aber es wird über eine Pipeline abgewickelt, die notorisch leak ist und die dafür sorgen wird, dass sie auch (einfluss-)reichen Großbauern helfen wird, ihre Bankschulden zu tilgen. Zudem warnen Experten, dass der Schuldenerlass einen populistischen Wettkampf auslösen könnte, bei dem Politiker sich auch für die Tilgung anderer Schuldnerkategorien stark machen und damit das ländliche Kreditsystem an den Rand des Kollapses führen.

Neues Selbstvertrauen

Allerdings wäre es falsch, die Veränderungen der vergangenen 16 Jahre auf deren statistische Werte zu reduzieren. Die Dynamisierung der Wirtschaft ist dabei, auch das Selbstverständnis und Selbstvertrauen des Landes tiefgreifend zu verändern. Als sich Indien vor 17 Jahren vorsichtig dem Ausland und dem Markt öffnete, war die Skepsis, ja die Angst, weit verbreitet, dass das Land es niemals schaffen würde, sich aus seinem Los zu befreien. Sogar die Unternehmer-Elite war überzeugt, dass sie von der internationalen Konkurrenz weggeschwemmt würde, falls die Zoll- und Investitionsschranken fielen. Der „Bombay Club“, eine lose Gruppierung von jungen Unternehmern, appellierte an die Regierung, die Zölle nur vorsich-

tig zu senken und Auslandsinvestitionen nur tröpfchenweise zuzulassen. Die Gefahr einer feindlichen Übernahme sei einfach zu groß. Die jahrzehntelang abgeschottete Wirtschaft drohe von den rauhen Winden der internationalen Konkurrenten weggeblasen zu werden. Der Misserfolg von vierzig Jahren erfolgreicher Entwicklungspolitik saß tief in den Knochen. Man machte den Volkscharakter dafür verantwortlich und stellte eine historische Verbindung zu der Leichtigkeit her, mit der Indien im Lauf seiner Geschichte immer wieder von fremden Mächten unterjocht worden war. Besonders die britische Kolonialherrschaft war in den Köpfen noch stark präsent. Stellte man als ausländischer Beobachter die Frage, warum die Reformen so zaghaft waren, warum ausländisches Kapital und Waren noch immer so viele Hürden zu überspringen hatten, hörte man oft die Erklärung: „Vergessen Sie nicht, dass die East India Company, die uns eroberte und hundertfünfzig Jahre lang beherrschte, eine Handelsgesellschaft war.“

Heute ist dieses Argument kaum mehr zu hören. Es kann im Gegenteil vorkommen, dass man einen anderen historischen Vergleich vorgesetzt bekommt: „Im 16. Jahrhundert waren China und Indien wirtschaftliche Weltmächte – jede von ihnen steuerte ein Viertel zum globalen Handel bei, so viel wie die übrige Welt zusammen.“ Das mag eine lange Zeit her sein, und dank Feudalismus und Kolonialherrschaft war der Anteil im Fall Indiens auf unter ein Prozent gesunken. Aber nun, nach 15 Jahren Öffnung, sind es bereits wieder 1,5 Prozent – eine kleine Zahl zwar, aber eine, die sich rasch verändert.

Die Erfahrung der vergangenen 17 Jahre hat den Unternehmern, die sich bisher als Opfer des Staats gesehen haben, bewiesen, dass sie diese Opferrolle auch Überlebensstrategien gelehrt hat. Das bürokratische Damoklesschwert hatte sie gezwungen, hart zu rechnen, Kosten zu senken, die Produktivität zu erhöhen, das Beste aus ihren alten Maschinen zu holen, ihre Kader zu verschworenen Gemeinschaften zu machen. Als sie dann plötzlich ins Haifischbecken der globalen Wirtschaft geworfen wurden und selber schwimmen mussten, stellten viele erstaunt fest, dass sie außerordentlich fit waren – so fit, dass die frische Luft des Marktes wie ein Lebenselixier wirkte. Es ist bekannt, dass der Stahlkönig Lakshmi Mittal die Grundlagen seines Reichtums mit dem Kauf abgewirtschafteter Stahlschmieden überall auf der Welt schuf. Weniger bekannt ist, dass er dies erreichte, indem er die Kaderstellen mit Indern besetzte, die daheim gelernt hatten, im harten Gegenwind zu überleben. Doch

es ist nicht nur die Industrieelite, die den Wandel Indiens kennzeichnet. Die Einstellungsänderung von einem tief sitzenden Pessimismus zu einem lockeren Selbstvertrauen geht weit in die ärmeren Bevölkerungsschichten hinein.

Traum statt Trauma

Eine kürzliche Begegnung in einem Slum am Stadtrand von Neu Delhi illustriert diese Befindlichkeit. Die siebzehnjährige Kusum wurde vor drei Jahren mit ihrer Familie – und 150.000 anderen Slumbewohnern – aus der Hüttenstadt Jamunapushta entlang des Jamuna-Flusses vertrieben. Die Stadtregierung walzte mit Bulldozern 50.000 Häuser nieder, Teil des Plans, für die Commonwealth Games von 2010 Neu Delhi in eine „Weltklasse-Stadt“ zu verwandeln. Kusums Familie stand wieder auf der Straße und musste sich weit außerhalb der Stadt auf freiem Feld eine neue Hütte bauen, zusammen mit Zehntausenden von Vertriebenen. Doch statt mit ihrem Schicksal zu hadern, sah das Mädchen die Entwurzelung als neue Chance. Eine NGO brachte ihr Lesen und Schreiben bei, und inzwischen unterrichtete Kusum in einer „Gassenschule“ in Bawana. Die Schule hieß so, weil es am neuen Wohnort keine richtigen Schulen gibt. Die Kinder saßen im Freien, auf der Straße, in der Mitte war eine Tafel aufgestellt. Kusum brachte den Fünfjährigen das Addieren bei, sang mit ihnen, organisierte Versteckspiele, bei denen die Kinder Plastikabfälle sammelten. Ihre Trauer über den Umzug hatte sie überwunden, und die Not des neuen Wohnorts überspielte sie mit der Entschlossenheit, etwas Besseres anzustreben. Zuerst träumte sie davon, Ärztin zu werden. Doch als sie mit der Gassenschule begann, reifte ihr Entschluss, Lehrerin zu werden: „So kann ich Menschen formen. Es ist noch besser, als Ärztin zu sein. Ich kann ihnen nämlich helfen, Ärzte zu werden.“

Traum statt Trauma: Kusum symbolisiert die Energie von Menschen, die nichts zu verlieren haben – und deshalb alles zu gewinnen. Mit ihrem lächerlich kleinen Lohn von 25 Euro im Monat half sie ihrem Vater, eine neue Hütte aus richtigen Backsteinen zu bauen. Das Einzimmerhäuschen, so einfach es war, stach heraus aus den Bast- und Blechwänden der benachbarten Hütten. Es war wenig – aber genug, um sich von der Hoffnungslosigkeit abzusetzen: „Am Anfang war ich sehr zornig, wenn ich die vielen Leute sah, die reich sind. Heute sehe ich, wie vielen Leuten es noch schlechter geht als uns.“

500 Millionen Inder sind heute beinahe so alt oder jünger als Kusum. Sie bilden

die viel beschworene „demographische Dividende“, die dafür sorgen wird, dass in den nächsten fünfzehn Jahren 274 Millionen Inder ins arbeitsfähige Alter eintreten – während die Zahl der Zuzügler in den Arbeitsmarkt der Industrieländer, und selbst Chinas, immer mehr abnimmt. Doch wird die demographische Dividende auch ausgezahlt werden, oder wird es eine demographische Hypothek werden? Neben den Gassenschulen und der schnell steigenden Einschulungsrate gibt es auch eine andere Statistik: Die Hälfte der eingeschulter Kinder verlassen die Schule vor dem fünften Schuljahr. Ein Drittel von ihnen, so schätzt UNICEF, leidet an Wachstumsstörungen und wird deshalb wohl nie in den Vollbesitz seiner intellektuellen Kapazitäten kommen. Sie repräsentieren auch ein Potential für soziale Konflikte, welche das Vorwärtkommen der Gesellschaft verlangsamen statt es zu beschleunigen.

Solange Indien nicht fähig ist, seine Armen an Bord zu nehmen – bzw. die zahlreichen lecken Boote wieder fahrtüchtig zu machen –, wird es auch die globale Machtrolle nicht einnehmen können, die ihm viele Beobachter voraussagen und die ebenso viele Beobachter, namentlich im Westen, fürchten. Zwar wird die Gesellschaft immer mehr Güter und Dienstleistungen und globale Unternehmen produzieren. Gleichzeitig wird der breite Armutsockel weiterhin nur langsam abnehmen, weil ein ineffizienter Staat nicht fähig ist, die arme Mehrheit an diesem Wachstum zu beteiligen. Nobelpreisträger Amartya Sen hat kürzlich gesagt, es gehe nicht an, dass sich Indien zu einer Gesellschaft entwickle, in der ein Teil Kalifornien sei und der andere Schwarzafrika. Solange das Land diesen Widerspruch nicht abgemildert hat, wird man sich weiterhin für Indien fürchten müssen – und nicht vor ihm.



UNSER AUTOR

Bernhard Imhasly war von 1991 bis Ende 2007 Südasien-Korrespondent für die Neue Zürcher Zeitung und die taz. Bernhard Imhasly ist Schweizer und studierte Sprachwissenschaften und Ethnologie an der Universität Zürich. 2006 erschien im Herder Verlag sein Buch „Abschied von Gandhi?“

Entwicklungszusammenarbeit: Plädoyer für ein substanzielles deutsches Engagement

Michael Holländer / Ralf Tepel

Die ökonomische und politische Erfolgsbilanz Indiens ist beachtlich und wirft die Frage auf, ob ein Land, das als eine der führenden Wirtschaftsnationen der Zukunft gehandelt wird, überhaupt noch in den Genuss von Entwicklungszusammenarbeit kommen soll. Wirtschaftliches Wachstum ist jedoch nicht identisch mit sozialem Fortschritt und gesellschaftlicher Entwicklung. Eine Analyse der Indikatoren, welche die Unterentwicklung Indiens kennzeichnen, zeigt, dass der rasante ökonomische Aufstieg des Landes von Ambivalenzen und sozialen Konfliktlinien begleitet ist. Indien hat bis heute mit allen Problemen eines typischen Entwicklungslandes zu kämpfen und benötigt weiterhin finanzielle und technische Unterstützung im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen aus Deutschland und der Europäischen Union (EU). Michael Holländer und Ralf Tepel skizzieren zehn „gute Gründe“ für eine substanzielle und strategische Entwicklungszusammenarbeit mit Indien. Die Argumente reichen hierbei vom moralischen Aspekt der globalen Solidarität bis hin zu sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitischen Notwendigkeiten. Die Bilanzierung erfolgreicher Maßnahmen und Projekte belegt, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in die richtige Richtung zeigt. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sind jedoch vermehrte Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit unverzichtbar. |

Warum sollen deutsche Steuerzahler für die Entwicklungszusammenarbeit bezahlen?

Indien verzeichnet seit 2003 einen durchgehenden wirtschaftlichen Aufschwung mit Wachstumsraten von über sieben bis zu acht Prozent. Die rasante sozioökonomische Entwicklung des – gemessen an der Einwohnerzahl – zweitgrößten Landes der Welt lässt sich auch mit anderen Indikatoren aus den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Politik belegen:

- Unumstritten ist die regionale Machtstellung des Landes. Am 11. Mai 1998 führte Indien drei erfolgreiche unterirdische Atomtests durch. Spätestens seit diesem Tag ist Indien de facto

Atommacht. Zudem gehören die indischen Streitkräfte zu den schlagkräftigsten in Asien und die Ausgaben für die Aufrüstung der indischen Armee stiegen in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. Inzwischen betragen die Rüstungsausgaben drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), womit Indien auf Rang zehn der Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben weltweit steht.¹

- „Auf der Rangliste der Top-50-Unternehmen in Asien hat Indien in jeder Hinsicht die Nase vorn“, titelt die Wirtschaftswoche.² Unter den 50 asiatischen Top-Unternehmen sind zehn aus Indien (gefolgt von acht aus China).

- Auf der Liste der zehn reichsten Menschen der Welt sind im Jahr 2009 gleich zwei Inder zu finden: Mukesh Ambani auf Platz sieben und Lakshmi Mittal auf Platz acht. Die Zahl der Dollar-Millionäre wächst so schnell, wie in keinem anderen Land. Im Jahr 2007 waren es rund 120.000.³

- Indiens Rolle in der globalisierten Weltwirtschaft lässt sich nicht mehr nur auf die IT-Branche oder gar als Billigproduzent einfacher Industrieprodukte reduzieren. Tatsächlich treten indische Unternehmen selbst immer öfter als globale Investoren auf. Ein prominentes Beispiel der jüngsten Vergangenheit war die spektakuläre Übernahme des luxemburgischen Stahlkonzerns Arcelor durch den indischen Mittal-Konzern. Dadurch entstand unter indischer Führung der größte Stahlhersteller der Welt mit 320.000 Beschäftigten in mehr als 60 Ländern und einem Jahresumsatz von ca. 70 Milliarden Euro.⁴

- Indien hat sich zu einem bedeutenden Forschungsstandort entwickelt. Viele westliche Unternehmen beschäftigen Zehntausende Entwickler und haben 2007 mehr als neun Milliarden Dollar im Bereich Forschung und Entwicklung investiert.⁵

- Am 22. Oktober 2009 startete die indische Mondsonde Chandrayaan-1 erfolgreich zu einer zweijährigen Mission ins Weltall. Die Mondsonde ist dabei nur der Anfang eines ambitionierten Raumfahrtprogramms; bis 2013 sind insgesamt 60 indische Weltraummissionen geplant.

- Gemessen an der Einwohnerzahl ist Indien, trotz aller ethnischen, sprachli-

chen, religiösen und kulturellen Vielfalt, die größte Demokratie der Welt mit regelmäßigen Wahlen, Parteienwettbewerb und verfassungsrechtlich verankerten Grundrechten. Gerade auch der Integrationsleistung des demokratischen Systems ist es zu verdanken, dass Indien ein relativer Stabilitätsanker in einer ansonsten krisengeschüttelten Region ist.

Zusätzlich zu dieser objektiven Wachstumsdynamik verstärken auch Aufsehen erregende Nachrichten von boomenden Hightech-Regionen mit modernster Architektur und guter Infrastruktur sowie Medienberichte und Aussagen von Politikern die subjektive Wahrnehmung, es mit einem „erwachten Riesen“ zu tun zu haben, der sich rasch als Konkurrent zu den führenden Wirtschaftsnationen in Nordamerika und Europa etabliert hat. Wozu also sollen die deutschen Steuerzahler noch Geld für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Indien bezahlen? Braucht ein Land noch Entwicklungszusammenarbeit, das von vielen – nicht nur in Deutschland – als eine der führenden Wirtschaftsnationen der Zukunft gehandelt wird? Können sich nicht die vielen (Super-)Reichen in Indien um „ihre“ Armen kümmern?

Diese kritischen Fragen nach dem Sinn der Entwicklungszusammenarbeit mit Indien – angesichts knapper Finanzen infolge der Wirtschaftskrise in Deutschland – werden noch dadurch unterstrichen, dass etwa die Bundeskanzlerin kurz vor ihrem Indienbesuch im Oktober 2007 die Entwicklungszusammenarbeit mit dem größten Land Südasiens öffentlich in Frage gestellt hat.⁶ Ganz ähnlich wie Angela Merkel argumentiert auch Otto Fricke von der FDP, wenn er als Vorsitzender des Haushaltsausschusses öffentlich bekundet, dass durch die Streichung der Entwicklungszusammenarbeit mit Indien und anderen Mitgliedern der G-20-Staaten-Gruppe Millionen an Steuergeldern eingespart werden könnten.⁷

Im Widerspruch zu den eben zitierten Politikern und einer weit verbreiteten Stimmung unter den Bürgern möchten wir im Folgenden für ein substanzielles und umfangreiches entwicklungspolitisches Engagement Deutschlands in Indien plädieren. Indien soll nicht nur weiter finanzielle und technische Unterstüt-

Tab. 1: Gegenüberstellung von typischen Indikatoren für Unterentwicklung mit Kennzahlen aus Indien

Indikatoren für Unterentwicklung	Indische Kennzahlen
Starkes Bevölkerungswachstum bei deutlicher Verjüngung des Bevölkerungsaufbaus	Nach China ist Indien das bevölkerungsreichste Land der Erde. Am 11.05.2000 wurde die Grenze von einer Milliarde Einwohnern überschritten. 2008 betrug die Einwohnerzahl bereits 1.152.342.278. Dabei ist die Wachstumsrate von 1,6 Prozent bei einer Gesamfruchtbarkeitsrate von 2,8 Kindern pro Frau an sich nicht signifikant hoch. Dennoch verzeichnet Indien im Moment den größten absoluten Bevölkerungszuwachs aller Staaten der Erde. Der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren in Indien betrug 2008 32 Prozent (in Deutschland betrug er nur 14 Prozent). ¹⁰
Ein großer Teil der Bevölkerung leidet unter Mangel- und/oder Unterernährung	Indien ist trotz aller wirtschaftlichen Fortschritte das Land mit den meisten Hungernden weltweit. Über 200 Millionen Inder sind unmittelbar vom Hunger betroffen. Im „Global Hunger Index“ findet sich Indien auf Platz 66 von 88 untersuchten Ländern wieder und steht mit Burkina Faso und Simbabwe auf etwa demselben Niveau. Dabei macht der „Indian Hunger Index“ deutlich, dass es kaum einen Zusammenhang zwischen der Reduzierung der Anzahl der Hungernden und einer boomenden ökonomischen Entwicklung eines indischen Bundesstaates gibt. Hunger ist auch in den Bundesstaaten weit verbreitet, die sich wirtschaftlich gut entwickelt haben. ¹¹
Unzureichende medizinische Versorgung	Während es in den indischen Metropolen modernste Krankenhäuser auf höchstem medizinischen Niveau gibt, die sich allerdings nur eine kleine Minderheit leisten kann, hat der Großteil der Bevölkerung kaum Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung. So sind etwa 60 Prozent aller Geburten in Indien Hausgeburten ohne professionelle medizinische Betreuung. Dabei sterben jährlich 78.000 Frauen. Während in Deutschland statistisch 36 Ärzte für 10.000 Einwohner zur Verfügung stehen und in Brasilien zwölf, sind es in Indien gerade einmal sechs. Trotz der enormen Herausforderungen stellt die indische Regierung nur 3,5 Prozent des Staatshaushalts für das Gesundheitssystem zur Verfügung. In Brasilien sind es immerhin 6,7 und in Deutschland sogar 17,6 Prozent.
Geringe Lebenserwartung	Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 2006 bei nur 64,1 Jahren. In Deutschland betrug die Lebenserwartung im selben Jahr 79,3 Jahre. Um das Entwicklungsdefizit besser zu verdeutlichen, ist ein Vergleich mit anderen, schnell wachsenden Ankerländern aussagekräftiger. So betrug die Lebenserwartung 2006 in China 72,7 Jahre und in Brasilien 72,0 Jahre. ¹² Die geringe Lebenserwartung in Indien wird stark von der hohen Kindersterblichkeit beeinflusst. Weltweit betrachtet, stammt jedes vierte Kind, das seinen ersten Geburtstag nicht erlebt, aus Indien. Nach einigen Fortschritten stagnieren die Erfolge bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit seit einigen Jahren. Laut UNICEF starben 2007 in Indien 72 von 1.000 Lebendgeborenen vor dem fünften Lebensjahr. Das sind in absoluten Zahlen zirka eine Millionen Kinder. Uttar Pradesh steht mit einer Kindersterblichkeit von 517 von 1.000 in den ersten fünf Lebensjahren nur knapp besser als der Sudan (550). ¹³
Unterentwickeltes Bildungswesen und als Konsequenz eine hohe Analphabetenrate	Vor allem in Bezug auf das Bildungssystem gibt es enorme Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gebieten, zwischen verschiedenen Bundesstaaten sowie zwischen den Geschlechtern. Trotz aller unbestreitbaren Fortschritte in den vergangenen Jahren ist die durchschnittliche Analphabetenrate Indiens mit ca. 35 Prozent aber noch immer eine der höchsten der Welt (HDI 2008). In absoluten Zahlen ist Indien das Land mit den meisten Menschen, die weder schreiben noch lesen können. Dabei liegt die Analphabetenrate für Frauen in Uttar Pradesh bei 57 und in Bihar sogar bei 66 Prozent (Census of India 2001). Die staatlichen Bildungsausgaben betragen im Haushaltsjahr 2006/07 nur 4,2 Prozent des BIP. Dabei waren fast alle Ausgaben zur Bezahlung der Gehälter der Lehrkräfte reserviert. Dennoch kommen noch immer im Schnitt 49 Schüler auf eine Lehrkraft. Bei dem im HDI (Human Development Index) 2008 verwendeten Index zur Messung des Anteils der Schulgänger und Studierenden eines Jahrgangs findet sich Indien auf Rang 134 von 179 hinter Trinidad und Tobago.
Diskriminierung und ungesicherte Rechtsstellung der Frauen	Die Diskriminierung der Frauen in Indien ist allgegenwärtig. Trotz aller – teils vorbildlichen – nationalen Gesetze und internationalen Konventionen, die von der indischen Regierung zum Schutz der Frauen verabschiedet bzw. unterzeichnet wurden, sieht die Realität für die indischen Frauen und Mädchen anders aus: „Alle drei Minuten wird in Indien eine Straftat an einer Frau begangen. Alle neun Minuten wird eine Frau von ihrem Ehemann oder Verwandten gequält und die Zahl von Vergewaltigungen ist in den vergangenen Jahren massiv in die Höhe geschneit“ (Butalia 2007). „95 Prozent der arbeitenden Frauen Indiens sind im informellen Sektor tätig und haben kein staatlich garantiertes Recht auf soziale Absicherung“ (FES 2008). Dabei beginnt die Diskriminierung schon vor der Geburt. In Indien ist es bis heute weit verbreitet, weibliche Embryonen abzutreiben. Das führte dazu, dass inzwischen im ganzen Land auf zehn Männer nur noch neun Frauen kommen. In Indien fehlen 35 Millionen Frauen (Census of India 2001).
Ungleiche Besitz- und Einkommensverteilung	Die Einkommensverteilung in Indien hat sich nach den Reformen der 1990er Jahre deutlich verbessert. Der Gini-Index von Indien lag 2007 bei 36,8 (Deutschland 28,3). ¹⁴ Schätzungen gehen davon aus, dass sich in Indien inzwischen eine 200 bis 250 Millionen Menschen umfassende Mittelschicht ausgebildet hat. ¹⁵ Allerdings sind die unteren Einkommen so gering, dass noch immer mehr als ein Drittel der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze leben. Besonders im ländlichen Raum verhindern ungleiche Besitzverhältnisse weiterhin die Entwicklungschancen für Millionen Menschen, die keinen Zugang zu Land haben. Besonders Frauen und Angehörige der unteren Kasten sind davon betroffen.

zung im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen aus Deutschland (und der Europäischen Union) bekommen, sondern verdient gerade jetzt unsere besondere – aber auch maßgeschneiderte – Aufmerksamkeit.

Wirtschaftliches Wachstum ist nicht identisch mit Entwicklung

Ohne Zweifel: „Der Elefant ist erwacht“!⁸ Indien hat sein, in der breiten Öffentlichkeit lange Jahre dominantes

Fortsetzung Tab. 1

Indikatoren für Unterentwicklung	Indische Kennzahlen
Geringes Pro-Kopf-Einkommen	Das Pro-Kopf-Einkommen (Bruttosozialprodukt/Kopf) betrug 2006 in Indien nur 820 US-Dollar, während es in China 2.010 US-Dollar, in Russland 5.780 und in der Bundesrepublik 36.620 US-Dollar betrug. Drei von vier Indern, d.h. aktuell über 800 Millionen Menschen, leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag. ¹⁶
Viele Beschäftigte in der Landwirtschaft, wenig Industriebeschäftigte und überbesetzter tertiärer Sektor	Indien ist auch am Beginn des 21. Jahrhunderts ein Agrarland geblieben. Je nachdem, wer zu den direkt oder indirekt in der Landwirtschaft Beschäftigten gerechnet wird, ergeben sich zwar unterschiedliche Zahlen. Dennoch: mehr als 60 Prozent der indischen Erwerbstätigen arbeiten im Agrarsektor. Das sind über 600 Millionen Menschen. Ein Großteil davon sind Kleinbauern und Landlose, die als Tagelöhner nur einen Hungerlohn verdienen. Viele enden in der an sich verbotenen Schuldknechtschaft. Dürren und Missernten und hohe Verschuldung führen vielerorts zu Suiziden, allein 2007 waren es 16.632 (Harper 2009). Zigtausende ziehen saisonal oder dauerhaft auf der Suche nach Arbeit in die Slums der indischen Großstädte. Die meisten Landflüchtigen finden Arbeit im Dienstleistungssektor (20-25 Prozent der Erwerbstätigen) und nur sehr wenige in der Industrie (10-15 Prozent der Erwerbstätigen).
Hoher Anteil der Landwirtschaft am BIP	In den letzten Jahren hat der Anteil der Landwirtschaft am BIP zwar kontinuierlich abgenommen, er liegt aber mit 18 Prozent noch immer vergleichsweise hoch. Während der Anteil der Industrie am BIP seit etwa 15 Jahren stabil bei 27-29 Prozent liegt, gewann der Dienstleistungssektor hinzu (2007: 53 Prozent). Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass dabei gerade der Dienstleistungssektor sehr stark an die landwirtschaftliche Produktion gekoppelt ist, was immer wieder bei Missernten und bei Dürren spürbar wird.
Geringe Arbeitsproduktivität	Die indischen Arbeitslöhne in der Industrie gehören zu den niedrigsten der Welt. Die tatsächlichen Lohnstückkosten liegen aufgrund häufiger Fehlzeiten, einem hohen Anteil menschlicher Arbeit und der mangelnden Produktivität jedoch deutlich über denen der direkten Konkurrenz, allen voran China. Dazu kommen relativ hohe Materialkosten sowie alle hier aufgeführten Entwicklungsdefizite etwa im Bildungs- und Gesundheitssystem. Im Global Competitiveness Report landet Indien deshalb auf Rang 50 weit hinter China (Rang 30). ¹⁷ Beim sogenannten „Doing Business“-Ranking der Weltbank schneidet Indien noch schlechter ab und findet sich 2009 auf Rang 122 von 181 Ländern wieder (eine Position hinter Nepal und eine Position vor Lesotho). ¹⁸
Unzureichende Infrastruktur	Die unzureichende indische Infrastruktur ist zunehmend überlastet. In vielen Regionen machen vor allem die gravierenden Defizite in den Bereichen Energie, Wasser, Transport und Telekommunikation deutlich, dass Indien noch immer ein Entwicklungsland ist. So findet sich Indien auf Rang 90 von 134 Volkswirtschaften auf dem Global Competitiveness Report 2008-2009. Dabei ist besonders die Stromversorgung eine enorme Herausforderung. Hier ist Indien nur auf Rang 108 von 134. ¹⁹ Um die Infrastruktur deutlich zu modernisieren, wären enorme Investitionen notwendig. Doch das Interesse von (ausländischen) Investoren im Infrastruktursektor ist nur sehr gering. Das liegt auch an der verbreiteten Korruption in Indien. Laut Transparency International gehört Indien nach wie vor zu den korruptesten Staaten der Welt.
Starke regionale Disparitäten	Weiter oben wurde schon an manchen Stellen auf die enormen regionalen Disparitäten sowie das Stadt-Land-Entwicklungsgefälle hingewiesen. Wer am neuen Flughafen in Bangalore ankommt und sich in der „Cyber City of India“ bewegt, wird kaum glauben können, dass die Bilder, die in TV-Beiträgen etwa von Subsistenzbauern aus den Bergen von Orissa oder landlosen Tagelöhnern aus Bihar und Uttar Pradesh zu sehen sind, aus demselben Land stammen.
Unkontrollierter Verstädterungsprozess und Slumbildung	Die Zahl der Menschen, die in indischen Slums leben, hat sich zwischen 1981 und 2001 mehr als verdoppelt (in beiden Jahren fanden offizielle Volkszählungen in Indien statt). Sie stieg von 27,9 auf 61,8 Millionen. Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Frankreich.
Politische Instabilität/ Gewaltsame Konflikte	Während die indische Demokratie erst wieder im Superwahljahr 2009 bewiesen hat, dass sie lebt – aller berechtigten Detailkritik zum Trotz –, sorgt das zunehmende soziale Ungleichgewicht für wachsende Unruhe im Land. Tiefe soziale Spannungen, die sich immer wieder mit Gewalt entladen, sind die Folge. Dabei überlagern sich diese genuin sozioökonomischen Konfliktlinien immer häufiger mit vermeintlich ethnischen (Naxaliten), politisch-ideologischen (Maoisten) und religiösen (Extremisten) Spannungen und laden dabei weiter auf. Ein Ende der Eskalationsspirale ist derzeit nicht in Sicht, vieles spricht eher für eine weitere Zuspitzung.

Image als „Armenhaus der Welt“ in vielen Medienberichten hinter sich gelassen und sich als Wirtschafts- und Machtfaktor auf der globalen Bühne etabliert. Aber auch wenn das Land insgesamt mit enormen wirtschaftlichen Wachstumssprüngen beeindruckt und von der Teilnahme am globalen Handel profitiert, gibt es im Land selbst neben den Gewinnern auch Millionen Verlierer, die nicht am Boom teilhaben und dies auch in absehbarer Zeit nicht erwarten können.

Dies spiegelt sich schon darin wider, dass Indien im Jahr 2008 nur auf Rang 132 von 179 begutachteten Staaten im „Human Development Index“ auf einer Ebene mit Laos zu finden war. Noch deutlicher wird die Teilung des Landes in Gewinner und Verlierer, wenn man sich den „Human Poverty Index“ betrachtet. Hier liegt Indien auf Rang 87 von 135 hinter Ghana.⁹

Viel zu oft werden somit die Interdependenzen zwischen der wirtschaftlichen und einer zunehmenden sozialen Dynamik im Innern und den globalen Ansprüchen sowie Verpflichtungen nach außen übersehen. Ein genauerer Blick auf die gesamte Lebensrealität in Indien ist deshalb notwendig.

Betrachtet man etwa typische Merkmale für Unterentwicklung, stellt man schnell fest, dass der rasante Aufstieg des Landes auch zahlreiche Ambivalenzen und Schattenseiten mit sich bringt. Diese Ambivalenzen stellen Politik und Zivilgesellschaft von der lokalen bis zur globalen Ebene vor enorme Herausforderungen (siehe Tabelle 1).

Die vorgelegten Daten beweisen: Indien entspricht bis heute – aller Imagepflege zum Trotz – in weiten Teilen den Vorstellungen eines typischen Entwicklungslandes. Zwar konnte Indien in den letzten 25 Jahren ohne Zweifel die durchschnittliche Lebenserwartung erhöhen, die Kindersterblichkeit senken sowie andere relative Fortschritte bei einigen Indikatoren für Unterentwicklung erzielen, die absoluten Zahlen sowie die Abhängigkeit der gesundheitlichen und sozioökonomischen Verfassung der Menschen von der Lebensumwelt, von sozialem Status und Geschlecht sind aber weiterhin frappierend. Es profitieren bei Weitem nicht alle vom wirtschaftlichen Wachstum. Und obwohl dies nicht nur für Indien zutrifft, so wird es am Beispiel Indiens sehr offensichtlich: Wirtschaftliches Wachstum ist nicht identisch mit Entwicklung! Sowohl vor diesem Hintergrund als auch aufgrund der besonderen Bedeutung des Landes bei der Bewältigung der existenziellen globalen Herausforderungen, gibt es gute Gründe, warum Entwicklungszusammenarbeit mit Indien nicht nur sinnvoll, sondern notwendig ist.

Zehn gute Gründe, warum Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll und notwendig ist

Entwicklungszusammenarbeit wird allgemein mit historischen, (außen- und sicherheits-) politischen, ökonomischen, ökologischen und ethisch-moralischen Argumenten legitimiert.

Von diesen genannten Gründen ist nur das historische Argument – also die Wiedergutmachung der kolonialen Ausbeutung in der Vergangenheit durch Entwicklungszusammenarbeit in der Gegenwart – im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschland und Indien irrelevant. Demgegenüber sind alle anderen Argumente durchaus von Bedeutung. Im Folgenden werden zehn Gründe für ein substantielles deutsches entwicklungspolitisches Engagement in Indien skizziert.

1. Globalisierung gerecht gestalten!

Ziel aller Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist es, „menschliches Leid in all seinen Formen und Dimensionen zu überwinden bzw. zumindest so weit als möglich in Grenzen zu halten. Entwicklung muss von all dem ausgehen, worunter Menschen konkret leiden. Offensichtliche und fundamentale Formen solchen Leides sind Hunger, Krankheit, Armut oder Unterdrückung“ (Müller/Wallacher 2001, S. 5). Zu ergänzen wären hier noch gewaltsame Konflikte, dramatische Umweltzerstörung sowie vielfältige Formen der Diskriminierung.

Ethisch und moralisch ist es grundsätzlich nicht hinnehmbar, dass wir ein hoch privilegiertes Leben mit üppigem Konsum in sicherer und sauberer Umwelt und im Schnitt bis ins hohe Alter führen dürfen, während es – gerade in Indien – Millionen Menschen gibt, die nicht einmal über die Minimalvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben verfügen. Dabei geht es nicht um eine Almosensmentalität, sondern um tatsächlich gelebte globale Solidarität. Diese hat das Ziel, den Menschen „Hilfe zur Selbsthilfe“ anzubieten, damit diese zukünftig emanzipiert und selbstbewusst für ihre eigene, menschenwürdige Entwicklung Sorge tragen können.

Frauen einer Frauen-Selbsthilfegruppe in Warangal (Andhra Pradesh) beim Einzahlen monatlicher Spareinlagen. Die Frauen zahlen monatlich einen festen Betrag ein und können nach einiger Zeit auf dieser Basis der eigenen Rücklagen kleine Kredite an Mitglieder der Gruppe vergeben. Sie sind somit nicht auf skrupellose Geldverleiher angewiesen. **Foto: Ralf Tepel**

2. Ohne Erfolge in Indien sind die Millenniums-Entwicklungsziele zum Scheitern verurteilt!

Ohne signifikante Erfolge in Indien wird es schlicht unmöglich, die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zu erreichen! Alle, die sich den ambitionierten Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) verpflichtet fühlen, müssen folglich auch für ein substantielles entwicklungspolitisches Engagement in Indien plädieren. Die Kritiker der Entwicklungszusammenarbeit mit Indien müssten in dieser Logik auch für eine Abkehr von den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) plädieren.

3. Ein starkes Indien ist in unserem Interesse!

Indien ist umgeben von Konfliktherden und fragilen Staaten: Pakistan, Nepal,



Bangladesch und Myanmar. Eine weitere Destabilisierung oder die Eskalation von Konflikten in Südasiens hätte (nicht zuletzt wegen der Atomwaffen-Arsenale) weitreichende Folgen. Noch ist Indien ein relativer Stabilitätsanker in der Region. Doch zahlreiche Konflikte an den Außengrenzen und im Inneren des Landes sind in den vergangenen Jahren weiter eskaliert und haben in manchen Regionen beunruhigende Ausmaße angenommen. Um einen Flächenbrand mit katastrophalen Auswirkungen nicht nur für die Großregion, sondern für ganz Asien – und damit für die Weltwirtschaft – zu vermeiden und darüber hinaus die Konflikte in der Nachbarschaft zu deeskalieren, sind Maßnahmen zur Stärkung der indischen Zivilgesellschaft und zur Konfliktmediation und Krisenprävention von enormer Bedeutung. Dabei ist es gerade in dieser Region wichtig, dass man sich auf ein nachhal-

tiges und umfassendes Konzept der (menschlichen) Sicherheit beruft. Ein Konzept, das sicherheits- und entwicklungspolitische Aspekte miteinander verbindet (Werthes 2005). Dazu gehört auch Stabilität und Sicherheit im Innern des Landes, also die Prävention vor und die Bekämpfung des Radikalismus. Die Terroranschläge in Mumbai am 27./28. November 2008 mit 174 Toten haben der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht, wie fragil die indischen Sicherheitsbarrieren vor allem gegenüber militanten Übergriffen von muslimischen Fanatikern sind. Mehr Polizei, strengere Gesetze und härtere Strafen sind dabei keine adäquate Reaktion. Diesbezüglich muss es vielmehr darum gehen, jungen Menschen eine Entwicklungsperspektive aufzuzeigen, die dem Extremismus den sozialen und ökonomischen Nährboden entzieht.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: PLÄDOYER FÜR EIN SUBSTANZIELLES DEUTSCHES ENGAGEMENT

Der Anschlag schreibt aber auch den tradierten Konflikt zwischen Hindus und Muslimen in Indien fort und deutet auf die massiven Missstände hinsichtlich der Situation und Entwicklungsperspektiven der muslimischen Bevölkerung in vielen Landesteilen des – gemessen an der Einwohnerzahl – zweitgrößten islamischen Landes der Erde hin. In Indien leben ca. 170 Millionen Muslime, was einem Bevölkerungsanteil von 13,4 Prozent (Census of India 2001) entspricht. Viele indische Muslime – vor allem am dem Land – leben in bitterer Armut. Nur durch ein entwicklungspolitisches Engagement zur Unterstützung auch oder gerade der indischen Muslime erscheint es möglich, mittel- und langfristig die



Rekrutierung von gewaltbereiten Fanatikern – zumeist perspektivlose junge Männer – zu erschweren.

4. Entwicklungszusammenarbeit ist immer auch ein Instrument der Vertrauensbildung!

Gerade wenn man von den Entwicklungsfortschritten Indiens beeindruckt ist und das Land als immer stärker werdenden Konkurrenten in der globalen Wirtschaft sieht, macht es besonders Sinn, mit dem südasiatischen „Riesen“ im vertrauensvollen Dialog zu bleiben. Ein partnerschaftliches Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit „auf Augenhöhe“ eröffnet viele Möglichkeiten, um miteinander ins Gespräch zu kommen, um wechselseitig voneinander zu lernen und einen für beide Seiten fruchtbaren Austausch zu pflegen. In einer solchen Partnerschaft hört man gegenseitig auf gut gemeinte Ratschläge, und es gibt viele Anknüpfungspunkte, um die zahlreichen gemeinsamen (globalen) Interessen zu verfolgen. Zudem ermöglicht nur ein kontinuierlicher Dialog die Einbindung Indiens in die Weltgemeinschaft. Dies wiederum ist eine grundlegende Voraussetzung, um globalen Herausforderungen, wie z.B. dem Klimawandel, begegnen zu können.

5. Entwicklungszusammenarbeit ist immer auch Wirtschaftspolitik!

Auf seiner Homepage wirbt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit Berufung auf eine Studie des ifo-Instituts aus dem Jahr 1999 damit, dass jeder Euro der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) für die deutsche Wirtschaft einen dreimal so großen Effekt in Form von anschließenden Exporten hat.²⁰

Diese Einschätzung wird in einem neuen Gutachten bekräftigt (Albrecht u. a. 2007). Laut Albrecht hat die „deutsche bilaterale EZ (...) weiterhin einen signifikanten positiven Einfluss auf deutsche Exporte in die Partnerländer“. Das Gutachten stellt weiter fest, „dass durch die EZ über diese Exportwirkung ca. 140.000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Gleichzeitig werden ca. 3,7 Mrd. Euro in Löhnen und Gehältern in Deutschland durch die deutsche EZ gesichert. Würde man statt der Fortführung der EZ die Steuern senken, müsste man in Deutschland mit einem Nettoarbeitsplatzverlust von bis zu 50.000 Arbeitsplätzen rechnen. Löhne und Gehälter würden um bis zu 1,5 Mrd. Euro pro Jahr fallen. Umgekehrt kann man davon ausgehen, dass die Ausweitung der Entwicklungshilfe zu einer (moderaten) Ausweitung von Beschäftigung und Verdienst in Deutschland füh-

ren wird, selbst wenn dadurch Steuer-gelder von anderen Verwendungen abgezogen werden“.

Gerade wegen der unbestreitbaren wirtschaftlichen Wachstumsdynamik in Indien und den enormen Potentialen für deutsche Exporte aufgrund des riesigen und weiter wachsenden indischen Absatzmarktes erscheint ein entwicklungspolitisches Engagement auch aus wirtschaftlichem (Eigen-)Interesse vielversprechend. So ist Indien in der Rangfolge der wichtigsten deutschen Handelspartner innerhalb von acht Jahren von Platz 38 auf Platz 27 gestiegen. Insgesamt lieferten deutsche Unternehmen Waren im Wert von etwas mehr als acht Milliarden Euro nach Indien. Hauptsächlich fragen die Inder in Deutschland Maschinen, Elektrotechnik, chemische Produkte, Metall sowie Messtechnik nach.²¹

Doch ganz reibungslos ist der Export nach Indien nicht. Neben logistischen Herausforderungen aufgrund unzureichender Infrastruktur und mangelnder Energieversorgung sind es vor allem die verbreitete rechtliche Unsicherheit, die grassierende Korruption, soziale Konflikte und die erhöhte Krisenanfälligkeit, die ein schnelles Wachstum der deutschen Exporte nach Indien bremsen. In all diesen Bereichen kann vor allem die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit unterstützend tätig werden. So betrachtet, sind auch die beiden Sektorschwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Indien – „Energie“ und „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ – nicht uneigen-nützig gewählt. Ein pro-aktiveres Engagement der Bundesregierung im Sektor „Gute Regierungsführung“ (einschließlich der Korruptionsbekämpfung) wäre demnach wünschenswert.

6. Entwicklungszusammenarbeit ist immer mehr auch Umweltpolitik!

Besonders die Klimadebatte hat deutlich gemacht, was seit langem unbestritten ist. Globale Umweltprobleme sind ohne Einbeziehung der großen asiatischen Länder wie China, Indien und Indonesien nicht lösbar.

So kommt ein von der indischen Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Ergebnis, dass Indien in den kommenden Jahren seine CO₂-Emissionen massiv steigern wird. Laut Bericht wird der CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2031 auf einen Wert zwischen 4,0 und 7,1 Milliarden Tonnen klettern. Der statistische Pro-Kopf-Ausstoß eines jeden Inders werde vermutlich von geschätzten 2,1 Tonnen im Jahr 2020 auf 3,5 Tonnen im Jahr 2030 steigen. Auch wenn der Pro-Kopf-Ausstoß dann immer noch weit unter dem in Deutsch-

land liegt – der durchschnittliche Deutsche verursacht heute etwa zehn Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr –, ist die Entwicklung aufgrund der 1,2 Milliarden Menschen in Indien extrem bedenklich. Wenn der Pro-Kopf-Ausstoß wie befürchtet auf 3,5 Tonnen steigt, würde Indien vermutlich zum dritt- oder gar zweitgrößten CO₂-Emittenten der Welt hinter den USA und China aufsteigen.²²

Alle deutschen und europäischen Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel wären folglich ohne eine signifikante Trendwende in Indien nur Makulatur.

Aber auch die indische Regierung hat erkannt, dass das eigene Land vom Klimawandel besonders stark betroffen ist. Schon heute geben die häufiger werdenden Dürren in vielen Landesteilen, Überschwemmungen immer größeren Ausmaßes in anderen Regionen sowie die bisher unbekannte Wucht der Wirbelstürme an den Küsten einen dramatischen Vorgeschmack darauf, was durch den Klimawandel auf das Land zukommt. Die ernsthaften Folgen für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelsicherheit lassen sich schon heute abschätzen, auch wenn die indische Regierung offensichtlich nicht gerne darüber spricht.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass sich die deutsche und die indische Regierung darauf geeinigt haben, im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in Indien besondere Aufmerksamkeit zu schenken und auch in anderen umweltpolitischen Handlungsfeldern zusammen zu arbeiten.

7. Inder helfen Indern!

Inwieweit kompensieren die indischen Gewinner der globalisierten Entwicklung die Verlierer im eigenen Land? Können die vielen reichen Inder, die Milliardäre, Millionäre und die wachsende Mittelschicht nicht den Armen helfen? Müssen sie es nicht sogar? Die Antwort auf diese Fragen ist: Sie tun es! Sie tun es teilweise über den Staat in Gestalt von staatlichen Entwicklungsprogrammen, teilweise über private Initiativen.

In Indien gibt es Schutzgesetze und Quotenregelungen für Unterprivilegierte. Es gibt Pressefreiheit und ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Information sowie eine Vielzahl von Regierungsprogrammen und Initiativen zur Armutsbekämpfung und zur ländlichen Entwicklung. Dabei übersteigen die nationalen und auf Bundesstaaten-Ebene verfügbaren Finanzmittel für Programme zur Linderung der Armut in den Städten so-

wie für ländliche Entwicklungsprogramme im Volumen die ausländische Hilfe – gemeint ist die Summe aller bilateralen und internationalen Hilfsgelder, die sogenannte Official Development Assistance (ODA) – um ein Vielfaches.

Die vielen privaten Initiativen lassen sich demgegenüber zwar nur sehr schwer quantifizieren. Gerade nach Naturkatastrophen wird aber immer wieder deutlich, dass es eine wachsende Solidarität im eigenen Land gibt. So gab es beispielsweise im Rahmen der Tsunami-Hilfsaktionen 2005 landesweite Solidaritätsaktionen. Geschäftshäuser, Restaurants, Banken, Politiker, prominente Schauspieler aber auch Selbsthilfegruppen aus allen Landesteilen organisierten Sammlungen, spendeten Geld und Sachmittel, um den Betroffenen in den Küstenregionen zu helfen.

Zudem haben auch zahlreiche indische Unternehmer und Unternehmen Stiftungen oder gemeinnützige Organisationen gegründet, um sozialen Missständen im eigenen Land zu begegnen. An dieser Stelle sind als Beispiele die Tata-Group mit dem Tata Institute of Social Sciences (TISS), die Anand-Group mit der Sant Nishchal Singhji Foundation (SNSF) oder Hindalco bzw. die Aditya Birla Group mit dem Aditya Birla Centre for Community Initiatives and Rural Development zu nennen, die sich übersektoral und landesweit engagieren. Andere fokussieren ihr soziales Engagement mehr regional oder sektoral (vor allem im Gesundheits-, Bildungs- und Landwirtschaftssektor), wie etwa Texmo Industries mit einem Kinderkrankenhaus in Coimbatore oder Apteck Limited mit kostenlosen Bildungszentren für arme Kinder.

Ein enormes Problem ist jedoch, dass viele bedürftige Menschen in Indien die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungsprogramme nicht kennen oder (überwiegend irrtümlich) glauben, dass sie aufgrund tradierter sozialer Schranken und Tabus nicht in den Genuss dieser Hilfen kommen. Viele sind zudem kaum in der Lage, ihre legitimen Ansprüche zu artikulieren, an die verantwortlichen Stellen zu adressieren oder ein teils bürokratisches Antragsverfahren erfolgreich zu durchlaufen.

Auch hier kann „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit externer Unterstützung ansetzen. Entwicklungszusammenarbeit mit Indien kann und sollte noch viel stärker als bisher die Menschenrechts- und Rechtsberatungsprogramme indischer „Advocacy“-Nichtregierungsorganisationen (NGOs) finanziell und mit Know-how unterstützen und diejenigen stärken, die als Fürsprecher, Anwälte und Interessenvertreter der Armen wertvolle Unterstützung leisten, die Armen über ihre Rechte informieren, sie ermutigen, sich

zusammen zu schließen, friedlich für ihre Rechte einzutreten und auch Einfluss zu nehmen auf die politischen Entscheidungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Die eindeutigen Stärken der Arbeit der NGOs in diesem Bereich werden auch von der Bundesregierung bzw. dem BMZ als unzweifelhaft hervorgehoben (BMZ 2005, S.12).

8. Indien unternimmt erhebliche Eigenanstrengungen und bittet Deutschland um Unterstützung!

Im Vergleich mit den europäischen Nachbarstaaten pflegt Indien zu Deutschland sehr enge politische und wirtschaftliche Beziehungen. In Europa sind die bilateralen Beziehungen nur mit England enger. Am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich die guten Beziehungen der beiden Länder leicht demonstrieren.

Dabei wird sowohl von Deutschland als auch von Indien die „Partnerschaft auf Augenhöhe“ sehr positiv wahrgenommen. Von indischer Seite wird vor allem geschätzt, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nicht im Stile eines „Besser-Wessi“ gleichsam übergestülpt, sondern als Angebot formuliert wird, um selbstbestimmt von den deutschen und internationalen Erfahrungen lernen zu können. Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit fokussiert sich dabei immer stärker auf Themen und Sektoren, die von der indischen Seite nachgefragt werden, weil Deutschland in diesem Bereich Wettbewerbsvorteile und das entsprechende Know-how hat.

Tilman Altenburg arbeitet in seiner Portfolioanalyse der deutsch-indischen Entwicklungszusammenarbeit (Altenburg 2006) gut heraus, dass es zahlreiche gemeinsame Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sowie auf wissenschaftlich-technologischem und kulturellem Gebiet gibt, von denen beide Seiten profitieren können und wo die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wichtige Impulse geben kann – und gibt. Deutschland ist – ganz im Sinne der sogenannten „Deklaration von Paris“²³ und der indischen Regierung – dazu bereit, indische Eigenanstrengung auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene nicht nur finanziell, sondern auch strategisch und durch innovative Lösungsansätze in Form von zunehmend integrierten Programmen neben den ehemals üblichen kleinteiligen Einzelmaßnahmen zu unterstützen. Letztlich wird auch die deutsche Erfahrung und Expertise in Bezug auf ergebnis- und wirkungsorientiertes Programm- und Projektmanagement von indischer Seite geschätzt und nachgefragt.

Zur Bewältigung von objektiven Entwicklungshindernissen und -herausforderungen bittet die indische Regierung also um die strategische und maßgeschneiderte Unterstützung durch deutsche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Solch eine Bitte darf und sollte man nicht ausschlagen – schon gar nicht unter Freunden.

9. Die Entwicklungshilfe wirkt!

Die Entwicklungszusammenarbeit ist nicht zuletzt im Kontext der Globalisierung unter immer stärkeren Druck geraten, sich neu zu positionieren und ihre Ziele, Aufgaben, Instrumente und Akteure neu zu definieren. Dieser Prozess ist noch in vollem Gange.

Dabei steht derzeit kein anderer gemeinnütziger Politikbereich unter einem ähnlich hohen Legitimationsdruck. Die Entwicklungszusammenarbeit ist angehalten, im eigenen Land Rechenschaft über ihr Wirken in fernen Ländern abzulegen und steht dabei unter enormem Erfolgsdruck. Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit müssen sichtbare „Wirkungen“ präsentieren. Gemeint sind damit reale Entwicklungsfortschritte und messbare Verbesserungen für die Armen und Bedürftigen in den Zielländern. Erfolgskontrolle ist spätestens mit der Formulierung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) und der damit verbundenen klaren Erfolgsindikatoren im Jahr 2000 zum Schlagwort der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Daraus entwickelte sich eine in der Fachwelt intensiv diskutierte, vielschichtige Debatte über die „richtigen“ Konzepte und Ansätze, um die gewünschten Wirkungen auch erzielen zu können. Etwas vereinfacht stehen sich derzeit zwei Paradigmen gegenüber:

■ Einerseits die klassischen Projektansätze, wo entweder (kleine) zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen einerseits oder sektoral (hoch-) spezialisierte Träger andererseits direkt, unmittelbar und ganz konkret klar definierten Zielgruppen (auf lokaler Ebene) helfen wollen, deren akute Probleme zu lösen. Dabei wird schon seit langem kein „Almosen“-Ansatz mehr verfolgt, sondern die Bedeutung von selbsthilfeorientierten und emanzipierenden Maßnahmen betont. Gerade in diesem Rahmen gelingt es meist, die Betroffenen selbst mit Hilfe von partizipativen Projektplanungs- und Steuerungsinstrumenten an den Maßnahmen zu beteiligen und damit die Eigen-

verantwortung und Nachhaltigkeit bzw. Dauerhaftigkeit der Interventionen zu stärken.

■ Andererseits werden immer stärker mittelbare und strukturelle Interventionen bevorzugt, die – oft gekoppelt an staatliche Vorhaben – in den Partnerländern ganze Bevölkerungsgruppen erreichen wollen. Damit können mit den beschränkten Mitteln der (deutschen) Entwicklungszusammenarbeit weitaus mehr Menschen erreicht werden. In diesem Fall sind oft große staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit die Träger. Diese sind immer weniger selbst operativ tätig, sondern vielmehr beratend auf hoher und höchster politischer Ebene oder bei der technischen und vor allem finanziellen Unterstützung von Regierungsprogrammen in den Partnerländern selbst.

Wie so häufig, erscheint es kein „Entweder-oder“, sondern ein „Sowohl-als-auch“ zu sein, worauf man sich letztlich einigen sollte. Leider wird das in der aktuellen Debatte, in der es offensichtlich auch um viel Geld und Einfluss sowie institutionelle Eigeninteressen geht, zu oft vergessen. Empirisch lässt sich aber gerade am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit mit Indien gut belegen, wie sich die beiden Ansätze ergänzen und sich erst durch das – sicher noch deutlich zu verbessernde strategische und koordinierte – Zusammenwirken der verschiedenen Instrumente und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit viele Wirkungspotentiale ergeben.

So verstanden werden die verschiedenen Instrumente und Träger der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Indien nicht – wie derzeit häufiger zu lesen – als Schwäche, sondern vielmehr als Stärke gesehen. Als eines der wichtigsten Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind in Indien fast alle relevanten staatlichen Organisationen wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) oder die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (Inwent) vertreten. Mit der Ausnahme der Rosa Luxemburg Stiftung haben zudem alle politischen Stiftungen ein Auslandsbüro in Indien.²⁴ Ergänzt wird das Spektrum der deutschen Akteure in Indien durch die großen kirchlichen Hilfswerke (z.B. der Evangelische Entwicklungsdienst/ EED, Brot für die Welt, MISEREOR, etc.) und private Träger und NGOs (z.B. die Karl Kübel Stiftung, Andheri-Hilfe, Welthungerhilfe, Kindernothilfe etc.).

Was nun die konkreten Wirkungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Indien betrifft, macht es an die-

ser Stelle wenig Sinn, sich auf die vielen – meist nur für Expertinnen und Experten verständlichen – Evaluierungsstudien zu berufen. Authentischer ist es, wenn die Empfänger der Hilfe, also die armen Menschen in Indien, selbst zu Wort kommen. Ein solches Forum wurde den Armen in Indien durch das NGO-IDEAs-Projekt von 14 deutschen NGOs und ihren 32 indischen Partner-NGOs geboten, die mit ihren Maßnahmen zusammen etwa eine Million Menschen in Indien erreichen. Von 2004 bis 2007 wurden Instrumente zur partizipativen Wirkungsbeobachtung entwickelt und angewendet. Wer die authentischen Rückmeldungen der Hilfeempfänger liest, ist schnell überzeugt, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Indien wirklich etwas bewegt und nachhaltig wirkt:

■ **Stärkung von Frauen (Empowerment):** Nach Aussagen der Befragten wurden die stärksten Wirkungen im Bereich des sozialen und politischen Empowerments von Frauen erzielt. Viele befragte Frauen – und Männer – gaben an, dass Frauen im Rahmen von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit viele Fähigkeiten und Selbstbewusstsein erwerben konnten. Dadurch eröffneten sich ihnen zahlreiche neue Möglichkeiten, was wiederum zu einer höheren Wertschätzung ihrer Rolle in der Familie, Gemeinde und Gesellschaft sowie zu mehr Respekt gegenüber Frauen beitrug. Beispielsweise konnten Frauen Führungsqualitäten ausbilden, die sie dazu befähigen, innerhalb und außerhalb der Familie Entscheidungen zu treffen, aktiv für die Einhaltung ihrer Rechte einzutreten und als Wählerinnen oder sogar als Kandidatinnen an (lokalen) Wahlen teilzunehmen. Zudem profitieren vor allem junge Frauen von einer Verbesserung der Bildungssituation, da in den Projektregionen deutlich mehr Mädchen regelmäßig eine (teils sogar weiterführende) Schule besuchen.

■ **Rückgang der Gewalt gegen Frauen:** Signifikant ist auch, dass in den Projektregionen die Gewalt gegen Frauen (einschließlich der Tötung weiblicher Föten oder Kinder sowie der Mitgiftmord) abgenommen hat.

■ **Verwirklichung der Menschenrechte:** Toleranz und gesellschaftliche Harmonie als Voraussetzung für die Gleichstellung sozialer Gruppen werden nach Aussage der Befragten durch ein geschärftes Bewusstsein für politische und soziale Themen, durch gemeinsame Aktivitäten sowie die Entwicklung von Gemeinschaftssinn und Solidarität gefördert. Vor allem auch die beobachtete Verbesserung der sozialen Sicherheit und Mobilität wurden als positive Einflussfaktoren für die Verwirkli-

chung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte bezeichnet.

■ **Höheres Umweltbewusstsein:** Zahlreiche Befragte konstatierten, dass aufgrund der Durchführung von Maßnahmen zum Wasserschutz, zur Aufforstung sowie zur Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Techniken ein zunehmend umsichtiger Umgang mit natürlichen Ressourcen zu beobachten ist. Dazu beigetragen haben aber auch die in Projektgebieten parallel stattfindende Entwicklung von Gemeinschaftssinn und von Solidarität sowie die verbesserten Bildungschancen.

■ **Förderung von sozialen und persönlichen Kompetenzen („Capacity Building“):** Die Maßnahmen haben deutlich zur Entwicklung und Förderung von Schlüsselqualifikationen beigetragen. Von den Befragten wurden u. a. Pünktlichkeit, die Fähigkeiten, Probleme zu lösen, gegebene Strukturen in Frage zu stellen, blinden (Aber-)Glauben zu überwinden, Konflikte friedlich und intern zu lösen oder sich (neutral) zu informieren besonders oft genannt. Zudem lernten viele Hilfeempfänger einen umsichtigeren und verantwortungsbewussten Umgang mit Geld und Krediten, was in vielen Fällen sogar das Aufstellen und Führen von Haushaltsbüchern oder Geschäftsplänen sowie einfachen Buchhaltungssystemen für Kleinstunternehmen im meist informellen Sektor beinhaltete.

■ **Erhöhung des Familieneinkommens:** Die Befragung hat ergeben, dass sich das Familieneinkommen durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich erhöht hat. Viele der Befragten gaben zudem einen Zuwachs an Sachvermögen und Bargeld an. Erwähnenswert ist hierbei, dass die (teils bevorzugte) Beteiligung der Frauen am meisten zu diesen Veränderungen beitrug. Die Ankurbelung der wirtschaftlichen Dynamik in den Projektgebieten – vor allem in abgelegenen Regionen – führte zu einer Abnahme der saisonalen Arbeitsmigration mit all ihren negativen Konsequenzen für die Familien und Gemeinschaften. Zudem reduzierte sich die Abhängigkeit von skrupellosen privaten Geldverleihern, die mit ihren Wucherzinsen bis heute Millionen Inder in die Schuldenfalle oder sogar in den Suizid treiben.

10. Ein Euro für die Armen, 386 Euro für Waffenkäufe?

Im Haushaltsjahr 2008 standen laut Bundeshaushalt für die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit insgesamt 5,16 Mrd. Euro zur Verfügung. Jeder Bundesbürger hat über Steuerabgaben also ca. 63 Euro für Maßnahme

der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2008 finanziert. Im selben Jahr waren ca. 80 Mio. Euro für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Indien im Haushalt des BMZ reserviert – umgerechnet also nicht einmal ein Euro pro Bundesbürger.

De facto standen jedoch fast 360 Mio. Euro zur Verfügung. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass etwa Produkte der finanziellen Zusammenarbeit mit Indien oder privat-öffentliche Partnerschaften (PPP), also Kooperationen für Entwicklungsvorhaben mit der Privatwirtschaft, Mehrausgaben ermöglichten und somit zu den 80 Mio. Haushaltsmitteln weitere 280 Mio. Euro generiert wurden.

Der Großteil des Budgets ging an staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die bilaterale „Finanzielle Zusammenarbeit“ oder an die GTZ für die bilaterale „Technische Zusammenarbeit“. Pro Jahr werden aber auch regelmäßig 25-30 Mio. Euro (2009 insgesamt 38 Mio. Euro) für zivilgesellschaftliche Organisationen bereitgestellt, zum Teil über so genannte kofinanzierte Projekte. Das bedeutet, dass das BMZ in der Regel bis zu 75 Prozent der Gesamtkosten für ein Entwicklungsvorhaben beisteuert, während die zivilgesellschaftlichen Partner 25 Prozent selbst aufbringen müssen. Für Indien erhielten zudem kirchliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2003 bis 2007 jeweils ca. 20 Mio. Euro, die politischen Stiftungen ca. vier Mio. Euro und andere NGOs ca. fünf Mio. Euro im Jahr vom BMZ.²⁵ Hinzu kommen noch deutsche Gelder für multilaterale Entwicklungsvorhaben in Indien, wie z.B. durch die Hände der Weltbank, der Asian Development Bank oder der Europäischen Kommission. In welcher Höhe deutsche Beiträge an diese Organisationen nach Indien weiter fließen, lässt sich jedoch nur sehr schwer quantifizieren.

Zusammengerechnet ergibt sich vermeintlich eine doch recht ansehnliche Summe. Doch ein Vergleich mit den deutschen Rüstungsausgaben macht deutlich, wo (noch immer) die Prioritäten liegen. 2008 beziffert das Stockholm International Peace Research Institute die gesamten deutschen Rüstungsausgaben mit 46,8 Mrd. US-Dollar (31,82 Mrd. Euro²⁶). Das entspricht umgerechnet 568 US-Dollar (386 Euro) pro Einwohner!²⁷ Es bleibt natürlich jedem Leser selbst überlassen, die individuellen Prioritäten zu setzen. Eventuell lohnt sich aber ein Überdenken so mancher Vorbehalte gegen die Entwicklungszusammenarbeit mit Indien, wenn man weiß, dass man für die 200 Millionen Inder, die akut vom Hunger bedroht sind, nicht einmal einen Euro im Jahr

aufbringt, während man im selben Zeitraum den Kauf von Waffen mit 386 Euro fördert.

Von der klassischen Zusammenarbeit hin zur strategischen Partnerschaft

Indien ist heute als so genanntes „Ankerland“ eines der wichtigsten Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ankerländer „spielen auf der Grundlage ihres wirtschaftlichen Gewichtes und des politischen Einflusses in ihren Regionen sowie zunehmend auch global eine wachsende Rolle in der Gestaltung internationaler Politiken – wie auch bei der Erreichung der MDGs. Ihnen kommt bei der Bekämpfung menschlicher Armut, dem Streben nach einer global nachhaltigen Entwicklung, der Sicherung von Frieden und Stabilität sowie in Fragen der Global Governance und dem Schutz globaler öffentlicher Güter eine Schlüsselrolle zu.“²⁸

Nicht zufällig konnte 2008 auch das weltweit erste gemeinsame Gesamtstrategiepapier des BMZ mit einem Partnerland, in dem die entwicklungspolitischen Ziele und Prioritäten für die nächsten Jahre zwischen der deutschen und der indischen Regierung partnerschaftlich abgestimmt wurden, im Rahmen einer Reise der Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul nach Indien vorgelegt werden. Darin sind für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit vier Sektorschwerpunkte mit der indischen Regierung vereinbart:

- eine umweltpolitische Zusammenarbeit zum Schutz und für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen;
- eine Zusammenarbeit im Energiesektor zur Verbesserung der Effizienz bei der Energiegewinnung, bei der Stromübertragung und beim Stromverbrauch sowie die Förderung erneuerbarer Energien (Wasserkraft, Windenergie, Sonnenenergie und Biomasse);
- eine Zusammenarbeit zur Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung vor allem durch Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsbildung, Programmen zur Reform ländlicher Genossenschaftsbanken sowie durch die Unterstützung des Mikrokreditwesens für kleine und mittlere Unternehmen;
- eine Zusammenarbeit im Gesundheitssektor vor allem zur Ausgestaltung eines sozialen, solidargestützten Krankenversicherungswesens und zur Ausrottung der Kinderlähmung (Polio).

Mit der zunehmenden Fokussierung der staatlichen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf wenige Sektorschwerpunkte ist aber dank der Träger- und Instrumentenvielfalt der deut-

schen Entwicklungszusammenarbeit mit Indien (noch) kein Ausschluss anderer Sektoren zu beobachten. Gerade die zivilgesellschaftlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit engagieren sich auch weiterhin sehr stark für armutsorientierte Reformen, die Verwirklichung der politischen, sozialen und soziokulturellen Menschenrechte auch und besonders für marginalisierte Schichten und Kasten der indischen Gesellschaft, die Stärkung der Rechte der Frauen, die Bekämpfung der Kinderarbeit, die Förderung von alternativen ökologischen landwirtschaftlichen Methoden sowie für einen besseren Zugang zu Land für die Armen und die Unterstützung für Millionen marginalisierter Kleinbauern und Landarbeiter.

Zukünftige Potentiale und Herausforderungen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Indien zeigt durchaus in die richtige Richtung. Der Mix der Instrumente ist dabei eindeutig eine Stärke, auch wenn die Vernetzung und Koordination zwischen den Akteuren noch deutlich verbessert werden kann und muss. Denn der Countdown läuft: Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zur Armutsbekämpfung sollen bis 2015 erreicht werden. Um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, sind noch enorme Anstrengungen notwendig – vor allem in Indien. Um die Weichen für die noch verbleibenden fünf Jahre zu stellen, sollte so früh wie möglich mit den indischen Partnern eine Strategie entwickelt werden, die zeigt, auf welche Sektoren sich die deutsche (und internationale) Entwicklungszusammenarbeit mit Indien konzentrieren sollte, um einer Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele möglichst nahe zu kommen. Dazu sind die aktuellen Sektorschwerpunkte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien wenig geeignet. Werden die Millenniums-Entwicklungsziele verfehlt, droht ein nachhaltiger Legitimationsverlust für die internationale und deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Die Glaubwürdigkeit der bundesdeutschen Entwicklungspolitik hängt dabei auch davon ab, ob der von der Bundesregierung zugesagte Stufenplan zur Erhöhung der entwicklungspolitischen Investitionen eingehalten wird.

Ein substantielles Engagement der Entwicklungszusammenarbeit in Indien be-

deutet dabei nicht, dass deutsche Steuergelder verschwendet werden. Denn Indien ist nicht nur Konkurrent, sondern auch ein riesiger Absatzmarkt. In Indien genießt Deutschland ein vergleichsweise hohes Ansehen, und die Bundesrepublik ist als Kooperationspartner gerne willkommen. Diese Potentiale gilt es, weiter in Wert zu setzen – auch durch eine Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit „auf Augenhöhe“.

Die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit drücken sich jedoch nicht in wirtschaftlichen Wachstumsraten aus, sondern u. a. darin, dass möglichst viele Menschen an einem nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozess teilhaben können. Nur so können gesellschaftliche Spannungen und ein noch weiteres Auseinanderklaffen der indischen Zweiklassengesellschaft in Arme und Reiche, Gebildete und Ungebildete, denen die an der Globalisierung teilhaben und denen die weiter in Armut, Abhängigkeit und Unterdrückung abdriften, vermieden werden.

Zugang zu fairen Bildungschancen – für Mädchen und Jungen, Muslime und Hindus, Arme und Reiche – ist ein entscheidendes Kriterium für die zukünftige Teilhabe am Entwicklungsprozess, aber auch zur Vorbeugung weiterer gewalttätiger Spannungen und Radikalisierungen. Dazu sind nicht nur Investitionen in den Bildungssektor notwendig (eine genuine Aufgabe des indischen Staates), sondern vor allem auch technische Beratung und bewusstseinsbildende Maßnahmen (im Rahmen von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit) – von der lokalen bis zu nationalen Ebene.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass in indischen Schulen das Thema Armut und soziale Gerechtigkeit viel häufiger thematisiert und besonders die wachsende Mittelschicht für die Themen Armutsbekämpfung und nachhaltiger Ressourcenschutz sensibilisiert wird. Durch eine gezielte Einbindung gerade der indischen Mittelschicht in Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit gilt es zudem, ein gemeinwohlorientiertes Interesse an der eigenen Gemeinde (weiter-) zu entwickeln.

Außerdem sollten die guten partnerschaftlichen Beziehungen zu Indien von deutscher Seite dazu genutzt werden, um über ein verstärktes Engagement im Bereich Gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung zu sprechen. Neben der Politikberatung erscheint aufgrund der positiven Erfahrungen in anderen Ländern besonders die Stärkung basisdemokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Ausbildung von NGOs zu sogenannten „Watchdogs“ zur sozialen Kontrolle so-

wie besonders die Aufmunterung und Stärkung von Frauen zur Partizipation am demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen vielversprechend. So trägt die Frauenrepräsentanz im Parlament auf Bundesebene bislang nur knapp zehn Prozent. Dem stehen bis zu 50 Prozent Frauenanteil in dörflichen Entscheidungsgremien in Projektgebieten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber – mit signifikant positivem Einfluss auf den lokalen Entwicklungsprozess. Diese guten Erfahrungen gilt es zu konsolidieren und kontinuierlich auf höhere Entscheidungsebenen zu übertragen. Die Stärkung von Frauen ist als Querschnittsthema zwar schon heute vergleichsweise prominent, dennoch sollte die Frauenförderung in Indien weiter ausgebaut werden.

Ähnliches gilt für die Teilhabe aller gesellschaftlicher und religiöser Gruppen am weiteren Entwicklungsprozess Indiens. Dazu macht es Sinn, die Menschenrechts- und Rechtsberatungsprogramme indischer „Advocacy“-NGOs weiter finanziell und mit Know-how zu unterstützen. Zudem erscheint es ratsam, indische NGOs beim Fundraising im eigenen Land zu unterstützen. Schulungen in diesem Bereich müssen sowohl bei bewussteinbildenden Maßnahmen anfangen („Spendenakquise in Indien

matters“) als auch Fundraising-Kompetenzen ausbilden.

Ein von der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit immer mehr vernachlässigter, aber für die zukünftige Entwicklung Indiens weiterhin entscheidender Bereich ist der Landwirtschaftssektor. Statistisch gesehen hat Indien zwar eine ausreichende Produktion an Nahrungsmitteln, trotzdem ist das Armuts- und Hungerproblem – vor allem auf dem Land – kaum kleiner geworden. Hier muss vor allem die internationale und bilaterale Hilfe für den Landwirtschaftssektor in Indien überdacht werden. Es sollte um einen besseren Zugang zu Land für die Armen und die Unterstützung für Millionen marginalisierter Kleinbauern und Landarbeiter, statt um Weltbankkredite für Maßnahmen zugunsten von Großgrundbesitzern gehen. Zudem wäre eine gezielte Förderung von klein- und mittelständischen bäuerlichen Betrieben, eine Anbaudiversifizierung, eine Ausrichtung auf zunehmende klimatische Unwägbarkeiten etwa durch eine Rückbesinnung auf lokal angepasste Kulturpflanzen sowie nachhaltige Anbau- bzw. Bewässerungsmethoden wünschenswert.

Daneben gilt es, einer Nahrungsmittelverknappung aufgrund von Spekulationen mit Grundnahrungsmitteln – wie in den letzten Jahren häufig geschehen – einen Riegel vorzuschieben. Skrupellose Spekulationen ließen und lassen die Preise für Grundnahrungsmittel oft dramatisch ansteigen, ohne dass die Mehrzahl der Kleinproduzenten daran teilhätte oder darauf Einfluss nehmen könnte. Hungererrevolten, wie ansatzweise in indischen Metropolen im Jahr 2008 geschehen, könnten das ganze



UNSER AUTOR

Dr. Michael Holländer ist Referent für Entwicklungszusammenarbeit bei der Karl Kübel Stiftung in Bensheim. Nach dem Studium der Geographie und Politikwissenschaft arbeitete er von 1998 bis 2003 als Dozent am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Von 2003 bis 2007 war er als Berater einer indonesischen Stiftung für demokratiepolitische Bildung und Organisationsentwicklung in Yogyakarta, Indonesien. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er von 2007 bis 2008 als Moderator und Evaluierexperte für verschiedene EZ-Organisationen in Asien aktiv. Thematische Schwerpunkte sind u. a. demokratiepolitische Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklung von Zivilgesellschaften sowie Projektmanagement.



UNSER AUTOR

Ralf Tepel ist Vorstand der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie in Bensheim und Mitglied im VENRO-Vorstand. Während und nach dem Studium der Geographie in Bochum hat er sich in verschiedenen Funktionen, u. a. im Dritte-Welt-Zentrum Hagen und im Südasiens-Büro sowie später in der Karl Kübel Stiftung intensiv mit Indien beschäftigt. Thematische Schwerpunkte sind u. a. Kofinanzierung, Erfolgskontrolle, Gender und Kinderschutz.

Land erfassen und damit unkalkulierbare Destabilisierungsdynamiken in Gang bringen. Diese Prozesse kommen zudem radikalen Kräften jeglicher Couleur (muslimische Terroristen, Hindu-Fanatiker und Naxaliten) zugute. Zur besseren Koordinierung der Interventionen im Landwirtschaftssektor wäre ein Dialog zwischen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und den in Indien tätigen kirchlichen und privaten Trägern – die im Bereich Landwirtschaft und Armutsbekämpfung sehr aktiv sind – überfällig. Letztlich sollte zum Schutz der indischen Bevölkerung in Regionen, die unmittelbar und bereits aktuell von der globalen Klimaerwärmung betroffen sind (z.B. die Küstenregionen, das Mündungsdelta des Ganges, die gesamte Himalaja-Region und zahlreiche kontinentale Trockengebiete im Landesinneren), das Thema Katastrophenschutz und -vorbeugung ebenso dringend auf die Agenda gesetzt werden, wie die Frage, wie auch in Indien mittel- und langfristig mit den Folgen der Klimaerwärmung umzugehen ist. Dies schließt u. a. auch Maßnahmen zur verbesserten Erfassung und zum Monitoring von Klimadaten ein.

LITERATUR

- Albrecht, Jutta (zusammen mit Klasen, Stephan/Larch, Mario/Meyer, Bernd/Osterkamp, Rigmar/Martínez-Zarzoso, Immaculada/Nowak-Lehmann, D. Felicitas) (2007): Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit und Export- und Arbeitsplatzeffekte im Geberland – das Beispiel Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. München.
- Altenburg, Tilman (2006): Entwicklungszusammenarbeit im Gesamtkontext der Deutsch-Indischen Kooperation: eine Portfolioanalyse. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/German Development Institute. Discussion Paper 13/2006.
- Bliss, Frank (2006): Armutsbekämpfung innerhalb der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Zwischen Projektansätzen und „globaler Strukturpolitik“. In: Ihne, Hartmut/Wilhelm, Jürgen (Hrsg.) (2006): Einführung in die Entwicklungspolitik. Münster, S. 42–49.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ (2005): Mehr Wirkung erzielen: Die Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Millenniums-Entwicklungsziele. Die Umsetzung der Paris Declaration on Aid Effectiveness. Bonn.
- Butalia, Urvashi (2007): Neues Selbstbewusstsein und anhaltende Unterdrückung – Frauen in Indien. Online: http://www.bpb.de/themen/4GR5P8,0,0,Neues_Selbstbewusstsein_und_anhaltende_Unterdrueckung.html [Zugriff: 14.08.09].
- Corrie, Bruce P. (1995): A Human Development Index for the Dalit Child in India. In: Social Indicators Research, Vol. 34, No. 3, S. 395–409.
- Friedrich Ebert Stiftung (2008): Frauen – Männer – Gender. Frauenpolitik & Genderpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007/2008. Bonn, S. 26.
- Harper, Malcolm (2009): Tödliche Mischung. Die zahlreichen Bauernselbstmorde in Indien haben vielfältige Ursachen. In: welt-sichten, Heft 3/2009, S. 34–37.
- Lipton, Michael/Toye, John (1991): Does Aid Work in India? A Country Study of the Impact of Official Development Assistance. Routledge.
- Müller, Johannes/Wallacher, Johannes (2001): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. Argumente zwischen Eigeninteresse und Altruismus. München. Online: <http://www.hfph.mwn.de/igp/res/EZBegruendung.pdf> [Zugriff: 09.08.09].
- Wamser, Johannes (2005): Standort Indien. Der Subkontinentalstaat als Markt und Investitionsziel ausländischer Unternehmen. Münster.
- Werthes, Sascha (2005): Human Security. Eine sicherheitspolitische Herausforderung zur Vorbereitung auf entwicklungspolitische Aufgaben. In: Inkota-Brief. Zeitschrift zum Nord-Süd Konflikt und zur konziliären Bewegung, 133/2005, S. 26–27.
- VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.) (2007): Bericht über die Wirkungen von Spar- und Kreditprogrammen süd-indischer NGOs. Bonn.
- VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.) (2007): Mein Wort zählt. Mikrokredite: Kleines Kapital – große Wirkung. Bonn.

ANMERKUNGEN

- 1 Stockholm International Peace Research Institute: Yearbook 2009. Online: <http://www.sipri.org/yearbook/2009/files/SIPRIYB0905.pdf> [Zugriff: 20.07.09].
- 2 In: Wirtschaftswoche Global, Nr. 2, 1711. 2008, S. 7.
- 3 In: The World's Billionaires 2009. Online: http://www.forbes.com/lists/2009/10/billionaires-2009-richest_people_The-Worlds-Billionaires_Rank_3.html [Zugriff: 19.07.09]
- 4 Online: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/arcelor-und-mittal-aktionaere-kroenen-den-koenig;1346268> [Zugriff: 23.07.09].
- 5 In: Wirtschaftswoche Global, Nr. 2, 1711. 2008, S. 15.
- 6 Süddeutsche Zeitung: Merkel stellt Entwicklungshilfe für Indien infrage. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/862/422623/text/> [Zugriff: 20.07.09].
- 7 Handelsblatt: Keine Entwicklungshilfe für China. Online: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fricke-keine-entwicklungshilfe-fuer-china;2119466> [Zugriff: 20.07.09].
- 8 Hoffmann, Thomas: Der Elefant ist erwacht. Indien im Globalisierungsprozess. In: Praxis Geographie, Heft 6/2007, S. 38–39.
- 9 India – the Human Development Index (HDI) – going beyond income. Online: http://hdrstats.undp.org/2008/countries/country_fact_sheets/cty_fs_IND.html [Zugriff 28.07.2009].
- 10 In: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung. Online: <http://www.weltbevoelkerung.de/info-service/land.php> [Zugriff: 27.07.09] sowie Census of India: Statistics on Demographic & Socio-Economic Characteristics. Online: http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/India_at_glance/glance.aspx [Zugriff: 27.07.09].
- 11 Menon, Purnima/Deolalikar, Anil/Bhaskar, Anjor: India State Hunger Index. Comparisons of Hunger Across States. Online: <http://www.ifpri.org/pubs/cp/ishi08.pdf> [Zugriff: 28.07.2009].
- 12 HDI 2008; vgl. FN 9.
- 13 Online: http://www.unicef.org/infobycountry/india_statistics.html [Zugriff: 09.08.2009].
- 14 Der Gini-Index ist eine Kennzahl, um die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in einem Land darzustellen. Der Wert liegt zwischen 0 und 1 bzw. 0 und 100 Prozent. Je näher der Gini-Index an 1 bzw. 100 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

- 15 Tamara Trinh: China & Indien: Der Aufstieg der Mittelschicht. Deutsche Bank Research. Online: http://www.dbrresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD0000000000203622.pdf [Zugriff: 14.08.2009].
- 16 World Development Report 2008: Online: http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/WDR_00_book.pdf [Zugriff: 11.08.2009].
- 17 Global Competitiveness Index (2007–2008). Online: <http://www.weforum.org/pdf/gcr/2008/rankings.pdf> [Zugriff: 13.08.2009].
- 18 <http://www.doingbusiness.org/ExploreEconomies/?economyid=89>
- 19 Global Competitiveness Report 2008-2009. Online: <http://gcr.weforum.org/gcr> [Zugriff: 10.08.2009].
- 20 Online: <http://www.bmz.de/de/zahlen/deutscherbeitrag/index.html> [Zugriff: 19.09.09].
- 21 Statistisches Bundesamt (2009): Außenhandel – Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland. Online: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Aussenhandel/Handelpartner/Tabellen/Content100/RangfolgeHandelspartner,property=file.pdf> [Zugriff 20.09.2009].
- 22 Spiegel: Indiens CO₂-Ausstoß steigt rasant. Online: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,646511,00.html> [Zugriff: 20.09.2009].
- 23 Ziel der „Paris Declaration“ ist es, die internationale Entwicklungszusammenarbeit durch eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Partnerländer und eine Harmonisierung der Geberpraktiken wirksamer zu gestalten. Zentrale Prinzipien sind außerdem die Ausrichtung der Zusammenarbeit an den Zielen und Strategien der Partner, eine stärkere Ergebnisorientierung sowie die gegenseitige Rechenschaftspflicht von Geber- und Partnerländern, Online: http://www.oecd.org/document/18/0,3343,en_2649_3236398_35401554_1_1_1_1,00.html. [Zugriff: 20.09.2009]
- 24 Konrad Adenauer Stiftung (KAS), Friedrich Ebert Stiftung (FES), Friedrich Naumann Stiftung (FNS), Hans Seidel Stiftung (HSS), Heinrich Böll Stiftung.
- 25 Telefonische Auskunft des BMZ (Herr Ralf Wyrwinski), 23.09.2009.
- 26 Bei einem Jahresdurchschnittswchselkurs von 1,4708 Euro.
- 27 Stockholm International Peace Research Institute: Yearbook 2009. Online: <http://www.sipri.org/yearbook/2009/files/SIPRIYB0905.pdf> [Zugriff: 20.07.09].
- 28 BMZ (2004): Ankerländer – Partner für globale Entwicklung. Positionspapier des BMZ. Bonn, S. 5.

Indien im Überblick

Franziska Plümmer

Fläche	3.166.414 km ² (inklusive der indisch kontrollierten Gebiete Jammu und Kaschmir)
Bevölkerung	1.152.342.278 Einwohner = 363,9 Einw./km ² (Berechnung 2008)
Städte	Hauptstadt New Delhi (Ni Dilli) 9,8 Mio. Einw.; Mumbai (Bombay) 11,9 Mio. Einw.; Kolkata (Kalkutta) 4,6 Mio. Einw.; Bengaluru (Bangalore) 4,3 Mio. Einw.; Chennai (Madras) 4,2 Mio. Einw.
Sprachen	Von 1.650 existenten Sprachen werden 22 von der Verfassung anerkannt, darunter das in Nordindien als Staatssprache gebrauchte Hindi (wird von 41% der Bevölkerung beherrscht), Bengali (8,1%), Telugu (7,2%), Marathi (7%), Tamil (5,9%), Urdu (5%) u. a.
Religionen	Laut Verfassung darf im säkularen Staat Indien niemand wegen seiner Religion diskriminiert werden. Bei der letzten Volkszählung 2001 bekannten sich 80,5% als Hindus, 13,4% als Muslime, 2,3% als Christen, gezählt wurden außerdem 1,9% Sikhs und jeweils weniger als 1% Buddhisten, Jains, Parsen und Juden.
Urbanisierungsrate	Der Anteil der Bevölkerung, der in den Städten wohnt, ist mit 29,2% eher gering.
Human Development Index/HDI	0,612 (2008); Rang: 134 (182 erfasste Staaten)
BIP pro Kopf	1.043 US\$ (Schätzung 2008); Rang: 130 (181 erfasste Staaten)
Währung	1 Indische Rupie (iR; Plural: Rs) = 100 Paise; 1 € = 66,65 Rs
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	UNO und UN-Sonderorganisationen, G-15, G-20, G-24, G-77, Bewegung der Blockfreien Staaten, Commonwealth of Nations, Colomboplan, Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation (IORARC), Asia Development Bank (ADB), South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC), Bay of Bengal Initiative for Multi Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC), Mekong-Ganga Cooperation (MGCI), World Trade Organization (WTO)

Landesnatur und Klima

Die Republik Indien liegt in Südasien, grenzt im Osten an den Golf von Bengalen, im Westen an das Arabische Meer und teilt sich im Norden Landesgrenzen mit Pakistan, China, Nepal, Bhutan, Bangladesch und Myanmar (Burma). Das siebtgrößte Land der Erde (Nord-Süd-Ausdehnung: rd. 3.200 km; Ost-West-Ausdehnung: rd. 2.700 km) reicht vom an Nepal grenzenden Himalaya-Gebirge im Norden, wo Indiens höchster Punkt auf dem Berg Kanchenjunga (8.598 m) liegt, bis zu seiner fast als Dreieck zulaufenden und in den Indischen Ozean vorragenden Südspitze. Indien teilt sich in drei Landschaftszonen: Die Gebirgszone des Himalaya, die Indus-Gangesebene im Osten und das Tafelland (Dekkan) im Süden. Die Hochebene von Dekkan wird von allen Seiten von Gebirgsketten umrahmt: Von den Ost- und Westghats an den jeweiligen Küsten und im Norden vom Satpura-Gebirge. Im Nordwesten, an der Grenze zu Pakistan, liegt außerdem die Wüste Tharr, eine Sandwüste mit 238.700 km², der eine Dornensavanne vorausgeht. Zum indischen Subkontinent gehören außerdem drei vorgelagerte Inselgruppen, so das Korallenatoll Lakshadweep,

die Andamanen und Nikobaren, die dem Tsunami 2004 massiv zum Opfer fielen.

Alle größeren Flüsse Indiens entspringen in einer der drei Hauptwasserscheiden des Subkontinents: Im Himalaya, im zentralindischen Vindhya- und Satpura-Gebirge oder in den Westghats. Indiens wichtigster und größter Fluss ist der Ganges (rd. 2.511 km), der im Himalaya entspringt und im Westen mit dem in China entsprungenen Brahmaputra zusammenläuft und das Gangesdelta bildet, dessen größter Teil allerdings in Bangladesch liegt.

Der indische Subkontinent bildet eine eigene tektonische Platte, die Indische Platte, die durch vulkanische Aktivität im Erdinneren auf die Eurasische Platte im Norden geschoben wird, wodurch u. a. das Himalaya-Gebirge entstand. Wegen der permanenten Plattenverschiebungen gibt es in Indien eine vergleichsweise hohe Erdbebengefahr.

Klimatisch wird Indien in zwei Zonen geteilt, da sich der nördliche Wendekreis etwa auf der Höhe von Ahmedabad durch Indien zieht, exakt bei 23° 26' 22" nördlicher Breite. Der Norden Indiens wird dadurch zu einer gemäßigten, subtropischen Klimazone, während im Süden tropische Bedingungen vorherr-

schen. Die Temperaturunterschiede im Land sind enorm. Die Temperaturen im Norden schwanken zwischen 10 und 15°C im Dezember/Januar und 40 bis 50°C im April/Juni, im Süden dagegen bleibt es das ganze Jahr konstant bei 20 bis 35°C heiß. Kalte, trockene Nordostwinde aus Innerasien beherrschen den Winter, der Sommermonsun im Juni/Juli dagegen bringt dem ganzen Land anhaltende Niederschläge aus Südwest, die vor allem an der Westküste niedergehen (Mumbai 2.110 mm pro Jahr). Durch übermäßige Nutzung der Böden und starken Holzeinschlag wurde die Wasserkapazität des Bodens stark verringert, weswegen es vermehrt zu Erosion sowie Überschwemmungen kommt. Auch die unsachgemäße Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen stellt ein großes Problem dar, da sie zu Bodenversalzung führt. Umweltschutzbestrebungen, die sich z. B. für den Schutz von Bäumen oder große Bewässerungsprojekte einsetzen, existieren schon länger; sie stoßen allerdings oft auf Widerstand in der ländlichen Bevölkerung. Probleme gibt es auch in den Städten, wo Lärm und Luftverschmutzung durch Industrie und Kraftwerke, Schadstoffbelastung der Flüsse etc. massive Gesundheitsrisiken darstellen.

Am 26. Januar 1950 wurde die Verfassung der parlamentarischen, föderalen Republik Indien (Bharat) verabschiedet, was bis heute als Nationalfeiertag begangen wird. Indien betitelt sich, der großen Bevölkerung wegen, gerne als „größte Demokratie der Welt“.

Die Verfassung entstand, nachdem Indien 1947 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, und begründete die Republik Indien in westlich-liberaler Tradition, indem ein allgemeines Wahlrecht, der Menschenrechtskatalog, Gleichheit vor dem Gesetz, Diskriminierungsverbot nach Religion, Kaste und Geschlecht in die Verfassung aufgenommen wurden. Die Verfassung sieht außerdem ein föderales Zweikammersystem vor:

- Das Parlament, Lok Sabha (Unterhaus), besteht aus 545 Mitgliedern, die alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt werden.

- Das föderale Element Indiens manifestiert sich im Rat der Staaten, Rajya Sabha oder auch Oberhaus genannt, mit 250 Mitgliedern, die auf sechs Jahre indirekt gewählt werden.

In beiden Kammern hat der Staatspräsident das Privileg, jeweils zwölf Mitglieder direkt zu bestimmen. Dieser wird wiederum indirekt von einem gemeinsamen Gremium beider Kammern gewählt und bestimmt den Premierminister, der dem Parlament verantwortlich ist.

Mit der Gliederung in Bund und Unionsstaaten sollen regionale Interessen geschützt werden, was vor dem Hintergrund der Pluralität Indiens mit religiöser und ethnischer Vielfalt besonders wichtig erscheint. Um aber trotzdem die Integrationsfähigkeit der Zentralregierung nicht zu beschränken, erhielt diese die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über die Außen- und Sicherheitspolitik, den Binnenhandel, Transport und Kommunikation. Polizei, Gesundheit, Erziehung und Landwirtschaft dagegen sind Ressorts der Unionsstaaten, während z. B. Straf- und Familienrecht, Wirtschaftsplanung und Preiskontrollen in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung fallen, also nicht ausschließlich in die Zuständigkeit des einen oder des anderen. Wegen der Dominanz der Zentralregierung, z. B. bei der Steuerverteilung, der Ernennung der Gouverneure und der Möglichkeit zur Entlassung der Landesparlamente, spricht man deshalb oftmals von einem „quasi-föderalen“ Staat.

Die Parteienlandschaft Indiens ist äußerst vielfältig. So regierte die Kongresspartei (Indian National Congress) unter der Führung der Nehru-Gandhi Familie nach 1952 vierzig Jahre ununterbrochen das Unterhaus. Gleichzeitig gibt es eine große Anzahl teilweise regi-

onaler Parteien, die sich ständig spalten, neugründen oder verschmelzen: Kontinuität und Wandel. Die Programme dieser Parteien sind so unterschiedlich nicht, vielmehr stehen charismatische Führungspersonlichkeiten und religiöse Zugehörigkeit im Vordergrund. Während man bis 1990 von einem bipolaren Parteiensystem sprach – regierende Kongresspartei gegen die jeweilige Opposition – gibt es seit den 1990er Jahren formal ein Mehrparteiensystem, das ständigem Wandel unterworfen ist. Die Notwendigkeit von Koalitionen brachte gleichzeitig eine politische Mäßigung mit sich. Eine Blockstellung gibt es jedoch nach wie vor, so stehen sich auch heute die Kongresspartei und die hindunationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) mit den jeweiligen Koalitionspartnern gegenüber.

Bei den Unterhauswahlen vom Juli 2007 konnte sich die Kongresspartei gegen die BJP durchsetzen und Premierminister Manmohan Singh einsetzen, der bei den Wahlen vom Mai 2009 seine Mehrheit noch ausbauen konnte. Gleichzeitig mit der Mehrheit im Unterhaus wurde auch die Staatspräsidentin aus der Kongresspartei gewählt: Pratibha Devi Singh Patil, die im Juli 2007 ihr Amt antrat und seitdem regiert.

Verwaltung

Der Konflikt Indiens mit Pakistan um die Zugehörigkeit der Regionen Jammu und Kaschmir setzt sich auch in der Verwaltungsstruktur fort. So zählt Indien 28 Unionsstaaten, inklusive besagter Regionen, sechs der Zentralregierung unterstehende Unionsterritorien und das Hauptstadtterritorium New Delhi. Nach der President's Rule kann die Zentralregierung vorübergehend die Verwaltung einzelner Staaten übernehmen. Im Allgemeinen üben die 604 Bezirke, in die die Unionsstaaten wiederum unterteilt werden, jedoch Selbstverwaltung aus. Diese bezieht sich u. a. auf Bildung, Gesundheit und das Bauwesen und wird im Sinne des Panchayat Systems ausgeführt, d. h. Dorfräte und -parlamente (Gram Sabhas) entscheiden demokratisch. An der Spitze der Verwaltung der Unionsterritorien steht jeweils ein Gouverneur, der vom Staatspräsident ernannt wird.

Die anderen Verwaltungsposten werden innerhalb des zentralen indischen Verwaltungsdienstes (Indian Administrative Service) vergeben, dem ein nationaler Eignungstest vorausgeht. Im Spannungsfeld zwischen Entwicklungsplanung, Bürokratie sowie zentralstaatlicher und regionaler Verwaltung leidet die indische Verwaltung unter einem hohen Maß an Politisierung und fehlender

Transparenz gegenüber den Bürgern. Ein weit verbreitetes Problem ist die Korruption, die bei Steuerinspektionen oder bei der Vergabe von Baugenehmigungen auftritt. Bei der Korruptionsbekämpfung konnte u. a. mit dem Gesetz zum Recht auf Information/Akteneinsichtsrecht der Bürger (2005) ein Fortschritt erzielt werden – Veruntreuung und Korruption bleiben jedoch weiterhin ernstzunehmende Probleme, auch der Polizei. Vor allem bei Auseinandersetzungen gegen ethnische oder religiöse Minderheiten wird über falsche Anschuldigungen, Misshandlungen und falschen Schutz krimineller Personen berichtet, weshalb die Polizei in der Bevölkerung einen schlechten Ruf genießt.

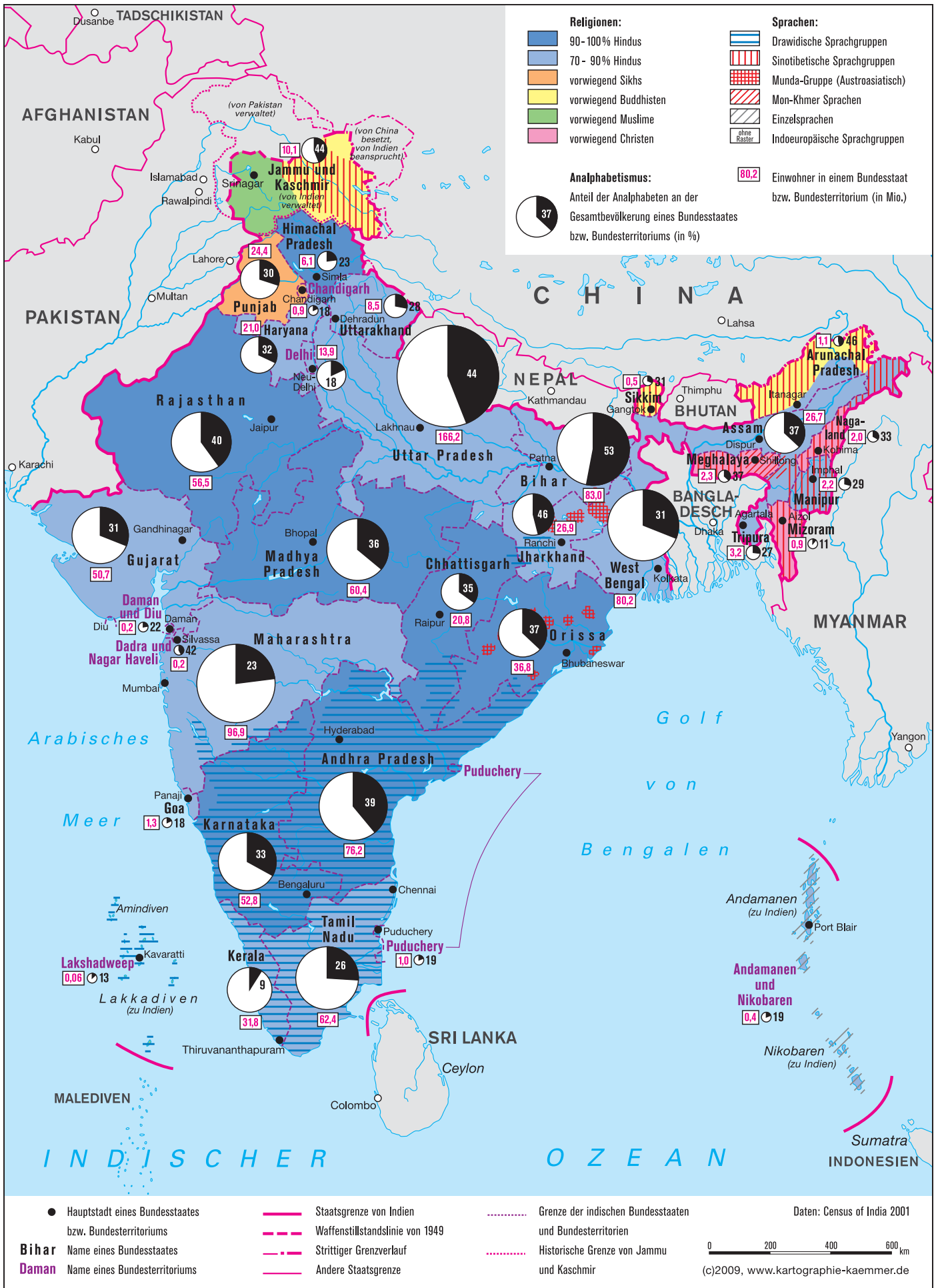
Bevölkerung und Ethnien

Das Bevölkerungswachstum in Indien betrug zwischen 1996 und 2007 durchschnittlich 1,6 Prozent, was bei einem Anhalten des gegenwärtigen Wachstumstrends dazu führen könnte, dass Indien Mitte des 21. Jahrhunderts sogar die VR China mit rd. 1,3 Milliarden Einwohnern überholt. Die Geburtenrate (2,2%) liegt weit über der Sterberate (0,6%), was auch zu einer Verjüngung der Bevölkerung führt. Das Durchschnittsalter liegt bei 25,1 Jahren (Deutschland im Vergleich befindet sich bei 43,8 Jahren).

Ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt ist in Indien gegeben, wie in keinem anderen Land der Erde. Indien vereint nicht nur alle Welt- sowie viele Minderheitenreligionen, es beherbergt auch rd. 1.650 Sprachen, wobei alle Schriften verwendet werden (Alphabetische wie Englisch, Abjad wie das Arabische, Abugadi im Devangari, woraus u. a. Hindi und Sanskrit bestehen u. v. m.). Nach dem Zensus von 2001 gehören 80,5 Prozent dem Hinduismus an, 13,4 Prozent sind Muslime, die sich wiederum in Sunniten (70%), Schiiten (3%) und andere aufteilen. 2,3 Prozent sind Christen (v. a. römische Katholiken), 1,9 Prozent Sikhs v. a. aus der Region Punjab, 0,8 Prozent Buddhisten und jeweils weniger als 1 Prozent Jains, Bahais, Parsen und Juden.

Die Vielzahl der Religionen und deren – durch die Verfassung des laizistischen Staates Indien – garantiertes Recht auf Ausübung verursachen nach wie vor Spannungen. Oft werden politische und ökonomische Konflikte unter dem Deckmantel der Religion geführt, so u. a. in Jammu und Kaschmir, wo Hindus und

Indien - Religionen, Sprachen und Analphabetismus



Indien - Physische Übersicht und Verkehr



- Orte:**
- über 1 000 000 Einwohner
 - 500 000 - 1 000 000 Einwohner
 - 100 000 - 500 000 Einwohner
 - Sonstiger Ort

- Neu-Delhi Hauptstadt eines Staates
- Neu-Pyidaw Regierungssitz eines Staates
- Wichtige Fernverkehrsstraße
- Wichtige Eisenbahnlinie
- ✈ Internationaler Flughafen

- Staatsgrenze von Indien
- Waffenstillstandslinie von 1949
- - - Strittiger Grenzverlauf
- Andere Staatsgrenze
- Historische Grenze von Jammu und Kaschmir

Höhenangaben in m

0 200 500 1000 2000 >2000

0 200 400 600 km

(c)2009, www.kartographie-kaemmer.de

Muslimen um die Beanspruchung heiligen Bodens streiten. Die unüberbrückbare Kluft zwischen diesen beiden Religionen und deren Organisationen ist ein großes Problem. So kam 2002 bei einem Brandanschlag der sunnitisch-fundamentalistischen Jamaat-e-Islami auf einen mit Mitgliedern des Hindu-Weltrates besetzten Zug und den darauffolgenden Racheakten über Tausend Menschen ums Leben.

Überdies gibt es ein ganz Indien übergreifendes Kastensystem, das die Menschen unabhängig von ihrer Religion durch Geburt einer Kaste bzw. Gruppe zuordnet. Diese Zugehörigkeit hierarchisiert das Leben der Menschen hinsichtlich Eheschließungen, Bildungs- und Berufschancen und unterbindet soziale Mobilität. Traditionell wird in vier Kastengruppen unterschieden: In die vier Varnas, was mit Stand oder auch Farbe übersetzt werden kann.

- Brahmanen bilden die Priesterkaste, die heilige Schriften lesen und auslegen können;
- Kshatriyas – Krieger und Fürsten;
- Vaishiyas – Händler;
- Shudras – Bauern und Tagelöhner.

Noch unterhalb dieser Hierarchie gibt es die Unberührbaren, die Dalits (Scheduled Caste und Scheduled Tribes), die rd. 24,4 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Ob der Begriff Varna der Rassenzugehörigkeit wegen für die Hautfarbe steht – je heller die Haut, desto höher die Kaste – oder ob damit die „geistige Farbe“ der Menschen gemeint ist, ist umstritten. Vielmehr geht man heute von einer viel differenzierteren Einteilung aus, den Jatis (Geburtsgruppen), die sich wiederum nach Klan und Religion unterscheiden. Ein- oder Austritt ist nicht möglich, soziale Mobilität gibt es demnach nicht. Die Aufwertung eines ganzen Jatis innerhalb der Gesellschaft ist hingegen möglich.

Um die Gleichheit vor dem Gesetz für alle Kasten zu gewährleisten, gibt es an zahlreichen Stellen – an Hochschulen, im öffentlichen Dienst, in der Politik und auch im Wirtschaftssektor – Quotenregelungen, die allen den gerechten Zugang gewährleisten sollen. Diese Maßnahmen werden vielfach kritisiert, da die Konkurrenz aufgrund knapper Jobangebote sowie zahlreicher qualifizierter Arbeitssuchenden sehr hoch ist. Auch in der Politik werden Kandidaturen trotz politischer Unkorrektheit teilweise nach Kasten vergeben und Wahlkämpfe entsprechend zugeschnitten.

Wirtschaftslage

Die Wirtschaft Indiens wuchs 2008 bereits das dritte Jahr in Folge mit über acht Prozent, wobei vor allem Dienst-

leistungs- und Industriesektor zulegen konnten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf stieg von 480 US\$ im Jahr 2002 auf 1.043 US\$ 2008 an und nimmt damit Platz 143 (von 180 Staaten) ein. Trotzdem wird geschätzt, dass rd. 30 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, d. h. weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. Indien ist zudem eines der wenigen Länder, in dem die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008/09 noch nicht bemerkbar sind: 2008 flossen rd. 24,5 Mio. US\$ an Direktinvestitionen nach Indien.

Seit 1951 gibt es in Indien sog. Fünfjahrespläne, die langfristige wirtschaftliche Strategien vorgeben; der elfte gilt bis 2012. Indiens Wirtschaftsplanung war lange Zeit eine interventionistische, wurde aber ab den 1990er Jahren stetig dereguliert und liberalisiert, was mit einem enormen Produktivitätszuwachs einherging. Seit 2004 sind einige Wirtschaftsbereiche – Energie, Baugewerbe, Tourismus, Kommunikation und Verkehr – für ausländische Investoren zugänglich. Dies erlaubte es dem Agrarland Indien, sich erfolgreich auf dem Weltmarkt zu platzieren. Das ökonomische Gewicht des primären Sektors (Landwirtschaft) beträgt 17,8 Prozent des BIP, der sekundäre Sektor (produzierendes Gewerbe: Schwerindustrie, Investitions- und Konsumgüter) macht 27 Prozent des BIP aus und der tertiäre Sektor (Dienstleistungen und v. a. die Softwarebranche) ganze 52,8 Prozent des BIP. Man schätzt, dass der Boom der IT-Branche weiter anhalten wird und auch im kommenden Jahr einen Zuwachs von 15-20 Prozent verzeichnen könnte. Der Exportanteil dabei liegt bei rd. 80 Prozent, die vor allem in die USA

ausgeführt werden. Weitere Hauptexportgüter sind Erdölprodukte (17,8%) und Edelsteine (12,2%), die in Indien weiterverarbeitet wurden, außerdem Textilien (17%) und chemische Erzeugnisse (9,9%). 2007 betrug der Anteil der Exporte in die EU 15,9 Prozent. Damit ist die EU der größte Handelspartner Indiens.

Indiens Anteil im Welthandel erreichte 2006 nach Angaben der WTO rund 1,2 Prozent der Waren und 2,7 Prozent der Dienstleistungen, was Indien im Exportvergleich schon den zehnten Platz sicherte. Jedoch bilden zahlreiche infrastrukturelle Mängel, z. B. bei der teuren und nicht zuverlässigen Stromversorgung sowie im Transportwesen noch immer Wettbewerbsnachteile. Nach wie vor sind viele ländliche Regionen noch nicht an die Handelswege angebunden und Frachtliegezeiten in indischen Häfen sind länger als andernorts. Auch benötigt man in Indien, um ein Unternehmen zu gründen und zu führen, wesentlich mehr behördliche Genehmigungen – also Zeit – als z. B. in China (10:6). Ferner wird die unternehmerische Freiheit in Bezug auf Zollabfertigungen und Verträge eingeschränkt, was zu erschwerenden Marktzugangsbedingungen in vielen Branchen führt. Dies kann Indien im Unterschied zu anderen sich rasant entwickelnden Wirtschaften – wie die der VR China – durch das junge Durchschnittsalter der Bevölkerung und das stetig wachsende Arbeitskräfte-reservoir aufwiegen; auch Export- und Produktionspalette sind noch weiter ausbaubar. Indien hat seinen Wachstumszenit noch lange nicht erreicht. Gemessen an der Kaufkraft ist sogar zu erwarten, dass Indien in einigen Jahren Deutschland und in einigen Jahrzehnten die USA überholen wird.



UNSERE AUTORIN

Franziska Plümmer steht kurz vor ihrem Abschluss des Studiums der Politikwissenschaft und Sinologie an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Systeme Süd- und Ostasiens sowie Konfliktforschung. Nach einem Studienaufenthalt an der Peking University engagiert sie sich für den internationalen Austausch von Studierenden der Politikwissenschaft.

LITERATUR

Betz, Joachim (2007): Politisches System. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Heft 296 (Indien). Bonn, S. 26–38.

Der Fischer Weltatlas 2008. Zahlen, Daten, Fakten. Frankfurt a. M.

Munzinger Archiv Online

Die Ausstellung: Vergangenes und Gegenwärtiges

Indien – Baden-Württemberg. Kapitel der Deutsch-Indischen Geschichte

Dass die Vertretung des Landes Baden-Württemberg in unmittelbarer Nachbarschaft der Indischen Botschaft in Berlin residiert, ist Zufall. Diese gute Nachbarschaft entbehrt jedoch nicht einer gewissen Symbolkraft. Gibt es doch schon lange bedeutende, enge und intensive Verbindungen aus dem deutschen Südwesten zu Indien. Die vom Fachbereich Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg initiierte und realisierte Ausstellung zeichnet historische Stationen, Meilensteine, wichtige Begebenheiten und einzelne Kapitel der deutsch-indischen Beziehungen nach. Die von Konrad Pflug, Leiter des Fachbereichs Gedenkstätten, herausgegebene und unter Mitarbeit von Timo Held konzipierte Ausstellung „Vergangenes und Gegenwärtiges. Indien – Baden-Württemberg. Kapitel der Deutsch-Indischen Geschichte“ umfasst 20 großflächige, professionell gestaltete Ausstellungstafeln. Die mit Bildquellen und erläuternden Texten in englischer und deutscher Sprache versehenen Tafeln dokumentieren u. a. die nachfolgenden Kapitel der intensiven Beziehungen zwischen dem indischen Subkontinent und dem deutschen Südwesten:

- Eingangs wird die wechselvolle Geschichte des Regiments „Württemberg“ – das bis heute als „Kapregiment“ bekannt ist – in Madras (1786–1800) dargestellt. 1786 stellte der Herzog von Württemberg gegen bares Geld ein Regiment in die Dienste der niederländischen „Ostindischen Compagnie“. In der Bevölkerung wurde dieser Verkauf von Landeskindern als Söldner missbilligt. Friedrich Daniel Schubart verfasste ein Protestgedicht, das als „Lied des Kapregiments“ lange populär und verbreitet war (vgl. die Abbildung auf Seite 250).

- Ausführlich gewürdigt werden die Person und die Aktivitäten Hermann Gunderts (1814–1893), der als Missionar und Sprachwissenschaftler in Malabar tätig war. Der in Stuttgart geborene Gundert entschied sich nach einem Studium der Theologie für den Missionsdienst in Indien. Er erforschte Grammatik, Wortschatz und die sprachlichen Wurzeln des Malayalam, der im heutigen Kerala gesprochenen Sprache. Mehr noch: Gundert gab Schriften in der Landessprache heraus und sorgte für deren Verbreitung an Schulen. Hermann Gundert

Technische Daten:	
Anzahl der Tafeln:	20
Material:	Papier
Größe der Drucke:	Außenmaße 50 cm x 70 cm, alle Hochformat
Benötigte Ausstellungstechnik:	Stellwände, Hängeschienen, Wechselrahmen (mindestens 50 cm x 70 cm); je nach den Lichtverhältnissen Strahler

war nicht nur der Begründer des modernen Malayalam. Gemeinsam mit seiner Frau Julie engagierte er sich im Unterrichtswesen, in sozialen Unternehmungen – vor allem auch für Frauen. Die in Baden-Württemberg ansässige Hermann-Gundert-Gesellschaft bewahrt die Erinnerung an die Pionierleistungen Gunderts und setzt die wissenschaftliche Beschäftigung (z. B. in Form von Symposien) mit dem indischen Subkontinent bis heute fort.

- Weithin unbekannt dürfte die Episode der „indischen Prinzessin“ sein. Kamala, die Gattin von Jawaharlal Nehru, litt Anfang der 1930er Jahre an einer Lungenkrankheit. Ihr wurde eine Behandlung in Europa nahegelegt. Die Wahl fiel auf Badenweiler im Südschwarzwald. Im Sommer 1935 bezog sie das Sanatorium „Walderuh“ (heute „Haus am Wald“). Die Einheimischen nannten sie die „indische Prinzessin“. Ihrem Mann – mit Gandhi ein Wegbereiter der Unabhängigkeit – erlaubte die britische Kolonialmacht 1935 die Ausreise. Neben der Sorge um seine Frau, bei der sich keine Besserung einstellte, setzte er sein Engagement für den Freiheitskampf fort. Zu den Nationalsozialisten hielt er bewusst Abstand. Er schrieb: „Hier im Schwarzwald ist es ruhig, selbst das Hakenkreuz erscheint nicht oft.“ Zeitweilig war auch die Tochter Indira, die spätere Premierministerin Indira Gandhi, bei ihrer Mutter. Kamala Nehru erholte sich nicht und starb am 23.2.1936 in Lausanne.

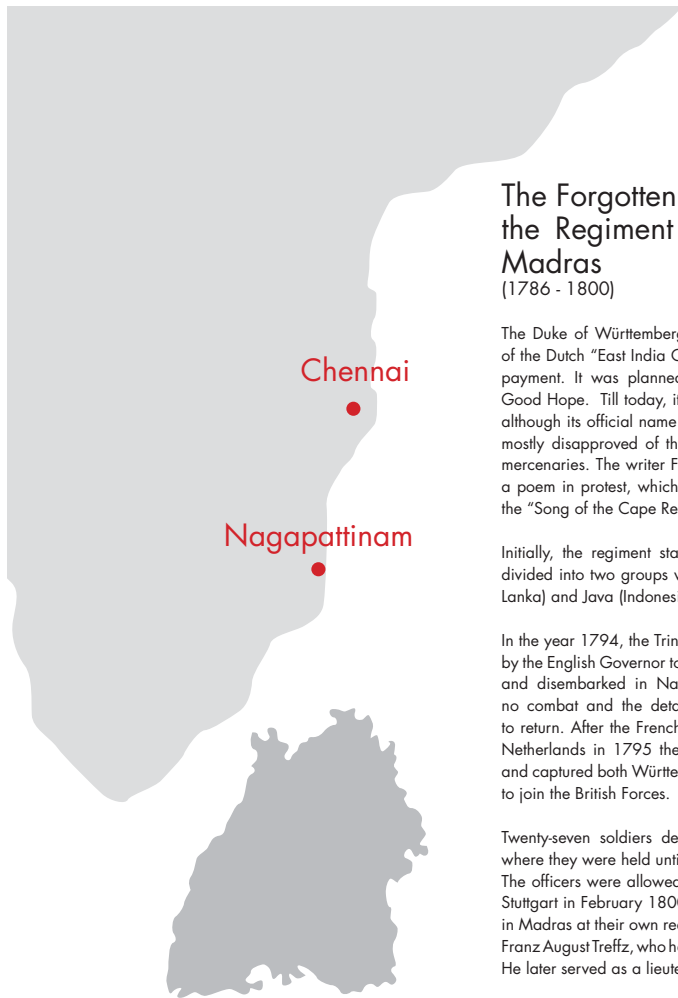
- Eine weitere Ausstellungstafel widmet sich der Gründung der Deutsch-Indischen-Gesellschaft im Jahre 1953 in Stuttgart. So bildete sich in Stuttgart 1951 eine Deutsch-Indische Studiengesellschaft, aus der am 5. Juni 1953 die Deutsch-Indische Gesellschaft mit dem erklärten Ziel der Pflege der Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland hervorging.

Durch die Unterstützung der Landes- und der Bundesregierung konnte im Laufe der Jahre ein ganz Deutschland umspannendes Netzwerk von Zweiggesellschaften aufgebaut werden. Neben dem Austausch auf sozialem und wirtschaftlichem Sektor stehen Kulturveranstaltungen, Schulpartnerschaften sowie Programme für Studierende im Mittelpunkt der Aktivitäten.

- Einen ganz besonderen Aspekt und eine Erfolgsgeschichte gelungener Integration zeigt die Tafel „Indische Krankenschwestern – die frühen ‚Green-Card‘-Inderinnen“. Anfang der 1960er Jahre herrschte in Westdeutschland ein großer Mangel an Krankenschwestern. Als Folge begann man mit der gezielten Anwerbung und Ausbildung ausländischer Personals. Vor allem aus Kerala kamen junge christliche Frauen in kirchliche Krankenhäuser. Baden-Württemberg bildete ab 1964 in seinen Psychiatrischen Landeskrankenhäusern (Tübingen, Heidelberg, Emmendingen, Wiesloch und Rottweil) ebenfalls indische Krankenschwestern aus. In der gesamten Bundesrepublik waren es ca. 6.000 indische Frauen – in Baden-Württemberg 200 –, die in den 1960er Jahren kamen und zum Teil hier blieben, Deutsche heirateten und Familien gründeten. Mithin ein wesentlicher Beitrag zur Öffnung der bundesdeutschen Gesellschaft für andere Kulturen und zu deren Anerkennung.

Kontakt/Ausleihe:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
 Tel.: 0711 / 16 40 99-30
 Fax: 0711 / 16 40 99-55
 E-Mail: www.lpb-bw.de
 oder: konrad.pflug@lpb.bwl.de



The Forgotten Sons - the Regiment „Württemberg“ in Madras (1786 - 1800)

The Duke of Württemberg placed a regiment in the service of the Dutch "East India Company" – naturally, against good payment. It was planned to operate around the Cape of Good Hope. Till today, it is known as the "Cape Regiment", although its official name was "Württemberg". The populace mostly disapproved of this sale of the country's children as mercenaries. The writer Friedrich Daniel Schubart composed a poem in protest, which is widely and popularly known as the "Song of the Cape Regiment".

Initially, the regiment stayed in Cape Town, but was later divided into two groups which were sent to Ceylon (now Sri Lanka) and Java (Indonesia) respectively.

In the year 1794, the Trincomalee garrison was requisitioned by the English Governor to Madras to assist against the French and disembarked in Nagapattinam. However, there was no combat and the detachment was subsequently ordered to return. After the French Revolution led to upheavals in the Netherlands in 1795 the British fleet besieged Trincomalee and captured both Württemberg companies. They were asked to join the British Forces.

Twenty-seven soldiers declined and were sent to Madras, where they were held until 1799.

The officers were allowed to return to Europe and arrived in Stuttgart in February 1800, while four soldiers stayed behind in Madras at their own request. Amongst them was Lieutenant Franz August Treffz, who had married a commander's daughter. He later served as a lieutenant colonel in Batavia (Jakarta).



Soldaten des Regiments „Württemberg“ und „v. Hügel“
Soldiers of the regiment „Württemberg“ and „v. Hügel“

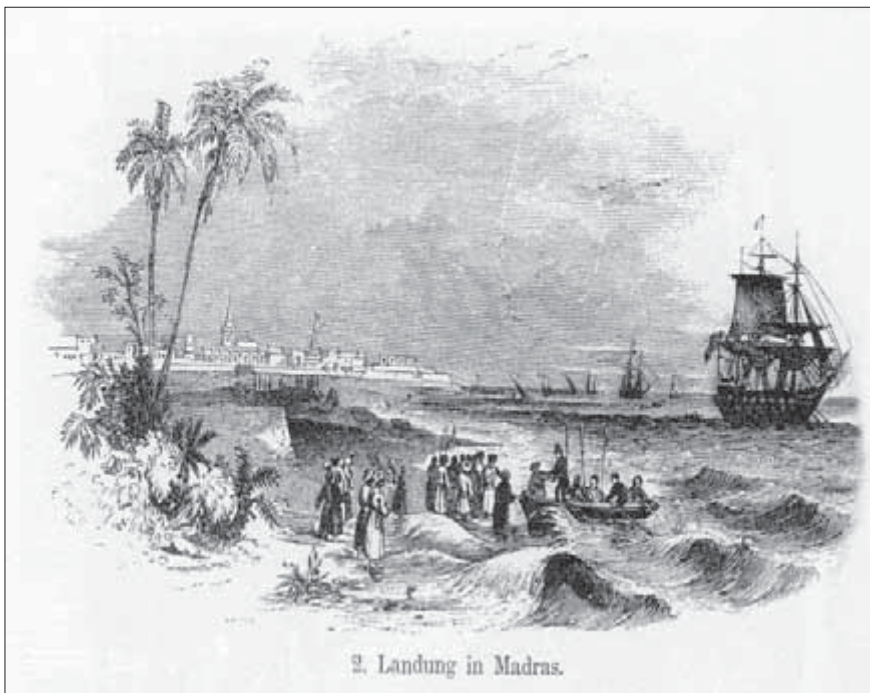
Vergessene Söhne – das Regiment „Württemberg“ in Madras (1786 - 1800)

Im Jahr 1786 stellte Herzog von Württemberg ein Regiment in die Dienste der niederländischen „Ostindischen Compagnie“. Natürlich gegen gutes Geld. Es sollte am Kap der Guten Hoffnung eingesetzt werden. Bis heute ist es als „Kapregiment“ bekannt, obwohl sein offizieller Name „Württemberg“ war. In der Bevölkerung wurde dieser Verkauf von Landeskindern als Söldner weithin missbilligt. Der Literat Friedrich Daniel Schubart verfasste ein Protestgedicht, das als „Lied des Kapregiments“ lange populär und weit verbreitet war. Zunächst lag das Regiment in Kapstadt. Dann wurde es aufgeteilt, die einen kamen nach Ceylon (Sri Lanka) die andern nach Java (Indonesien).

Im Jahr 1794 wurde die Garnison von Trincomalee vom englischen Gouverneur in Madras gegen die Franzosen zu Hilfe gerufen und ging in Nagapattinam an Land. Allerdings gab es kein Gefecht und das Detachement wurde zurückbeordert. 1795 belagerte dann, nach den Umwälzungen durch die französische Revolution in den Niederlanden, die britische Flotte Trincomalee und nahm die zwei Kompanien Württemberger fest. Sie wurden aufgefordert, in englische Dienste zu treten, was etwa die Hälfte der Truppe tat.

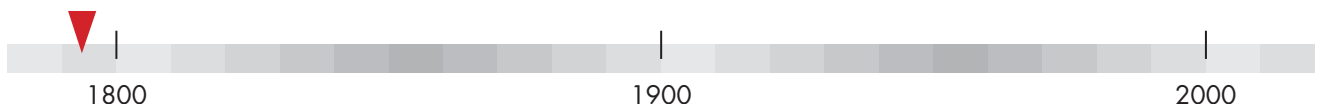
Die sich weigerten, 27 an der Zahl, wurden nach Madras verbracht und bis 1799 festgehalten. Die Offiziere durften dann nach Europa zurückkehren und trafen im Februar 1800 wieder in Stuttgart ein. Vier Soldaten bleiben auf eigenen Wunsch in Madras zurück. Darunter der Leutnant Franz August Treffz, der die Tochter eines Kommandeurs geheiratet hatte. Er diente später als Oberstleutnant in Batavia (Jakarta).

Quellen: Johannes Prinz, Das württembergische Kapregiment 1786-1808. Die Tragödie einer Söldnerschar, Stuttgart 1932; Blätter für Württembergische Familienkunde, Stuttgart, Heft 31/32, April 1932.



2. Landung in Madras.

Disembarkation at Madras (today Chennai)



Bildquellen / Courtesy: 1 Calwer Verlag, 2 Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

Pension Erhardt	
Frl Julie Gerlach Stuttgart	1
Hr Alfred Ritter Straßburg-Kronenburg	1
Fr Hanna Schroth Freiburg	1
Hr Dr. Joh. Günther u. Frau Ols/Schr	2
Fr Schweigmann San. Rats Gattin Münster/Westf.	1
Fr Otty Berret Mannheim	1
Frl Maria Belanke Berlin	1
Frl Indira Nehru Allahabad/Indien	1
Hr Mannébach u. Frau Konstanz	2
Fr Lina Herzog Waldshut	1
Hr Max Müller u. Frau München	2
Fr Dr. Anna Edinger Freiburg	1
Fr Else Arnold Denzlingen	1
Hr Wolfgang Ritter Rummelsburg/P.1	1
★ Hr Krippendorff und Frau Grönenplan	2
Hr Bondadi u. Frau Basel	2
Hr Joh. Ehlers Hamburg	1
Hr Subhas C. Bose Schriftsteller Madburn-Park Calkotta	1
Hr Albert Probst Hünningen	1
Hr Tawaharial Neru Advokat Allahabad	1
Hr Dr. Simon Staatsanwalt u. Frau Leipzig	2
Hr Dr. Nambiar Madras Indien	2
Hr Wilh. Hauck Kfm. u. Frau Bühl	1
Hr Karl Schneider und Frau Bohrenfels	2

Gästeliste der Pension Erhardt vom 14.09.1935
Guest list of the Pension Erhardt of 14.09.1935



Die Familie Nehru
The Nehru family



Das Sanatorium Waldesruh
The sanatorium Waldesruh

Kamala, Jawaharlal and Indira Nehru in the Black Forest

(1935/1936)

Mahatma Gandhi's most trusted friend was Jawaharlal Nehru, whose wife Kamala suffered from a lung disease in the early 1930s. She was brought to a specialized clinic in Europe for treatment. The choice fell on Badenweiler in the Black Forest of Baden in southwestern Germany. In the summer of 1935 she moved into the sanatorium "Waldesruh" (Silence of the forest, today "Haus am Wald"). The locals called her the "Indian Princess". The servants retained the memory of her having an open and candid personality and a quietly pleasant nature.

Her husband was imprisoned in Almora at the time. When his wife's health did not improve, the British colonial powers allowed him to leave. He arrived in Badenweiler on September 9th 1935. Despite his worries about his wife, he remained committed to the fight for freedom. He had conversations with Subhas Chandra Bose and A.C.N. Nambiar. He deliberately held the national socialists at a distance. He wrote, "Here in the Black Forest it is quiet, even the swastika does not appear often."

He completed his first autobiography published from London, dated "Badenweiler, 2 January 1936". Their daughter Indira, later to become Prime Minister Indira Gandhi, also was with her mother for some time.

Kamala Nehru did not recover from her illness. After she was transferred to Lausanne, she died there on February 23rd 1936.

Nehru himself stated that his wife's death and the stay in Badenweiler and Europe had a deep impact on his life.

Kamala, Jawaharlal und Indira Nehru im Schwarzwald

(1935/1936)

Kamala, die Gattin des engsten Vertrauten von Mahatma Gandhi, Jawarlalal Nehru, litt Anfang der dreißiger Jahre an einer Lungenkrankheit. Zur Behandlung brachte man sie in eine Fachklinik nach Europa. Die Wahl fiel auf Badenweiler im badischen Südschwarzwald. Im Sommer 1935 bezog sie das Sanatorium „Waldesruh“ (heute „Haus am Wald“). Die Einheimischen nannten sie die „indische Prinzessin“. Das Hauspersonal behielt sie als offene und freimütige Persönlichkeit von einer stillen Fröhlichkeit in Erinnerung.

Ihr Mann war zu der Zeit in Almora gefangen. Nachdem sich keine Besserung einstellte, erlaubte ihm die britische Kolonialmacht die Ausreise. Er traf am 9. September 1935 in Badenweiler ein. Neben der Sorge um seine Frau setzte er sein Engagement für den Freiheitskampf fort. Er führte Gespräche mit Subhas Chandra Bose und A. C. N. Nambiar. Zu den Nationalsozialisten hielt er bewusst Abstand. Er schrieb: „Hier im Schwarzwald ist es ruhig, selbst das Hakenkreuz erscheint nicht oft.“

Und er vollendete seine erste Autobiographie, die in London mit dem Datum „Badenweiler, 2. Januar 1936“ veröffentlicht wurde. Zeitweilig war auch die Tochter Indira, die spätere Premierministerin Indira Gandhi, bei der Mutter.

Kamala Nehru erholte sich nicht von ihrer Krankheit. Nach einer Verlegung nach Lausanne verstarb sie dort am 23. Februar 1936.

Für Nehru bedeutete nach eigenem Bekunden der Tod seiner Frau, der Aufenthalt in Badenweiler und Europa wie das ganze Jahr 1935 einen tiefen Lebenschnitt.

Quellen / Sources: Jawaharlal Nehru: An Autobiography, London 1936; Stadarchiv Badenweiler

Badenweiler

1800

1900

2000

Indien – ein heterogenes und widersprüchliches Land

Michael von Hauff (Hrsg.):
Indien. Herausforderungen und Perspektiven.

Metropolis Verlag, Marburg 2009.
 266 Seiten, 29,80 Euro.

Ausgerechnet in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart wurde im Jahr 1907 die erste Rede zur Unabhängigkeit des damals noch kolonialisierten Indiens gehalten, deren leidenschaftliche Forderungen erst vierzig Jahre später gehört werden sollten. Diese lokale Verbindung ist nur eine der anregenden Anekdoten, die die insgesamt neun Beiträge des 2009 erschienen Sammelbandes „Indien. Herausforderungen und Perspektiven“ schmücken. Das von Michael von Hauff herausgegebene Werk ist ein interdisziplinäres Forum, das in verschiedenen Perspektiven die Widersprüchlichkeit eines Landes darstellt, das sich zwischen enormem Wirtschaftswachstum und krasser Armut bewegt.

Dass Indien mehr ist als ein immer wichtiger werdender Markt – der „wachsende indische Elefant“ – zeigt der Sammelband von Michael von Hauff in einer Vielschichtigkeit, wie es nur ein interdisziplinärer Zugang leisten kann. Die Autorinnen und Autoren sind ausschließlich anerkannte Experten für Indien, zumeist – aber nicht ausschließlich – aus dem universitären Bereich. Die Diskrepanz

zwischen der Außenwahrnehmung Indiens als boomende Wirtschaftsnation und den schwelenden sozialen Konflikten im Innern steht dabei im Mittelpunkt des Buches. Die Problemstellung, auf welche die einzelnen Autorinnen und Autoren ihrer wissenschaftlichen Disziplin entsprechend antworten, zieht sich durch alle Beiträge dieses Bandes.

Einig sind sich die Autoren, dass der wirtschaftliche Aufschwung Indiens nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zu gute kommt, während die Mehrheit in Armut oder am Rande davon lebt – die Zurückgelassenen des Wirtschaftswunders. Zugang zum Gesundheitssystem, zu Bildung sowie die Einkommensverteilung sind ungleich; die Regierung kommt gegen die Massenarmut nicht an. Auch die Annahme, dass Deutschland mit der Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe eine wichtige und dauerhafte Aufgabe übernommen hat, die noch lange nicht als beendet gelten kann, ist Konsens der Autoren. Mit Nachdruck betont wird die Heterogenität des Landes, die sich unter anderem in Religion und Tradition ausdrückt. Diese wird jedoch meist als positives Indiz einer funktionierenden Demokratie (Clemens Jürgenmeyer) sowie Modernität (Helmut Goerlich) bewertet – „cultural diversity“ bedeute enormes Potential für die weitere Entwicklung Indiens in der heutigen globalisierten Welt.

So wird in dem Beitrag von Dirk Mater und Jana Helbig „Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen

Deutschland und Indien“ die Komplexität und Sensibilität der deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen dargestellt, die sich zwischen innerem Wachstum und äußerer Abhängigkeit bewegen. Auch in diesem Beitrag wird das Missverhältnis zwischen dem ausgeprägten Agrarsektor eines Entwicklungslandes und dem beachtlichen technologischen Niveau der Industrie dargestellt. Die Autoren haben hier in vielerlei Hinsicht einen hochinteressanten Artikel verfasst, da sie nicht nur die historische Perspektive der Zusammenarbeit darstellen, sondern auch aktuelle Probleme und Herausforderungen thematisieren. In aller Genauigkeit wird den einzelnen Industriebereichen – immer in bilateraler Perspektive – Platz eingeräumt. So kommen sie zu dem Ergebnis, dass deutsche Firmen in Indien zum Beispiel durch die Einführung von Qualitätsstandards Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht haben und mit Unterstützung der staatlichen Entwicklungshilfe die Wirtschaftsbeziehungen zunehmend verbessern konnten.

Mater und Helbig identifizieren jedoch auch zahlreiche Probleme – nicht nur der indischen Wirtschaft im Allgemeinen, sondern auch der interkulturellen Wirtschaftsbeziehungen im Besonderen –, wobei in harte und weiche Faktoren unterschieden wird. Aktuelle Herausforderungen sehen sie in der vermeintlich kaufkräftigen Mittelschicht, die keineswegs vergleichbar mit den Maßstäben eines Industrielandes ist, aber oft als Wachstumsindiz missbraucht wird. Des



Siegfried Schiele feierte seinen 70. Geburtstag

Der langjährige Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Dr. h. c. Siegfried Schiele, vollendete am 1. Oktober 2009 sein 70. Lebensjahr. Siegfried Schiele leitete die Einrichtung von 1976 bis 2004.

Zu den wichtigsten Leistungen seiner

Amtszeit gehören der Auf- und Ausbau der politischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg ebenso wie die Inbetriebnahme des „Hauses auf der Alb“ in Bad Urach als modernes Tagungszentrum der Landeszentrale. Mit den vielfältigen Aktivitäten der Landeszentrale hat Siegfried Schiele zur Festigung der politischen Kultur in Baden-Württemberg wesentlich beigetragen. Zahlreiche Neuerungen in Methodik und Didaktik der politischen Bildung sind seinem Engagement zu verdanken. Einen besonderen Namen hat er sich als Initiator des bis heute konstitutiven „Beutelsbacher Konsenses“ gemacht. Als Siegfried Schiele am 17. Mai 1976 sein Amt antrat, stellte er fest, dass in der politischen Bildung Sprachlosigkeit zwischen zwei großen, ideologisch ausgerichteten Lagern herrschte. Die Fachdidaktik stand unter dem Eindruck der heftigen Auseinandersetzungen, welche damals neue Richtlinien für den Politik-

unterricht in Hessen und Nordrhein-Westfalen ausgelöst hatten. Schieles Erfolg besteht bis heute darin, dass er unmittelbar nach seinem Amtsantritt die Fachdidaktiker beider Positionen dazu brachte, auf einer Tagung in Beutelsbach aufzutreten und wieder miteinander zu sprechen. Der dort entstandene Konsens schreibt unter anderem das Gebot der Überparteilichkeit und der Meinungsvielfalt in der politischen Bildung fest. Diese zentralen Grundsätze politischer Bildungsarbeit sind nicht nur in Deutschland anerkannt, sondern haben weit darüber hinaus Beachtung gefunden. Siegfried Schiele befindet sich seit fünf Jahren im Ruhestand, ist jedoch nach wie vor als Autor gefragt sowie als Experte und Redner bei Tagungen und Konferenzen ein häufiger Gast.

Die Landeszentrale gratuliert ihrem langjährigen Direktor zum 70. Geburtstag und wünscht ihm weiterhin Gesundheit, produktives Schaffen im Ruhestand und viel Anlass zur Freude.

Lothar Frick

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Weiteren werden Korruption und Bürokratie problematisiert, die neben mangelhafter Infrastruktur zu den harten Faktoren zählen. Die Schwierigkeiten deutscher Unternehmer, in Indien dauerhaft Geschäftsbeziehungen aufzubauen und sich beruflich und gesellschaftlich zu etablieren, zählen sie zu den weichen Faktoren – interkulturelle Unterschiede –, mit denen noch ein interessanter psychologischer sowie kultureller Aspekt Erwähnung findet, der gar nicht genug Sensibilität erfahren kann: „Nur wer eine umfassende Analyse gemacht hat, kann auf dem indischen Markt mit seinen Besonderheiten bestehen. Ein langfristiges Engagement ist in jedem Fall anzuraten, Indien ist kein Land für kurzfristige Mitnahmegewinne“ (S. 231). Ausgezeichnet unterlegt ist der Beitrag mit Statistikmaterial, was gerade bei der Diskussion um die vermeintlich kaufkräftige Mittelschicht Erklärungen bietet, die dann zum Beispiel die vielfach gerühmte Vergleichbarkeit unterminiert.

Trotz aller Heterogenität werden die „Zwei Gesichter“ Indiens (Christian Wagner/Klemens van de Sand) – märchenhafter Reichtum gegenüber nackter Armut – in diesem Sammelband als anhaltendes Problem wahrgenommen, das es nach wie vor zu bewältigen gilt. Gleichzeitig sind die Autoren im Ausblick mehr oder weniger optimistisch, was die zukünftige Demokratisierung, Modernisierung und Entwicklung betrifft, auch weil die indische Reformfähigkeit besonders ausgeprägt ist.

Eine interessante Ausnahme innerhalb der Diskussion in diesem Band bietet der Beitrag von Gita Dharampal-Frick „1857 – 1907 – 1947. Drei indische Jubiläen aus der Perspektive von 2007“, der sich mit der indischen Perspektive und Interpretation der eigenen Geschichte auseinandersetzt. Dass ausgerechnet die drei historischen Jubiläen 1857 – 1907 – 1947 gefeiert wurden, interpretiert sie als Deutungsverschiebung der indischen Gesellschaft in Bezug auf die eigene Tradition – vor allem der kolonialen Vergangenheit. Ihre These bezieht sich auf die politische Bedeutung der gewählten Jubiläen, die eine indische Identität jenseits der rein auf die Kolonialgeschichte fokussierten Geschichtswahrnehmung und -politik zulassen. Im Jahr 2007 wurde zum einen die 150. Wiederkehr der Great Rebellion von 1857 gefeiert und zum anderen 60 Jahre indische Unabhängigkeit. Diese beiden Gedenktage sieht die Autorin in der Tradition der sogenannten erinnerten Daten, wohingegen das dritte Datum aus dieser Tradition heraus fällt und ein bisher unbeachtetes Datum zelebriert, das nationale Ein-

heit und kulturelles Selbstbewusstsein betonen soll. 1907 hielt Bikhaija Cama Fahne schwenkend die eingangs erwähnte Rede in Stuttgart mit der Bitte um Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen der Inder. Der religionsübergreifende Charakter dieser Feiertage wird von offizieller Seite zunehmend betont und die Unabhängigkeitsbestrebungen immer mehr in den globalen Kontext eingebettet, was ein neues Licht auf die Kultur des zivilen Ungehorsams wirft. Indem die Regierung heute mithilfe solcher künstlichen bzw. oktroyierten Feierlichkeiten versucht, den „Geist der Auflehnung“ zu domestizieren, verschärfe sie die Diskussion um staatliche Ungerechtigkeit, so der Vorwurf der Autorin.

Die weiteren Beiträge befassen sich mit Einzelaspekten der wirtschaftlichen und dadurch beeinflussten sozialen Entwicklung Indiens, die immer im Konfliktfeld dargestellt werden. So bezeichnet Clemens Jürgenmeyer in seinem Beitrag die indische Heterogenität als Garant für die Dauerhaftigkeit der Demokratie und behauptet streitbar, die regionalen Konflikte seien eigentlich die Quelle von Stabilität und Vitalität. Andere Autoren zeigen sich kritischer in diesem Punkt. So wägt Beate Bergé ab, ob die indische Regierung überhaupt eine sozialverträglichere Gestaltung des Wachstums durchsetzen könne und lässt die Frage nach der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums offen. Michael von Hauff und Elena Brosch bemerken in ihrem Beitrag, „dass in Indien die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung durch ein quantitativ und qualitativ unzureichendes Bildungssystem beeinträchtigt wird. Wichtige Ursachenfaktoren sind, dass finanzielle Ressourcen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt bzw. ineffizient eingesetzt werden. Die Ineffizienz des Bildungssystems verhindert den möglichen Aufbau bzw. die Ausschöpfung des Humankapitals“ (S. 193), was sich auch auf andere Bereiche der indischen Verwaltung, Politik und Justiz übertragen lässt.

Das Buch wendet sich nicht nur an die Diskussion innerhalb der Fachwelt, sondern spricht ein breites interessiertes Publikum an – weil es dort anschließt, wo Nachrichten über Indiens Wirtschaft aufhören. Der wissenschaftliche und sachliche Zugang ermöglicht neue Beurteilungen, und die unterschiedlichen persönlichen Einschätzungen der Autoren lassen anregenden Platz für Interpretation. So lobenswert die Bandbreite der Beiträge und Perspektiven dieses Bandes ist, muss abschließend angemerkt werden, dass die „Rahmung“ ein wenig zu wünschen übrig lässt. In einem aus-

föhrlichen Vorwort hätte durchaus ein Bogen zwischen den im Band vertretenen wissenschaftlichen Disziplinen und den einzelnen Beiträgen gespannt werden können.

Franziska Plümmer

Indiens Aufstieg zur Weltmacht

Dietmar Rothermund:

Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht.

Verlag C. H. Beck, München 2008,
336 Seiten, 26,90 Euro.

Gemessen an der Bevölkerungszahl tritt die größte Demokratie der Welt seit Jahren mehr und mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Seit der wirtschaftlichen Liberalisierung Anfang der 1990er Jahre ist Indiens ökonomischer Aufstieg ein unumkehrbarer Prozess. Wird China gemeinhin als Werkbank der Welt apostrophiert, gilt Indien als „Entwicklungslabor“, das sich auf moderne Hochleistungsbranchen wie Informations- und Biotechnologie konzentriert. Auf dem Subkontinent ist ein politisches Schwergewicht herangewachsen, das ökonomisch, politisch und als Atommacht auch militärisch bzw. sicherheitspolitisch das Weltgeschehen in Zukunft mitbestimmen wird. Indien entpuppt sich als Konkurrent um Jobs, Märkte und Ressourcen. Wirtschaftsexperten postulieren, dass Indien in den kommenden Jahren zur drittgrößten Volkswirtschaft nach den USA und China aufrücken wird.

Dieser ökonomische und politische Aufbruch verwundert auch deshalb, weil Indien noch vor kurzem als Armenhaus der Welt galt. In den späten 1970er Jahren war das Land politisch und wirtschaftlich noch eine Hochburg der Dritten Welt. So wurde unser Bild dieses Subkontinents jahrzehntelang durch das Indien der Armen, der Rechtlosen und der arbeitenden Kinder geprägt. Inzwischen ist aus dem ehemaligen Armenhaus der Welt ein Kräftezentrum der globalisierten Ökonomie geworden. Der ökonomische Erfolg ist jedoch nur eine der vielen Wirklichkeiten Indiens. Der ökonomische Boom, mit durchschnittlichen Wachstumsraten von über acht Prozent in den letzten Jahren, hat eine Kehrseite. Im Verhältnis betrachtet profitieren nur wenige Inder vom ökonomischen Aufschwung. Dem drittgrößten Reservoir der Welt an Technikern und Ingenieuren steht ein Drittel der Bevölkerung gegenüber, das weder lesen noch schreiben kann. Zudem steigen mit dem Wirtschaftswachstum der Energiebedarf und somit die Emissionen von Treibhausgasen. Es ist bereits jetzt absehbar, dass

Indien den Klimawandel vorantreiben wird.

Indien ist zweifellos eine angehende Welt- und eine ökonomische Großmacht, im Ganzen gesehen aber dennoch ein Subkontinent der Widersprüche, geprägt durch die Gleichzeitigkeit von altem und neuem Denken und durch die wechselseitige Überlagerung traditioneller und moderner Strukturen.

Der Autor Dietmar Rothermund gilt international als einer der renommiertesten Kenner Indiens. Bis zu seiner Emeritierung war Dietmar Rothermund Professor für die Geschichte Südasiens am Südasiens-Institut der Universität Heidelberg. Aus seiner Feder stammen u. a. die grundlegenden Bücher „Geschichte Indiens“ (zusammen mit Hermann Kulke; 3. Auflage 2006), „Mahatma Gandhi“ (2003) sowie „Krisenherd Kaschmir“ (2002). So überzeugt auch das nunmehr vorliegende Buch nicht nur durch eine profunde Sachkenntnis, sondern durch einen hohen Grad an Authentizität, die nicht zuletzt auf persönlichen Kontakten und ausführlichen Interviews vor Ort in Indien beruht.

Rothermund beschreibt in dem 2008 erschienenen Buch, dem man durchaus das Prädikat eines „Klassikers“ zusprechen muss, eindrucksvoll das enorme wirtschaftliche und politische Potential der aufstrebenden Weltmacht. Er beschreibt die politischen Voraussetzungen des Aufschwungs: die Entstehung der demokratischen Nation Indien, das politische System sowie das indische Parteiensystem, die Rolle der Unionsstaaten und das Spannungsverhältnis zwischen Bundesstaaten und der Zentralregierung und nicht zuletzt das selbstbewusste Auftreten der Atommacht Indien. Rothermund zeigt, wie das Land eine führende Stellung in der Informationstechnologie errungen hat, stellt weiter-

hin Krise und Chancen des landwirtschaftlichen Sektors dar und geht den immensen Problemen des Wachstums nach: der stetig zunehmenden Umweltverschmutzung, dem steigenden Energiebedarf, den globalen Auswirkungen der Emissionen und nicht zuletzt der unzureichenden Infrastruktur.

Die indische Gesellschaft umfasst alle soziale Gruppen, von den Ärmsten, die in ländlichen Regionen ihr karges Dasein fristen, bis zu Mitgliedern der urbanen Mittelklasse, die gut dotierte Stellen inne haben, und Wissenschaftlern, die mit international renommierten Spitzenleistungen aufwarten können. Es sind eben jene Aspekte, denen Rothermund in seinem Buch nachgeht. So widmet er zum Beispiel ein Kapitel der aufstiegs- und konsumorientierten Mittelklasse, die immerhin 20 Millionen Menschen umfasst. Diese neue Mittelklasse entwickelt nicht nur neue Lebensstile und Inszenierungstechniken. Sie trägt wesentlich zu einer großen Sparquote bei, die wiederum weitere Investitionen möglich macht. Zwar lebt noch jeder Dritte in Armut, jedoch sinkt die Zahl der Menschen unterhalb der Armutsgrenze ständig, die Lebenserwartung steigt und der Analphabetismus geht durch Reformanstrengungen und Investitionen in den Bildungssektor merklich zurück. Rothermund benennt präzise die Schwachpunkte und Probleme, die Indien – wenn es seinen Status als Global Player wahrnehmen will – mittelfristig lösen muss. Neben infrastrukturellen Maßnahmen, die zur Lösung der Wasserknappheit und unzureichenden Energie- und Stromversorgung sowie zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur beitragen, ist die Förderung des indischen Humankapitals die entscheidende Grundlage für Indiens ökonomische Entwicklung. Investitionen im Bildungsbereich sind für zukünftige

Generationen unerlässlich. In internationaler Hinsicht hat Indien vielfältige Erfahrungen auf dem Parkett der Weltpolitik erworben und wird daher seinen Einfluss geltend machen. Entscheidend ist der Tatbestand, dass dieser Einfluss zur Erhaltung der Stabilität in der Region beiträgt. Sozial und innenpolitisch sind erhebliche Anstrengungen notwendig, um die große, immerhin 140 Millionen Menschen umfassende muslimische Bevölkerung Indiens gesellschaftlich und politisch zu integrieren. Des Weiteren ist die Zukunft Indiens mit dem Schicksal der Dalits (Unberührbare) verbunden. Ihre Zahl beträgt – offiziellen Schätzungen zufolge – 170 bis 200 Millionen Menschen. In neuerer Zeit gibt es Indikatoren für eine bemerkenswerte politische Mobilisierung der Dalits, die die indische Politik nachhaltig verändern könnte. So errang im Mai 2007 im bevölkerungsreichen Unionsstaat Uttar Pradesh (ca. 170 Millionen Einwohner) die Partei von Mayawati, die von den Dalits getragen wird, in der ehemaligen Hochburg des Hindu-Nationalismus die absolute Mehrheit. Mayawati, die „Königin der Dalits“, hat seither das Amt der Ministerpräsidentin inne. Dieser Wahlerfolg zeigt, dass Indien eine stabile Demokratie ist und belegt eindrucksvoll, dass demokratische Prozesse neue Konstellationen in einer sozial hoch differenzierten und vielfach gespaltenen Gesellschaft bewirken können.

Dietmar Rothermund entwirft das Porträt einer aufsteigenden Weltmacht. Er tut dies mit Optimismus, mit einer gehörigen Portion Begeisterung für den indischen Subkontinent und wahrt trotzdem die notwendige wissenschaftliche Distanz, die in klarsichtigen und scharfsinnigen Analysen deutlich wird. Mithin ein Buch, dem man viele Leserinnen und Leser wünscht.

Siegfried Frech

Inhaltsübersicht

Heft 1: Das Grundgesetz

Marie-Luise Recker	Die Verabschiedung des Grundgesetzes	4
Gert-Joachim Glaeßner	Grundrechte und die Wertordnung des Grundgesetzes	11
Manfred G. Schmidt	Konstitutive Verfassungsprinzipien	18
Roland Sturm	Der Föderalismus – Das Prinzip des Bundesstaates im Wandel	23
Nicolai Dose	Das Rechtsstaatsprinzip – unter dem Schutz des Bundesverfassungsgerichts?	30
Gabriele Metzler	Das Sozialstaatsprinzip	38
Christoph Gusy	Legitimität und Wandel des Grundgesetzes	46
Michael Reissenberger	Machtfaktor Klugheit	52
Michael Reissenberger	Die Bürger und ihr Grundgesetz	56

Heft 2: Bundestagswahl 2009

Karl-Rudolf Korte	Die Bundestagswahlen 2005 als critical elections	68
Franz Decker	Veränderungen in der Parteienlandschaft	74
Rainer-Olaf Schultze	Wählerverhalten im Zeichen strukturierter Vielfalt	82
Oskar Niedermayer	Veränderungen der Parteimitgliedschaften	90
Dieter Roth	Wie funktioniert Wahlforschung?	96
Frank Brettschneider	Massenmedien und Wahlkampf	103
Dirk Schindelbeck	Wahlplakate im historischen Wandel	112
Sieglinde Rosenberger	Wahldemokratien	118
Rolf Frankenberger	Wahlen in nicht-demokratischen politischen Systemen	125
Gilg Seeber	Wahlssysteme	134

Heft 3/4: Indien

Gita Dharampal-Frick / Manju Ludwig	Die Kolonialisierung Indiens und der Weg in die Unabhängigkeit	148
Dietmar Rothermund	Das politische System Indiens	157
Siegfried O. Wolf / René Schultens	Hindu-Nationalismus – (klein) Ende in Sicht?	164
Michael von Hauff	Indiens ökonomische Entwicklung	174
Wolfgang-Peter Zingel	Wirtschaft und Umwelt	180
Siegfried O. Wolf	Indien und Pakistan – verfeindete Brüder?	189
Christian Wagner	Indiens Außenpolitik	200
Clemens Jürgenmeyer / Jakob Rösel	Hierarchie und Differenz – Die indische Kastengesellschaft	206
Gabriele Alex	Genderequality in Indien – Erfolge und Probleme	215
Christiane Brosius	Die Vorstellung vom „Neuen Indien“. Anmerkungen zur unfassbaren Mittelklasse	220
Bernard Imhasly	Ein reiches Land mit armen Menschen	228
Michael Holländer / Ralf Tepel	Entwicklungszusammenarbeit: Plädoyer für ein substantielles deutsches Engagement	233
Franziska Plümmer	Indien im Überblick	244

Buchbesprechungen

Siegfried Schiele / Gotthard Breit Heike Knortz	Vorsicht Politik 60 Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973 60
Frank Engehausen / Ernst Otto Bräunche Eva-Maria Schauenberg	1933 – Karlsruhe und der Beginn des Dritten Reiches 62 Das politische Lied in Politik- und Musikunterricht 62
Karl-Heinz Meier-Braun / Reinhold Weber Iris Radisch Hans-Peter Schwarz	Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg 63 Die Schule der Frauen. Wie wir die Familie neu erfinden 63 Phantastische Wirklichkeit. Das 20. Jahrhundert im Spiegel des Polit-Thrillers 139
Ulrich Nieß / Michael Caroli Theodor Heuss: Reinhold Hedtke	Geschichte der Stadt Mannheim. Band 3: 1914–2007 140 Schattenbeschwörung. Randfiguren der Geschichte 141 Ökonomische Denkweisen. Eine Einführung. Multiperspektivität – Alternativen – Grundlagen 142
Reinhold Hedtke / Birgit Weber Renate Grasse / Bettina Gruber / Günther Gugel	Wörterbuch Ökonomische Bildung 142 Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven 143
Michael von Hauff Dietmar Rothermund	Indien. Herausforderungen und Perspektiven 252 Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht 253



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Name, Vorname bzw. Organisation

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Konto-Nr. BLZ

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm/Thomas Schinkel -62
Susanne Krieg -90
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Sabrina Gogel -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
Landeskunde und Landespolitik: Dr. Iris Häuser* -20
Jugend und Politik: Angelika Barth* -22
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Thomas Schinkel* -26
Frauen und Politik: Beate Dörr -29
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Alexander Werwein*/Charlotte Becher* -36/-34
Stefan Paller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Felix Steinbrenner -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, -148, Fax -145
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Leiterin: Tina Schmidt-Böhringer -81
Assistentin: Regina Bossert -82

* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-0, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-0
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-0
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“

anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter.html